

WAR DIE AUFWERTUNG DER D-MARK
NOTWENDIG UND ERFOLGREICH ?

Peter Lang

1964



WAR DIE AUFWERTUNG DER D-MARK
NOTWENDIG UND ERFOLGREICH ?

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Peter Lang

1 9 6 6

Referent: Professor Dr. Hans MÖLLER
Korreferent: Professor Dr. Bernhard PFISTER

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Februar 1964

Mit 36 Tabellen,

3 Matrix-Darstellungen,

20 Figuren und

1 Kreislaufschema



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Diese Arbeit wurde Mitte 1960, also noch vor der Aufwertung, begonnen. Es war zunächst die Aufgabe gestellt, eine Untersuchung über die Notwendigkeit und Erfolgsaussichten einer möglichen Änderung der damals bestehenden D-Mark-Parität durchzuführen. Als die Aufwertung der D-Mark im März 1961 tatsächlich verwirklicht wurde, änderte sich die ursprüngliche Fragestellung insofern, als nunmehr nachträglich geklärt werden sollte, ob diese bereits vollzogene wirtschaftspolitische Maßnahme berechtigt und erfolgreich war. Diese Untersuchung wurde nach dreieinhalbjähriger Bearbeitungszeit Ende November 1963 abgeschlossen, dann allerdings im Laufe des Jahres 1964 nochmals überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Die Einbeziehung der aktuellen empirisch-statistischen Daten in die Analyse erwies sich vor allem im V. Kapitel, in dem die Wirkung der Aufwertung beurteilt wird, als sehr nützlich, da auf diese Weise der nach der Wechselkursänderung verfügbare Untersuchungszeitraum verlängert und deshalb die Zuverlässigkeit der Aussage erhöht werden konnte.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, an dieser Stelle meinen hochverehrten Lehrern, Herrn Professor Dr. Hans Möller und Herrn Professor Dr. Bernhard Pfister, für Kritik und zahlreiche wertvolle Hinweise zu danken.

Dank schulde ich auch Herrn Diplom-Volkswirt Dr. H. J. Heinemann für eine Reihe nutzbringender Anregungen.

München, im Januar 1965

Der Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	V
Einleitung Historischer Rückblick	1
 <u>I. KAPITEL</u>	
Zusammenfassung der Gründe, weshalb die Aufwertung der D-Mark als wirtschaftspolitische Maßnahme so heftig umstritten war	6
§ 1 Die in die Modelle der Forscher eingehenden Werte für die unabhängigen Variablen weichen voneinander ab	8
§ 2 Den Untersuchungen liegen unterschiedliche theoretische Konzeptionen zugrunde	11
1) Preis- und einkommensorientierte Theorie vom Zahlungs- bilanzausgleich contra kreditorientierte Betrachtungsweise	11
2) Stationäre und nicht-stationäre Wirtschaftsmodelle	15
§ 3 Die Aufwertung fand eine Würdigung teils unter privatwirt- schaftlichen (gruppenegoistischen) und teils unter volkswirt- schaftlichen (nationalen und internationalen) Gesichtspunkten	18
§ 4 Die der Arbeit zugrundegelegte theoretische Konzeption und die Art der Würdigung wirtschaftspolitischer Maßnahmen	22
 <u>II. KAPITEL</u>	
Formulierung von Zielvorstellungen und der Versuch, sie auf der Grundlage allgemeiner Normvorstellungen zu begründen	24
§ 1 Einführende Überlegungen	24
1) Gang der Untersuchung	24
2) Definitionen	26
§ 2 Die "Berechtigung" der mit der Aufwertung verknüpften Zielvorstellungen	27
1) Ziel Nr. 1: "Dämpfung" der Binnenkonjunktur	27
2) Ziel Nr. 2: Ausgleich der Zahlungsbilanz	28

III. KAPITEL

Berechtigung der Aufwertung der D-Mark im Hinblick auf die vermutliche künftige Entwicklung der die Zahlungsbilanz primär bestimmenden Variablen

§ 1	Ausmaß des Einflusses der Kreditpolitik des Jahres 1960 auf die Entwicklung der Zahlungsbilanz	36
§ 2	Veränderung einzelner "politisch bedingter" Posten der Zahlungsbilanz	42
1)	Die Einnahmen aus Leistungen für ausländische militärische Dienststellen	42
2)	Die Ausgaben des Bundes für Käufe von Verteidigungsmaterial im Ausland	45
3)	Die Ausgaben für Wiedergutmachungsleistungen	47
4)	Die Rückzahlung von Auslandsschulden nach den Londoner Abkommen	49
5)	Die Entwicklungshilfepolitik und ihr Niederschlag in der Zahlungsbilanz	53
6)	Zusammenfassung der Ergebnisse	58
§ 3	Veränderungen der Leistungsbilanz als Folge des wirtschaftlichen Wachstums im In- und Ausland	61
1)	Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten im In- und Ausland	62
2)	Die Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen	70
3)	Die Preiseffekte	75
4)	Die Stützel'sche Konzeption als theoretisches Rüstzeug	80
5)	Zusammenfassende Überlegungen	85

IV. KAPITEL

Wirtschaftspolitische Alternativmaßnahmen zur Aufwertung der D-Mark und deren Erfolgsaussichten

§ 1	Die Handelspolitik als Instrument der Zahlungsbilanzpolitik	92
§ 2	Der Versuch, über eine (einmalige) Erhöhung des inländischen Preisniveaus einem Zahlungsbilanzausgleich näher zu kommen	94
§ 3	Die Kreditpolitik im Dienste der Zahlungsbilanzpolitik	96
1)	Charakterisierung des wirtschaftspolitischen Eingriffs	96
2)	Praktische Anwendbarkeit und kritische Würdigung der Maßnahme	108

V. KAPITEL

Der "Erfolg" der Aufwertung der D-Mark	113
§ 1 Grundsätzliche Bemerkungen und der Gang der Untersuchung	113
§ 2 Die Entwicklung der Importwerte	116
1) Formulierung und Test einer Hypothese	116
2) Interpretation des Ergebnisses	121
§ 3 Die Entwicklung der Exportwerte	124
1) Formulierung und Test einer Hypothese	124
2) Interpretation des Ergebnisses	129
§ 4 Die Veränderungen in der Dienstleistungsbilanz	130
1) Reiseverkehrs-bilanz	132
2) Kapitalertragsbilanz	135
3) Regierungsbilanz	139
4) Bilanz der Arbeitsentgelte	142
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	146
Schlußbemerkungen	149

A N H A N G

1. Teil	Ein Wachstumsmodell - Analyse des Einflusses von Wachstumsprozessen auf die Leistungsbilanz	155
	I) Vorbemerkungen und Ausgangsbedingungen	155
	II) Darstellung verschiedener Wachstumsprozesse	158
	III) Einfluß der Wachstumsprozesse auf die Leistungsbilanz	161
	IV) Strukturverändernde Wirkungen des technischen Fortschritts	164
	V) Wirkung der Wachstumsprozesse auf die Kapitalbilanz	166
2. Teil	Ergänzende Darstellungen zu den Ausführungen im Hauptteil	167
Literaturverzeichnis		XI

Abkürzungen im Text:

Mon,ber. d. DBBk

Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

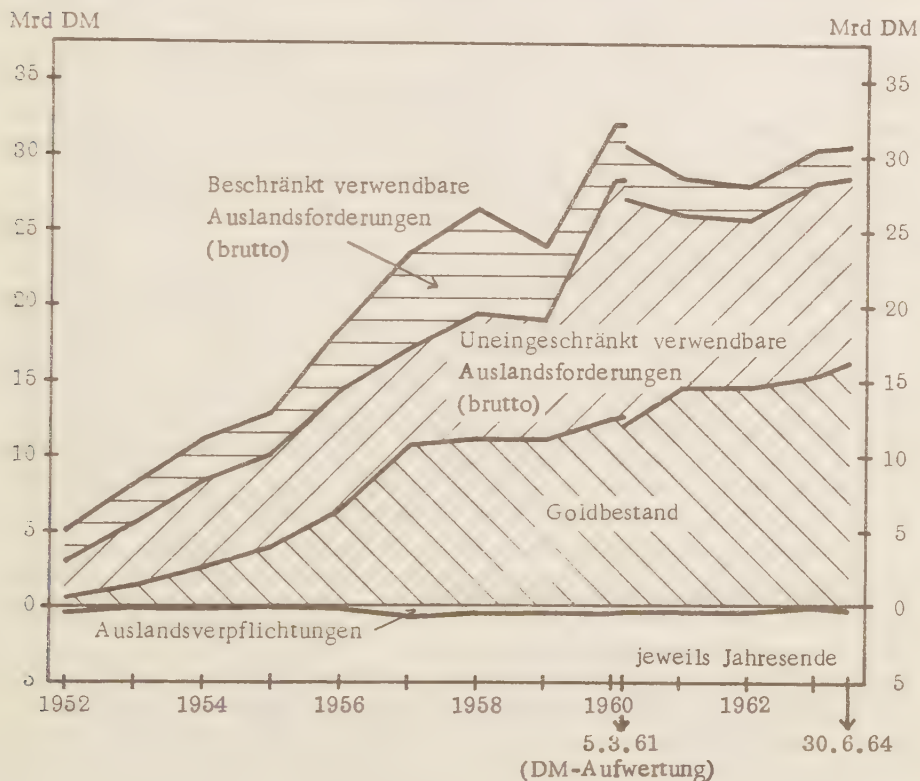
Statist. Jahrb. f. d. BRD

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland

E I N L E I T U N G

HISTORISCHER RÜCKBLICK

Die Aufwertungsdebatte, die ab Mitte des Jahres 1960 geführt wurde, war nicht die erste seit der Währungsreform im Jahre 1948 in der Bundesrepublik. Schon in den Hochkonjunkturjahren 1955 und 1956 wurde verschiedentlich eine Aufwertung der D-Mark als eine zweckmäßige Maßnahme aus konjunkturpolitischen Gesichtspunkten empfohlen. In den folgenden Jahren tauchte der Vorschlag immer wieder



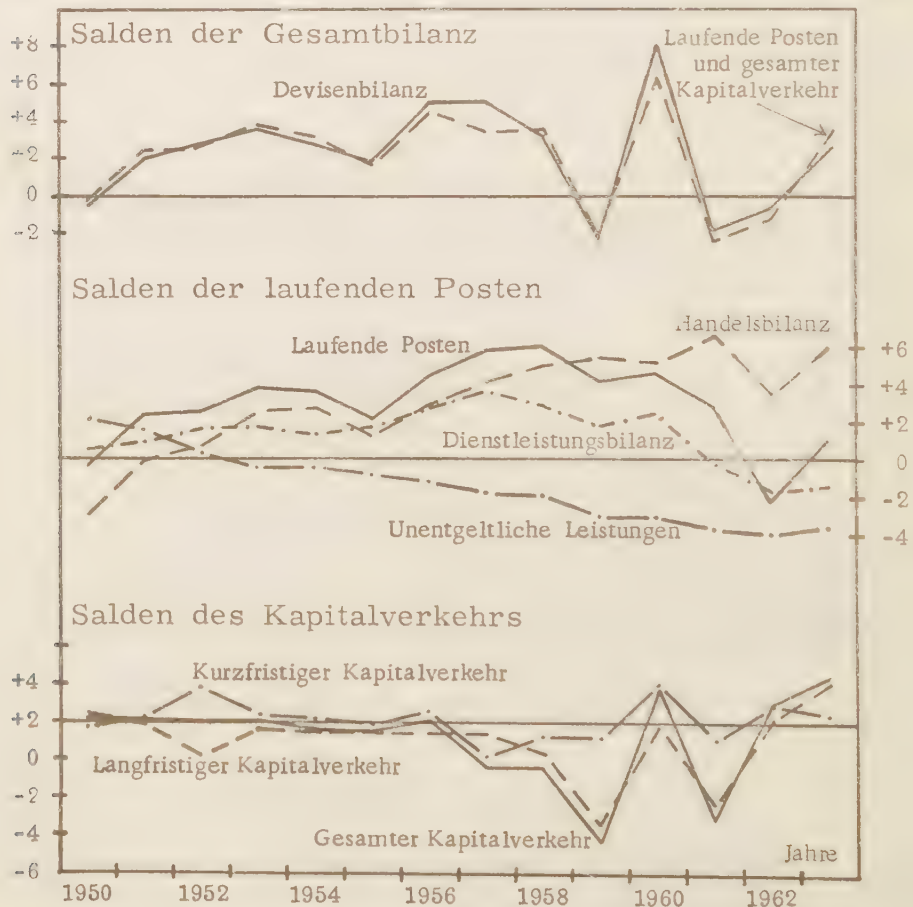
Figur 1 Währungsreserven der Deutschen Bundesbank

Quelle: Mon. ber. d. DBB für Juli 1964, S. 91.

auf, und die Heftigkeit, mit der er diskutiert wurde, nahm zu. Denn zu dem konjunkturpolitischen Aspekt gesellte sich die Tatsache, daß die Gold- und Devisenreserven der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank gegen Ende der Dezenniums eine außergewöhnliche Höhe erreichten (vgl. Figur 1 und Figur 2). Vielerorts wurden dabei diese zunehmenden Währungsreserven schlicht als Ausdruck eines "fundamental disequilibrium" der westdeutschen Zahlungsbilanz angesehen, das einzig und allein durch eine Wechselkurskorrektur zum Verschwinden gebracht werden könne.

Mrd DM

Mrd DM



Figur 2 Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für März 1964, S. 86.

Wurden noch in den ersten Jahren nach 1950 die Überschüsse der Zahlungsbilanz freudig begrüßt ²⁾, so verwandelte sich Mitte des Dezenniums die Zufriedenheit allmählich in Besorgnis. Einerseits kam man nämlich im Inland bei schrumpfenden Kapazitätsreserven der Vollbeschäftigung immer näher, so daß man schon aus konjunkturellen Gesichtspunkten vor weiteren Devisenzuflüssen warnen zu müssen glaubte. Denn diese Devisenzuflüsse führen ja ceteris paribus eine Erhöhung der im Inland zirkulierenden Geldmenge herbei, die unter bestimmten Bedingungen auf das Einkommen expansiv wirkt. Im Zustand der Vollbeschäftigung erhöhen sich dabei nur die nominellen Werte, d. h. die Preise steigen (Phänomen der sog. "importierten Inflation"). Andererseits wurde noch befürchtet, daß im Ausland der Unmut über Deutschland als Gläubigerland wachsen würde, wenn es nicht seinerseits auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz hinwirke. Man erwartete, sicherlich mit Recht, unerwünschte Gegenmaßnahmen des Auslandes und insbesondere die Geltendmachung politisch bedingter Ansprüche an die Bundesregierung, die durch den "Devisenreichtum" nur gefördert werden konnten. Es gibt sogar Stimmen, die der Meinung sind, eine Aufwertung in den Jahren 1955/57 hätte in späterer Zeit verschiedene vom Ausland erhobene Forderungen an die Bundesrepublik (erinnert sei beispielsweise an die Reise des ehemaligen amerikanischen Finanzministers Anderson mit Staatssekretär Dillon nach Bonn im November 1960!) gar nicht aufkommen lassen.

Im Sommer und Herbst 1957 kam dann die Aufwertung erstmals sehr stark "ins Gespräch". Man diskutierte nun allerorts leidenschaftlich das Wechselkursproblem. Gleichzeitig wurde die D-Mark zum begehrten Spekulationsobjekt. Im 3. Quartal 1957 ging zum Beispiel der Saldo der Devisenbilanz um 1,4 Mrd DM ³⁾ über den Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz hinaus, was bekanntlich auf eine sehr starke Verbesserung der "terms of payment", also eine Art von "unsichtbaren" Kapitalimport, hindeutet. Nach Erklärungen seitens der Bundesbank und der Bundesregierung, mit einer Aufwertung der D-Mark sei nicht zu rechnen, kam die Spekulation erst endgültig zum Stillstand, als der deutsche und britische Sprecher auf

-
- 1) Eine genaue Definition der Begriffe "Zahlungsbilanzüberschuß", "unausgeglichene Zahlungsbilanz" usw. wird später folgen (II. Kapitel, § 1, S. 26).
 - 2) Westdeutschland hatte in den ersten Jahren nach der Währungsreform mit ernststen Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen, acht Monate nach Gründung der EZU (also Ende Februar 1951) belief sich das kumulative Rechnungskonto auf -457,1 Rechnungseinheiten (= Dollar), so daß Westdeutschland der größte Schuldner der Zahlungsunion geworden war; man sprach von einer Zahlungsbilanzkrise Westdeutschlands innerhalb der EZU und gewährte Sonderkredite.
 - 3) Quelle; Geschäftsbericht d. DBBk für das Jahr 1957, S. 29.

der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds in Washington Ende September 1957 mit aller Entschiedenheit darlegten, daß eine Aufwertung der D-Mark bzw. eine Abwertung des Pfundes nicht in Frage kämen. Die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank sanken darauf in den folgenden vier Monaten um knapp 1 Mrd DM ¹⁾, und auch die "terms of payment" verschlechterten sich wieder. Die Bundesbank rechtfertigte ihre Haltung u. a. mit den Hinweisen, daß "die Hauptursache der Zahlungsbilanzüberschüsse der Jahre 1956/57 weniger ein Preis-, als vielmehr ein Nachfragegefälle (gewesen sei)" ²⁾ und daß folglich nach Abflauen des internationalen Investitionsbooms ein starker Rückgang der deutschen Ausfuhr zu erwarten wäre; auf der anderen Seite wären aber hohe Leistungsbilanzüberschüsse im Hinblick auf die zu erwartenden Belastungen (zunehmende Vorauszahlungen für Rüstungseinfuhren, wachsende Wiedergutmachungszahlungen) geradezu erwünscht.

Zu Beginn des Sommers 1960 lebte die Aufwertungsdebatte erneut auf. Vorausgegangen war auch diesmal wieder ein erheblicher Devisenzustrom zur Deutschen Bundesbank. In acht Monaten, von Anfang Oktober 1959 bis Ende Mai 1960, stieg der Bestand an Gold und uneingeschränkt verwendbaren Auslandsforderungen (brutto) um nicht weniger als knapp 4 Mrd DM ³⁾. Hierbei mag allerdings ein Teil der Zuflüsse in den Monaten April und Mai 1960 bereits aus spekulativen Motiven erfolgt sein, denn in diesen Monaten ist auch eine leichte Verbesserung der "terms of payment" zu vermuten, die sich dann in den folgenden Monaten sogar noch verstärkte. Auch diesmal wurden diese Devisenzuflüsse verschiedentlich ohne weitere Prüfung als Beweis dafür angesehen, daß der Wechselkurs eben "falsch" sei, und es wurde folglich für eine Aufwertung plädiert. Dieser Empfehlung widersprachen jedoch wiederum entschieden die Aufwertungsgegner. Doch folgte auch diesmal der Debatte keine von beiden Seiten akzeptierte Lösung der Frage. Der Streit um die Aufwertung ging weiter, wenn auch die Lautstärke der Debatte allmählich wieder nachzulassen begann. Als Anfang März 1961 die Aufwertung der D-Mark tatsächlich erfolgte, war jedenfalls die Diskussion über die Notwendigkeit dieser Maßnahme in der Öffentlichkeit bereits wieder abgeflaut. So kam es auch, daß die Entscheidung der Bundesregierung und der Bundesbank in weiten Kreisen der Öffentlichkeit sogar mit Überraschung zur Kenntnis genommen wurde.

Im I. Kapitel dieser Untersuchung wird nun zunächst erörtert, weshalb eigentlich die Aufwertung der D-Mark eine so umstrittene Maßnahme war, die bald ebenso leidenschaftlich gefordert wie zurückgewiesen wurde. Die Hauptaufgabe der Arbeit wird es dann sein, zu untersuchen, ob und gegebenenfalls auf welche Weise die Aufwertung als wirtschaftspolitische Maßnahme "gerechtfertigt" werden kann.

1) Quelle: Mon. ber. d. DBBk für April 1958, S. 32.

2) Quelle: Geschäftsbericht d. DBBk für das Jahr 1957, S. 51.

3) Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Oktober 1960, S. 120.

Die Vorgänge und Entwicklungen, wie sie in diesem Einleitungskapitel kurz gestreift wurden, gelten in dieser Arbeit als "historische Daten". Das hat zum Beispiel zur Folge, daß Fragen, ob eine Aufwertung in den Jahren 1955 oder 1957 alle Zahlungsbilanzprobleme gelöst, oder ob eine Aufwertung vor dem 5. März 1961 bessere Erfolge versprochen hätte, nicht weiter interessieren.

I. K A P I T E L

ZUSAMMENFASSUNG DER GRÜNDE, WESHALB DIE AUFWERTUNG DER D-MARK ALS WIRTSCHAFTSPOLITISCHE MASSNAHME SO HEFTIG UMSTRITTEN WAR

Die Diskussionsbeiträge zum Aufwertungsproblem waren außerordentlich zahlreich. Nicht nur Bundesregierung und Bundesbank sowie viele Wissenschaftler äußerten sich zu diesem Problem, sondern auch die Vertreter verschiedener Interessengruppen und -verbände hielten es für nützlich und notwendig, ihre Ansicht der Öffentlichkeit kundzutun. Verfolgt man diese wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Publikationen, so stellt man sehr bald fest, daß von den Autoren sehr verschiedene und oftmals sich diametral widersprechende Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen wurden ¹⁾. Hier soll den Gründen nachgespürt werden, die dafür maßgebend waren, daß die Vorschläge zur Lösung des Problems ebenso zahlreich wie widerspruchsvoll waren ²⁾. Zum Schluß des

- 1) Es verdient hervorgehoben zu werden, daß keineswegs alle Wirtschaftswissenschaftler zu den theoretischen Befürwortern einer Aufwertung der D-Mark gehörten und nicht nur Interessenvertreter den Vorschlag, eine Paritätsänderung vorzunehmen, ablehnten. Prof. R. Meimberg z.B. hat die vermeintlich starke Ausgangsposition der Befürworter einer Aufwertung in Frage gestellt und einige Einseitigkeiten in der Beweisführung besonders herausgestellt (Broschüre "Zum Streit über den Wechselkurs der D-Mark", Frankfurt a. M., 1960, eine erweiterte Fassung seiner Antrittsvorlesung an der Universität Mainz). Ähnlich wie Prof. W. Stützel, auf dessen theoretische Vorstellungen zum betreffenden Problem später noch ausführlich eingegangen wird, möchte auch Meimberg die Außenstabilität der Währung nur als ultima ratio angetastet sehen. Prof. M. Palyi kommt in einem Gutachten für das Institut für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, verfaßt 1960 unter dem Titel "Zur Frage der D-Mark-Aufwertung", zu dem Schluß, daß eine Überbewertung der D-Mark sich nicht mit Sicherheit errechnen lasse und schon aus diesem Grunde eine Aufwertung abzulehnen sei. Auch Palyi sieht im festen Wechselkurs "ein entscheidendes Mittel der wirtschaftlichen Disziplin" "Die Aufwertungs-ideologie", so meint er, "ruht auf einer falschen Vorstellung von der deutschen Zahlungsbilanz und ihrem Überschuß" (S. 15).
- 2) Freilich muß der Verfasser darauf aufmerksam machen, daß er sich völlig darüber im klaren ist, daß eine gründliche, alle Aspekte berücksichtigende Beantwortung der in diesem Kapitel gestellten Frage allein eine gesonderte Arbeit abzufassen rechtfertigen würde. Er möchte in diesem Zusam-

Kapitels werden dann präzise die Ausgangsbedingungen festgelegt, auf die die weiteren Untersuchungen aufbauen.

Eine Antwort auf die Frage, ob eine bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahme sinnvoll ist oder nicht, ob sie also durchgeführt werden soll oder nicht, erfordert immer eine Vorhersage in mindestens zweifacher Hinsicht. Es ist nämlich notwendig, sich möglichst gesicherte Vorstellungen darüber zu machen, erstens, wie innerhalb eines zu bestimmenden Zeitraums die Entwicklung des Wirtschaftsbereichs, auf den die Maßnahme einwirken soll, nach erfolgtem Eingriff und zweitens ohne ihn vor sich gehen würde. Stehen noch weitere Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung, so sind auch sie entsprechend zu prüfen. Die Ergebnisse sind zu vergleichen, wobei erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen (als "Nebenprodukt" anfallende Wirkungen auf Bereiche, die primär nicht beeinflusst werden sollen) Berücksichtigung finden müssen.

Nach diesem Schema ist auch hier vorzugehen. Es ist demnach zu untersuchen, erstens, wie sich die Zahlungsbilanz in der Zukunft (in den kommenden fünf bis zehn Jahren etwa) nach erfolgter Korrektur des Wechselkurses mutmaßlich entwickeln wird (Antwort auf die Frage, ob die Aufwertung "erfolgreich" war). Zweitens muß versucht werden, die Frage zu klären, wie die Entwicklung ohne eine Korrektur (bzw. unter dem Einfluß alternativer wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit derselben Zielsetzung) in demselben Zeitraum vor sich gegangen wäre (Antwort auf die Frage, ob eine Aufwertung "notwendig" war). Beide Ergebnisse sind dann im Hinblick auf bestimmte Normvorstellungen gegeneinander abzuwägen. Aber beide Male handelt es sich um Vorhersagen, um Prognosen ¹⁾. Selbstverständlich ist, "daß keine wissenschaftliche Methode das zu leisten vermag, was eigentlich erforderlich wäre: Den Schleier der Ungewißheit zu lüften, der über der Zukunft liegt, in der die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Entwicklung gelangen. Die Wirtschaftsprognose ist keine Hellseherei, sondern eine logische Operation" ²⁾.

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 6:

menhang auf eine erst Ende 1963 im Rahmen der "Kieler Studien" erschienene Schrift mit dem Titel "Die Aufwertungsdebatte" verweisen, in der der Autor Dr. Reimer Carstens in dankenswerter Weise den Versuch unternimmt, "eine systematische Analyse des Verlaufs der währungspolitischen Kontroverse bis zum Jahre 1961 durchzuführen" (S. 1).

1) Mit der Fertigstellung dieser Arbeit sind freilich schon seit dem Zeitpunkt der Aufwertung mehr als drei Jahre vergangen. Die in diesem Zeitraum angefallenen empirischen Daten fanden Eingang in die Analyse und bieten Anhaltspunkte bei der Beantwortung der ersten Frage (Frage nach dem Erfolg der Aufwertung).

2) Giersch Herbert, Volkswirtschaftspolitik (Manuskript), S. 19.

Diese Operation verlangt vom Forscher vor allem zwei Dinge¹⁾: Er muß sich über die theoretischen Zusammenhänge des Problems im klaren sein, er muß ein theoretisches Modell konstruieren, das instande ist, auf die gestellte Frage zu antworten (das systematische und ungeplante Aufstellen aller möglichen Hypothesen mit Hilfe der Theorie). Er muß zum anderen Informationen sammeln, um Werte für die im Modell enthaltenen unabhängigen Variablen zu bekommen (das Prüfen der Hypothesen mit Hilfe der zukunftsweisenden Informationen). Beide Schritte tragen die individuellen Züge des Forschers. Das gilt wohlgemerkt auch für die Wahl der theoretischen Konzeption, die er seinen Untersuchungen zugrunde legen will. Die Ausführungen weiter unten werden das bestätigen.

§ 1 Die in die Modelle der Forscher eingehenden Werte für die unabhängigen Variablen weichen voneinander ab

Auf der Suche nach brauchbaren Informationen ist es durchaus möglich, daß den einzelnen Forschern nicht dieselben Unterlagen zu Gesicht kommen. Das mag verschiedene Gründe haben. So ist es zum Beispiel denkbar, daß über denselben Gegenstand mehrere Statistiken zur Verfügung stehen, die von verschiedenen Instituten ausgearbeitet wurden. Diese stimmen in ihrer Aussage nicht vollkommen überein, weil möglicherweise im ersten Fall Zusatzannahmen anderer Art als im zweiten gemacht wurden, oder weil ganz einfach das Institut A sorgfältiger geprüftes und objektiveres Material aufarbeitet und veröffentlicht als das Institut B. Nur am Rande sei vermerkt, daß die bewußte Auswahl "geeigneter" statistischer Unterlagen bekanntlich eine gerade von Interessenvertretern häufig geübte Praktik darstellt. Abgesehen von dieser bewußten Verfälschung der Tatbestände wird die Sorgfalt, mit der Informationen auf ihre Richtigkeit geprüft werden, nicht stets dieselbe sein. Die notwendigen Informationen sind zudem nicht jedem gleich leicht zugänglich, sehr viel hängt in dieser Hinsicht von der gesellschaftlichen Stellung und der beruflichen Position des einzelnen ab.

Aber die Werte, die in die Modelle der einzelnen Forscher eingehen, können noch aus einem anderen Grund voneinander abweichen. Es ist nämlich zuweilen der Fall, daß überhaupt keine statistischen Unterlagen zur Verfügung stehen,

1) Es wird verwiesen auf die zu diesen Fragen ausführlichen Darlegungen von Giersch, a. a. O. (Buch) S. 27 ff. und S. 40 ff. (Alle folgenden Hinweise und Seitenangaben beziehen sich auf das Buch). Giersch unterscheidet drei Phasen der Prognose.

aus denen die benötigten Werte entnommen oder vom Forscher selbst exakt berechnet werden können. In diesem Fall muß er Schätzungen anstellen und sich mit ihnen begnügen.

Dazu ein Beispiel:

In der Diskussion um die Erfolgsaussichten einer Aufwertung der D-Mark kristallisierte sich als eines der zentralen Probleme die Frage heraus, ob in diesem konkreten Fall ein "Elastizitätspessimismus" ¹⁾ berechtigt oder unberechtigt sei. Wird eine Antwort auf die Frage gesucht, welche Wirkung eine Wechselkursänderung auf die Leistungsbilanz haben wird, ist es bekanntlich notwendig, die Änderungsrate des Wertes des Exports und die Änderungsrate des Wertes des Imports (beide bezogen auf den Wechselkurs) zu ermitteln. Für beide Änderungsraten lassen sich Elastizitätsbegriffe einführen. Die Reaktion der Leistungsbilanz auf eine Wechselkursänderung hängt dann ab:

- a) von der Elastizität der Importnachfrage in bezug auf den Preis der Importgüter in inländischer Währung,
- b) von der Elastizität des Importangebots in bezug auf den Preis der Importgüter in ausländischer Währung,
- c) von der Elastizität der Exportnachfrage in bezug auf den Preis der Exportgüter in ausländischer Währung,
- d) von der Elastizität des Exportangebots in bezug auf den Preis der Exportgüter in inländischer Währung und
- e) schließlich vom Verhältnis des wertmäßigen Imports zum wertmäßigen Export.

Dabei kann unter bestimmten, mathematisch genau formulierbaren Bedingungen der Fall eintreten, daß sich bei einer Aufwertung (Abwertung) der Leistungsbilanzsaldo verbessert (verschlechtert), daß, wie man sagt, die Leistungsbilanz anomal reagiert. Inwieweit die Annahme einer anomalen Reaktion in bezug auf die westdeutsche Leistungsbilanz berechtigt war, blieb während der gesamten Aufwertungsdebatte eine Streitfrage ²⁾. Eine endgültige und zuverlässige Antwort auf diese Frage zu bekommen war aber deshalb so schwierig, weil statistisch exakt ermittelte Elastizitätswerte nicht vorliegen. Der einzelne Forscher mußte sich

1) In diesem Zusammenhang Machlup Fritz, Elasticity Pessimism in International Trade, in *Economia Internazionale*, Februar 1950, S. 121 ff.

2) Dazu Albert Wolfgang, Die anomale Reaktion der Zahlungsbilanz, in *Ordo* Band XI, 1959, S. 295 ff. Hier findet der Leser weitere Literaturangaben zu diesen Fragen. Machlup und Orcutt (Orcutt G., *Measurement of Price Elasticities*, in *The Review of Economics and Statistics* 1950) wandten sich 1950 schon allgemein entschieden gegen einen übertriebenen Elastizitätspessimismus.

mit Schätzungen der hier relevanten Elastizitäten begnügen, die im Einzelfall mehr oder weniger gut fundiert waren; mit den geschätzten Werten werden aber auch die Ergebnisse voneinander ab.

Schätzungen werden immer von subjektiven Vorstellungen beeinflusst. In ihnen spiegeln sich Temperament und Veranlagung des Forschers. In ihnen kommt aber auch sehr oft ein Wunschdenken zum Ausdruck. Wird einem Forscher die Aufgabe gestellt, eine bestimmte zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu prognostizieren, so wird es Fälle geben, in denen er nicht unvoreingenommen seine wissenschaftliche Arbeit aufnimmt. Er mag selbst - nicht notwendigerweise materiell - vom Geschehen betroffen und deshalb persönlich an der Entwicklung interessiert sein. Er setzt seinen Überlegungen kein untergeordnetes wirtschaftlichen Aspekten anstrebenwertes Ziel, sondern läßt sich in einer Zielsetzung von menschlichen Motiven beeinflussen. (Dieser Punkt sei hier nur angedeutet, in § 8 dieses Kapitels werden verwandte Beziehungen angesprochen werden). Oder der Forscher hat ganz einfach Schwierigkeiten, sich von seinem Wunschdenken zu lösen, da ihm schon vor Beginn seiner wissenschaftlichen Analyse eine bestimmte Lösungsmöglichkeit nahesteht. Es fällt ihm während der wissenschaftlichen Untersuchung schwer, objektiv zu urteilen und von seiner Idealvorstellung abzuweichen. Er ist mit anderen Worten so von der Richtigkeit einer bestimmten Hypothese überzeugt, daß er es unterläßt, zur Erklärung des relevanten Phänomens das gesamte von der allgemeinen Theorie genannte System von Hypothesen zu berücksichtigen, d.h. mit den Informationen zu konfrontieren und auf diese Weise zu testen¹⁾. Natürlich handelt es sich hier nur um Gefahren, zum Teil um psychologische Hemmnisse, um Schwierigkeiten also, die keineswegs unüberwindbar sind. Ein unabhängiger "Wissenschaftler", der diesen Namen verdient, wird Wunsch und Wirklichkeit nicht verwechseln. Von ihm kann erwartet werden, daß er egoistische Motive hintansetzt und sich für wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht schon vor, sondern erst nach einer wissenschaftlichen Untersuchung entscheidet.

1) Verstoß gegenüber der Forderung, bei der Aufstellung von Hypothesen grundsätzlich "systematisch und vorurteilsfrei" vorzugehen, damit der gesamte Möglichkeitsbereich erfaßt wird; vgl. Giersch, a.a.O., S. 35.

§ 2 Den Untersuchungen liegen unterschiedliche theoretische Konzeptionen zugrunde

Besonders interessant und beachtenswert erscheinen die Fälle, in denen mit unterschiedlichen theoretischen Vorstellungen an ein Problem herangegangen wird. Der Vielfalt der Modelle entsprechend zeigt sich eine Vielfalt von Lösungen. Freilich sollen hier in Blickrichtung auf das Aufwertungsproblem all jene pseudo-wissenschaftlichen Publikationen nicht interessieren, denen überhaupt keine klare theoretische Konzeption zugrunde liegt. Aber auch unter den Autoren der Ernst zu nehmenden, wissenschaftlichen Beiträge besteht keineswegs immer in der Wahl der theoretischen Werkzeuge Übereinstimmung. Im folgenden werden die zwei, meiner Meinung nach bedeutendsten Streitpunkte dargestellt.

1) Preis- und einkommensorientierte Theorie vom Zahlungsbilanzausgleich contra kreditorientierte Betrachtungsweise

Die Zahlungsbilanz ist im buchhalterischen Sinne stets ausgeglichen. Jede Veränderung des Leistungsbilanzsaldos auf der einen Seite wird notwendigerweise von einer entsprechenden, d. h. gleich großen Veränderung des Kapital- und (oder) Devisenbilanzsaldos auf der anderen Seite begleitet. Dabei stellt sich bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen den zwei Seiten die entscheidende Frage, welche von beiden die Ursache für die Veränderung der anderen ist. Welche Bedeutung haben die jeweils geltenden Finanzierungsbedingungen für das Zustandekommen der internationalen Leistungstransaktionen, welches sind die Determinanten dieser Transaktionen?

Mit besonderer Gründlichkeit hat Wolfgang Stützel in seiner "Volkswirtschaftlichen Saldenmechanik" und in einer Reihe von Artikeln ¹⁾ die hier aufgeworfenen

-
- 1) Stützel Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, Tübingen 1958; derselbe: Artikel: Geldstrom-Analyse, Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. I, Frankfurt am M., 1957, S. 685 ff.; derselbe: Artikel: Konjunkturtheorie, ebenda, Bd. II, S. 1027 ff.; derselbe: Artikel: Konjunkturpolitik, ebenda, Bd. II, S. 1017 ff.; derselbe: Der internationale Kreditverkehr und die Koordinierung der Konjunkturpolitik, in "Konjunkturpolitik", 4. Jahrg., 1958, S. 95 ff.; derselbe: Moderne Kreditpolitik, in "Konjunkturpolitik", 5. Jahrg., 1959, S. 65 ff.; derselbe: Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in den "Beiheften der Konjunkturpolitik", Heft 7, 1960, S. 10 ff.

lagen behandelt, er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in der "traditionellen Argumentation" das Problem der Finanzierung von Außenhandels-salden nur als Randproblem zur Genüge gesehen wird, "ohne jegliche direkte Verbindung mit dem Problem der Finanzierung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsbilanzsaldo", die "unter" dem volkswirtschaftlichen Leistungsbilanzsaldo stehen" 1). Am Anfang der Betrachtungsweise Stützel steht der plausible Hinweis, daß die Leistungsbilanzsalden einzelner Länder nicht weiter als die Summe der einzelwirtschaftlichen Einnahme-Ausgabe-Salden der Wirtschaftssubjekte der betreffenden Länder darstellen. Folglich, so schließt er weiter, müssen die Gründe, welche die Höhe der einzelwirtschaftlichen Salden bestimmen - und das sind in erster Linie die Kreditkonditionen -, "schon unmittelbar, ohne den Umweg über Zahlungsmittel-, Preis- oder Beschäftigungsdeflation und -inflation den außenwirtschaftlichen Saldo von Ländern beeinflussen" (Hervorhebung im Original kursiv; der Verfasser) 2). Stützel kommt also mit anderen Worten zu dem Ergebnis, daß die Kausalkette gerade in umgekehrter Richtung wie herkömmlich angenommen verläuft. Einzelwirt-

- 1) Stützel, a. a. O. (hier und im folgenden bezieht sich der Hinweis auf die "Volkswirtschaftliche Saldenmechanik"), S. 177. Stützel unterscheidet drei Varianten innerhalb der "traditionellen Argumentation":
 1. Die Auffassung, deren Vertreter in Fortführung der Vorstellungen der klassischen Geldtheorie von der Proportionalität zwischen Geldmenge und gesamten Käufen pro Periode (naive Quantitätstheorie) zu dem Schluß kamen, eine Änderung der Kreditkonditionen wird eine Änderung der Zahlungsmittelmenge herbeiführen, die allein schon ausreicht, die Zahlungsbilanz auszugleichen, ohne daß ein Preisgefälle oder eine Beschäftigungsänderung entstehen müßte (hierzu gehören nach Stützel: Ricardo, Bastable, Cassel, Ohlin, F.W. Meyer).
 2. Die Auffassung, deren Verfechter die Werkzeuge der klassischen Gleichgewichtstheorie der Preise (Vorstellung von der Preiselastizität von Angebot und Nachfrage) benutzen und folglich eine zusätzliche Preisverschiebung als unerläßliche Voraussetzung für einen Zahlungsbilanzausgleich ansehen (Stützel rechnet hierzu: Thornton, Malthus, J. St. Mill, Viner).
 3. Die Auffassung, deren Vertreter die Werkzeuge der modernen Einkommens-theorie (Vorstellung von der Einkommenselastizität der Nachfrage nach Importen) wählen und als entscheidende Verbindungsglieder zwischen Kreditkonditionen und Zahlungsbilanz die Konditionenabhängigkeit des Niveaus der Investitionsausgaben, die Investitionsabhängigkeit des Niveaus der Beschäftigung und der Inlandseinkommen und die Einkommensabhängigkeit des Importvolumens betrachten. Hierzu Stützel, a. a. O., S. 153 ff. und S. 176 ff.
- 2) Stützel, a. a. O., S. 177. Stützel sieht in dieser Aussage einen originären Beitrag zur Theorie vom Ausgleich der Zahlungsbilanz.

schaftliche und damit volkswirtschaftliche Leistungsbilanzdefizite zum Beispiel können nur entstehen, wenn sie irgendwie finanziert worden sind, unabhängig davon, wie sich die Preise, die monetären Volkseinkommen und die Strukturen entwickelt haben. Erweist sich eine Finanzierung als unmöglich, dann können auch Leistungsbilanzdefizite "mangels Kasse" nicht zustande kommen. Anders formuliert: Leistungsbilanzsalden sind im wesentlichen finanziell bedingt! In der von ihm entwickelten "Theorie vom Ausgleich der Zahlungsbilanz"¹⁾ kommt Stützel zu folgender Schlußfolgerung:

Kann von der Voraussetzung ausgegangen werden - und Stützel zweifelt nicht an dieser Möglichkeit -, daß die Höhe der einzelwirtschaftlichen Einnahme- und Ausgabesalden und (oder) das Angebot an Leihgeldern kreditkonditionenempfindlich ist, dann muß die Verwirklichung eines angemessenen internationalen Gefalles der Kreditkonditionen allein schon dazu ausreichen, die volkswirtschaftlichen Zahlungsbilanzen ausgeglichen zu halten.

Es ist ganz offenkundig, daß im Lichte dieser Betrachtungsweise die Zahlungsbilanzüberschüsse Westdeutschlands ganz anders beurteilt werden müssen als im Lichte der preis- und einkommensorientierten Theorie vom Ausgleich der Zahlungsbilanz, nach der nur disproportionale Preis- oder Einkommensentwicklungen als eigentliche und unmittelbare Ursache der Überschußposition in Betracht kommen. Denn die Schlußfolgerung im zuletzt genannten Fall ist dann, daß, um einen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen, eine Änderung des "unrealistisch" gewordenen Wechselkurses empfohlen wird. Zwar sind den Vertretern dieser Auffassung sehr wohl die Lehrsätze der Theorie bekannt, nach denen unausgeglichene Zahlungsbilanzen von sich aus Gegenkräfte mobilisieren, die auf einen Ausgleich hinwirken. Aber, so wird von dieser Seite aus weiter argumentiert, weder der von den Klassikern schon erkannte "Preismechanismus", noch der von der modernen Theorie bevorzugte "Einkommensmechanismus" vermögen wirksam zu werden. Die Gläubigerländer sind nämlich nicht willens, inflationistische Tendenzen hinzunehmen und bekämpfen diese mit ihrer Geld- und (oder) Fiskalpolitik. Die Schuldnerländer andererseits finden sich nicht mit einem automatischen Absinken der Einkommen vom Vollbeschäftigungsniveau weg ab. "It (der automatische Ausgleichsprozeß; der Verfasser) implies the subjugation of domestic stability to the dictates of the foreign balance"²⁾; zu dieser Unterordnung findet man sich aber nicht bereit. Da auch protektionistische Maßnahmen, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz zum Ziele haben, abgelehnt werden, wird als einzige Möglichkeit zur Bereinigung des Problems eine Änderung der Wechselkursrelationen gesehen, also zum Beispiel in dem hier behandelten Fall eine Aufwertung der D-Mark.

1) Stützel, a. a. O., S. 146 ff.

2) Zitiert aus Scammell W. M., International Monetary Policy, S. 84.

Eine ganz andere Beurteilung der Möglichkeiten bietet die von Stützel bevorzugte kreditororientierte Betrachtungsweise. Stützel sieht die internationalen Zahlungsbilanzprobleme in Analogie zu den Problemen des interregionalen Zahlungsausgleichs¹⁾. Niemand wird, wenn einer Kreditbank während einer bestimmten Periode mehr flüssige Mittel zufließen als sie selbst an ihre Kunden ausgeliehen hat, auf die Idee kommen, den Grund für diese Entwicklung in falschen Tauschrelationen zu sehen und deshalb sofort nach einer Aufwertung dieses Kreditbankengeldes im Verhältnis zum Zentralbankgeld zu rufen. Ähnlich sind aber die internationalen Zahlungsbilanzüberschüsse zu beurteilen. Auch die Zentralbank ist eine Bank wie jede Kreditbank, wenn auch im Gegensatz zu diesen mit zusätzlichen Aufgaben. Es ist daher zu voreilig, einen Nettozufluß von ausländischen Zahlungsmitteln von vornherein mit falschen Wechselkursen zu begründen. Von gewissen Ausnahmefällen abgesehen (auf sie wird später noch Bezug genommen) entstehen unausgeglichene Zahlungsbilanzen nicht, weil die Wechselkurse "falsch", sondern weil die Kreditkonditionen "falsch" sind.

Mit dieser Aussage, die der Stützel'schen Argumentation entspringt, ist zugleich der Weg zu einer wirksamen Therapie angedeutet. Entschlosse man sich nämlich, ein geeignetes Kreditkonditionengefälle zwischen der Bundesrepublik und der "übrigen Welt" herzustellen, dann müßten auf diese Weise alle Zahlungsbilanzprobleme verschwinden. Freilich wäre bei einer solchen Zinssenkungspolitik darauf zu achten, daß es nicht zu binnenwirtschaftlichen Inflationsentwicklungen kommt. Diese sind nämlich nach der "Salden-Theorie" Stützels durchaus nicht wesensnotwendig. Gerade hierin unterscheidet sie sich ja wesentlich von der traditionellen Theorie, nach der ein Überschußland ohne Wechselkursänderung allein über eine Zahlungsmittel-inflation, die wiederum eine Preis- und (oder) Einkommensinflation zur Folge hat, auf einen Zahlungsbilanzausgleich hinwirken kann. Es genügt vielmehr, wenn sich durch die genannten kreditpolitischen Maßnahmen die Einnahme-Ausgabe-Relationen der inländischen Wirtschaftssubjekte (Private und Staat) verschlechtern, und das kann möglicherweise auch bei gleichbleibendem oder sogar sinkendem Gesamteinkommen geschehen.

Es ist nicht beabsichtigt, an dieser Stelle zu den beiden genannten Lösungsvorschlägen Stellung zu nehmen, oder sie näher zu charakterisieren, indem die erforderlichen Zusatzbedingungen und Zusatzmaßnahmen genannt werden²⁾;

-
- 1) So übrigens auch Scitovsky Tibor, *The Theory of the Balance of Payments and the Problem of a Common European Currency*, *Kyklos* Vol. X, 1957, S. 18 ff.
 - 2) Es sei hier schon vermerkt, daß ein kritischer Vergleich dieser beiden Theorien des Zahlungsbilanzausgleichs und ihrer Varianten nicht den Gegenstand dieser Arbeit bildet.

das wird später Gegenstand der Untersuchung sein. Das hier Gebotene wird jedoch ausreichen, um erkennen zu können, daß keineswegs jeder Forscher immer mit denselben theoretischen Vorstellungen an ein Problem herantretet. Bei der Diskussion des Aufwertungsproblems war das tatsächlich nicht der Fall, so daß sich die Lösungsvorschläge auch aus diesem Grunde voneinander unterscheiden.

Auf den folgenden Punkt sei in diesem Zusammenhang noch kurz hingewiesen: Die Deutsche Bundesbank entschied sich bekanntlich im November 1960 zu einem vielbeachteten und vielbesprochenen neuen kreditpolitischen Kurs. Sie senkte trotz anhaltend angespannter Binnenkonjunktur den Diskontsatz und gab damit die bis dahin verfolgte Politik des "teuren Geldes" auf. Im Januar 1961 ließ sie eine weitere Senkung des Diskontsatzes und der Mindestreservesätze folgen und selbst nach erfolgter Aufwertung wurde der Diskontsatz noch einmal (Anfang Mai 1961) auf nunmehr 3% ermäßigt. Anlaß zu dieser Wende in der Kreditpolitik gab die Entwicklung der Zahlungsbilanz. Diese kreditpolitische Entscheidung war unter "saldentheoretischen" Überlegungen zumindest der Tendenz nach richtig und deshalb zu begrüßen. Interessant und auffallend sind aber in diesem Zusammenhang die Formulierungen, mit denen diese Wende in den Kommentaren der Bundesbank selbst zu begründen versucht wird. Über die Diskontsenkung steht zu lesen: "Ihr Sinn ist, das Zinsgefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland zu ermäßigen und dadurch dem Einstrom von ausländischem Geld entgegenzuwirken" ¹⁾ (Hervorhebung von mir). Soweit der Verfasser sehen kann, wird daneben die Maßnahme nirgends mit der Zielsetzung zu rechtfertigen versucht, die Bildung einzelwirtschaftlicher Ausgabenüberschüsse zu fördern, also außer auf die Kapitalbilanz auch auf die Leistungsbilanz Einfluß zu gewinnen. Die Erwähnung dieses Arguments, das sich aus "saldentheoretischen" Überlegungen heraus geradezu anbietet, mag aus taktischen Gründen unterblieben sein. Möglicherweise aber hatte diese wirtschaftspolitische Entscheidung der Bundesbank tatsächlich eine andere wirtschaftstheoretische Konzeption zur Grundlage.

2) Stationäre und nicht-stationäre Wirtschaftsmodelle

Die Schlußfolgerung, die aus einer Analyse gezogen wird, ist in entscheidendem Maße von den Bedingungen bestimmt, die der Untersuchung vorangestellt werden. Durch Variation der Bedingungen gelingt es, zu ein und demselben Problem verschiedene Ergebnisse zu erhalten. Bei der Diskussion des Aufwertungsproblems muß man sich davor hüten, eine Analyse an einem stationären

1) Zitiert aus dem Mon.ber. d. DBBk für Januar 1961, S. 3.

Modell vorzunehmen und die Ergebnisse daraus unmittelbar auf die Wirklichkeit zu übertragen. Eine stationäre Wirtschaft existiert in der Realität nicht, das stationäre Modell ist lediglich eine gedankliche Konstruktion, mit dessen Hilfe Erscheinungen der fortschreitenden Wirtschaft besser zur Darstellung gebracht werden können. Man setzt also, arbeitet man am stationären Modell, ganz bewußt Bedingungen, die wirklichkeitsfremd sind, bei der Wertung der Ergebnisse darf dann freilich nicht außer acht gelassen werden, daß sie nur unter einschränkenden Bedingungen, die von der Wirklichkeit abstrahieren, Gültigkeit besitzen. Eine unmittelbare, vorbehaltlose Übertragung der Ergebnisse auf die wirkliche (nicht-stationäre) Wirtschaft ist dann nicht möglich.

Es wird ein Zwei-Ländermodell konstruiert, bei dem in beiden Ländern A und B der 'ideale' Gleichgewichtszustand bei Vollbeschäftigung und gleichzeitig ausgeglichener Zahlungsbilanz verwirklicht ist. Es soll sich jeweils um ein stabiles Gleichgewicht in einer Wirtschaft handeln, die stationären Charakter zeigt. Damit zeichnet sich vor dem Betrachter das Bild einer Wirtschaft ab, die sich Periode für Periode in denselben Bahnen bewegt, in der die Bevölkerung konstant und das technische Wissen unverändert bleiben, in der keine Nettoinvestitionen und damit keine Erweiterungen des Kapitalstocks realisiert werden und in der schließlich die Präferenzskalen und folglich auch die Angebots- und Nachfragefunktionen gleich bleiben. Als Datenänderung sei nun beispielsweise eine Zunahme der Liquiditätspräferenz in A unterstellt; welche Änderungen in A und B sind die Folge?

Eine steigende Liquiditätspräferenz führt ceteris paribus (im Normalfall) im selben Lande zu einer Abnahme des Gleichgewichtseinkommens, zu einer Zunahme des Gleichgewichtszinssatzes und zu einem tendenziellen Absinken der Preise. Alle drei Veränderungen wirken sich aktivierend auf die Leistungsbilanz aus. Sofern die Zentralbank in A gewillt ist, die Geldmenge konstant zu halten, kann sich auch über den monetären Bereich (infolge der (Netto-) Devisenaufflüsse keine expansive Wirkung bemerkbar machen. Von der Größe des Landes A gegenüber B und von eventuellen (neutralisierendem) geld- oder finanzpolitischen Gegenmaßnahmen in B hängt es ab, ob eine spürbare Rückwirkung von B auf A erwartet werden muß. Bleiben solche Rückwirkungen tatsächlich aus, und kommen außerdem als Folge des sich herausbildenden Zinsgefalles zwischen dem In- und Ausland infolge staatlicher Reglementierung keine internationalen Kapitaltransaktionen zustande¹⁾, wird A einem neuen Gleichgewichtszustand zu-

1) Ist der internationale Kapitalverkehr frei von staatlichen Bindungen, ergeben sich freilich Modifikationen im Ergebnis, die hier kurz angedeutet werden: Während des Anpassungsprozesses resultiert primär ein Zinsgefalle von A nach B. Eine Zunahme des Kapitalimports in A ist die Folge (= zu-

streben, bei dem Unterbeschäftigung herrscht und bei dem die Zahlungsbilanz einen Überschuß aufweist. Gelten alle Bedingungen und Daten auch weiterhin und teilt man die Auffassung, daß auch bei Unterbeschäftigung ein stabiles Gleichgewicht zustande kommen kann (d. h. der Pigou-Effekt keine ausreichende Wirksamkeit erlangt, um den Zustand der Unterbeschäftigung zu überwinden), sind keine im System selbst begründeten Kräfte zu sehen, die auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz hinwirken würden. Unter den gesetzten Bedingungen kann nur eine Änderung des fixierten Wechselkurses einen Ausgleich der Zahlungsbilanz zuwege bringen.

Im Gegensatz dazu stellt im Rahmen einer wachsenden Wirtschaft eine Wechselkursänderung keineswegs eine *conditio sine qua non* zur Erreichung eines Zahlungsbilanzausgleichs dar. Vielmehr ist es denkbar, daß ganz von selbst dieses Ziel erlangt wird, nämlich durch autonome oder induzierte Entwicklungen, die es ex definitione in der stationären Wirtschaft nicht geben kann. Beispielsweise kann innerhalb einer fortschreitenden Wirtschaft ein Ausgleich der Zahlungsbilanz über Produktivitätsveränderungen zustande kommen. Die Wirkung von Produktivitätszunahmen auf die Zahlungsbilanz können freilich sehr vielgestaltig sein. So ist von entscheidender Bedeutung, ob die Realeinkommenssteigerung zu einem höheren Nominaleinkommen bei konstantbleibenden Preisen oder zu sinkenden Preisen bei konstantbleibendem Nominaleinkommen führt¹⁾. Aber unabhängig davon bleibt die Erkenntnis von Bedeutung, daß auf diese Weise überhaupt Einflüsse auf die Zahlungsbilanz ausgehen können. Diese Möglichkeit ist im stationären Modell eben nicht denkbar, da es dort einen technischen Fortschritt definitionsgemäß nicht geben kann.

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 16:

satzliche aktivierende Wirkung auf die Kapital- und Zahlungsbilanz in A). Hierauf sinkt der Zinssatz tendenziell in A und steigt in B, woraus eventuell Unterbeschäftigung in A und B, aber im Endergebnis eine ausgeglichene Zahlungsbilanz resultieren kann.

- 1) Diese Zusammenhänge werden im 1. Teil des Anhangs (S. 155 ff. einer gründlichen modellmäßigen Betrachtung unterworfen. Auf diese Ausführung sei hier schon verwiesen.

§ Die Aufwertung fand eine Würdigung teils unter privatwirtschaftlichen (gruppenegoistischen) und teils unter volkswirtschaftlichen (nationalen und internationalen) Gesichtspunkten

Wie zu Beginn dieses Kapitels schon vermerkt wurde, beteiligten sich an der Aufwertungsdebatte in den Jahren vor der Wechselkurskorrektur im März 1961 nicht nur Wissenschaftler, sondern auch die Vertreter der verschiedensten Interessengruppen. Es soll hier nicht über den Wert oder Unwert einzelner Beiträge geurteilt werden; jedoch erscheint es angebracht, einige Bemerkungen grundsätzlicher Art an dieser Stelle abzugeben.

Für den Vertreter einer Interessengruppe ist die Maximierung der "Gruppenwohl-fahrt" im allgemeinen das oberste Gebot. Er beurteilt eine wirtschaftspolitische Maßnahme privatwirtschaftlich, d.h. ihn interessieren in erster Linie die Wirkungen der geplanten Maßnahme auf seine Gruppe. Hier wägt er die maßnahmblichen Vor- und Nachteile ab und kommt aus dieser privatwirtschaftlichen Sicht heraus zu einer Befürwortung oder Ablehnung der Maßnahme. Diese seine Entscheidung teilt er der Öffentlichkeit mit. Gabe er in der Begründung zu seiner Entscheidung die von ihm zugrunde gelegte gruppenegoistische Zielsetzung offen zu, so wären Mißverständnisse ausgeschlossen. Der Wert des Beitrags unter Berücksichtigung der speziellen Zielsetzung könnte klar abgeschätzt werden. Aber sehr oft wird gerade versucht, diese gruppenegoistische Zielsetzung zu vertuschen, um den Eindruck entstehen zu lassen, daß ein Vorschlag unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten ausgearbeitet worden sei. Denn es wird angenommen - was hier nicht bestritten werden soll -, daß die für die geplante wirtschaftspolitische Maßnahme Verantwortlichen allein eine gesamtwirtschaftliche Beurteilung anerkennen, auf die sie ihre Entscheidungen aufbauen. Der Vertreter der Interessengruppe halt es deshalb für notwendig, die vorgeschlagene Lösung des Problems als die volkswirtschaftlich sinnvollste zu preisen. Das gelingt aber wiederum nur durch einseitiges Vorgehen, mit den Mitteln unzulässiger, subjektiver Bewertungen.

Eine Beurteilung der speziellen, hier interessierenden Maßnahme, nämlich der Aufwertung der D-Mark, ist unter mehreren Gesichtspunkten möglich. Folgende Aufteilung empfiehlt sich:

- a) Beurteilung aus der Sicht der Interessengruppen (privatwirtschaftliche Beurteilung),
- b) Beurteilung mit Blickrichtung auf die Gesamtwirtschaft, wobei das Problem hier wiederum
 - α) vom nationalen und
 - β) vom internationalen Standpunkt aus gesehen werden kann.

Die Interessengruppen der Konsumenten sprachen sich für eine Aufwertung der D-Mark aus und zeigten sich über die erfolgte Wechselkurskorrektur befriedigt,

wenn auch der Aufwertungssatz vielfach als zu gering empfunden wurde. Sie erhofften sich offensichtlich als Folge einer Aufwertung eine Realeinkommenssteigerung für Nichtunternehmerhaushalte. Können "normale" Elastizitätsverhältnisse auf den Konsumgütermärkten vorausgesetzt werden, zeigen sich in der Tat sowohl auf denjenigen Märkten, auf denen bisher Güter exportiert und importiert wurden, als auch auf Märkten bisher neutraler Güter, die nach der Aufwertung zu Importgütermärkten werden, nach einer Aufwertung Preisermäßigungstendenzen¹⁾. Auf der anderen Seite ist als Folge rückläufigen Absatzes aus der Inlandsproduktion auf den oben genannten Märkten mit einem Beschäftigungsrückgang zu rechnen. Offenbar wurden dabei von den Konsumentenvertretern im Zeichen der Voll- oder Überbeschäftigung die Gefahren einer entstehenden Arbeitslosigkeit sehr gering eingeschätzt. Jedenfalls mußte selbst im Falle einer leichten Rezession nicht mit einem Absinken der Nominallohnsätze gerechnet werden, möglicherweise nur damit, daß ihr Anstieg gegenüber früher zurückbleiben würde. Im ganzen wurden offenbar die realeinkommenssteigernden Faktoren stärker als die realeinkommensmindernden eingeschätzt und damit mit einer Verschiebung der Einkommensverteilung zu ihren Gunsten gerechnet.

Ähnlich dürften die Gedankengänge der Organe gewesen sein, die sich als Interessenvertreter der privaten Sparer ausgaben. Sie (unter ihnen die Sparkassen) forderten "im Interesse der Kaufkrafterhaltung der D-Mark" eine Aufwertung der Währung. Unterbliebe sie, so wäre mit einem weiteren Absinken des Geldwertes und damit mit einer fortschreitenden Entwertung der Spareinlagen zu rechnen. Eine Minderung der Sparwilligkeit, also ein Absinken der durchschnittlichen Sparquote, wäre dann die Folge. Von einer Aufwertung der D-Mark erwartete man offenbar eine Senkung des Preisniveaus, die dieses Absinken der Sparneigung verhindern würde. Darüber hinaus wurde vermutlich mit einer Steigerung der Realeinkommen der Nichtunternehmerhaushalte gerechnet, die (je nach der Größe der marginalen Sparquote) zu einer Erhöhung der absoluten Beträge für Ersparnisse und damit auch der Spareinlagen beitragen könnte.

Wie üblich wesentlich lautstärker als alle anderen Interessengruppen mischten sich die Unternehmervvertreter in die Debatte. Sie lehnten eine Aufwertung rundweg ab. Mit den bekannten Argumenten, eine Aufwertung ginge einseitig zu Lasten der Unternehmer, nur mühsam nach dem Kriege zurückgewonnene Exportmärkte gingen verloren und mit anderen Einwänden wurde gegen sie Stellung genommen. Es gibt heute Stimmen genug, die die zögernde und lange Zeit hindurch abwartende Haltung der Bundesregierung in der Aufwertungsfrage auf den Einfluß dieser

1) Als Ergänzung hierzu dient Darstellung I im 2. Teil des Anhangs, S. 167.

Gruppe zurückführen ¹⁾. In Parenthese ist dazu noch anzumerken, daß die völlige Geheimhaltung der Aufwertungsabsicht bis zu dem Zeitpunkt, als die Aufwertung als beschlossene Maßnahme verwirklicht wurde, ihren Grund nicht nur in dem Wunsch, eine Spekulationswelle zu vermeiden, sondern auch in dem folgenden Umstand gehabt haben dürfte: es wurde befürchtet, daß der Widerstand der interessierten deutschen Wirtschaftskreise zu groß geworden wäre, wäre das Vorhaben vorzeitig publik geworden.

Freilich brachte diese Art der technischen Durchführung große Nachteile mit sich. Da auch die ausländischen Zentralbanken nicht informiert wurden und deshalb nicht zielbewußt reagieren konnten, ist nach der Aufwertung eine Spekulationskrise aufgetreten, in deren Folge riesige spekulative Kapitalbeträge nach Deutschland flossen. Als zweites Unsicherheitsmoment, das aus dem isolierten Vorgehen resultierte, kam der Umstand hinzu, daß niemand wußte, wer sich der deutschen Maßnahme anschließen würde. Die Dementis zu einer angeblich geplanten Wechselkurskorrektur aus Italien, Frankreich, der Schweiz und anderen Staaten wurden zunächst nicht Ernst genommen, so daß die Unsicherheit noch längere Zeit andauerte.

Die Reaktion der Unternehmer und Unternehmerorganisationen auf die Aufwertung war - wie gesagt - größtenteils negativ. Man war enttäuscht, sprach von einem Wortbruch und tat im übrigen zunächst recht deutlich der Öffentlichkeit seine Verärgerung kund. In der Tat kann eine Aufwertung Grenzunternehmer auf einzelnen Märkten in ernste Schwierigkeiten bringen. Ganz allgemein ist der Aussage der Unternehmer, eine solche Maßnahme führe eine sehr ungleiche Belastung (d.h. Gewinnschmälerung) der Unternehmen auf den einzelnen Märkten herbei, zuzustimmen ²⁾. Es ist auch an dieser Stelle nicht beabsichtigt,

1) So z.B. Gatz Werner in seinem Aufsatz: "Gründe und volkswirtschaftliche Wirkungen der D-Mark-Aufwertung" im Weltwirtschaftlichen Archiv, Bd. 90, 1963, H. 2, S. 379 ff.: "... Es war also nicht erstaunlich, daß die Exportindustrie gegen jede Veränderung des D-Mark-Kurses eingestellt war und sie als eine Art "Selbstverstümmelung" ansah. Lange Zeit mußte dies als ein Datum für die Wirtschaftspolitik angesehen werden. Wahrscheinlich war dies mit einer der wichtigsten Gründe für den Aufschub der D-Mark-Aufwertung". (S. 388). Allerdings weist Palyi (Gutachten, a. a. O., S. 2) mit besonderem Nachdruck den Vorwurf zurück, daß die Gegner der Aufwertung nur Verfechter von Sonderinteressen, dagegen "die Anhänger ausschließlich von dem Wunsch nach dem Dienst an der Allgemeinheit beseelt (gewesen) wären".

2) Die Unternehmervvertreter lehnten auch deshalb eine Aufwertung ab und forderten selektiv wirkende Maßnahmen.

diese Behauptung eingehend zu begründen. Nur einige grundlegende Gedanken (aufbauend auf eine partielle Analyse) seien ausgesprochen ¹⁾:

Auf Märkten, auf denen vor der Aufwertung Güter exportiert und importiert wurden und auf Märkten bisher neutrale Güter, die auf Grund der Kursänderung zu Importgütermärkten werden, setzt sich als Folge einer Aufwertung eine Preissenkungstendenz durch. Voraussetzung sind "normale" Preiselastizitäten. Der Umfang der Preisminderungen wird vom Wert der Preiselastizitäten des Angebots und der Nachfrage im In- und Ausland bestimmt. Realisieren sich diese Preissenkungen tatsächlich, so sind damit Minderungen des einzelwirtschaftlichen Gesamtgewinns verbunden ²⁾. Eine gewinnerhöhende Gegenwirkung macht sich dabei bei denjenigen Unternehmen von der Input-Seite her geltend, bei denen preisermaßigte Kostengüter (im Falle Westdeutschlands besonders bei Importrohstoffe verarbeitenden Unternehmen) zum Einsatz kommen (Senkung der Kostenkurven). Werden beide Entwicklungstendenzen kombiniert, so wird es Unternehmen geben, die mehr von der einen oder mehr von der anderen betroffen werden. Selbstverständlich hat eine Aufwertung noch Einfluß auf eine Reihe weiterer ökonomischer Größen, so z.B. auf die Investitionsneigung, die auf Grund einer veränderten Beurteilung oder tatsächlichen Veränderung der Gewinnsituation möglicherweise beeinflusst wird. In einer totalen dynamischen Analyse wäre dieser allgemeinen Interdependenz Rechnung zu tragen. Insgesamt gesehen wurden aber offenbar von den Unternehmern, ihren Äußerungen nach zu schließen, die für sie negativen Faktoren weit gewichtiger als die positiven (gewinnerhöhenden) eingeschätzt.

Die Aufwertung der D-Mark im März 1961 verfolgte nach offizieller Darstellung zwei Ziele. Bundesregierung und Bundesbank wollten mit ihrer Hilfe einerseits dämpfend auf die Binnenkonjunktur einwirken, andererseits ein weiteres Ansteigen der Gold- und Devisenreserven verhindern ³⁾. Erscheint der Erfolg einer D-Mark-Aufwertung in diesem zweifachen Sinne absolut gesichert und ist man davon überzeugt, daß keine andere nationale (westdeutsche) Maßnahme zur Erreichung dieser Ziele "besser" geeignet wäre, so folgt daraus jedoch nur dann eine Empfehlung zur Durchführung dieser so günstig beurteilten Maßnahme, wenn allein nationale Ziele maßgebend sind. Man kann eine Aufwertung wegen ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung aber auch im Hinblick auf die Weltwirtschaft als Ganzes beurteilen. So hat z.B. Salin geprüft, ob einem isolierten nationalen Vorgehen nicht eine internationale Regelung vorzuziehen wäre, und hat noch im

-
- 1) In diesem Zusammenhang auch Carstens, Die Aufwertungsdebatte, a. a. O., S. 83 f.
 - 2) Zur Erläuterung dazu dient Darstellung II im 2. Teil des Anhangs, S. 163 ff.
 - 3) Inwieweit diesen Zielsetzungen an sich eine Berechtigung zugesprochen werden kann, wird im II. Kapitel geprüft werden (S. 27 ff).

Seit 1960 vom internationalen Standpunkt aus eine Aufwertung der D-Mark abgelehnt, sogleich er vom nationalen Erfolg der Maßnahme überzeugt war¹⁾. Er hielt es für wahrscheinlich, daß mit Hilfe einer Aufwertung der D-Mark die Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik reduziert und eine konjunktur-dämpfende Wirkung im Inland bewirkt werden könnten. Aber das würde nicht reichen. Ein isoliertes westdeutsches Vorgehen wäre nämlich nicht imstande, die allgemeine "Disparität der Kaufkraft der Währungen" zu beseitigen; das allein müsse aber als Ziel gesehen werden. "Da die Disparität der Kaufkraft eine internationale Erscheinung der westlichen Welt ist, kann ihr auch nur international begegnet werden. Das heißt: Es braucht international ein "Alignement" der Währungen - es braucht international (Hervorhebung von mir; der Verfasser) den Willen, die Kursparitäten den Kaufkraftparitäten anzupassen. Das aber kann nur geschehen, wenn die Vormacht des Westens, wenn die Vereinigten Staaten zu einer Änderung der Dollarparität bereit sind." ²⁾ So halt Salin - wie er ausdrücklich betont - à la longue eine Abwertung des Dollar für unausweichlich und bringt deshalb im Anschluß an diese Feststellung sogleich Vorschläge, in welchen Formen sich diese Paritätsänderung vollziehen könnte.

§ 4 Die der Arbeit zugrundegelegte theoretische Konzeption und die Art der Würdigung wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Aus den Überlegungen in diesem Kapitel ergibt sich folgendes: Die im Rahmen dieser Arbeit interessierenden Fragen können sowohl mit Hilfe verschiedener theoretischer Bedingungen und Hilfsmittel als auch aus sehr verschiedener Sicht heraus einer Lösung zugeführt bzw. einer Würdigung unterzogen werden. Vor Aufnahme der Analyse hat der Verfasser folglich klar auszusprechen, welche grundsätzlichen Überlegungen und Entscheidungen er seiner Untersuchung zugrundelegen wird.

1) Salin Edgar, Für ein Alignement der Währungen, in Kyklos Vol. XIII, 1960, S. 437 ff. Ähnlich auch der Wissenschaftliche Beirat beim BMW, der sich für eine "Berichtigung der Wechselkurse in internationaler Kooperation" ausgesprochen hat, ohne freilich eine autonome Aufwertung der D-Mark strikt abgelehnt zu haben; Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 30.4.1957 zur "Wirtschaftspolitischen Problematik der deutschen Exportüberschüsse", S. 11 ff. (Punkt 18-21).

2) Salin, a.a.O., S. 447.

1.) Ich werde davon ausgehen, daß den Kapitalbewegungen, die gleichzeitig zu entsprechenden Leistungstransaktionen zustande kommen, keineswegs nur jener passiv resultierende Charakter zukommt, der ihnen oft zuerkannt wird. Es ist m.E. immer notwendig, die finanzielle Bedingtheit aller Leistungsbilanzsalden zu berücksichtigen. Die relative Höhe der inländischen Kreditkonditionen (verglichen mit der Höhe der ausländischen) bestimmt in entscheidendem Maße die Höhe der Leistungs- und Kapitalbilanzsalden.

Dagegen sehe ich es nicht als Aufgabe dieser Arbeit an, im einzelnen zu begründen, welche der Theorien über den Zahlungsbilanzausgleich den Vorrang verdient. Diese Frage wird der Außenwirtschaftstheorie zur Entscheidung überlassen. Freilich hat dieses Vorgehen für den Verfasser die Konsequenz, daß er beide Konzeptionen innerhalb der Analyse als theoretisches Rüstzeug beachten muß.

2.) Alle Aussagen müssen im Hinblick auf eine fortschreitende Wirtschaft Gültigkeit haben. Eine stationäre Wirtschaft existiert in der Wirklichkeit nie, sie ist lediglich eine gedankliche Hilfskonstruktion, die ermöglichen soll, die Besonderheit nicht-stationärer Phänomene besonders deutlich werden zu lassen. Da hier zu konkreten, d.h. tatsächlich existierenden Problemen Stellung genommen werden soll, wird eine wirklichkeitsnahe Beurteilung letztlich nur möglich sein, wenn von wirklichkeitsnahen Annahmen ausgegangen wird. Bei einem zu hohen Abstraktionsgrad entgleitet immer eine Reihe von Problemen.

3.) Schließlich werden wirtschaftspolitische Maßnahmen nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach privatwirtschaftlichen beurteilt werden. Selbstverständlich können im Einzelfall auch die privatwirtschaftlichen Wirkungen einer Maßnahme interessieren, eine Wertung ihrer Zweckmäßigkeit soll aber allein nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Und zwar wird eine Beurteilung allein vom nationalen Standpunkt aus abgegeben werden, d.h. die Untersuchung arbeitet mit der Unterstellung, daß vom Ausland her keine Maßnahmen zur Lösung des sog. westdeutschen Zahlungsbilanzproblems ergriffen worden wären (z.B. kein weltweites Aligment der Währungen).

Auch das Bekenntnis zu einer Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten schließt selbstverständlich nicht aus, daß innerhalb der Argumentation und Entscheidung subjektive Bekenntnisse des Verfassers zu bestimmten Normvorstellungen zum Ausdruck kommen werden. Denn jede wirtschaftspolitische Entscheidung beinhaltet subjektive Werturteile. Hierzu wird im nächsten Kapitel noch mehr zu sagen sein.

II. K A P I T E L

FORMULIERUNG VON ZIELVORSTELLUNGEN UND DER VERSUCH, SIE AUF DER GRUNDLAGE ALLGEMEINER NORMVORSTELLUNGEN ZU BEGRÜNDEN

§ 1 Einführende Überlegungen

1) Gang der Untersuchung

Soll die Notwendigkeit einer beliebigen wirtschaftspolitischen Maßnahme diskutiert werden, gilt es

- a) zu klären, inwieweit das Ziel selbst, das mit der geplanten Maßnahme zu erreichen gewünscht wird, im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung und grundlegender, allgemein anerkannter sozialer und ökonomischer Zielsetzungen sinnvoll und damit gerechtfertigt erscheint. Es ist also zu fragen, ob sich das Ziel in ein Gefüge bestimmter Normvorstellungen einfügen läßt. Sofern diese Teilfrage nicht vorbehaltlos negativ beantwortet wird, schließen sich weitere Teiluntersuchungen an. Es gilt dann zu klären, ob das gewünschte Ziel
- b) auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch ohne die spezifische wirtschaftspolitische Maßnahme in Zukunft erreicht oder
- c) mit Hilfe anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen besser erlangt worden wäre.

In der ausgesprochenen Drei-Teilung spiegeln sich die drei Bereiche der Sozialökonomik, wie sie John Neville Keynes unterschieden hat ¹⁾. Die Art der Fragestellung unter a) enthält normative Elemente. Es ist Aufgabe der normativen Ökonomik, zu entscheiden, was sein soll, d.h. bestimmte wirtschaftspolitische Ziele und Programme aufzustellen. Dagegen gehört die Frage unter b) zur positiven Ökonomik, die zu erklären hat, was tatsächlich ist, und vorhersagen muß, was sein wird (sofern spezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden oder unterbleiben). Die Aufgabe unter c) berührt die Kunstlehre von der Wirtschaftspolitik,

1) "Positive science", "normative science" und "art of political economy" (J. N. Keynes, *The Scope and Method of Political Economy*, 4. Aufl., New York 1950, Chapter II). Giersch hebt neuerdings die Zweckmäßigkeit dieser Unterscheidung der Sozialökonomik besonders hervor, wenn es gilt, den Beitrag abzuwägen, den sie zu einer rationalen Wirtschaftspolitik zu leisten vermag (Giersch, a. a. O., S. 22 ff.).

die Mittel zu nennen hat, mit deren Hilfe eine Identität zwischen dem Wunschbild und der Realität herbeigeführt werden kann.

Zu a): Die normative Ökonomik "ist auf das Wirtschaftsleben angewandte Ethik". Sie spiegelt subjektive Bekenntnisse in ethischen Grundsätzen wider. Die Ziele und Programme, die sie nennt, sind Ausfluß subjektiver Werturteile desjenigen, der sie ausspricht. Weil dem so ist, und weil die rationale Wirtschaftspolitik der normativen Ökonomik der Zielsetzung wegen bedarf, schließt jede wirtschaftspolitische Entscheidung wertende Überlegungen in sich. Auch in dieser Arbeit sind notwendigerweise normative Elemente enthalten. Sie treten an drei Stellen in besonderer Weise in den Vordergrund. Zunächst in § 2 dieses Kapitels, wo eine Stellungnahme zu der Frage abgegeben wird, ob die erwarteten Aufwertungswirkungen als Zielvorstellungen berechtigt sind. Vor allem aber in besonders beachtenswerter Weise dort, wo es gilt, bei grundsätzlicher Anerkennung der mit der Aufwertung verfolgten Ziele, die mutmaßlichen Nachteile mit den Vorteilen dieses speziellen wirtschaftspolitischen Eingriffs abzuwägen (III. Kap. § 2). Da andererseits um die Zielanbahnung mehrere Mittel konkurrieren, sind auch hier wertende Überlegungen notwendig, soll eine Entscheidung getroffen werden (IV. Kap.).

Zu b): Das Jahr vor der Aufwertung, also 1960, ist Ausgangspunkt der Analyse. Es wird die Frage gestellt, ob es ohne Aufwertung, also nur auf Grund der im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses die Zahlungsbilanz beeinflussenden Faktoren zu einer befriedigenden Lösung des Zahlungsbilanzproblems hätte kommen können. Eine Beantwortung - wie sie im III. Kapitel versucht wird - setzt natürlich die Kenntnis dieser verursachenden Faktoren und gewisse Vermutungen über deren Veränderungen in näher Zukunft voraus. Folgende Gruppierung wird für zweckmäßig gehalten:

a) Veränderungen in der Zahlungsbilanz, die eine gewandelte Zielsetzung in der Kreditpolitik zur Ursache haben. Auf diesen Paragraphen kann deshalb nicht verzichtet werden, weil zum Basisjahr der Analyse das Jahr 1960 gewählt wurde. Während dieses Jahres verfolgte die Deutsche Bundesbank mit ihrer Kreditpolitik einen restriktiven Kurs; sie erhöhte in der Zeit vom 4. September 1959 bis zum 3. Juni 1960 dreimal den Diskontsatz von ursprünglich 2 3/4 % auf 5 %. Die außerordentlich starke Aktivierung der Zahlungsbilanz im Jahre 1960 muß deshalb zum Teil unmittelbar auf die Kreditpolitik der Bundesbank zurückgeführt werden. Gegen Ende desselben Jahres (am 11. November 1960) wurde allerdings der kreditpolitische Kurs geändert; die Bundesbank entschloß sich zu einer Diskontsenkung auf 4 % und leitete damit eine "Politik der Zinsverbilligung" ein, die sie bis heute

1) So Giersch, a. a. O., S. 26.

Ende 1964) durchgehalten hat. Der Diskontsatz betrug seit 5. Mai 1961 unverändert 3%¹⁾. Freilich übte diese im Spätherbst des Jahres 1966 erfolgte Änderung der Kreditpolitik auf die Zahlungsbilanzentwicklung desselben Jahres keine bemerkenswerten Einfluß mehr aus.

*) Veränderungen einzelner Posten der Zahlungsbilanz, die ihre Ursache primär nicht im ökonomischen Bereich haben, sondern also Veränderungen, die primär von der Entwicklung des Sozialprodukts unabhängig sind. Es soll hier von "politisch bedingten Veränderungen" gesprochen werden.

*) Die theoretisch denkbaren Einflußmöglichkeiten von Wachstumsvorgängen auf die Zahlungsbilanz wurden im 1. Teil des Anhangs analysiert und darzustellen versucht. Die empirische Abhandlung hierzu ist im Hauptteil zu finden (III. Kap. § 3). Dort wird die Frage gestellt, ob mit "ausreichender Sicherheit" nachgewiesen werden kann, daß eine Aufwertung der D-Mark unbedingt notwendig war, weil auf Grund der zu erwartenden Wachstumsprozesse "von selbst" eine Lösung des Zahlungsbilanzproblems nicht hätte erwartet werden können. In dieser Untersuchung wird auch geprüft, ob bei Anwendung der Stützel'schen Konzeption auf die Wachstumsprobleme ergänzende Erkenntnisse gefunden werden können.

Zu c): Drei Alternativvorschläge zur Bereinigung des Zahlungsbilanzproblems gegenüber der Aufwertung sollen hier berücksichtigt werden (IV. Kapitel); der Versuch

- a) mit Hilfe handelspolitischer Maßnahmen,
- ß) über eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus und
- *) mit Hilfe allgemeiner kreditpolitischer Maßnahmen

das gesetzte Ziel zu erreichen. Da mir unter diesen Alternativvorschlägen der Vorschlag unter *) besonders empfehlenswert und interessant erscheint, wird er in den weiteren Ausführungen bevorzugte Behandlung erfahren.

2) Definitionen

Um Mißverständnisse zu vermeiden, seien die Begriffe "Zahlungsbilanzsaldo" bzw. "unausgeglichene Zahlungsbilanz", wie sie hier verstanden werden, definiert:

Es soll immer dann von einer "ausgeglichene Zahlungsbilanz" gesprochen werden, wenn der Leistungsbilanzsaldo gerade durch einen gleich hohen Kapitalbi-

1) Erst Anfang 1965 (am 22.1.1965) wurde der Diskontsatz nach dreieinhalb Jahren erstmals wieder geändert und zwar um 1/2% auf 3 1/2% erhöht.

lanzsaldo "ausgeglichen" wird. Die Gold- und Devisenreserven weisen dann zu Anfang und Ende der zugrunde gelegten Periode die gleiche Höhe auf. Entsprechend ist die Zahlungsbilanz unausgeglichen, wenn sich die Gold- und Devisenbestände während der relevanten Periode verändert haben. Dabei soll von einer aktiven (passiven) Zahlungsbilanz gesprochen werden, wenn während der betrachteten Periode die Gold- und Devisenbestände zugenommen (abgenommen) haben. In diesem Falle ist die Summe der Zahlungseingänge aus dem Ausland aus Leistungs- und Kapitaltransaktionen größer (kleiner) als die Summe der Zahlungsausgänge an das Ausland aus Leistungs- und Kapitaltransaktionen.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang noch bedacht werden, daß selbst die Trennung zwischen Kapital- und Devisenbilanz immer einer bestimmten Willkür des jeweiligen Autors unterliegt. Es gibt keine allgemein verbindliche Definition des Begriffs "Devisenreserve". Sie muß immer fallweise nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten getroffen werden ¹⁾.

§ 2 Die "Berechtigung" der mit der Aufwertung verknüpften Zielvorstellungen

Die Aufwertung der D-Mark wurde von offizieller Seite, d. h. von Bundesregierung und Bundesbank, mit dem Hinweis begründet, daß mit ihrer Hilfe auf der einen Seite den Inflationstendenzen im Inland entgegengetreten, auf der anderen Seite ein Abbau der Leistungs- und Zahlungsbilanzüberschüsse ermöglicht werden sollte. Kann diesen beiden Zielvorstellungen, gegebenenfalls unter welchen Einschränkungen, eine Berechtigung zuerkannt werden ²⁾ ?

1) Ziel Nr. 1: "Dämpfung" der Binnenkonjunktur

Als erstes Ziel wurde die Dämpfung der Konjunktur, also die Bremsung des inflationistischen Trends genannt. Zur Rechtfertigung dieser Zielsetzung, die allgemein anerkannt wird, soll nicht viel gesagt werden; ein ergänzender Hinweis mag genügen: Man sollte sich, wenn eine Formulierung versucht wird, diese Rechtfertigung nicht allzu leicht machen, indem man mit allgemeinen Wertbegriffen argumentiert. Eine Geldentwertung sei "ungerecht" und deshalb zu bekämpfen,

-
- 1) In dieser Arbeit wird das von der Deutschen Bundesbank in ihren Währungsreserve- und Zahlungsbilanzstatistiken praktizierte Zurechnungsverfahren übernommen.
 - 2) Es sei in diesem Zusammenhang auch auf die bei Carstens (Die Aufwertungsdebatte, a. a. O., S. 51 ff.) recht ausführliche Darstellung der Argumente, welche zugunsten einer Aufwertung sprechen, verwiesen.

weil sie Wirtschaftssubjekte, die ein positives Geldvermögen gebildet haben, benachteiligt, solche, deren Geldvermögen aber negativ gewesen ist, bevorzugt. Sie sei "ungerecht", weil die Sachvermögensbesitzer die Gewinner, die Geldvermögensbesitzer die Verlierer sind. Daß der Ausdruck "ungerecht" in diesem Zusammenhang am Platze ist, erscheint mir keineswegs selbstverständlich. Man könnte m.E. ebenso der Meinung sein, eine Geldentwertung zähle zu den allgemeinen Risiken, die jegliches Wirtschaften für die Wirtschaftssubjekte mit sich bringt, wobei es der Entscheidung des einzelnen überlassen bleibt, wie er sich diesen Risiken gegenüber verhält. Erst aus der Reaktion der Wirtschaftssubjekte auf diese Entwicklung könnte dann letztlich ermessen werden, ob sie, nun im Hinblick auf andere wirtschaftspolitische Zielsetzungen grundlegender Art, schädlich war oder nicht. Zählte zu diesen beispielsweise die Erreichung eines möglichst großen realen Wachstums, wie das heutzutage sehr oft gefordert wird, und wird als Reaktion der Wirtschaftssubjekte auf eine Geldentwertung ein Absinken ihrer (marginalen) Sparquote resultieren, müßte im Hinblick auf diese Zielsetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität des Geldwertes tatsächlich mit Nachdruck empfohlen werden. Denn nach wachstumstheoretischen Erkenntnissen entspricht einer sinkenden Sparquote eine geringere Gleichgewichtswachstumsrate.

2) Ziel Nr. 2: Ausgleich der Zahlungsbilanz

Als zweites Ziel der Aufwertung wurde der Ausgleich der Zahlungsbilanz genannt. Die Herstellung einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz zählt zu den fundamentalen Zielsetzungen unserer Wirtschaftspolitik. Es bestehen sogar internationale Verpflichtungen, dieses Ziel anzusteuern, so ist beispielsweise die Bundesrepublik als EWG-Mitgliedstaat nach Art. 104 EWG-Vertrag verpflichtet, eine solche Wirtschaftspolitik zu betreiben, "die erforderlich ist, um unter Wahrung eines hohen Beschäftigungsstandes und eines stabilen Preisniveaus das Gleichgewicht ihrer Gesamtzahlungsbilanz zu sichern und das Vertrauen in ihre Währung aufrechtzuerhalten" (Hervorhebung von mir, der Verfasser). Die Rechtfertigung dieser Zielsetzung kann aus den folgenden vier Sachzusammenhängen hergeleitet werden:

i. Ein Devisenzustrom schließt gleichzeitig die Tendenz zur Ausweitung des inländischen Geldvolumens in sich. Es verbessert sich die Liquidität der Geschäftsbanken und damit erweitert sich ceteris paribus deren Kreditspielraum, so daß u. U. ein Prozeß der (multiplen) Giralgeldschöpfung zustande kommt. Eine solche außenwirtschaftlich bedingte Liquidisierungswelle kommt seit Jahren auf die westdeutsche Wirtschaft zu. Sie ist im gegenwärtigen Zustand der Vollbeschäftigung äußerst unerwünscht, denn der von ihr ausgehende expansive Effekt

auf Einkommen und Beschäftigung droht eine inflatorische Lücke aufzureißen. Die Produktion ist - kurzfristig betrachtet - weitgehend unelastisch geworden, so daß die über die Zunahme der internen Geldmenge verursachte Erhöhung der effektiven Nachfrage gutermaßig nicht rechtzeitig befriedigt werden kann. Eine Preissteigerung ist die Folge dieser Entwicklung, denn das Einkommen erhöht sich nur nominell. Selbstverständlich kann versucht werden, über eine kontraktive Kreditpolitik diesem Expansionsprozeß entgegenzuwirken. Das hat die Deutsche Bundesbank in den vergangenen Jahren auch tatsächlich getan, es sei nur an die Offenmarkt-Operationen erinnert. Letzten Endes - und darüber sollte man sich im klaren sein - handelt es sich dabei jedoch nur um Kompensationsmaßnahmen, die die eigentliche Ursache der Schwierigkeiten nicht beseitigen. Auch der Kontraktionspolitik der Zentralbank sind gewisse Grenzen gesetzt, man denke nur an die Offenmarktpolitik, wo der Bestand an zur Offenmarkt-Operation geeigneten Aktiva diese Begrenzung abgibt. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die kontinuierlich anfallenden Zahlungsbilanzüberschüsse die inländische Kreditpolitik erschweren und deren Funktionsfähigkeit gefährden ¹⁾.

2. Das gegenwärtige internationale Zahlungssystem funktioniert nur, wenn Gläubiger und Schuldner Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, auf einen Zahlungsbilanzausgleich hinzuwirken. Im Rahmen der bestehenden Außenwirtschaftsordnung wird die (zumindest auf lange Sicht) ausgeglichene Zahlungsbilanz als wünschenswerter Idealfall angesehen und damit als Zielvorstellung anerkannt. Notenbanken und vor allem die zentralen internationalen Währungsinstanzen sind nicht willens, Zahlungsbilanzdefizite eines Landes ad infinitum devisenmäßig zu finanzieren. Kredithilfen zur Überbrückung von Zahlungsschwierigkeiten werden zwar gewährt, sie sind jedoch im allgemeinen an bestimmte Auflagen gebunden. Das Schuldnerland muß selbst Anstrengungen machen, aus der Schuldnerposition herauszukommen, es muß die Sanierungsmaßnahmen in allererster Linie fördern. Unterläßt es diese Anpassungen und weigern sich Notenbanken und zentrale Währungsinstanzen konsequent, durch Stützungskredite die Zahlungsbilanzdefizite weiter zu finanzieren, so können diese, sobald alle Währungsreserven erschöpft sind, "mangels Kasse" überhaupt nicht mehr entstehen. Auf Grund

1) Es gibt allerdings Autoren, die die Restriktionspolitik der Bundesbank für ausreichend, erfolgreich und empfehlenswert gehalten und aus diesem Grund eine Aufwertung zurückgewiesen haben. So z. B. Abs H. J.: "Eine inflationäre Auswirkung des Devisenzuflusses hat die Bundesbank bisher noch stets verhindert. Es ist nicht einzusehen, warum ihr das nicht auch in der Folgezeit gelingen sollte" (Abs, Der Wechselkurs, kein Feld für Experimente, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 11. Juni 1960).

trivialer saldenmechanischer Beziehungen ist ein Abbau des Defizits eines Landes nur "zu Lasten" der Summe aller übrigen Länder möglich. Hieraus kann schon eine Verpflichtung der Überschußländer, einen Abbau ihrer Überschüsse hinzunehmen, abgeleitet werden. Darüber hinaus unterstützen alle jene Maßnahmen, die geeignet sind, die eigenen Überschüsse zu reduzieren, die Bemühungen der Defizitländer um eine Verminderung ihres Defizits; das Überschußland treibt, wenn es sich so verhält, eine "gute Gläubigerpolitik".

3. Aber auch solange die Defizitländer auf Sekundärkredite verzichten können, stellt der kontinuierliche Ankauf von Devisen letzten Endes eine fortgesetzte Kreditgewährung seitens der Überschußländer dar, im Falle der Bundesrepublik einen "unbeabsichtigten güterwirtschaftlichen Kapitalexport" in der Terminologie des Wissenschaftlichen Beirats beim BMW¹⁾. Das Überschußland nimmt fortlaufend Devisen herein, obwohl es nach Lage der Dinge gar keine Möglichkeit hat, diese zu verwerten, d. h. Gegenwerte in Güter zu beziehen. Es finanziert also die Defizite der Schuldnerländer und ermöglicht es ihnen, ihre bisherige Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise alimentiert es u. U. eine Inflationspolitik in den Schuldnerländern. Besonders prekär ist diese Situation unmittelbar für die Gläubigerländer, da die Gefahr besteht, daß die inflatorischen Tendenzen von außen auf das Inland übertragen werden (Phänomen der "importierten Inflation"). Obgleich bezweifelt werden muß, daß die westdeutschen Zahlungsbilanzüberschüsse ihre Ursache ausschließlich im Preisgefälle zwischen dem Ausland und dem Inland haben - wie das oftmals vereinfachend behauptet wird -, kann doch nicht geleugnet werden, daß dieser Tatbestand mit zu den verursachenden Bedingungen gerechnet werden muß.

4. Wachsende Devisenreserven repräsentieren einen Wohlfahrtsverlust der betreffenden Volkswirtschaft. Der Devisenzustrom kommt zustande, da offenbar im Inland niemand bereit ist, Kapital in entsprechender Höhe zu exportieren und im Ausland anzulegen. Als Ursache hierfür muß in erster Linie ein unzureichendes Zinsgefälle vom Ausland zum Inland genannt werden; es ist mit anderen Worten der ausländische Zinssatz - gemessen am inländischen - zu niedrig. Der Verzicht auf Auslandsanlage beinhaltet gleichzeitig einen Verzicht auf Zinseinkommen. Es kommt auf diese Weise für die Volkswirtschaft ein Einkommensausfall in Höhe der möglichen Auslandsverzinsung zustande. Tatsächlich ist dieser Einkommensausfall etwas niedriger, da auch die Devisenreserven bei der Zentralbank, die ja Guthaben bei ausländischen Banken darstellen, verzinst werden. Da die hier geltenden Zinssätze sehr niedrig sind, kommt diesem Zinseinkommen jedoch quantitativ keine große Bedeutung zu. Man könnte an dieser Stelle auf

1) Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMW, a. a. O., S. 3 ff. (Punkt 6-8).

den Gedanken kommen, auch im Posten der eigenen unentgeltlichen Leistungen Kapitaleleistungen an das Ausland zu sehen, für die der Zinssatz Null gilt und bei denen folglich ebenfalls auf ein Zinseinkommen verzichtet wird. Diese Überlegung ist zweifellos richtig, jedoch wird in diesem Fall dieser Verzicht ganz bewußt und nicht ohne "Gegenwert" hingenommen. Dieser liegt nämlich in der "Befriedigung" des Schenkenden, die aus dem Akt der Schenkung unmittelbar resultiert, von einem Wohlfahrtsverlust kann folglich nicht gesprochen werden.

Es sprechen also gute Gründe für die Herstellung eines Zahlungsbilanzausgleichs. Tatsächlich wird die Berechtigung dieser Zielsetzung auch von Seiten der Bundesregierung uneingeschränkt anerkannt. Schwieriger ist es dagegen, die Frage zu beantworten, auf welchem Niveau dieser Ausgleich nach den Vorstellungen der Bundesregierung zustande kommen sollte. Theoretisch sind hier mehrere Möglichkeiten gegeben. Ein Ausgleich kann nur über die Leistungsbilanz, nur über die Kapitalbilanz oder über beide Bilanzen angestrebt und schließlich verwirklicht werden. Zur Verdeutlichung dieses Sachverhalts seien einige statistische Daten angegeben: In den vier Jahren vor der Aufwertung (1957 - 1960) war der auf ein Jahr bezogene durchschnittliche Saldo der sog. laufenden Posten (Leistungsbilanz einschließlich unentgeltlicher Leistungen) mit 5,1 Mrd DM aktiv, während die Kapitalbilanz ¹⁾ im Durchschnitt pro Jahr einen Nettokapitalexport von 1,3 Mrd DM auswies. Der durchschnittlich-jährliche Devisenzufluß lag folglich bei 3,5 Mrd DM. Geht man von diesen Werten aus, dann könnte ein Ausgleich offenbar zustande kommen

- a) über die ausschließliche Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses bis hinunter auf die Höhe des Nettokapitalexports,
- b) über die ausschließliche Erweiterung des Nettokapitalexports bis hinauf auf die Höhe des Leistungsbilanzüberschusses; Umwandlung des "unbeabsichtigten Kapitalexport" in einen von den einzelnen Wirtschaftssubjekten beabsichtigten Kapitalexport) und
- c) mit Hilfe der Verminderung des Leistungsbilanzüberschusses und der gleichzeitigen Erhöhung des Nettokapitalexports mit einem Ausgleich irgendwo "in der Mitte";
- d) schließlich bieten sich noch die beiden Möglichkeiten an, den Leistungsbilanzüberschuß (Nettokapitalexport) unter den Saldo der Kapitalbilanz hinunterzudrücken, über den Saldo der Leistungsbilanz hinauszudrücken, und gleichzeitig den Nettokapitalexport zu vermindern (den Leistungsbilanzüberschuß zu erhöhen).

1) Einschließlich des ungeklärten Restpostens der Zahlungsbilanz, der u. a. den "unsichtbaren" Kapitaltransfer miteinschließt.

Es ist mir nicht gelungen, eine eindeutige Stellungnahme der Bundesregierung zu diesem Fragenkomplex ausfindig zu machen. Ich glaube jedoch, daß die Lösung des Problems nach Punkt c) den Vorstellungen und Zielsetzungen der Regierung am ehesten entspricht ¹⁾. In der Mehrzahl der offiziellen Verlautbarungen zum Problem des Zahlungsbilanzausgleichs wird lediglich die Bereitschaft der Regierung zu einer zahlungsbilanzkonformen Wirtschaftspolitik betont, und es werden möglicherweise noch die sich anbietenden wirtschaftspolitischen Massnahmen genannt. Dagegen bleibt unerwähnt, auf welchem Niveau der Zahlungsbilanzausgleich tatsächlich gewünscht wird ²⁾. Manche Indizien deuten allerdings darauf hin, daß wohl in erster Linie, aber nicht ausschließlich, eine Reduktion des Leistungsbilanzsaldos für erforderlich gehalten wird. "Die Bundesregierung hat die anhaltende Steigerung der Einfuhren schon in den vergangenen Jahren stets beklagt. Sie sieht in der Entwicklung dieses Jahres (gemeint ist das Jahr 1962) der Verlässe³⁾ einen Schritt zum besseren Ausgleich der Leistungsbilanz" ⁴⁾ (Hervorhebung von mir; der Verfasser). Nach den Worten des derzeitigen Bundeswirtschaftsministers "kommt es nicht darauf an, die Höhe der Exporte zu beeinflussen, sondern ein besseres Verhältnis zwischen Ein-

- 1) Der Wissenschaftliche Beirat beim BWL sah im Jahre 1957 in der Verringerung des Leistungsbilanzaktivums eine unumgängliche Voraussetzung zur Lösung des westdeutschen Zahlungsbilanzproblems; Gutachten, a. a. O., S. 9, (Punkt 14). Während der Aufwertungsdebatte wurde übrigens die Frage lebhaft diskutiert, ob über eine Steigerung des Kapitalexports - unter Beibehaltung der hohen Leistungsbilanzüberschüsse - ein Zahlungsbilanzausgleich langfristig überhaupt sichergestellt werden könnte. Unter Hinweis auf den sog. "Bumerang-Effekt" wurde das - sicher nicht zu Unrecht - verschiedentlich bezweifelt. In diesem Zusammenhang Carstens, Die Aufwertungsdebatte, a. a. O., S. 95 ff.; dort sind auch weitere Literaturhinweise zu diesem Gegenstand zu finden.
- 2) Das gilt auch für die beiden Wirtschaftsberichte, die das Bundeswirtschaftsministerium für die Jahre 1963 und 1964 erstmals herausgegeben hat ("Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 (1963) und die Aussichten für 1963 (1964)").
- 3) Zitiert aus dem "Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1963 (Deutscher Beitrag zum Jahresbericht 1962/63 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD)", herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft - 1962, S. 34.

und -Ausfuhr zu schaffen" (Hervorhebung von mir). Interessant dabei ist, daß der Überschuß der Bilanz der laufenden Posten und auch der Leistungsbilanz allein (so 1963) wesentlich geringer war als in den Jahren vor der Aufwertung. Trotzdem wird auch heute noch "ein besseres Verhältnis" zwischen Ein- und Ausfuhr für notwendig gehalten. Um so mehr muß diese Forderung dann aber für die Jahre vor der Aufwertung gegolten haben. Ähnliche Gedankengänge, die auf die These hindeuten, finden sich auch in Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank. In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1963 setzt sich die Bank z.B. mißverständlich für eine Verminderung des Nettokapitalimports ein¹⁾; "Die Eindämmung des Nettokapitalimports entspricht ... auch dem außenwirtschaftlichen Ziel, den Zahlungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik - und damit tendenziell auch die Defizite anderer Länder - in Grenzen zu halten."²⁾ (Hervorhebungen von mir). S. 22 vertritt die Bank im selben Geschäftsbericht aber auch die Auffassung, die "Vor- und Nachteile der konjunkturpolitischen Abwägungen ... Maßnahmen stehen (müssen), die geeignet erscheinen, die Handelsbilanzüberschüsse in Grenzen zu halten" (Hervorhebung von mir).

Über diese Feststellungen hinaus muß fehlender, oder unbekannter, exakter Angaben wegen die Frage offen bleiben, wie stark der Leistungsbilanzüberschuß nach den Vorstellungen der Bundesregierung vermindert und korrespondierend dazu, damit ein Zahlungsbilanzausgleich gewährleistet ist, der Kapitalexport erhöht bzw. der Kapitalimport eingedämmt werden sollte. Für eine klarte Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses sprechen zweifellos gewichtige konjunkturelle Gesichtspunkte. Auf diese Weise könnte nämlich versucht werden, gewissen "Übernutzungstendenzen" auf den inländischen Gütermärkten entgegenzuwirken.³⁾

- 1) Aus einem Interview, das Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker Pressekorrespondenten gab; abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 4. Februar 1964, Nr. 22, S. 187. In dieselbe Richtung geht eine Empfehlung der EWG-Kommission in ihrem Konjunkturquartalsbericht zur Jahresmitte 1964, weitere Maßnahmen zur Verringerung der Leistungsbilanzüberschüsse zu ergreifen.
- 2) 1962 und 1963 war der Kapitalzufluß in der Bundesrepublik größer als der Kapitalabfluß.
- 3) Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1963, S. 19.
- 4) Das wird natürlich auch von der Bundesregierung klar erkannt. "Die Gefahr, daß sich die Spannungen (auf den inländischen Gütermärkten; der Verf.) verstärken, ist um so größer, je mehr das Inlandsangebot durch Außenhandelsüberschüsse vermindert wird. Maßnahmen zu einem besseren Ausgleich der Handelsbilanz sind daher für die Aufrechterhaltung einer gleichgewichtigen Expansion und einer stabilen Preisentwicklung besonders wichtig"; so der Bundesminister für Wirtschaft in den "Tages-Nachrichten" des BWM, Bonn, Nr. 4740 vom 12.6.1964, S. 2.

In diesen Überlegungen wurden die Schenkungen der Leistungsbilanz zugeordnet und mit den eigentlichen Leistungstransaktionen zur "Bilanz der laufenden Posten" vereint. In gewissem Sinne ist jedoch diese Gruppierung willkürlich. Man könnte auch - und das wird sogar gelegentlich getan ¹⁾ - die unentgeltlichen Leistungen der Kapitalbilanz zurechnen, mit der Begründung nämlich, daß diese in der Regel die Form von Kapitalleistungen aufweisen. Sie unterscheiden sich von den Kapitaltransaktionen der Kapitalbilanz lediglich dadurch, daß für sie keine Rückzahlungsverpflichtungen bestehen ²⁾. Andererseits hat auch die hier gewählte Zuordnung, wie sie auch in der Bundesbankstatistik zu finden ist, ihre Berechtigung. Unentgeltliche (monetäre) Leistungen sind wie die eigentlichen Leistungstransaktionen, aber im Gegensatz zu den Kapitaltransaktionen der Kapitalbilanz, geldvermögenswirksam. In allen folgenden Ausführungen soll die bisher bevorzugte Gruppierung beibehalten werden.

Sobald das Problem der Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses angesprochen wird, taucht die grundsätzliche Frage auf, ob eine Verminderung des absoluten Überschußbetrags oder der sog. Leistungsbilanzquote, also der Relation zwischen Leistungsbilanzüberschuß und Sozialprodukt, angestrebt werden soll. Welche der beiden Zahlen besitzt bei der Beurteilung der außenwirtschaftlichen Lage und Entwicklung eines Landes die größere Aussagekraft, welche soll grundsätzlich als Orientierungsmittel dienen? Es ist sicher so, daß die absolute Zahl allein relativ wenig aussagt. Ein Leistungsbilanzüberschuß von bestimmter Höhe kann für ein Land A sehr groß sein, für ein Land B dagegen sehr wenig bedeuten. Das wird - unter sonst gleichen Bedingungen - dann der Fall sein, wenn A ein "kleines" Land ist und B zu den "großen" Ländern zählt. Die "wirtschaftliche Größe" eines Landes wird dabei üblicherweise an der Höhe seines Sozialprodukts abgelesen. Ähnliche Überlegungen gelten auch für ein bestimmtes Land in zeitlicher Hinsicht. Nur kann in diesem Fall, solange die Betrachtung relativ kurzfristiger Natur ist, das Wachstumsphänomen u. U. unberücksichtigt bleiben. Die Orientierung an der Leistungsbilanzquote kann allerdings auch gewisse Schwierigkeiten heraufbeschwören. Wird beispielsweise die gegenwärtige Quote eines Landes - die von Null verschieden ist - als angemessen angesehen und folglich deren Konstanz in Zukunft gewünscht, muß gleichzeitig ein bestimmter Gleichlauf in der Entwicklung im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums gewährleistet sein. Damit auch künftig ein Ausgleich der Zahlungsbilanz erhalten bleibt, müssen zusätzliche Kapitaltransaktionen kompensierend zustande kommen. Außerdem darf das Wachstum im übrigen Ausland vom inländischen nicht allzusehr abwei-

-
- 1) So z. B. auch im erwähnten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMW.
 - 2) Das Fehlen der Verzinsung ist kein Charakteristikum, denn es gibt auch zinslose Kredite.

chen, wenn auch dort die ursprüngliche Quote beibehalten werden soll ¹⁾.

Die westdeutsche Leistungsbilanz weist in den Jahren vor der Aufwertung nicht nur steigende absolute Überschußzahlen, sondern auch eine zunehmende Quote aus (vgl. Tab. 1, nachstehend). In den Jahren nach der Aufwertung sank die Quote auf 1,21 ab (Durchschnitt für die Jahre 1961/63), was gegenüber den 2,92 in der Periode 1958/60 einen beachtlichen Rückgang bedeutet. Welches Orientierungsmittel die Bundesregierung bei der Beurteilung der Leistungsbilanzüberschüsse benutzt, ist mir nicht bekannt. Ich möchte jedoch annehmen, daß die Äußerungen von offizieller Seite so zu interpretieren sind, daß in erster Linie an eine Reduktion des absoluten Überschusses gedacht bzw. diese für wünschenswert gehalten wird.

Leistungsbilanzsaldo, Bruttosozialprodukt und Leistungsbilanzquote in den Jahren 1952 bis 1963 in der Bundesrepublik

Jahr	Leistungsbilanz- saldo in Mrd DM	Bruttosozial- produkt in Mrd DM ^{x)}	Leistungs- bilanzquote
	L	Y	$\frac{L}{Y} \cdot 100$
1952	+2,337	135,6	+1,72
1953	+4,201	145,5	+2,88
1954	+4,038	156,4	+2,58
1955	+2,974	178,3	+1,66
1956	+5,599	196,4	+2,85
1957	+7,637	213,6	+3,57
1958	+7,830	228,5	+3,42
1959	+7,145	247,9	+2,88
1960	+7,618	296,8	+2,56
1961	+6,448	326,2	+1,97
1962	+1,788	354,8	+0,50
1963	+4,598	376,8	+1,22
Ø 1952/54	+3,525	145,8	+2,41
Ø 1955/57	+5,403	196,1	+2,75
Ø 1958/60	+7,531	257,7	+2,92
Ø 1961/63	+4,278	352,6	+1,21

^{x)} nominelles Bruttosozialprodukt für das Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin, ab 1960 mit Saarland und Berlin.

Tabelle 1

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für März 1964, S. 86,
Statist. Jahrb. f. d. BRD, 1962, S. 564 und 1960,
S. 542 und
Wirtschaft und Statistik, Heft 1, Januar 1964, S. 6.

1) Diese Aussage gilt in ihrer strengen Form nur unter der Annahme der Konstanz der durchschnittlichen Importquoten im In- und Ausland bei Sozialprodukt-änderungen.

III. K A P I T E L

BERECHTIGUNG DER AUFWERTUNG DER D-MARK IM HINBLICK AUF DIE VERMUTLICHE KÜNF TIGE ENTWICKLUNG DER DIE ZAH - LUNGSBILANZ PRIMÄR BESTIMMENDEN VARIABLEN

§ 1 Ausmaß des Einflusses der Kreditpolitik des Jahres 1960 auf die Entwick- lung der Zahlungsbilanz

Untersuchungsgegenstand in diesem Kapitel sind diejenigen mutmaßlichen Veränderungen in der westdeutschen Zahlungsbilanz, die durch mögliche konstitutive strukturelle Veränderungen oder das wirtschaftliche Wachstum im In- und Ausland hervorgerufen werden können. An diese Untersuchung wird die Frage geknüpft, ob der Nachweis geführt oder doch die Vermutung ausgesprochen werden kann, daß auf Grund dieser Veränderungen spezifische, allein den Zahlungsbilanzausgleich bezweckende Maßnahmen überflüssig gewesen wären. Die Beantwortung einer solchen Frage kann nur innerhalb bestimmter allgemeiner Rahmenbedingungen gegeben werden. Zum Ausgangspunkt der Überlegungen wird deshalb das Jahr vor der Aufwertung (also 1960) gewählt. Die Analyse baut auf die übliche *ceteris-paribus*-Klausel auf. Es wird angenommen, daß alle Variablen, die mittelbar oder unmittelbar Einfluß auf die Entwicklung der Zahlungsbilanz haben können, soweit sie nicht selbst Eingang in die Analyse finden, stationären Charakter haben, d. h. im Zeitablauf konstant bleiben (s. s. „gleichbleibende Zollsätze“). Eine einzige Ausnahme wird jedoch gemacht. Es soll nicht unterstellt werden, daß das Zinsniveau des Jahres 1960 in Zukunft unverändert bleibt.

Die Bundesbank verfolgte gerade im Jahre 1960 eine Kreditpolitik, die sich nicht an den Erfordernissen der Zahlungsbilanz orientierte. Nach einer langen Periode des allgemeinen Abbaus der Kreditrestriktionen (seit 6. 9. 1958) leitete sie am 1. 9. 1959 eine Politik der Verschärfung der Kreditkonditionen ein. Mit dem Hinweis auf die binnenkonjunkturelle Situation glaubte sie diese Politik rechtfertigen zu können. Doch schon am 11. November 1960 änderte die Bundesbank abermals ihren kreditpolitischen Kurs: Sie senkte den Diskontsatz von 5 % auf 4 % und kurz darauf noch zweimal um je 1/2 %. Vom 5. Mai 1961 an hatte dann der Satz von 3 % gut dreieinhalb Jahre lang Gültigkeit.

Es wäre m. E. wenig sinnvoll, der Analyse ein Zinsniveau zugrunde zu legen, das mehr oder weniger der Ausdruck eines überflüssigen Experiments war. Es soll vielmehr unterstellt werden, daß die Bundesbank gewillt ist, das Zinsniveau der Jahre 1958/59/61 weiter aufrechtzuerhalten (vgl. Tab. 2). Um Mißverständnisse auszuschließen: Hier soll nicht untersucht werden, ob mit Hilfe der Kredit-

Durchschnittlich jährlicher
Diskontsatz der Deutschen
Bundesbank

1958	3,3 %
1959	3,0 %
1960	4,4 %
1961	3,2 %
1962	3,0 %
1963	3,0 %

Tabelle 2

Quelle: Mon. ber. d. DBBk f.
März 1964, S. 62

politik eine Lösung des Zahlungsbilanzproblems möglich gewesen wäre; das soll erst später geschehen (IV. Kap. § 3). Die Zinssätze werden nicht als Aktionsparameter betrachtet. Es gilt lediglich, für deren Höhe innerhalb der allgemeinen Rahmenbedingungen eine vernünftige, wirklichkeitsnahe Annahme zu treffen. Wollen wir in den weiteren Untersuchungen mit der Annahme eines solchen Zinsniveaus arbeiten, so müssen wir abschätzen, wie die Zahlungsbilanz 1960 zustande gekommen wäre, wenn die Zinssätze der Jahre 1958/59/61 auch 1960 gegolten hätten.

Angesichts der damit verbundenen Schwierigkeiten stellt sich freilich die Frage, ob nicht zweckmäßigerweise anstelle von 1960 ein anderes Basisjahr zum Ausgangspunkt der Betrachtungen gewählt werden solle. Zunächst spricht für die Wahl von 1960, daß dieses Jahr unmittelbar vor dem Aufwertungsjahr liegt, weshalb die Vergleichsmöglichkeiten noch relativ gut sind. Das Jahr 1960 weist, abgesehen von der Kreditpolitik, in den hier interessierenden Bereichen durchaus "normale" Züge auf. Wurden andererseits mehrere Jahre zusammen (z.B. die Jahre 1958 einschließlich 1960) zur Basis gewählt, so bestünde die Gefahr, daß 1960 seiner besonderen Kreditpolitik wegen "durchschlagen" und das Ergebnis verzerren würde. Auch erscheint es fraglich, ob mit Hilfe einer Zusammenfassung der Jahre 1960 und 1961 ein gewisser "Ausgleich" geschaffen werden könnte. Es ist durchaus möglich, daß die Wirkungen der Kreditpolitik von 1960 über 1961 hinausreichen. Aus allen diesen Überlegungen heraus halte ich an dem beabsichtigten Vorgehen fest.

Die Höhe des Zinsniveaus, oder genauer das Zinsgefälle zwischen In- und Ausland hat entscheidenden Einfluß auf die Größe des Leistungs- und Kapitalbilanzsaldos einer Volkswirtschaft. Eine Erhöhung des Zinsniveaus (um 1 bis 1,2 %) wird die Einzelwirtschaften veranlassen, im verstärkten Umfang Einnahmeüberschüsse bzw. im verringerten Umfang Ausgabentüberschüsse zu planen und zu verwirklichen, so daß der Leistungsbilanzüberschuß zunimmt. Es ist anzunehmen, daß der Tendenz nach der Leistungsbilanzüberschuß des Jahres 1960 niedriger geblieben wäre, hätte die Bundesbank auf eine solche Schwenkung im kreditpolitischen Kurs verzichtet.

Etwas mehr Anhaltspunkte für die Veränderungen, die zu erwarten gewesen wären, bieten sich in bezug auf die Kapitalbilanz an. Dabei sollen allerdings die

öffentlichen Kapitalbewegungen völlig unberücksichtigt bleiben, da diese Kapitaltransaktionen - im Gegensatz zu den privaten - keineswegs primär durch das Zinsgefälle determiniert werden. Tabelle 3 zeigt die privaten Kapitalbewegungen netto der Jahre 1956 bis 1961. Dabei fanden neben den "sichtbaren" Kapitaltransaktionen, wie sie in der eigentlichen Kapitalbilanz aufgeführt werden, auch die "unsichtbaren" Berücksichtigung. Bekanntlich beruhen diese Kapitalbewegungen - bedingt durch Veränderungen der terms of payment - im sog.

"Restposten" der Zahlungsbilanz nieder, der als Differenzbetrag zwischen dem Saldo der Devisenbilanz und dem der Bilanz der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs errechnet wird. Eine gewisse Ungenauigkeit wird freilich in Kauf genommen, da in diesen Restposten nicht nur "unsichtbare" Kapitalbewegungen, sondern möglicherweise auch statistische Ermittlungsfelder eingegangen sind. Für die zugrunde gelegte Periode ist eine positive Korrelation zwischen den Bewegungen des Diskontsatzes und denen der privaten Kapitaltransaktionen unverkennbar.

Durchschnittlich jährlicher Diskontsatz und die privaten Nettokapitaltransaktionen in der Bundesrepublik (+ Nettokap. import, - Nettokap. export)

Jahr	Diskontsatz	private Nettokapitaltransaktionen in Mrd DM			
		"sichtbare"	"unsichtbare"	zusammen	
1956	4,7 %	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,6	
1957	4,4 % (-0,3)	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,0	(+0,4)
1958	3,3 % (-1,1)	- 1,3	- 0,4	- 1,7	(-3,7)
1959	3,0 % (-0,3)	- 2,3	- 0,1	- 2,4	(-0,7)
1960	4,4 % (+1,4)	+ 3,9	+ 1,7	+ 5,6	(+8,0)
1961	3,2 % (-1,2)	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,6	(-4,0)

Die Zahlen in Klammern geben den absoluten Betrag der jährlichen Veränderung an.

Tabelle 3

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für März 1964, S. 62 und S. 86.

Um eine sachgerechte Interpretation der Tabelle 3 zu ermöglichen, ist es erforderlich, noch ergänzend auf zwei Dinge aufmerksam zu machen:

1. In den Jahren 1957 und 1960 hat auf Grund der Aufwertungsspekulation - und nicht in erster Linie des Zinsgefalles wegen - ein Zustrom umfangreicher "hot-money-Beträge" stattgefunden. Auch sie haben Eingang in die genannten Salden gefunden: könnten sie eliminiert werden, wäre vermutlich die ausgewiesene Korrelation zwischen Zinssatz- und Kapitalbewegung noch enger als sie es auf Grund der tatsächlichen Zahlen ist.

2. Als Indikator für die Höhe des inländischen Zinssatzes wurde der Diskontsatz gewählt. Dieses Vorgehen erscheint gerechtfertigt, sofern der Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs angesprochen wird. Bekanntlich bestimmt der Diskontsatz das kurzfristige Zinsniveau, denn die Banken variieren - wie die Erfahrung lehrt - ihren Zinssatz für kurzfristige Kredite in verhältnismäßig enger positiver Korrelation zum Diskontsatz. Jedoch gelten diese Zusammenhänge nicht ohne weiteres für den langfristigen Kapitalverkehr. Zwar kann nachgewiesen werden, "daß auf freien Kreditmärkten trotz der zwischen ihnen bestehenden Unvollkommenheiten der kurzfristige Zinssatz den langfristigen Zinssatz im gleichen Sinne beeinflusst" ¹⁾, doch ist hier die Stärke der Verbundenheit weitaus geringer und die Anpassungen erfolgen erst, wenn die Änderung des kurzfristigen Zinssatzes eine gewisse Zeit anhält. Ein besonders anschauliches Beispiel für eine in dieser Hinsicht uneinheitliche Entwicklung bietet gegenwärtig die Bundesrepublik, wo trotz eines relativ niedrigen Diskontsatzes die langfristigen Zinssätze hoch liegen. Die Folge war, daß 1963 der langfristige private Nettokapitalimport gegenüber 1962 um 2,0 Mrd DM auf die Rekordhöhe von 3,2 Mrd DM zunahm, während gleichzeitig aus dem kurzfristigen privaten Nettokapitalimport (einschließlich der "unsichtbaren" Kapitaltransaktionen) des Jahres 1962 (0,9 Mrd DM) ein Nettokapitalexport in Höhe von 0,1 Mrd DM (1963) wurde. Klammert man deshalb die langfristigen Kapitalbewegungen gänzlich aus, so erhält man die Zahlenreihe der Tabelle 4, wo die Verbundenheit zwischen Diskontsatzänderung und den Änderungen in den (kurzfristigen) privaten Kapitaltransaktionen eher noch besser zum Ausdruck kommt.

Kurzfristige private Nettokapitaltransaktionen in der Bundesrepublik (+ Nettokap. import, - Nettokap. export) in Mrd DM

Jahr	Diskontsatz	kurzfr. private Nettokapitaltransaktionen		
		"sichtbare"	"unsichtbare"	zusammen
1956	4,7 %	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,5
	(-0,3)			(+0,3)
1957	4,4 %	0,0	+ 1,8	+ 1,8
	(-1,1)			(-2,9)
1958	3,3 %	- 0,7	- 0,4	- 1,1
	(-0,3)			(-0,2)
1959	3,0 %	- 1,2	- 0,1	- 1,3
	(+1,4)			(+5,9)
1960	4,4 %	+ 2,9	+ 1,7	+ 4,6
	(-1,2)			(-3,9)
1961	3,2 %	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7

Die Zahlen in Klammern geben den absoluten Betrag der jährlichen Veränderungen an.

Tabelle 4 Quelle: Mon. ber. d. DBB für März 1964, S. 62 und S. 84.

1) Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 4. Aufl., S. 98. In diesem Zusammenhang auch Keynes J. M., Vom Gelde, Kapitel 37/II: "Kurzfristige und langfristige Zinssätze"; S. 582 ff.

Es fällt auch an dieser Stelle leicht, eine allgemein gehaltene Formulierung abzugeben: Bei Aufrechterhaltung des Zinsniveaus der Jahre 1958/59/61 im Jahre 1960 wäre in diesem Jahr ein niedrigerer Nettokapitalimport als der tatsächlich beobachtete zustande gekommen. Er wäre noch unbedeutender gewesen, hätten die spekulativen Geldzuflüsse nicht stattgefunden.

Eine Aussage in dieser allgemeinen Form ist für unsere Zwecke jedoch wenig brauchbar. Es ist erforderlich, sie zu präzisieren. Zunächst ist bemerkenswert, daß der Saldo der kurzfristigen privaten Kapitalleistungen vor und nach 1960 nur relativ wenig vom Werte Null abweicht. In den Jahren 1957 bis 1959 liegt er im Schwankungsbereich von -1,3 und +1,8 Mrd DM (im Durchschnitt pro Jahr -0,2 Mrd DM).

1960 dagegen erreicht dieser Saldo den ungewöhnlichen Wert von +4,6 Mrd DM. Die Differenz zum Durchschnittswert der Periode 1957-59 ist somit 4,8 Mrd DM. Damit liegt die Schlußfolgerung nahe, daß dieser Kapitalbilanzsaldo 1960 durch die spezifische Kreditpolitik und die Währungsspekulation um rund 5 Mrd DM "aufgebläht" wurde. Zwar ist es richtig, daß der Diskontsatz 1957 noch relativ hoch lag, so daß dieses Jahr zu Vergleichszwecken wenig geeignet erscheint. Andererseits muß jedoch bedacht werden, daß 1957 die Aufwertungsspekulation besonders beachtliche Ausmaße angenommen hat, was vor allem im Zulauf "unsichtbarer" Kapitalbeträge zum Ausdruck kommt. Der Rückfluß dieser Spekulationsgelder erfolgte zum Teil erst nach 1957, so daß auch die Werte dieser Jahre entsprechend "verfälscht" sind. Mit der Einbeziehung von 1957 kann hier jedoch ein Ausgleich geschaffen werden.

In den Jahren 1961 bis 1963 lag der Schwankungsbereich zwischen -0,2 und +0,9 Mrd DM (im Durchschnitt pro Jahr +0,5 Mrd DM). Die Differenz zwischen diesem Durchschnittswert und dem Wert für 1960 beträgt damit 4,1 Mrd DM. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß in den Jahren nach 1960 wiederum ein die Werte "verfälschender" Kapitalrückstrom als Folge des zins- und spekulationsbedingten Kapitalzuflusses im Jahre 1960 zustande gekommen ist. Aus diesem Grunde ist es angebracht, 1960 in den Durchschnitt miteinzubeziehen. Für die Periode 1960-63 errechnet sich ein auf das Jahr bezogener Durchschnittssaldo von +1,5 Mrd DM. Damit bleibt als Differenz zum effektiven Wert von 1960 ein Betrag von rund 3 Mrd DM.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kann folglich vermutet werden, daß der zins- und spekulationsbedingte Kapitalzustrom im Jahre 1960 in einer Größenordnung von 3 bis 5 Mrd DM gelegen hat. Das arithmetische Mittel, das ich hier als besten Schätzwert ansehe, ist 4 Mrd DM ¹⁾.

1) Palyi nennt als Schätzwert für den im Jahre 1960 durch das hohe Zinsniveau und die Aufwertungsspekulation bedingten Kapitalzufluß den Betrag von 4,5 Mrd DM (Gutachten, a. a. O., S. 16 f.).

Nach diesen Ausführungen fasse ich zusammen: Hervorgerufen durch die Restriktionspolitik der Bundesbank und durch die Wechselkurspekulation lag der kurzfristige Nettokapitalimport im Jahre 1960 um schätzungsweise 4 Mrd DM höher als er "normalerweise" gelegen hätte. Korrespondierend dazu wäre dann aber auch der Devisenzufluß im Jahre 1960 im selben Maße geringer gewesen, d.h. statt 8 Mrd nur 4 Mrd DM. Dabei ist eine mögliche Wirkung auf die langfristigen Kapitaltransaktionen und auf die Leistungstransaktionen unberücksichtigt geblieben, obwohl auch hier die Ergebnisse tendenziell in derselben Richtung liegen. Allerdings treten "außergewöhnliche" Erscheinungen weder bei den langfristigen Kapitaltransaktionen noch bei den Leistungstransaktionen in den empirischen Daten offensichtlich auf. Möglicherweise haben time-lags die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte verzögert. Als Annahme wird folglich unterstellt, daß weder die Leistungsbilanz noch die Bilanz der langfristigen Kapitaleleistungen des Jahres 1960 durch die genannten verursachenden Bedingungen, die im selben Jahr in Erscheinung traten, beeinflußt wurden. Tabelle 5 gibt die vermuteten Veränderungen in der Zahlungsbilanz wieder.

Gegenüberstellung der empirischen und korrigierten Zahlungsbilanzposten der Bundesrepublik im Jahre 1960 in Mrd DM

	empirische Werte	korrig. Werte
Leistungsbilanz		
(einschl. Schenkungen)	+ 4,6	+ 4,6
öffentl. Kapitaleleistg.	- 2,2	- 2,2
private Kapitaleleistg.		
(einschl. unsichtbare Kap.transaktionen)	+ 5,6	+ 1,6
Devisenbilanz	+ 8,0	+ 4,0

Tabelle 5

Für die weiteren Untersuchungen in diesem Kapitel wird die Annahme gemacht, die Bundesbank sei weiterhin darauf bedacht, das Zinsniveau der Jahre 1958/59/61 bzw. das entsprechende Zinsgefälle zum Ausland aufrechtzuerhalten ¹⁾. Der Umfang der privaten Kapitaltransaktionen kann dann von der Zinsseite her keine Änderung erfahren.

1) Die Annahme erscheint insoweit problematisch, als das europäisch-amerikanische Zinsgefälle offenbar noch nicht im Gleichgewicht ist; trotzdem halte ich sie für vertretbar.

§ 2 Veränderung einzelner politisch bedingter Posten der Zahlungsbilanz

In diesem Paragraphen sollen Veränderungen der Zahlungsbilanz untersucht werden, die im wesentlichen politisch bedingt sind und unabhängig von Preis- (einschließlich Zins-)änderungen und wachstumsbeeinflussenden Eingriffen waren.

In einzelnen handelt es sich um folgende fünf Posten, über deren Entwicklung zum einen Teil bereits bestehende vertragliche Vereinbarungen mit ausländischen Staaten und zum anderen Teil die noch ungewisse zukünftige weltpolitische Situation primär entscheiden:

1. Die Einnahmen aus Leistungen (Warenlieferungen und Dienstleistungen) für ausländische militärische Dienststellen (sog. "Truppendollar") in der Dienstleistungsbilanz.
2. Die Ausgaben des Bundes für Kaufe von Verteidigungsmaterial im Ausland in der Warenhandelsbilanz.
3. Die Ausgaben für Wiedergutmachungsleistungen in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen.
4. Die Rückzahlung von Auslandsschulden nach den Londoner Abkommen in der Kapitalbilanz.
5. Die Ausgaben für Entwicklungshilfe in der Kapitalbilanz und der Niederschlag der Entwicklungshilfepolitik aller Industriestaaten in der Leistungsbilanz.

1) Die Einnahmen aus Leistungen für ausländische militärische Dienststellen

Die Anzahl der in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Streitkräfte (einschließlich deren Familienmitglieder), die Höhe der von ihnen bezogenen Einkommen und die Größe der Ausgabenneigung (bezogen auf Ausgaben zum Erwerb westdeutscher Güter und Dienstleistungen) bestimmen die Größe dieses Postens in der Dienstleistungsbilanz.

Selbst wenn man im Rahmen einer mittelfristigen Betrachtung unterstellen kann, daß die (Gesamt-)Konsum- bzw. Sparneigung im Zeitablauf sich nur relativ geringfügig verändern wird, emp. keine Untersuchungen haben bekanntlich eine hohe Stabilität der Konsum- bzw. Sparneigung nachgewiesen), muß die Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Konsumgüter natürlich nicht konstant bleiben. Der Anteil der Ausgaben, der für den Bezug westdeutscher Waren und Dienstleistungen bestimmt ist, kann aus verschiedenen Gründen eine Veränderung erfahren. Der Anlaß kann in einer Verschiebung der Preisrelationen liegen. Auch ein natürlicher, individuell bestimmter Wandel in der Bedürfnisstruktur der ein-

zelnen Wirtschaftssubjekte kann zu Umschichtungen führen. Vornehmlich aber ist daran zu denken, daß es im Interesse der Regierung der ausländischen Streitmacht liegen kann, solche Umschichtungen bewußt herbeizuführen. Die Zahlungsbilanzsituation dieses Landes kann Anlaß dazu geben, den Versuch zu machen, über eine verstärkte Belieferung der Truppen mit Gütern des Heimatlandes eine Entlastung der eigenen Zahlungsbilanz zu bewirken. Die Möglichkeiten zu einer solchen Substitution werden allerdings nicht auf allen Märkten im gleichen Maße gegeben sein, vermutlich sind sie beispielsweise auf dem Dienstleistungssektor (häusliche und andere Dienste) verhältnismäßig gering.

Die verfügbaren individuellen Einkommen der Truppenangehörigen dürften künftig eine leicht ansteigende Tendenz aufweisen. Es kann nämlich erwartet werden, daß sie mit den Einkommen der Bezieher nichtstaatlicher Einkünfte im Mutterland der ausländischen Streitkräfte steigen.

Ob eine Änderung des Bestands der im Inland stationierten ausländischen Truppen einschließlich deren Angehörigen zu erwarten ist, hängt im wesentlichen von der Beurteilung der weltpolitischen Situation in der Zukunft ab. Es bleibt in diesem Falle gar nichts anderes übrig, als mit Unterstellungen zu arbeiten. Eine Prognose über die weltpolitische Entwicklung, etwa in den kommenden fünf Jahren, kann niemand geben. Andererseits wird diese Entwicklung ganz entscheidend die künftige Höhe dieses Postens der Zahlungsbilanz bestimmen ¹⁾. In die allgemeinen Rahmenbedingungen sei deshalb die Annahme aufgenommen, daß die west-östlichen Spannungen weiterhin anhalten werden, jedoch eine weltweite kriegerische Auseinandersetzung vermieden werden kann. An diesem Beispiel zeigt sich sehr deutlich eine besondere Schwierigkeit, die immer dann auftritt, wenn auf der Suche nach ursächlichen Bedingungen für eine interessierende ökonomische Größe der Forscher auf außerökonomische Gebiete "abgedrängt" wird. Hier Prognosen zu stellen, ist nicht seine eigentliche Aufgabe. Er muß es aber tun (zumindest in Form einer Unterstellung, einer Hypothese, der ein relativ hoher Wahrscheinlichkeitsgrad hinsichtlich ihrer Verwirklichung zukommen soll), wenn die Nachbardisziplin sie nicht selbst anbietet.

1) Es waren vor allem die Aufwertungsgegner, die immer wieder betonten, daß diese Truppendollar nur "aus sehr vorübergehend fließenden Quellen" stammen (Palyi, Gutachten, a. a. O., S. 15), weshalb dieser Faktor auf lange Sicht ausgeschaltet werden müsse. Auch Abs (H. J. Abs, Keine Aufwertung der DM!, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 1960, Nr. 40), der in ihnen sogar die Hauptquelle der Devisenüberschüsse sieht, weist auf diesen vorübergehenden Charakter der Truppendollar besonders hin.

Unter den vorstehend erläuterten allgemeinen Annahmen ist kein Grund gegeben, in den kommenden Jahren mit einer Verringerung der gesamten ausländischen Streitmacht in der Bundesrepublik zu rechnen. Bekanntlich wurde von der Regierung Kennedy das von der Eisenhower-Administration ausgearbeitete Sparprogramm, welches eine Verminderung vor allem der Familienmitglieder von in der Bundesrepublik stationierten Truppenangehörigen vorgesehen hatte, nicht zur Anwendung gebracht. Den Erklärungen und der bisherigen Handlungsweise Präsident Johnsons nach zu urteilen, beabsichtigt er, die Politik seines Vorgängers fortzuführen. Tiefgreifende Reformen sind für die aller nächste Zukunft folglich nicht zu erwarten. Das schließt aber nicht aus, daß trotzdem in Zukunft gewisse Revisionen in der Verteidigungsstrategie vorgenommen werden könnten.

Unterstellt man den Trend einer weiteren degressiven Zunahme der Einnahmen aus Truppendolla: so könnte für 1965 mit einem Einnahmebetrag in der Größenordnung von 4,5 bis 5 Mrd DM gerechnet werden. Nach vorher sprunghaftem Anstieg bis zum Jahre 1958 erfuhr dieser Posten in den folgenden Jahren nur noch leichte Erhöhungen (vgl. Tab. 6). Wohlgedenkt, diese Schätzzahlen für 1965 sind Maximalwerte. Sie gelten nur, wenn nicht in der Zwischenzeit eine gewisse Revision in der Verteidigungsstrategie vorgenommen wird; eine Revision, die auf einen verstärkten Selbstschutz der europäischen Staaten und einen teilweisen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa hinausläuft, würde die Ergiebigkeit dieser Einnahmequelle mindern. Da jedoch tiefgreifende Änderungen in der Ver-

Einnahmen aus Leistungen (Warenlieferungen u. Dienstleistungen) für ausländische militärische Dienststellen (in Mrd DM)

Jahr	Betrag	
1954	1,00	
1955	1,19	
1956	1,67	
1957	2,52	
1958	3,60	
1959	3,81	
1960	3,96	
1961	3,82	} eventuell aufwertungs- beeinflußt
1962	4,30	
1963	4,28	

Tabelle 6

Quelle: Mon.ber. d. DBBk f. März 1963,
S. 17 und f. März 1964, S. 88.

teidigungsstrategie nicht plötzlich zustande kommen werden, dürfte ein Absinken der Einnahmen aus Truppendollar unter einen Betrag von 3,5 Mrd DM - und damit unter den Wert von 1958 - unwahrscheinlich sein.

2. Die Ausgaben des Bundes für Kaufe von Verteidigungsmaterial im Ausland

Wie unter Punkt 1) sei auch hier unterstellt, daß der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West fort dauern, eine allgemeine weltweite Abrüstung also nicht zustande kommen wird, darüber hinaus aber auch eine kriegerische Auseinandersetzung vermieden werden kann. Es ist dann zu erwarten, daß im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums auch der Rüstungsetat der Bundesrepublik weiter anschwellen wird. Je nach dem numerischen Wert der marginalen Importquote für Rüstungsgüter nehmen als Folge davon die Rüstungsimporte zu. Dieselben Überlegungen können natürlich auch für andere Ausgabeposten innerhalb der volkswirtschaftlichen Verwendungsrechnung angestellt werden. Das wirtschaftliche Wachstum wird allgemein einen (absolut) höheren Betrag zum Bezug von Importgütern bedingen. Dieser Einfluß des wirtschaftlichen Wachstums auf die Leistungsbilanz wird im nächsten Paragraphen dieses Kapitels Gegenstand der Untersuchung sein.

Die Besonderheit, die hier Anlaß zu einigen Bemerkungen gibt, ist die Tatsache, daß in der Vergangenheit der Zuwachs der jährlichen Rüstungsausgaben den durchschnittlichen Zuwachs aller übrigen Ausgabearten in der gesamtwirtschaftlichen Verwendungsrechnung und damit die jährliche Zuwachsrate des Sozialprodukts um ein Vielfaches übertroffen hat ¹⁾ und der Anteil der Rüstungsimporte am Gesamtimport recht beachtlich ist. In den Jahren 1959 bis 1961 lag dieser Anteilssatz zwischen 2 und 3 %, 1962 bei 5 % und im ersten Halbjahr 1963 sogar bei 7,5 % ²⁾. Dabei geben diese Zahlen nicht einmal die entsprechende devisenmäßige Belastung in vollem Maße wieder, denn zu diesen effektiven Importen kommen noch recht umfangreiche Vorauszahlungen für Kaufe von Rüstungsgütern

1)	Verteidigungs- aufwand	(nomin.)Brutto- sozialprodukt
Zuwachsraten für 1962	+ 32,2 %	+ 8,5 %
Durchschn. jährliche Zuwachsraten f. d. Periode 1959/62	+ 26 %	+ 10 %

Quelle: Mon. ber. d. DBB f. Februar 1963, S. 3 und S. 8.

- 2) Diese Berechnungen fußen auf Angaben über die Höhe der Rüstungsimporte (= Differenz zwischen Gesamteinfuhr und kommerzieller Einfuhr), wie sie vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in der Schrift "Die Weltwirtschaft", 1963, H. 2, S. 48 veröffentlicht worden sind.

im Ausland. Die Ausgaben für Rüstungszwecke im Ausland wurden zunächst sogar vorwiegend in Form von Vorauszahlungen für Waffenimporte getätigt: erst 1962 und 1963 sind auch die effektiven Einfuhren abgestellt. Insgesamt waren die Leistungen der Bundesrepublik, die zum Teil in der Leistungsbilanz und zum Teil in der Kapitalbilanz erfaßt worden sind, im Jahre 1963 zum ersten Mal höher als die Einnahmen für Leistungen an ausländische militärische Dienststellen.¹⁾ Diese Einnahmen betragen 1963 immerhin 4,3 Mrd. DM.

Die künftige Entwicklung der Rüstungsimporte in bezug auf das Volkseinkommen hängt von den Anteilen der gesamten Rüstungsausgaben am Volkseinkommen und dem Anteil der Rüstungsimporte an den gesamten Rüstungsausgaben ab. Heute deutet nichts auf einen grundlegenden Wandel in der Rüstungskonzeption der Bundesrepublik hin, wonach die Rüstungsausgaben in ihrer Gesamtheit an Bedeutung verlieren würden. Vielmehr ist auch in Zukunft wohl mit überproportionalen Zuwachsraten zu rechnen. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sich die Relation der Rüstungsimporte zu den gesamten Rüstungsausgaben kurzfristig bedeutsam verändern wird. Allerdings ist zu beachten, daß der Bund in der Vergangenheit Rüstungsaufträge im Ausland plazierte, um die Konjunktur- und Zahlungsbilanzentwicklung in den Lieferländern zu fördern. Sobald ein gewisses Gleichmaß der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der westlichen Welt erreicht wird, würde dieses beschäftigungs- und zahlungsbilanzpolitische Stützungsargument wegfallen, so daß mit einer Verringerung der staatlichen Auslandskaufe gerechnet werden könnte. Von diesem Gleichmaß der wirtschaftlichen Entwicklung sind wir jedoch heute noch weit entfernt. Das Ausland fordert mit Nachdruck Devisenhilfen von der Bundesrepublik, d. h. den Ankauf militärischer Güter bei unseren NATO-Partnern²⁾. Da andererseits die Bundesrepublik in zunehmendem Maße Vorauszahlungen auf Rüstungsimporte geleistet hat, könnte sie heute schon einen Großteil dieser Importe ohne Belastung der Devisenbilanz bestreiten. Irgendwann wird ein Abbau dieser Vorauszahlungen auch zustande kommen. Ob auf diese Weise in der nahen Zukunft schon eine Entlastung der Zahlungsbilanz resultieren wird, erscheint allerdings fraglich. Der Druck auf die Bundesregierung, in Kompensation zu den Einnahmen an Truppendollar Devisenhilfen zu gewähren, wird nach Lage der Dinge auch in naher Zukunft von Seiten des Auslands ausgeübt werden. Möglicherweise schlagen sich diese Hilfen in neuen Vorauszahlungen nieder.

1) Quelle: Geschäftsbericht der DBBk für das Jahr 1963, S. 82.

2) Es wird in diesem Zusammenhang an die deutsch-britischen Devisenhilfeverhandlungen in Bonn im Mai 1964 erinnert, wo von britischer Seite deutsche Rüstungskäufe in Großbritannien in Höhe von jährlich 900 Mio DM gefordert wurden. Auf diese Weise sollte ein Ausgleich zur Devisenbelastung geschaffen werden, die die britische Rheinarmee für London bedeutet.

3) Die Ausgaben für Wiedergutmachungsleistungen

Die Wiedergutmachungsleistungen lassen sich in folgende drei Bestandteile aufteilen:

- a) In die Leistungen im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel,
- b) in die Wiedergutmachungsleistungen im Rahmen der Wiedergutmachungsabkommen mit europäischen Ländern und internationalen Organisationen und
- c) in die sonstigen Wiedergutmachungsleistungen, die aus sog. "individuellen Wiedergutmachungszahlungen" bestehen.

Die Zahlungen im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel (Punkt a) wurden 1953 aufgenommen. Bis Ende 1960 wurden insgesamt 2,16 Mrd DM gezahlt (vgl. Tab. 7), das sind 63 % der in diesem Abkommen vorgesehenen Gesamtleistungen von 3,45 Mrd DM. Wird der in der Vergangenheit ziemlich kon-

Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an das Ausland seit 1953 (in Mrd DM)

Jahr	a) Abkommen mit Israel	b) Abkommen mit europ. Ländern und intern. Org.	c) sonst. W. gutm. - leistg.	Summe
1953	0,27	-	0,21	0,48
1954	0,35	-	0,15	0,50
1955	0,27	-	0,35	0,62
1956	0,24	-	0,68	0,92
1957	0,22	-	1,17	1,39
1958	0,26	-	1,14	1,40
1959	0,27	-	1,47	1,74
1960	0,26	0,07	1,93	2,26
1961	0,26	0,30	2,19	2,75
1962	0,25	0,23	2,24	2,72
1963	0,25	0,28	2,02	2,55
Summe	2,90	0,88	13,55	17,33

Tabelle 7

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Januar 1964, S. 58

unregelmäßige Zahlungsrhythmus fortgesetzt, so sind 1965 die letzten vertraglichen Leistungen zu erbringen. Auch die Zahlungen der Jahre 1961 bis 1963 passen sich diesem Rhythmus an, Ende 1963 waren 34 % der vorgesehenen Leistungen getilgt und nur noch 0,55 Mrd DM offen ^{2/}.

Seit dem Jahre 1959 wurden mit einer Reihe europäischer Staaten und internationaler Organisationen globale Abkommen getroffen (Punkt b), auf deren Grundlage bis Ende 1963 knapp 0,9 Mrd DM an Wiedergutmachung geleistet worden sind. Die restlichen Verpflichtungen hierzu (einschließlich sonstiger Finanz- und Ausgleichszahlungen) werden schätzungsweise noch einen Betrag von 0,45 Mrd DM beanspruchen.

Die künftige Belastung aus den "individuellen Wiedergutmachungsleistungen" (Punkt c) läßt sich schwerer abschätzen. Es handelt sich hierbei um Zahlungen an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, die im Ausland ansässig sind. Über die tatsächlichen künftigen Zahlungsverpflichtungen hieraus wird erst die Wiedergutmachungs-Schlußgesetzgebung, die sich gegenwärtig noch in der parlamentarischen Diskussion befindet (wobei das dritte Gesetz zur Änderung des Bundesrückerstattungsgesetzes den Bundestag bereits passiert hat), Klarheit schaffen. Die Ansprüche auf Hauptentschädigung sind bereits zu einem großen Teil erfüllt, so daß die Zahlungen immer mehr auf den Umfang der Einkommensübertragungen (Renten und Pensionen) absinken. Auf diese Weise erklärt sich der Rückgang dieses Postens im Jahre 1963. Dies kann sich aber möglicherweise schon bald ändern, da durch die Wiedergutmachungs-Schlußgesetzgebung vermutlich neue Ansprüche geschaffen werden, die dem andernfalls zu erwartenden weiteren Rückgang der Zahlungen entgegen wirken und diesen u. U. überkompensieren. Auf Grund von Schätzungen wird gegenwärtig angenommen, daß künftig noch ein Betrag von 11 bis 12 Mrd DM für individuelle Wiedergutmachungsleistungen erforderlich sein wird.

Resumierend wird man folgendes sagen können: Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auf lange Sicht die jährlichen Wiedergutmachungszahlungen zurückgehen werden, wobei im selben Maße eine Entlastung der Zahlungsbilanz verbunden sein wird. Allerdings ist hieraus sicher kein Argument für die Notwendigkeit der Aufwertung vom März 1961 zu folgern. Denn ein spürbarer Rückgang der jährlichen Gesamtsumme an Wiedergutmachungsleistungen kann für die nahe Zukunft noch nicht erwartet werden. So lagen auch die entsprechenden Beträge in den Jahren 1961 bis 1963 sogar um 13 bis 22 % über dem Wert des (Basis-) Jahres 1960.

-
1. Es ist in Aussicht gestellt worden, daß die Zahlungen an den Staat Israel nach Tilgung der vertraglichen Wiedergutmachungsverpflichtungen als Entwicklungshilfeleistungen fortgesetzt werden. Dabei werden Jahresbeträge von 100-150 Mio DM für zunächst vier bis fünf Jahre ins Auge gefaßt.

4) Die Rückzahlung von Auslandsschulden nach den Londoner Abkommen

Der Großteil der vor zehn Jahren bestehenden deutschen Auslandsschulden ist in den sog. Londoner Abkommen von 1953 erfaßt. An Schuldarten sind zu unterscheiden:

- a) Die öffentlichen Vorkriegsverpflichtungen,
- b) die privaten Vorkriegsverpflichtungen und
- c) die öffentlichen Nachkriegsverpflichtungen.

Die Gesamthöhe der unter die Londoner Schuldenregelung fallenden Ansprüche kann nur annäherungsweise angegeben werden, da für einzelne Beträge - so für die Forderungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel aus ihren alten Vermögensanlagen in Deutschland - die endgültige Festlegung noch aussteht. Sieht man von diesen ungeklärten Posten ab, belief sich die Gesamtsumme ursprünglich auf rund 12,2 Mrd DM ¹⁾. Mehr als die Hälfte hiervon, nämlich 6,7 Mrd DM, entfiel auf die Verbindlichkeiten der Bundesrepublik aus der Nachkriegswirtschaftshilfe. 3,4 Mrd DM zählten zu den öffentlichen und 2,1 Mrd DM zu den privaten Vorkriegsschulden. Von der ursprünglichen Gesamtschuld sind seit Inkrafttreten der Abkommen bereits reichlich zwei Drittel getilgt worden, so daß Ende 1963 nur noch 3,6 Mrd DM ausstanden (vgl. Tab. 8 und 9). Aber auch dieser Betrag kann nicht mehr in vollem Umfang als Auslandsschuld angesehen werden. Erhebliche Beträge der sog. Auslandsbonds, in denen ein Teil der ursprünglichen Auslandsverschuldung verbrieft ist, sind nämlich heute bereits in inländischen Händen. Setzt man diesen durch Ankäufe inländischer Interessen nach Deutschland repatriierten Betrag von 1,4 Mrd DM von der Ende 1963 bestehenden Gesamtschuld ab, so bleiben nur noch 2,2 Mrd DM an effektiver Auslandsschuld. Durch planmäßige Tilgung, vorzeitige Rückzahlung und Repatriierung von Auslandsbonds konnte also innerhalb von zehn Jahren die ursprüngliche Schuld von 12,2 Mrd DM um 10 Mrd DM oder um 82 % vermindert werden. Die Tilgung der Restverbindlichkeit wird in den nächsten Jahren nach den aufgestellten Tilgungsplänen vorgenommen werden und deshalb nur eine langsame weitere Verminderung des Schuldenstandes zur Folge haben.

Die öffentlichen und privaten Vorkriegsschuldentilgungen zusammen (Punkt a + b) (einschließlich Zinszahlungen und geleistete Nebenkosten) betrugen seit 1953 jährlich im Durchschnitt rd. 0,4 Mrd DM. Der bestehende Tilgungsplan für die

1) Quelle zu den Zahlenangaben in diesem Abschnitt:
 "Die deutsche Auslandsverschuldung" in Mon. ber. d. DBB für März 1964, S. 7 ff. und "Vorzeitige Zahlungen auf die deutschen Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe" in Mon. ber. d. DBB für April 1961, S. 51 f.

Tilgungen (einschließlich Zinsendienst und geleistete Nebenkosten) im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen bis 31. 12. 1963 (Gegenwerte in Mrd DM)

Schuldenart	Schulden- stand am 27. 2. 1953 ²⁾	Tilgung 1953-1963	Zinsen+ Nebenko- sten	Schulden- stand am 31. 12. 1963 ²⁾
a) Öffentliche Vorkriegs- verpflichtg. ¹⁾	3,40	1,11 ³⁾	1,23	2,29 ⁴⁾
b) Private Vor- kriegsver- pflichtungen ¹⁾	2,06	1,59	0,42	0,47
c) Öffentl. Ver- pflichtg. aus d. Nachkriegswirt- schaftshilfe	6,73	5,88	0,97	0,85
Zusammen	12,19	8,58	2,62	3,61

1) Einschl. der auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zahlungen

2) Einschl. der sich im Inlandsbesitz befindenden Auslandsanleihen

3) Ausschl. der vom Bund durch Hergabe eigener Anleihestücke vorgenommenen Tilgungen in Höhe von rd. 0,15 Mrd DM

4) Ohne die in der Höhe noch nicht feststehende Verbindlichkeit gegenüber der BIZ

Tabelle 8

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für März 1964, S. 8.

Tilgungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen in den einzelnen Jahren seit 1953 (in Mrd DM) ¹⁾

Jahr	privat	öffentlich	insgesamt
1953	0,06	0,27	0,33
1954	0,42	0,22	0,64
1955	0,25	0,26	0,51
1956	0,13	0,33	0,46
1957	0,15	0,38	0,53
1958	0,09	0,44	0,53
1959	0,16	1,31	1,47
1960	0,12	0,29	0,41
1961	0,13	3,21	3,34
1962	0,03	0,09	0,12
1963	0,03	0,06	0,09
Summe	1,57	6,86	8,43

1) Ohne Zinszahlungen; ab 1958 ohne die auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Tilgungen.

Tabelle 9

Quelle: Mon. ber. d. DBK für Mai 1964, S. 51.

Vorkriegsschulden des Bundes sieht für die Jahre unmittelbar nach 1960 Zahlungen in Höhe von jährlich rund 0,2 (für 1963 von 0,3) Mrd DM vor (vgl. Tab. 10).

Den größten Einzeiposten der Ende 1963 noch offenen Vorkriegsschulden stellen mit rund 1,5 Mrd DM die Verpflichtungen aus der Dawes-Anleihe und der Young-Anleihe dar, wovon allerdings nur noch 0,34 Mrd DM im Ausland plazierte sind. Als Endfälligkeit für die betreffenden Konversionsschuldverschreibungen der Dawes-Anleihe ist 1969 vorgesehen, für die der Young-Anleihe 1980. Bei den Vorkriegsschulden der Länder und Gemeinden und der privaten Schuldner werden die Zins- und Tilgungszahlungen für noch längere Zeit auf jährlich etwa 0,1 Mrd DM geschätzt. Der Großteil der Anleihen dieser Schuldner wird erst in den Jahren 1968 bis 1978 seine Endfälligkeit erlangen. Insgesamt erscheint es daher berechtigt, mit einer jährlichen Belastung der Kapitalbilanz mit Tilgungen (einschließlich Nebenkosten) der beiden Schuldarten in Höhe von 0,3 Mrd DM zu rechnen. In den Jahren 1961 bis 1963 wurden im Jahresdurchschnitt 0,29 Mrd DM effektiv geleistet.

Die öffentlichen Nachkriegsverpflichtungen (Punkt c) sind Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe, die der Bundesrepublik von alliierter Seite nach

Tilgungsplan für die Vorkriegsschulden d. Bundes ⁺⁾
für d. Zeit von 1960-1969
(in Mio DM)

Jahr	Beträge
1960	174
1961	178
1962	177
1963	304
1964	169
1965	197
1966	167
1967	162
1968	156
1969	393

Summe 2077

⁺⁾ ohne Leistungen auf Grund
des Ausl. bonds-Entschädi-
gungsgesetzes

Tabelle 10

Quelle: Mon. ber. d. DBBk
für Juni 1960, S. 20

1945 gewährt worden ist. Von der ursprünglichen Schuldsumme von 6,7 Mrd DM wurden mit Hilfe planmäßiger Tilgungen und außerplanmäßiger Vorauszahlungen bis Mai 1961 sämtliche Schulden bis auf einen Restbetrag von 210,96 Mio § = 844 Mio DM gegenüber den Vereinigten Staaten zurückgezahlt (vgl. Tab. 11). Die Rückzahlung dieses Restbetrags erfolgt auf der Grundlage des alten Tilgungsplans. Hiernach wird die Tilgung erst im Jahre 1966 wieder aufgenommen werden, da die bis zum Jahre 1965 fälligen Tilgungsraten bereits 1959 vorzeitig zurückgezahlt wurden. Bei jährlichen Annuitäten von rund 12,1 Mio § wird die Tilgung bis zum 1. 7. 1987 abgeschlossen sein. Für die Zeit bis 1965 sind lediglich 2 1/2 % Zinsen für die ausstehende Restschuld zu zahlen.

Somit werden in den Jahren 1962 bis 1965 aus den genannten Schuldarten nur Tilgungen der Vorkriegsschulden in der westdeutschen Kapitalbilanz ihren Niederschlag finden. In dieser Periode werden also, den Tilgungsplänen nach zu schließen, die Rückzah-

Übersicht über die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe

	gegenüber		
	USA in Mio §	Großbr. in Mio £	Frankr. in Mio §
Ursprüngliche Schuld	1000,0	150,0	11,8
planmäßig getilgt bis Mai 1961	62,6	60,0	4,7
Vorauszahlungen 1959	150,0	22,5	1,8
Vorauszahlungen April/Mai 1961	587,0	67,5	5,3
Gesamttilgung bis Mai 1961	799,6	150,0	11,8
ausstehende Kapitalschuld somit	200,4 ^N		

^N Dazu kommen noch 10,6 Mio § als Restzahlung auf Grund des STEG-Abkommens.

Tabelle 11

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für April 1961, S. 51.

lungsbeträge großordnungsmäßig der tatsächlich geleisteten Tilgungsrate des Jahres 1960 entsprechen (vgl. Tab. 9) und etwa 0,3 - 0,4 Mrd DM ausmachen. Da die Verbindlichkeiten im Rahmen der Nachkriegswirtschaftshilfe bis auf den erwähnten Restposten von 0,31 Mrd \$ zusammengeschrumpft sind, können künftig keine entsprechenden Kapitaltransaktionen zum Zwecke der Belastung der Zahlungsbilanz vorgenommen werden, wie das noch in den Jahren 1959 und insbesondere 1961 möglich war. Mit dem Wegfall der Rückzahlungsmöglichkeiten geht gleichzeitig ein Korrekturmittel verloren, mit dessen Hilfe die Zahlungsbilanz und damit die Devisenposition in erwünschter Weise beeinflusst werden konnten. Es muß deshalb auf Grund der künftigen Gegebenheiten mit einer tendenziellen Verbesserung der Kapitalbilanz gerechnet werden.

5) Die Entwicklungshilfepolitik und ihr Niederschlag in der Zahlungsbilanz

Die Forderung, die einer früheren unverbindlichen Empfehlung der OECD folgend und neuerdings auch in einer Resolution der Genfer Welthandelskonferenz vom Frühjahr 1964 erhoben wird, ist bekannt: Rund 1 % des Bruttosozialprodukts soll grundsätzlich für Hilfen an unterentwickelte Gebiete ausgegeben werden. Es soll hier nicht darüber diskutiert werden, ob dieser Maßstab zweckmäßig ist; es kann auch nicht entschieden werden, ob er als Richtschnur für die Entwicklungshilfepolitik tatsächlich anerkannt werden wird ¹⁾. Andere makro-ökonomische Größen und deren Entwicklung werden vermutlich bei der Festsetzung dieser Ausgabebeträge zu den bestimmenden Variablen zählen, so die öffentliche Haushaltslage und die Kapitalmarktsituation im Inland. Aber selbst wenn man unterstellt, daß die oben genannte Forderung als quantitative Richtlinie beachtet wird, bleiben noch Variationsmöglichkeiten. Der Begriff "Entwicklungshilfe" selbst kann nämlich auf verschiedene Art und Weise ausgelegt werden ²⁾.

Dieser Begriff ist, so wie er von der Bundesregierung in Anlehnung an das international übliche Berichtsschema der OECD verstanden wird, weit gefaßt. Es werden nicht nur bilaterale Leistungen des Bundes, wie Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt, Reparationszahlungen und lang- und mittelfristige Kredite aus öffentlichen Mitteln dazugerechnet, sondern auch als multilaterale Leistungen Beiträge

1) Die Bundesrepublik hatte sich auf der Genfer Welthandelskonferenz zunächst bei der Abstimmung über die diesbezügliche Empfehlung im Ausschuß der Stimme enthalten, pflichtete der Resolution aber bei der endgültigen Abstimmung im Plenum bei.

2) Um in dieser Sache international eine Vereinheitlichung zu erreichen (Frankreich rechnet z. B. auch den Haushalt seines Entwicklungsministeriums zur Entwicklungshilfe), wurde auch dieser Begriff auf der Welthandelskonferenz "definiert".

Gesamte Leistungen der Bundesrepublik an Entwicklungslander in der Zeit von 1956 bis 1962 (in Mio DM)

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
1) Öffentl. bilaterale Leistungen							
a) Öffentl. Zuschüsse	3	9	27	33	32	109	157
b) Reparationen (ohne individ. Wiedergutmachungsleistungen)	332	327	317	242	259	320	280
c) Öffentl. Kredite (einschl. Konsolidierungskredite)	184	83	216	614	724	887	953
Insgesamt	519	419	560	889	1015	1316	1390
2) Private bilaterale Leistungen							
a) Private Kredite und Investitionen ¹⁾	189	281	462	692	462	560	570
b) Garantierte private Exportkredite	966	756	546	1050	671	328	161
Insgesamt	1155	1037	1008	1742	1133	888	731
3) Multilaterale Leistg. (Transaktionen mit multilat. Stellen)							
Insgesamt	159	835	620	724	439	1132	416
Entwicklungshilfe insgesamt (1)-3))	1833	2291	2188	3355	2587	3336	2537

1) einschl. re-invest. Erträge

Tabelle 12

Quelle: europäische wirtschaft - entwicklungslander (Zeitschrift) 15. Mai 1963, H. 5, 6. Jahrg., S. 258/259; Leistung in Zahlen, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, 8. Aufl., 1961.

an internationale Organisationen (z.B. Beiträge zum technischen Hilfsprogramm der Vereinten Nationen, Beiträge zum Entwicklungsfonds der EWG, Subscriptionen an die Weltbank, IFC und IDA, Kredite an die Weltbank) und private Kapitalleistungen (lang- und mittelfristige Kapitalinvestitionen und Kredite sowie garantierte private Exportkredite). Tab. 12 gibt über die gesamten Leistungen an Entwicklungshilfe in der Zeit von 1956 bis 1962 Auskunft.

Wird der Betrag der gesamten Entwicklungshilfeleistungen eines Jahres in Beziehung zu den entsprechenden jährlichen Werten des Bruttosozialprodukts gesetzt, so erhält man Prozentwerte, die relativ eng um den oben geforderten Wert von 1 % schwanken (vgl. Tab. 13). Im Durchschnitt der Jahre 1956 - 1962 erreichten die westdeutschen Entwicklungshilfeleistungen sogar genau 1,0 % des Bruttosozialprodukts.

Anteil der gesamten Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik am Bruttosozialprodukt

Jahr	Gesamte Entwicklungshilfeleistungen (in Mrd DM)	Bruttosozialprodukt in jeweilig. Preisen (in Mrd DM)	Entwicklungshilfe in % des Bruttosoz. - prod.
1956	1,833	196,4	0,9
1957	2,291	213,6	1,1
1958	2,188	228,5	1,0
1959	3,355	247,9	1,4
1960	2,587	282,4	0,9
1961	3,336	310,4	1,1
1962	2,537	336,8	0,8
Ø 56/62	2,590	259,4	1,0

Tabelle 13

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Februar 1963, S. 3;
europäische wirtschaft - entwicklungsländer,
15. Mai 1963 / Heft 5, 6. Jahrg., S. 258/259.

Mit dieser Rechnung kann folglich der Nachweis geführt werden, daß der anfangs genannten Forderung in der Bundesrepublik bereits seit Jahren nachgekommen wird. Angesichts dieser Tatsache und anderer Faktoren (angespannte Haushaltslage des Bundes) wird man erwarten können, daß der Zuwachs der öffentlichen Aufwendungen für Entwicklungshilfe künftig nicht in beachtlichem Maße über den Zuwachs des Sozialprodukts hinausgehen wird. Berichten der Bundesregierung an das Entwicklungshilfe-Komitee der OECD zufolge wird gegenwärtig als besonderes

Anliegen die Förderung privater Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern angesehen. Als Kompensation dazu könnte möglicherweise eine entsprechende Entlastung des öffentlichen Budgets resultieren.

Aus allen diesen Überlegungen folgt: Werden auch in Zukunft die Aufwendungen für Entwicklungshilfe einen Betrag in Höhe von 1 % des Bruttosozialprodukts ausmachen, so werden die jährlichen Zuwachsraten der gesamten Leistungen den Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts entsprechen. Wüchse das (nominelle, d. h. zu jeweiligen Preisen gerechnete) Bruttosozialprodukt jährlich um 6 %, die Zuwachsraten der letzten Jahre lagen mit beträchtlich höher, erst 1961 machte sich mit 6,2 % ein verlangsamtes Wachstum bemerkbar), hätte es 1965 eine Höhe von rund 420 Mrd DM erreicht. Nach der geforderten Relation würde das Aufwendungen für Entwicklungshilfe in Höhe von 4,2 Mrd DM notwendig machen. Die Zunahme gegenüber 1960 wurde dann 1,6 Mrd DM und gegenüber 1961 immerhin noch 0,9 Mrd DM betragen. In diese Zahlen sind wohlgerne nicht nur alle Arten von öffentlichen, sondern auch sämtliche privaten Entwicklungshilfeleistungen - wie es bei der Bundesregierung üblich ist - eingerechnet. Es ist denkbar, daß Mehraufwendungen in dieser Größenordnung geleistet werden. Ich vermute allerdings, daß der tatsächliche Wert eher unter als wesentlich über der 4,2 Mrd DM-Grenze liegen wird.

Infolge des Wegfalls außergewöhnlicher Leistungen an die Weltbank lagen die Aufwendungen 1962 unter denen des Vorjahres. Trotzdem darf aus diesem Ergebnis nicht eine zunehmende Bedeutungslosigkeit der Entwicklungshilfeleistungen abgeleitet werden. Ende 1963 betrugen allein die noch offenen öffentlichen Verpflichtungen, die auf Grund der Bindungsermächtigungen bisher eingegangen worden sind, rund 5 Mrd DM.

Aus diesen Überlegungen könnte gefolgert werden, daß über diesen Posten künftig eine zusätzliche Belastung der Zahlungsbilanz resultieren wird. Nun darf freilich eine entlastende Gegenwirkung innerhalb der Analyse nicht vernachlässigt werden. Die Ausgaben für Entwicklungshilfe haben keinen Selbstzweck. Mit ihrer Hilfe sollen die unterentwickelten Länder ja dazu befähigt werden, zusätzliche Güter- und Dienstleistungen aus den Industriestaaten importieren zu können. Leistungsbilanzüberschüsse der Gesamtheit der entwickelten Volkswirtschaften sind also eine notwendige und bewußt herbeigeführte Folge dieser Politik.

Würden die Entwicklungshilfekredite landesmäßig gebunden gewährt werden (diese Kredite könnten dann nur zum Bezug von Leistungen aus dem Gläubigerland verwendet werden), spräche eine gewisse Vermutung dafür, daß die zusätzlichen Kreditbeträge auch tatsächlich zu zusätzlichen Importen aus der Bundesrepublik Verwendung finden würden. Der Passivierung der Kapitalbilanz stünde dann eine entsprechend gleich hohe Aktivierung der Leistungsbilanz ge-

genüber ¹⁾. Da aber eine landermäßige Bindung von Kreditbeträgen sicherlich nicht generell verwirklicht werden wird, was übrigens im Interesse der Herstellung der Prinzipien eines freien internationalen Handels sehr zu begrüßen ist, kann auch mit einer solchen vollkommenen Kompensation nicht gerechnet werden. Steht man von eventuellen sonstigen Handelshemmnissen ab, dann kommt eine Aufteilung dieser zusätzlichen Importe der Entwicklungslander - ganz allgemein gesprochen - auf der Grundlage des freien Wettbewerbs unter den Industriestaaten zustande.

Es ist zu erwarten, daß die Summe der Entwicklungsmittelkredite aller Länder in den kommenden Jahren noch steigen wird. Wir stehen im Jahre 1960 erst am Beginn einer umfassenden Entwicklungsmittelektion. Parallel dazu wird der Leistungsbilanzüberschuß der Gesamtheit der Industriestaaten zunehmen. Auf der Grundlage der herrschenden Wettbewerbsbedingungen (der herrschenden terms of trade, der herrschenden Strukturverhältnisse, der herrschenden Finanzierungsbedingungen usw.) erzielte die Bundesrepublik gegenüber den übrigen Industriestaaten gegenwärtig und schon seit langem hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Treten nun die Entwicklungslander als zusätzliche Nachfrager auf dem Weltmarkt auf, so liegt immerhin die Vermutung nahe, daß auf Grund der gegebenen Wettbewerbsverhältnisse (die sich im Laufe der Zeit natürlich verändern können) auch auf die Bundesrepublik ein zusätzlicher Nachfragestrom zukommen wird. Von der Produktionsstruktur her gesehen - man denke nur an die gut entwickelte westdeutsche Investitionsgüterindustrie - dürfte die Bundesrepublik sogar zum Lieferanten unterentwickelter Länder in besonderer Weise prädestiniert sein ²⁾.

Mit dieser ersten Aussage ist die Analyse natürlich noch keineswegs zu Ende geführt. Diese Kreditgewährungen bedeuten ja nichts weiter als Kaufkraftverschiebungen vom Inland ins Ausland. Sie lösen im Inland einen in bezug auf das Volkseinkommen je nach Art ihrer Finanzierung kontraktiv oder expansiv wirkenden Multiplikatorprozeß aus. Für ein einzelnes kreditgewährendes Industrieland würde nur dann kein aktivierender Einfluß auf die Leistungsbilanz ausgehen, wenn die gesamte Entwicklungshilfe durch einen Rückgang des Kapitalbilanzsaldos (Zunahme der Kapitalimporte oder Abnahme der Kapitalexporte; oder durch eine Abnahme der Währungsreserven kompensiert werden würde. Das scheint mir für die Bundesrepublik relativ unwahrscheinlich zu sein.

-
- 1) Die Schlußfolgerung ist freilich in dieser Form anfechtbar. Zusätzliche Exporte können ihrerseits über Multiplikatoreffekte zusätzliche Importe hervorrufen.
 - 2) Zu demselben Ergebnis kommt sinngemäß auch Carstens, Die Aufwertungsdebatte, a. a. O., S. 49.

6) Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Die Analyse wurde auf der Grundlage der Ergebnisse des Jahres 1960 ausgearbeitet. Die Kreditpolitik dieses Jahres, die wenig Rücksicht auf die Belange der Zahlungsbilanz genommen hat, kann für einen beachtlichen Teil des Devisenzuflusses im selben Basisjahr unmittelbar verantwortlich gemacht werden. Sofern man unterstellt, daß in Zukunft die Kreditpolitik sich an der Zahlungsbilanzentwicklung und den Erfordernissen hieraus orientieren wird (wie in den Jahren 1958/59/61), könnte gegenüber 1960 mit einer spürbaren "Belastung" der Zahlungsbilanz gerechnet werden. Eine beachtliche Reduktion des 1960 erzielten Überschusses von 8 Mrd DM wäre mit anderen Worten die Folge. Nach der hier gemachten Schätzung würde diese "Belastung" in der Größenordnung von 4 Mrd DM liegen.

2. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analyse in § 2 dieses Kapitels kann erwartet werden, daß sich die genannten Zahlungsbilanzposten künftig folgendermaßen entwickeln werden:

- a) Die Einnahmen an "Truppendollar" werden, sofern keine tiefgreifende Reform in der Verteidigungsstrategie vorgenommen wird, in naher Zukunft 3,5 bis 5 Mrd DM betragen. Die vermutete Veränderung liegt damit gegenüber 1960 mit Einnahmen von 4 Mrd DM im Bereich von -0,5 und +1,0 Mrd DM.
- b) Einerseits lassen umfangreiche Vorauszahlungen auf Rüstungsimporte eine künftige devisenmäßige Entlastung erwarten, denn diese Einfuhren könnten mit Hilfe der Vorauszahlungen finanziert werden. Andererseits werden jedoch manche Staaten auch künftig infolge ihrer unbefriedigenden Konjunktur- und (oder) Zahlungsbilanzentwicklung Devisenhilfen in Form von Rüstungskaufen bzw. Vorauszahlungen für solche Käufe fordern. Ob deshalb aus diesem Posten per Saldo eine Be- oder Entlastung der Zahlungsbilanz resultieren wird, erscheint ungewiß.
- c) Auf lange Sicht werden die Wiedergutmachungsleistungen mehr und mehr abnehmen und gegen den Wert Null tendieren. Ob dieser Trend schon in naher Zukunft in Erscheinung treten wird, ist gegenwärtig noch fraglich. Hierauf kann erst eine präzise Antwort gegeben werden, wenn das Wiedergutmachungs-Schlußgesetz verabschiedet worden ist, in dem die künftigen Zahlungsverpflichtungen innerhalb der heute quantitativ besonders bedeutsamen individuellen Wiedergutmachungsleistungen geregelt werden. Es ist durchaus denkbar, daß die erforderlichen Leistungen in den kommenden Jahren abermals ansteigen und über dem Wert von 1960 (2,3 Mrd DM) liegen werden.
- d) Nach den Tilgungsplänen für Auslandsschulden nach den Londoner Abkommen zu schließen, werden im Jahre 1965 die Tilgungszahlungen rund 0,3 Mrd DM betragen und damit geringfügig unter dem entsprechenden Wert von 1960

(0,4 Mrd DM) liegen. Die Rückzahlung der Restschuld aus der Nachkriegswirtschaftshilfe, die nach 1965 wieder aufgenommen wird, wird einen zusätzlichen jährlichen Betrag von 0,05 Mrd DM erfordern. Die gesamte jährliche Belastung wird dann noch einige Zeit lang der des Jahres 1960 ungefähr entsprechen.

e) Die Ausgaben für Entwicklungshilfe werden vermutlich auch künftig entsprechend dem Anstieg des Sozialprodukts zunehmen und damit die Kapitalbilanz zusätzlich belasten. Der für 1965 geschätzte Wert liegt bei 4,2 Mrd DM und übertrifft die Entwicklungshilfeleistungen des Jahres 1960 (2,6 Mrd DM) um 1,6 Mrd DM. Dieser zusätzlichen Belastung der Kapitalbilanz werden jedoch als Folge der gestiegenen Kapitalleistungen an die unterentwickelten Länder zusätzliche Exportleistungen gegenüberstehen. Die Höhe dieser entlastenden Wirkung kann im Voraus nicht geschätzt werden; möglicherweise könnte sie aber den belastenden Effekt paralisieren und sogar überkompensieren, je nach Art und Höhe der Kreditgewährungen aller Industriestaaten und der Importdispositionen der unterentwickelten Länder. Per Saldo kann also hier eine Be- oder Entlastung der Zahlungsbilanz zustande kommen.

3. Da nur bei einigen Posten quantitativ exakt formulierte Prognosen gewagt wurden, kann natürlich keine quantitativ exakt formulierte Gesamtprognose für die Summe aller Posten, die hier besprochen wurden, abgegeben werden. Aus diesem Grunde können auch in Tab. 14 anstelle von Zahlen teilweise nur Symbole verwendet werden, die eine mögliche Zunahme, Abnahme oder Konstanz ausdrücken sollen.

Als Ergebnis kann somit formuliert werden: Zwar konnten Ansatzpunkte einer künftigen zusätzlichen Belastung der Zahlungsbilanz gesehen werden, deren Ausmaß jedoch so ungewiß ist, daß daraus kein Argument gegen die Aufwertung hergeleitet werden kann. Es ist äußerst fraglich, ob per Saldo über die Veränderung der hier betrachteten Posten eine zusätzliche Belastung resultieren wird, denn auch eine entgegengesetzte Entwicklung kann nicht ausgeschlossen werden. Allein eine Änderung der Kreditpolitik wird im Vergleich zu 1960 mit ziemlicher Sicherheit eine Reduktion des 1960 beobachteten extrem hohen Devisenzuflusses bewirken; allerdings wird auch auf diese Weise kein Ausgleich der Zahlungsbilanz zustande kommen. Auf eine Lösung des Zahlungsbilanzproblems über diese "politisch bedingten" Posten konnte also zum Zeitpunkt der Aufwertung nicht gehofft werden.

Die vermuteten künftigen "kreditpolitisch" und "politisch" bedingten Veränderungen innerhalb der westdeutschen Zahlungsbilanz (in Mrd DM)

	Leistungs- bilanz ¹⁾	Kapital- bilanz ²⁾	Devisen- bilanz
i) Empirische Salden der Zahlungsbilanz von 1960	+ 4,5	+ 3,4	+ 5,9
ii) Erwartete Veränderungen 1965 gegenüber 1960 ³⁾			
1) "Kreditpol." bedingt		- 4,0	- 4,0
2) "Politisch" bedingt			
a) Einnahmen an Truppen-dollar	{ - 0,5 + 1,0		{ - 0,5 + 1,0
b) Rüstungsimporte (einschl. Vorauszahlg.)	-	+ c -	+ c -
c) Wiedergutmachungsleistungen	+ c -		+ c -
d) Schuldentilgung nach d. Londoner Abkommen		+ 0,1	+ 0,1
e) Entwicklungshilfe (einschl. Rückwirkung)	+	- 1,6	+ c -

1) Einschließlich der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen.

2) Einschließlich der sog. "unsichtbaren" Kapitaltransaktionen, die im Restposten der Zahlungsbilanz erfaßt werden; + Nettokapitalimport.

3) Die Zahlen und Symbole geben die vermutete Änderung der betreffenden (positiven) Salden des Jahres 1960 an.

Es bedeuten: + Zunahme, - Abnahme und c Konstanz des (positiven) Saldos.

Tabelle 14

§ 3 Veränderungen der Leistungsbilanz als Folge des wirtschaftlichen Wachstums im In- und Ausland

Die Fragestellung in diesem Paragraphen lautet: Kann mit "ausreichender Sicherheit" nachgewiesen werden, daß die Aufwertung der D-Mark deshalb unbedingt notwendig war, weil auf Grund der zu erwartenden Wachstumsprozesse im In- und Ausland in der Zukunft (etwa "innerhalb der kommenden fünf Jahre") nicht damit gerechnet werden konnte, daß der erforderliche Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse zustande gekommen wäre, was unter dem Ausdruck "ausreichende Sicherheit" verstanden werden soll, wird später noch näher erläutert werden.

Der einfachste Weg, bestimmte Aussagen über die künftige Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr zu gewinnen, wäre der: mit Hilfe der Extrapolation die historisch gegebenen Import- und Exportzeitreihen in die Zukunft zu projizieren. Dieses Vorgehen wäre allerdings wenig sinnvoll, sogar unwissenschaftlich. Da a priori kein Grund dafür zu sehen ist, weshalb sich der bisherige Trend der Entwicklung fortsetzen sollte, käme in diesem Verfahren letztlich eine unbegründete Überbewertung des status quo zum Ausdruck. Den Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie zufolge besteht jedoch eine enge positive Korrelation zwischen der Entwicklung der Einfuhrzahlen und denen des Sozialprodukts. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis besteht somit die Möglichkeit, über eine Schätzung der künftigen Wachstumsraten der eigenen Wirtschaft und der unserer Handelspartner Aussagen über die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr in der Zukunft zu gewinnen. In erster Annäherung und sofern sich die Prognose nur auf eine relativ kurze Zukunftsperiode erstreckt, kann mit konstanten Werten der entsprechenden Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen gerechnet werden. In einem zweiten Abschnitt wird dann diese Hypothese selbst geprüft, d. h. es wird untersucht, ob nicht die Aussicht besteht, daß über die Änderung dieser Elastizitätswerte ein Einfluß auf die künftige Einfuhr- und Ausfuhrentwicklung ausgehen wird. Da es sich bei der Analyse bis hierhin gewissermaßen um eine Untersuchung der Vorgänge im "realen Bereich" der Wirtschaft handelt und Preiseffekte zunächst unberücksichtigt geblieben sind, muß anschließend auch der Einfluß möglicher Einfuhr- und Ausfuhrpreisänderungen, d. h. möglicher Änderungen der terms of trade, beachtet werden. Dazu ist ein dritter Abschnitt vorgesehen. Im Anschluß daran wird anhangsweise in einem vierten Abschnitt in Fortsetzung der Stutzel'schen Gedankengänge auf die hier interessierenden konkreten Wachstumsfragen Bezug genommen.

Es verdient schließlich noch der Erwähnung, daß in diesem gesamten Paragraphen lediglich der Einfluß von Wachstumsvorgängen auf die Leistungsbilanz Gegenstand der Untersuchung ist. Die Änderung der Kapitalbilanz bleibt außerhalb der Betrachtung, da in diesem Zusammenhang keine eindeutigen Aussagen

deduziert werden können. Das wird erst im nächsten Kapitel möglich sein, wo über die Zinspolitik als Instrument der Zahlungsbilanzpolitik gesprochen wird.

An dieser Stelle soll auch auf die Ausführungen im 1. Teil des Anhangs verwiesen werden¹⁾, wo theoretische Überlegungen zu den hier behandelten Fragen zu finden sind. An Hand eines abstrakten Modells wird dort versucht, einige generell gültige Aussagen über die Wirkung von Wachstumsprozessen auf die Leistungsbilanz zu gewinnen.

1) Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten im In- und Ausland

Über das Ausmaß des Wachstums des Bruttosozialprodukts in der Vergangenheit gibt Tab. 15 Auskunft. In sämtlichen drei Wirtschaftsräumen zeigt sich eine deutliche Abnahme des Wachstumstempos während des betrachteten Zeitraums, wobei allerdings in der Bundesrepublik die Abnahme (absolut gerechnet) schneller als in den beiden anderen Räumen vor sich gegangen ist. Eine zunehmende Angleichung der in- und ausländischen Wachstumsraten war

Wachstum des Bruttosozialprodukts zu konstanten Preisen in den Jahren 1950-1959

Wirtschaftsgebiete	1950-1953	1953-1956	1956-1959
a) EWG ^{x)} + EFTA	13,3 %	14,3 %	9,1 %
b) USA + Kanada	16,2 %	8,3 %	7,0 %
c) BRD	29,2 %	28,0 %	16,1 %
Wachstumsdifferenzen zwischen			
BRD und EWG ^{x)} + EFTA	+ 15,9	+ 13,7	+ 7,0
BRD und USA + Kanada	+ 13,0	+ 19,7	+ 9,1

x) ohne BRD (Bundesrepublik Deutschland)

Die Werte für das Bruttosozialprodukt der einzelnen Staaten (in Preisen von 1954) wurden zum Paritätskurs in D-Mark umgerechnet und innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgebiete aggregiert.

Tabelle 15

Quelle: Stat. Jahrbuch für die BRD 1961, S. 142^{x)} f.

1) S. 155 ff.

die Folge. Dieses Ergebnis überrascht nicht, wenn man bedenkt, daß als Kriegsfolge die Wachstumsreserven in der Bundesrepublik zu Beginn der fünfziger Jahre besonders groß waren. So kamen in den beiden ersten Perioden besonders hohe Wachstumsraten und damit besonders hohe Wachstumsdifferenzen zustande. Mit der Annäherung bzw. Erreichung der Vollbeschäftigung und dem Schwinden der betrieblichen Rationalisierungsmöglichkeiten fiel die westdeutsche Wachstumsrate von ihrem sehr hohen Niveau entsprechend weiter ab als im Ausland, blieb aber auch in der dritten Periode noch hoch über den entsprechenden Zuwachsraten der beiden anderen Räume. Die für die Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz entscheidende Frage ist nun, ob dieser Trend der Annäherung weiter anhält. Wird auch in Zukunft die westdeutsche Wachstumsrate wie in der letzten Periode um durchschnittlich 2-3 Prozentpunkte pro Jahr über der des Auslands liegen und doppelt so hoch sein wie diese? Oder folgt schließlich wieder eine Erweiterung der Wachstumsdifferenz? Im Falle eines Rückgangs der westdeutschen Wachstumsrate oder gar unterproportionaler Zuwachsraten könnte ceteris paribus (insbesondere unter der Voraussetzung gleichbleibender Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen) mit einer im Gegensatz zum Export mehr stagnierenden Importentwicklung gerechnet werden, wogegen relativ (d.h. im Vergleich zum Ausland) steigende Zuwachsraten des inländischen Sozialprodukts eher auf eine Beschleunigung der Importentwicklung und ein Zurückbleiben der Exporte hindeuten würden.

a) Die Wachstumsmöglichkeiten im Rahmen gegebener Produktionsfunktionen (unverändertes technisches Wissen) durch Erhöhung des Einsatzes von Produktionsfaktoren. Die Wachstumsreserven, die unter diesen Voraussetzungen in der Bundesrepublik noch vorhanden sind, sind knapp. Die Bundesrepublik liegt nämlich an der Spitze der Länder mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten ¹⁾. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß der Mangel an Arbeitskräften eine Zunahme des gesamtwirtschaftlichen outputs erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Selbstverständlich ist die Arbeitsintensität der Produktion nicht in allen Ländern dieselbe. Eine Zunahme der Produktion innerhalb gleichbleibender Produktionsfunktionen und bei Wahrung des Faktoreinsatzverhältnisses erfordert deshalb nicht überall den gleichen Mehreinsatz des Faktors Arbeit. Außerdem besteht die Möglichkeit, wenn auch im beschränkten Umfang und nur unter bestimmten Bedingungen, im Rahmen konstanter Produktionsfunktionen bei Konstanzhaltung des einen und Vermehrung aller übrigen Produktionsfaktoren eine Produktionssteigerung zu erreichen. Aber dennoch scheint die zuerst gemachte Aussage ihre Berechtigung zu haben. Sie kann m.E. sogar dahingehend erweitert werden, daß bereits in der Vergangenheit,

1) Ergänzend hierzu Tab. 34 im 2. Teil des Anhangs, S. 187.

Insbesondere aber nach 1959, das Wachstum im Inland durch den Arbeitskräftemangel stark geheimint worden ist. Die Zahl der offenen Arbeitsstellen nahm auf dem Arbeitsmarkt während der letzten Jahre stark zu, und ein Großteil der noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte wurde in den Arbeitsprozeß eingegliedert. Der Quotient aus der Arbeitslosen Zahl und der Zahl der offenen Stellen (absolute Werte) war 1960 auf 0,5 gefallen (in den Jahren 1961-1968 sogar auf 0,3!), während er 1959 noch 1,5 und 1958 noch 3,1 betragen hatte ¹⁾.

Die einzige Möglichkeit, unter den gemachten Voraussetzungen zu einer Mehrproduktion zu kommen, muß also bei der gegebenen Arbeitsmarktlage in einem Mehreinsatz des Faktors Kapital bei konstantem Arbeitseinsatz ²⁾ gesehen werden ³⁾. Die Produktion muß mit anderen Worten innerhalb der gegebenen Technik in zunehmendem Maße kapitalintensiver gestaltet werden. Die Frage, ob auf diese Weise überhaupt und in welchem Umfang eine Mehrproduktion zustande kommen kann, findet ihre Beantwortung letztlich darin, welcher Typ einer Produktionsfunktion den Überlegungen zugrunde gelegt wird. Schließt man die Möglichkeit unbegrenzter Substitutionalität der Faktoren aus, kann a priori nicht garantiert werden, daß auf diese Weise eine Mehrproduktion überhaupt zuwege gebracht werden kann. Nimmt man an, daß das Ertragsgesetz in seiner klassischen Form die produktionswirtschaftlichen Zusammenhänge innerhalb der Volkswirtschaft am genauesten wiedergibt, kann folgende Aussage gemacht werden:

Auf Grund naturalökonomischer Gesetzmäßigkeit sind unter den gegebenen Voraussetzungen den Wachstumsmöglichkeiten bestimmte Grenzen gesetzt, die nicht überschritten werden können. Eine Kapitalakkumulation über diese Grenze hinweg würde zu Ertragsminderungen führen. Selbstverständlich gilt diese naturalökonomische Gesetzmäßigkeit auch für das Ausland. Da aber in einer Reihe von Ländern in noch größerem Umfang als im Inland Arbeitskraftreserven zur Verfügung stehen, kann diese Grenze "hinausgeschoben" werden. Das geschieht durch den Übergang von einer "niedrigeren" zu einer "höheren" Ertragskurve, wobei für die "höher" gelegene Kurve der Einsatz des konstanten Faktors Arbeit größer ist als für die "tiefer" gelegene. Unter diesen Voraussetzungen dürfte folglich

- 1) Ergänzend hierzu Tab. 35 u. 36 im 2. Teil d. Anhangs, S. 187.
- 2) Selbstverständlich ist das verfügbare Arbeitspotential kein unveränderliches Datum. So ist z.B. die Möglichkeit des Mehreinsatzes von Fremdarbeitern gegeben (dazu mehr weiter unten). Dennoch sind die Prognosen bezüglich der in Zukunft verfügbaren Arbeitskräfte pessimistisch zu beurteilen (Verlängerung der Schulzeit, Bundeswehrausbau!).
- 3) In dieser Arbeit werden alle Produktionsfaktoren zu den beiden Aggregaten Arbeit und Kapital zusammengefaßt.

die Wachstumsreserven im Ausland höher sein, da hier der Arbeitsmarkt nicht oder nicht in diesem Umfang als Wachstumsbremse auftreten wird.

Wird die Leontief-Funktion als repräsentative Produktionsfunktion anerkannt (komplementäre Produktionsfaktoren mit konstantem Einsatzverhältnis), so ist eine Mehrproduktion überhaupt nur bei gleichzeitiger Vermehrung des Einsatzes beider Faktoren möglich. Das gilt freilich nur, sofern die Produktion bisher "produktiv" gestaltet wurde, d.h. keine überflüssigen, entbehrlichen Faktoren Verwendung fanden. Gilt die Douglas-Cobb-Funktion, so ist theoretisch auch bei Konstanzhaltung eines Faktors eine Zunahme der Produktion ad infinitum möglich. Allerdings sinkt der Grenzertrag des variablen Faktors ständig und tendiert gegen Null. Im Rahmen einer empirischen Untersuchung wird man jedoch nicht bedenkenlos in allen Produktionsbereichen eine unbegrenzte Substitutionalität der Faktoren (immer im Rahmen konstanter Technik) unterstellen können.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Es ist eine Tatsache, daß der Grad der Beschäftigung in der Bundesrepublik relativ sehr hoch ist. Daraus folgt, daß im Ausland zum Teil in weit größerem Maße Arbeitskräfte zur Ausweitung der Produktion zur Verfügung stehen als im Inland. Hier muß sich der Versuch einer Produktionssteigerung im Rahmen der gegebenen Produktionsfunktionen auf die Möglichkeit beschränken, mit den als unveränderlich angesehenen technischen Mitteln die Produktion kapitalintensiver zu gestalten, d.h. den Faktor Kapital bei Konstanz des Faktors Arbeit zu vermehren. Dieser Versuch kann aber im Inland schon sehr bald an naturalökonomischen Gesetzmäßigkeiten scheitern ¹⁾. Wann er es tun wird, hängt von dem Charakter der Produktionsfunktionen und dem bisher realisierten Einsatzverhältnis der beiden Faktoren ab. Die hohe und sich ständig noch erhöhende Zahl an offenen Arbeitsstellen gibt einen Hinweis darauf, daß in vielen Fällen Produktionszunahmen des Mehreinsatzes des Faktors Arbeit bedürften. Entweder ist (einzelwirtschaftlich gesehen) die naturalökonomische Grenze bereits erreicht, oder es wird beim herrschenden Faktorpreisverhältnis eine weitere Kapitalintensivierung als unrentabel angesehen.

Zum Schluß sei noch auf folgendes aufmerksam gemacht: Es wurde absichtlich von Wachstumsmöglichkeiten und Wachstumsreserven gesprochen. Aus den Überlegungen hier darf also keineswegs schon geschlossen werden, daß große Wachstumsmöglichkeiten auch tatsächlich ein großes Wachstum, d.h. eine große Zunahme des Bruttosozialprodukts zur Folge haben werden. Ob eine Ausdehnung der Produktion zustande kommt, entscheiden die Unternehmer. Der Umfang der von ihnen vorgenommenen Investitionen wird von mehreren Deter-

1) Erläuternde graphische Darstellungen dazu im 2. Teil des Anhangs, Darstellung III, S. 172.

minanten bestimmt, letztlich ist hierfür auch ganz allgemein die im Staat verfolgte Wirtschaftspolitik ausschlaggebend. Zu den Zielsetzungen dieser Wirtschaftspolitik zählt die Vollbeschäftigung. In der Bundesrepublik ist sie erreicht, nicht in einer Reihe ausländischer Staaten (USA). In dem Maße, in dem es diesen Staaten gelingen wird, dieser Zielsetzung näher zu kommen, schöpfen sie die vorhandenen Wachstumsreserven auch aus.

b) Die Wachstumsmöglichkeiten auf Grund technischen Fortschritts (Übergang zu einer "höheren" Produktionsfunktion bei gleichzeitigem Anstieg der totalen Mengenproduktivität).

Die Nettoinvestitionen, die in den Überlegungen bisher zu einer Erhöhung des Kapitalstocks und weiter zu einer Zunahme des gesamtwirtschaftlichen outputs führen sollten, hatten eindeutig den Charakter von Erweiterungsinvestitionen. Sie führten nicht zu einer "Verbesserung" der Produktionsbedingungen im technischen Sinne. Eine weitere Möglichkeit, das reale Sozialprodukt zu erhöhen, besteht darin, über den technischen Fortschritt neue Produktionsfunktionen zu suchen, mit deren Hilfe bei gleichem Aufwand ein höherer Ertrag verwirklicht werden kann. Um es im Hinblick auf die westdeutsche Situation präziser auszudrücken: Mit Hilfe arbeitssparenden technischen Fortschritts müßte es möglich sein, bei konstantem Arbeitseinsatz und einer Erhöhung des Kapitalstocks den gesamtwirtschaftlichen output zu erhöhen. Ihrem Charakter nach handelt es sich hier nun eindeutig um Verbesserungsinvestitionen, da sie zu einer totalen Mengenproduktivitätserhöhung verhelfen. Dieser Prozeß unterliegt nicht den Grenzen, die durch das Ertragsgesetz etwa gezogen sind. Denn er vollzieht sich ja nicht innerhalb einer gegebenen Produktionsfunktion, sondern im Übergang von einer "niedrigeren" zu einer "höheren" Produktionsfunktion.

Tab. 16 gibt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität der Industrie in der Bundesrepublik und in den EWG- und EFTA-Staaten (mit Ausnahme Luxemburgs, Portugals und der Schweiz) sowie in Kanada und den USA seit 1950 wieder. Etwa 75 % des gesamten Leistungsverkehrs tätigt die Bundesrepublik ausschließlich mit diesen Staaten. Der Zuwachs in der Bundesrepublik ist in der ersten Periode sehr hoch (mit Ausnahme Italiens die höchste Zuwachsrate) und erklärt sich aus der umfangreichen Wiederaufbautätigkeit und dem relativ niedrigen Produktivitätsniveau im Jahre 1950. In den folgenden Jahren sinkt die Zuwachsrate ab und wird in der dritten Periode von sechs Staaten übertroffen. Sieht man die Wachstumsergebnisse der letzten, eventuell sogar die der vorletzten Periode als Ergebnisse an, in denen sich keine Kriegsfolgen mehr zeigen, so haben unter "normalen" Verhältnissen die Produktivitätsfortschritte der Bundesrepublik größtmäßig im Mittelfeld der unserer Haupthandelspartner gelegen.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis pro Beschäftigten) seit 1950 in der Industrie (Veränderung in v.H.)

Länder	1950-1953	1953-1956	1956-1959
BRD	+ 18	+ 14	+ 12
Belgien	+ 4	+ 16	+ 5
Frankreich	+ 11	+ 29	+ 17
Italien	+ 22	+ 22	+ 23
Niederlande	+ 10	+ 15	+ 13
Dänemark	+ 2	+ 13	+ 7
Großbritannien	+ 3	+ 9	+ 9
Norwegen	+ 11	+ 18	+ 13
Österreich	+ 16	+ 21	+ 14
Schweden	+ 7	+ 11	+ 14
Kanada	+ 5	+ 22	+ 12
USA	+ 6	+ 11	+ 11

Ermittelt aus dem Index der industriellen Produktion und dem Index der Beschäftigten in der Industrie

Tabelle 16

Quelle: Stat. Jahrbuch für die BRD 1958, S. 49^x
und 1961, S. 52^x f.

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität setzt voraus, daß technisch "vollkommenere" Produktionsverfahren zur Anwendung kommen. Die Grundlage dafür ist eine Erweiterung des technischen Wissens. Eine Vorhersage der künftigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität hat somit eine Prognose über die künftige Entwicklung des technischen Wissens zur Voraussetzung. Sie zu geben, bereitet jedoch große Schwierigkeiten oder ist sogar gänzlich unmöglich. Es ist unbekannt, welche Staaten unter den entwickelten Volkswirtschaften hier die größten Fortschritte erzielen werden. Die Erweiterung des technischen Wissens entzieht sich nämlich zumindest teilweise jeglicher Planung, und sie muß nicht mit dem finanziellen Forschungsaufwand gleichlaufen¹⁾.

Über diese Erkenntnisse hinaus wird man natürlich noch auf weitere Aspekte hinweisen müssen. Die Erweiterung des technischen Wissens durch die Forschung al-

1) Die "neuen technischen Erkenntnisse" sind als wirtschaftliche Kategorie natürlich auch international mobil. Das bedeutet, daß deren Auswertung und Nutzung nicht dem Ursprungsland allein vorbehalten bleiben müssen.

lein genügt nicht, die Produktion wird erst produktiver gestaltet, wenn die gewonnenen Erkenntnisse auch praktische Anwendung finden. Ob Verbesserungs- investitionen vorgenommen werden, entscheiden auch in diesem Falle die Unternehmer. Sie richten sich nach den allgemeinen, von der Theorie genannten bestimmenden Variablen der Investitionen.

Im Anschluß an diese Überlegungen kann somit folgendes gesagt werden: Der Arbeitskräftemangel war in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren schon ausgeprägter als in vielen ausländischen Volkswirtschaften. Diese Tatsache führte sicherlich dazu, daß die erweiterten technischen Erkenntnisse im Inland auch in großem Umfang praktisch genutzt wurden. Auf Grund der geschilderten Arbeitsmarktlage war der "Zwang" zur Mechanisierung der Produktionsverfahren und zu arbeitssparenden Organisationsmaßnahmen größer als im Ausland. Im Inland müssen deshalb die entsprechenden "Rationalisierungsreserven" gegenwärtig im Gegensatz zu einer Reihe ausländischer Länder gering eingeschätzt werden.

Die kurzfristigen, für die Bundesrepublik abgegebenen Produktivitätsprognosen, denen man noch eine gewisse, wenn auch beschränkte Zuverlässigkeit zubilligen kann, deuten darauf hin, daß von 1960 ab mit denselben oder leicht darunterliegenden Produktivitätszuwachsraten wie in der Periode 1956-59 gerechnet werden kann. Die heute verfügbaren empirischen Daten bestätigen für den Zeitraum 1959-62 diese Vorhersage. Die Produktivität (entsprechend der Definition in Tab. 16) stieg während dieser Periode in der Bundesrepublik um 11 %.

An dieser Stelle sollen noch zwei Ergänzungen angebracht werden:

a) Es ist nicht ganz korrekt, wenn man das Arbeitspotential in der Bundesrepublik als gegeben und unveränderlich für die Zukunft ansieht. Abgesehen von möglichen Veränderungen im natürlichen Bevölkerungswachstum und institutionell bedingten Einflüssen auf das Arbeitspotential (Verlängerung der Ausbildungszeit durch Einführung des neunten und zehnten Schuljahrs, der Ausbau der Bundeswehr u. ä.), gilt es, die Tatsache der Mobilität der Faktorleistungen über die Grenzen hinweg zu berücksichtigen. Mit zunehmender Liberalisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere innerhalb der EWG-Gemeinschaft, besteht die Möglichkeit, daß noch mehr ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik kommen werden als bisher schon. Ob das tatsächlich geschehen wird, hängt seinerseits vom Wachstum im Ausland, aber auch noch von anderen Faktoren ab ¹⁾. In dem Umfang, in dem durch den Wegfall juristischer Hemmnisse tatsächlich ein vermehrter Zustrom von Fremdarbeitern bewirkt werden wird, wird gleichzeitig eine Entspannung des inländischen Arbeitsmarktes resultieren. Die oben

1) Es wird verwiesen auf die Ausführungen zu diesem Gegenstand, welche im V. Kapitel § 4 zu finden sind (S. 142 ff.).

angeführten Argumente und Schlußfolgerungen verlieren damit an Gewicht. Es ist in diesem Zusammenhang allerdings zu bedenken, daß der Arbeitsmarkt bekanntlich sehr heterogen ist. Ob durch diese Entwicklung auf allen Teilmärkten und schon sehr bald eine Angebotserhöhung zu erwarten ist, kann von vornherein keineswegs als sicher gelten. Engpässe auf einzelnen Teilmärkten können bestehen bleiben und als Wachstumsbremse wirken.

Dieser Außenhandel in Faktorleistungen kommt heute auf eine ganz typische Art und Weise zustande. Auf Grund verbesserter Verkehrsverhältnisse ist es möglich und üblich geworden, ausländische Arbeitsplätze anzunehmen, ohne daß damit gleichzeitig eine Übersiedlung für immer und mit allen Familienmitgliedern verbunden wäre. Diese Tatsache kann eine beachtliche Konsequenz hinsichtlich der Wirkung auf die Leistungsbilanz haben. Unter bestimmten Bedingungen hat diese Einfuhr von Faktorleistungen nämlich eine Mehrausfuhr von Gütern zur Folge. Wie festgestellt werden kann, sind die Fremdarbeiter im allgemeinen bestrebt, Einnahmeüberschüsse zu bilden, um die gesparten Beträge an ihre Familienmitglieder im Heimatland überweisen zu können. Dieser Kapitaltransfer führt also zu einer Zunahme der verfügbaren Einkommensteile im Ausland (Heimatland). Als Rückwirkung dieses Prozesses kann unter gewissen Bedingungen eine erhöhte Nachfrage nach inländischen Produkten resultieren. Ob das der Fall sein wird, hängt natürlich einmal davon ab, wie sich die zusätzliche Nachfrage verteilt, und zum anderen vor allem davon, ob eine zusätzliche Nachfrage überhaupt zur Entstehung gelangt. Das ist keineswegs selbstverständlich. Denn je nach der gegebenen Ausgangssituation kann es im Interesse des ausländischen Landes liegen, eine Zunahme der Gesamtnachfrage aus bestimmten Gründen nicht zuzulassen.

ß) Es ist damit zu rechnen, daß über Arbeitszeitverkürzungen verschiedener Art ein zunehmender Druck auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden wird. Die Haltung der Gewerkschaften ist bekannt, sie fordern die ausnahmslose Verwirklichung der Vierzig-Stundenwoche. Branchenweise sind sie diesem Ziel sogar schon sehr nahe gekommen. In der Metallindustrie beispielsweise ist ein stufenweiser Abbau der Arbeitszeit vertraglich fixiert (Ziel: Einführung der Vierzig-Stundenwoche im Jahre 1965 - sog. "Bad Homburger-Abkommen"). Allerdings darf die Möglichkeit nicht übersehen werden, daß die verlorengegangene Arbeitszeit mit Hilfe von Überstundenarbeit kompensiert werden kann. Jedoch spricht die Vermutung dafür, daß auch die effektive Arbeitszeit trendmäßig abnehmen wird.

Als Ergebnis dieser Überlegungen kann somit gesagt werden: Die Höhe der Produktivitätszuwachsraten bestimmt in entscheidendem Maße, wenn auch nicht

-
- 1) Dieser Stufenplan wurde bekanntlich neuerdings revidiert; danach wird die Vierzig-Stundenwoche erst 1966 verwirklicht werden.

ausschließlich, die Höhe der Zuwachsraten des Sozialprodukts. Produktivitätszunahmen setzen (auf lange Sicht gesehen) eine Erweiterung des technischen Wissens voraus, haben also den erfolgreichen Abschluß einer geistigen, schöpferischen Tätigkeit zur Grundlage. Dieser erfolgreiche Abschluß ist nur in sehr unvollkommener Weise vorhersehbar, er muß nicht streng positiv mit dem getätigten Forschungsaufwand korreliert sein. Aus diesem Grunde sind Aussagen über das künftige, zu erwartende Wachstum zwangsläufig mit einem hohen Unsicherheitsfaktor belastet.

Die (kurzfristigen) Wachstumsprognosen lassen erwarten, daß sich künftig die Ende der fünfziger Jahre bestehenden Wachstumsunterschiede zwischen der Bundesrepublik und unseren Haupthandelspartnern zumindest nicht wieder erweitern werden. Es ist nämlich damit zu rechnen, daß das reale Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik in Zukunft weniger stark als in den Jahren vor 1961 ansteigen wird ¹⁾. Somit kann aber auch nicht erwartet werden, daß mit Hilfe ausreichend hoher Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts eine allmähliche Annäherung der Importwerte an die höheren Exportwerte und auf diese Weise ein Schritt vorwärts in der Lösung des Zahlungsbilanzproblems zustande kommen wird.

2) Die Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen

Nicht die Zuwachsraten des Sozialprodukts und deren Veränderungen gegenüber der Basisperiode allein, sondern auch die Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen im In- und Ausland und deren Variationen bestimmen die "einkommensbedingten" Veränderungen der Leistungsbilanz. Ich greife in diesem Zusammenhang auf Ergebnisse einer Untersuchung zurück, die von Böventer ²⁾ angestellt hat, eine Untersuchung, auf die im V. Kapitel noch ausführlicher verwiesen werden wird. Von Böventer berechnete für den Zeitraum 1950-1959 verschiedene Elastizitätswerte, die bei der Bestimmung des internationalen Leistungsverkehrs der Bundesrepublik mit dem Ausland von Bedeutung sind. Im einzelnen ermittelte er als Einkommensvariable die folgenden Werte:

- 1) Die empirischen Daten der jüngsten Vergangenheit bestätigen bisher diese Aussage, sie weisen sogar einen weiteren Rückgang aus. Während nämlich das reale Bruttosozialprodukt von 1956 bis einschließlich 1960 im Durchschnitt pro Jahr um 6,4 % angestiegen ist, konnte in den folgenden drei Jahren (1961 bis 1963) nur noch eine Durchschnittszuwachsrate von 4,3 % erzielt werden.
- 2) Von Böventer Edwin, Der Einfluß der Aufwertung auf die deutsche Zahlungsbilanz; Eine quantitative Untersuchung; Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 87, 1961/II, S. 54 ff.

- a) die Umsatzelastizität der Fertigwarenimporte ¹⁾ war 2,2;
 b) die Produktionselastizität der Rohstoff- und Halbwarenimporte ²⁾ war 1,4 und
 c) die (gewogene) Einkommenselastizität der (Fertigwaren-) Exporte (= Importelastizität im Ausland gegenüber westdeutschen Waren) war im Durchschnitt der Jahre 3,7, für 1960/61 dagegen schätzungsweise etwa 2,2 - 2,3; da knapp 5/8 aller westdeutschen Exporte Fertigwarenexporte sind, beschränkte sich von Böventer auf die Untersuchung dieser Warenkategorie.

Die jährlichen Zuwachsraten der drei inländischen Bezugsgrößen "realer Industrieumsatz", "industrielle Nettoproduktion" und "reales Bruttosozialprodukt" bewegten sich in den vergangenen zehn Jahren in enger positiver Korrelation zueinander (vgl. Fig. 3). Ausgehend von dieser Tatsache wird der Versuch gewagt, die gegebenen



Importelastizitäten unter a) und b) umzurechnen, um eine einheitliche Einkommensvariable (das reale Bruttosozialprodukt) zu bekommen. Für die Zehn-Jahresperiode 1953 - 1962 waren die durchschnittlichen Zuwachsraten

$$\frac{dy}{y} 100 \approx + 6,7 \%$$

(Bruttosoz. prod.),

$$\frac{dP}{P} 100 \approx + 8,2 \%$$

(ind. Nettoprod.),

$$\frac{du}{u} 100 \approx + 8,9 \%$$

(reale Ind. umsätze).

Jährliche Zuwachsraten (in %)

— des realen Bruttosozialprodukts

- - - d. Index d. industr. Nettoproduktion

- · - · - des realen Industrieumsatzes

Figur 3

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für

Febr. 1958, S. 99,

Febr. 1962, S. 3,

Febr. 1964, S. 3/81/83.

- 1) Der Wert, der angibt, um wieviel Prozent sich die mengenmäßigen Fertigwarenimporte verändern, wenn die inländischen realen (Industrie-) Umsätze (von Preiseinflüssen über den Index der Erzeugerpreise industr. Produkte bereinigte Umsatzwerte) um 1 % zunehmen.
- 2) Der Wert, der angibt, um wieviel Prozent sich die mengenmäßigen Rohstoff- u. Halbwarenimporte verändern, wenn die inländische (industrielle) Nettoproduktion um 1 % zunimmt.

Somit ist $\frac{\frac{dU}{U}}{\frac{dY}{Y}} = \frac{8,9}{6,7} \approx 1,3$ und $\frac{\frac{dP}{P}}{\frac{dY}{Y}} = \frac{8,2}{6,7} \approx 1,2$.

Mithin gilt $\frac{\frac{dM_F}{M_F}}{\frac{dU}{U}} = \frac{\frac{dM_F}{M_F}}{1,3 \frac{dY}{Y}}$ und $\frac{\frac{dM_R}{M_R}}{\frac{dP}{P}} = \frac{\frac{dM_R}{M_R}}{1,2 \frac{dY}{Y}}$ 1).

Auf Grund dieser Beziehungen kann nun geschrieben werden:

$$\eta_F = \frac{\frac{dM_F}{M_F}}{\frac{dY}{Y}} = 1,3 \cdot 2,2 \approx +2,9$$

$$\text{und } \eta_R = \frac{\frac{dM_R}{M_R}}{\frac{dY}{Y}} = 1,2 \cdot 1,4 \approx +1,7$$

(η_F Fertigwarenimportelast. in bezug auf das Sozialprodukt,

η_R Rohstoff- u. Halbwarenimportelast. in bezug auf das Sozialprodukt).

Für Nahrungsmittelimporte hat von Boverter keine Einkommenselastizität berechnet, nur eine (Relativ-)Preiselastizität von $-0,33$. Unter der Hypothese, daß Volumenänderungen der Nahrungsmittelimporte nur (relativ-) preisbedingt und einkommensbedingt gewesen sind, läßt sich für den Zeitraum 1954 - 1961 ein Wert für die Nahrungsmittelimportelastizität in bezug auf das Einkommen (Bruttosozialprodukt) in Höhe von $+1,2$ errechnen ²⁾. Dieser Wert dürfte leicht überhöht sein, da auch auf dem Agrarsektor, wenn auch in weit geringerem Maße als auf dem gewerblichen, der Abbau von Handelshemmnissen (der nicht mit einer Veränderung der Einfuhrpreise unmittelbar verbunden war) importfördernd gewirkt haben mag. η_N wird deshalb auf $+1,0$ abgerundet. Unter Berücksichtigung des relativen Anteils der einzelnen Gütergruppen am Gesamtimport (1960), errechnet sich für das Jahrzehnt vor 1960 eine durchschnittliche (gewogene) Gesamtimportelastizität in bezug auf das Einkommen (Bruttosozialprodukt) in Höhe von etwa $\eta_{M,Y} = +1,9$.

1) Bedeutung der Symbole: Y Bruttosozialprodukt, P industrielle Nettoproduktion, U reale Industrieumsätze, M_F Fertigwarenimporte, M_R Rohstoff- u. Halbwarenimporte.

2) Es wird verwiesen auf die Berechnungen in Darstellung IV im 2. Teil des Anhangs (S. 173 f).

Der Saldo der inländischen Leistungsbilanz verbessert sich, bleibt unverändert, verschlechtert sich, je nachdem

$$dM_I \begin{matrix} \leq \\ > \end{matrix} dM_A \text{ oder } \frac{dY_I}{Y_I} \cdot \frac{\frac{dM_I}{M_I} M_I}{\frac{dY_I}{Y_I}} \begin{matrix} \leq \\ > \end{matrix} \frac{dY_A}{Y_A} \cdot \frac{\frac{dM_A}{M_A} M_A}{\frac{dY_A}{Y_A}} \text{ ist 1'}$$

Unter Benutzung der Elastizitätssymbole kann auch geschrieben werden:

$$\frac{dY_I}{Y_I} \cdot \eta_{M_I, Y_I} \cdot M_I \begin{matrix} \leq \\ > \end{matrix} \frac{dY_A}{Y_A} \cdot \eta_{M_A, Y_A} \cdot M_A \quad 2).$$

Ausgehend von den Werten des Basisjahres 1960 kommt ceteris paribus ein "einkommensbedingter" Abbau der Exportüberschüsse nur dann zustande, wenn die inländische Wachstumsrate des Sozialprodukts die ausländische um mehr als das 1,3fache übertrifft ³⁾. Voraussetzung dabei ist allerdings, daß die genannten Elastizitätswerte auch in Zukunft Gültigkeit haben; (ich komme auf diese Annahme gleich zurück).

Der Aussagewert dieses Ergebnisses ist natürlich relativ gering, da hier ein Periodenvergleich angestrebt wird. Es interessiert die Frage, ob für die Zukunft (Periode nach der Aufwertung) gegenüber der Voraufwertungsperiode mit einer Größenänderung der den Leistungsbilanzsaldo bestimmenden Variablen zu rechnen sein wird. Die entscheidende Frage ist in diesem Zusammenhang also die, ob sich die relevanten Einkommenselastizitätswerte der Ein- und Ausfuhr in Zukunft verändern werden oder nicht.

Die Klärung dieser Frage würde sehr weitreichende und detaillierte Untersuchungen erfordern, die weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgingen. Es wäre erforder-

- 1) Bedeutung der Symbole: M Import, Y Bruttosozialprodukt; die Subskripte I (Inland) und A (Ausland) bestimmen die Zugehörigkeit. $\eta_{M, Y}$ ist die Importelastizität in bezug auf das Einkommen (Bruttosozialprodukt).
- 2) Nur im Spezialfall einer vor dem Wachstum ausgeglichenen Leistungsbilanz (wo $M_I = M_A$) gilt:

$$\frac{dY_I}{Y_I} \cdot \eta_{M_I, Y_I} \begin{matrix} \leq \\ > \end{matrix} \frac{dY_A}{Y_A} \cdot \eta_{M_A, Y_A}.$$

$$3) \quad \frac{dY_I}{Y_I} \cdot 1,9 \cdot 42,7 > \frac{dY_A}{Y_A} \cdot 2,25 \cdot 47,9;$$

$$\text{somit ist } \frac{dY_I}{Y_I} > \frac{108}{81} \cdot \frac{dY_A}{Y_A} \approx 1,3 \frac{dY_A}{Y_A}.$$

- (1,9 inländ. Importelast. in bezug auf das Einkommen,
 2,25 ausländische Importelast. gegenüber westdeut. Exporten in bezug auf
 das Einkommen (Wert nach von Böventer),
 42,7 und 47,9 Import- bzw. Exportwert für 1960).

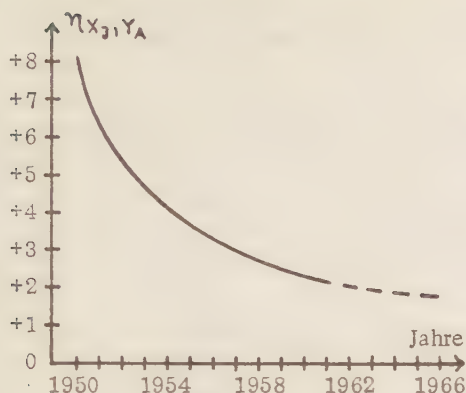
lich, Prognosen über die künftige Produktionsstruktur im Inland und über diejenige bei unseren Handelspartnern zu geben. Damit im Zusammenhang müßten Aussagen über die künftigen mutmaßlichen Angebotsbedingungen auf dem Weltmarkt gemacht werden. Auf der anderen Seite wären Prognosen über die vermutliche künftige Bedürfnisstruktur der Konsumenten und über die Art der technischen Produktionsfunktionen der Produzenten im In- und Ausland zu stellen. Die sich daraus ergebenden Nachfragekonstellationen müßten abgeleitet werden. Es steht außer Zweifel - und das soll doch sehr hervorgehoben werden -, daß solche Vorhersagen notwendigerweise in starkem Maße mit Unsicherheitsfaktoren und Ungewißheiten belastet sein müssen. Das gilt vornehmlich dann, wenn die Vorhersagen nicht nur kurzfristiger, sondern sogar mittelfristiger Natur sind. Denn sie selbst basieren auf mannigfaltigen Voraussetzungen und Bedingungen, denen nur eine beschränkte Wahrscheinlichkeit zukommt, von denen man also nicht weiß, ob sie selbst realisiert werden. Bei solchen umfassenden Fragestellungen gibt es sehr viele bestimmende Variablen, und die Kausalketten reichen sehr weit zurück (bis zu den "autonomen" Entscheidungen der Träger der Wirtschaftspolitik beispielsweise und den hier verfolgten künftigen Zielvorstellungen).

Von Böventer allerdings macht auch zu diesem Gegenstand eine quantitative Aussage. Er weist nach, daß die jährlichen Werte der Einkommenselastizität der deutschen Fertigwarenausfuhr vom Durchschnittswert 3,7 während der Periode 1950 - 1959 sehr stark abgewichen sind, "daß sich das Vordringen der deutschen Exportindustrien auf den ausländischen Absatzmärkten von Jahr zu Jahr verlangsamt hat" ¹⁾. Aus seinen Angaben läßt sich die Zeitkurve in Figur 4 rekonstruieren. Der Autor rechnet weiter damit, daß der betreffende Elastizitätswert sich asymptotisch dem Wert 1 nähert. "Das bedeutet, daß schließlich die Einkäufe aus Westdeutschland prozentual nicht mehr schneller wachsen werden als die ausländischen Einkommen, was ein sehr plausibles Resultat ist." ²⁾ Das bedeutet, so kann man ergänzen, daß die durchschnittliche Importquote unserer Handelspartner (westdeutschen Waren gegenüber) sich mehr und mehr einem stationären Wert nähern wird. Über die vermutliche Gestaltung der Importelastizitäten Westdeutschlands in bezug auf das Einkommen macht von Böventer keine Aussagen.

In dieser Prognose, die mir sehr realistisch erscheint, kann nun tatsächlich ein Ansatzpunkt für eine künftige tendenzielle Belastung der Leistungsbilanz gesehen werden. Denn selbst bei gleichbleibenden Wachstumsraten des Sozialprodukts im Ausland nähmen die wachstumsbedingten Zuwachsraten der westdeutschen (Fertigwaren-)Exporte jährlich mehr und mehr ab. Dabei könnten die Veränderungen der absoluten Exportwerte ein recht beachtliches Ausmaß annehmen;

1) Von Böventer, a. a. O., S. 72.

2) Von Böventer, a. a. O., S. 72.



Figur 4

Die Einkommenselastizität der deutschen (Fertigwaren-)Ausfuhr im Zeitablauf (nach v. Böventer)

Im Durchschnitt der Jahre 1956 - 1960 stieg das reale Bruttosozialprodukt unserer Haupthandelspartner (im gewogenen Durchschnitt) ¹⁾ jährlich um 4,0 %. Nach von Böventer lag der Wert der Einkommenselastizität unserer Exporte für diese Jahre bei durchschnittlich etwa + 2,7. Die einkommensbedingte Zuwachsrates der jährlichen Exporte betrug demnach etwa 10,8 %. Rechnet man entsprechend der von Böventer'schen Prognose für 1965 mit einem Elastizitätswert von nur noch + 1,7, so sank (bei gleichbleibendem Wachstum im Ausland) die einkommensbedingte Exportzuwachsrates folglich auf 6,8 % ab. In absoluten Zahlen und gemessen am gegenwärtigen Exportwert entspräche das einem Absinken des jährlichen Exportzuwachses gegenüber der Basisperiode um etwa 2 Mrd DM.

3) Die Preiseffekte

Neben Wachstumsrate und Importelastizität in bezug auf das Einkommen entscheiden die Entwicklung der Preise und die Werte für die entsprechenden Preiselastizitäten im In- und Ausland die künftige Gestaltung der Leistungsbilanz. Über die Entwicklung der Durchschnittswerte von Ein- und Ausfuhr und damit der terms of trade seit 1950 gibt Tab. 17 Aufschluß. Die folgenden Überlegungen sollen Anhaltspunkte für die künftige Entwicklung geben.

- 1) Es sind erfaßt alle EWG- und EFTA-Länder, die USA und Kanada sowie sieben weitere Staaten (rund 75 % aller westdeutschen Exporte gehen in diese Länder); als Gewicht dient der relative Anteil am westdeutschen Gesamtexport.

Entwicklung der Durchschnittswerte von Einfuhr und Ausfuhr (gemessen in DM) und der terms of trade in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 (1954 = 100)

Jahr	Index der Durchschnittswerte		terms of trade
	a) der Einfuhr	b) der Ausfuhr	(b : a) 100
1950	100	80	80
1954	100,0	100,0	100,0
1955	102,2	100,2	98,0
1956	103,9	103,2	99,3
1957	104,9	105,7	100,8
1958	96,3	104,9	108,9
1959	92,2	102,5	111,2
1960	92,3	103,7	112,4
1961	89,1	104,5	117,3
1962	87,3	104,2	119,4
1963	86,5	103,3	119,4

Tabelle 17

Quelle: Stat. Jahrb. f.d. BRD.

Produktivitätserhöhungen bieten zwei extreme Möglichkeiten: entweder Produktpreissenkungen relativ im selben Umfang wie die Produktivitätserhöhungen oder Nominaleinkommenserhöhungen relativ im selben Umfang wie die Produktivitätserhöhungen bei konstantem Produktpreisniveau. Daneben gibt es noch, was hier nicht näher verfolgt werden soll, die Möglichkeit, die Arbeitszeit bei Aufrechterhaltung des bisherigen Produktionsumfangs zu verkürzen. Der Umfang der Produktivitätserhöhung und der Nominaleinkommenszunahme bestimmt den Umfang der Produktpreisveränderung ¹⁾.

Es wurde oben auf den fallenden Trend der Produktivitätszunahmen in der Vergangenheit in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht. Unter dem Vorbehalt der relativ hohen Unsicherheit, die einer Produktivitätsprognose anhaftet, wurde weiter darauf hingewiesen, daß mit einiger Wahrscheinlichkeit in Zukunft die jährlichen Produktivitätszuwachsraten geringer sein werden als die entsprechenden Werte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Das hätte zur Folge, daß der Spielraum für Lohnerhöhungen, die nicht preiserhöhend wirken sollen, eingeengt wird. Werden sich aber die Gewerkschaften mit Lohnerhöhungen innerhalb dieses verengten Spielraums begnügen? Das erscheint doch sehr fraglich, nachdem be-

1) Es wird nochmals auf die theoretische Analyse im 1. Teil des Anhangs (S. 155 ff.) verwiesen.

reits in der Vergangenheit die Produktivitätszunahmen nicht als Grenze für die gewerkschaftlichen Lohnforderungen angesehen wurden. Ganz allgemein wird man im Gegenteil sagen können, daß im Zeichen der Voll- und Überbeschäftigung im Gegensatz zu früher, als diese noch nicht erreicht war, die Position des Arbeit anbietenden am Arbeitsmarkt eine Stärkung erfahren hat. Nicht nur in den gewerkschaftlichen, sondern auch in den individuellen (außertariflichen) Lohnforderungen des einzelnen Arbeitnehmers spiegelt sich dieser Situationswechsel. Diese Forderungen werden aber von den Unternehmern um so widerstandsloser akzeptiert, je leichter die Kostensteigerungen im Preis "weitergegeben" werden können.

Hier wiederum entscheidet die Situation auf der Nachfrageseite. In Zeiten mit hohen "Nachfrageüberhangen" (d.h. beim herrschenden Marktpreis übertrifft die mengenmäßige Nachfrage das mengenmäßige Angebot, als Folge stellt sich z.B. eine unfreiwillige Ersparnis der Nachfrager infolge langer Lieferfristen ein) darf die Resistenz der Unternehmer gegenüber (kostenbedingten) Preiserhöhungen nicht sehr hoch eingeschätzt werden. Die große wirksame Waffe der Arbeitnehmer in ihrem "Kampf" gegen die Unternehmer liegt eben nicht in der Möglichkeit, höhere Löhne fordern und diese nötigenfalls auch mit Gewaltmitteln durchsetzen zu können. Sie muß vielmehr in der Möglichkeit zum Konsumverzicht (Nicht-Verbrauch von Einkommensteilen) gesehen werden.

Der besseren Unterscheidung wegen seien diese Preissteigerungen "kostenbedingt" genannt; ihnen sollen die "nachfragebedingten" gegenübergestellt werden. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft sind definitionsgemäß alle Produktionskapazitäten in den Produktionsprozeß eingegliedert. Es kann nicht (bzw. nur in beschränktem Maße) auf freie Ressourcen zurückgegriffen werden, die Produktion ist unelastisch geworden. Die Gefahr, daß in dieser Situation durch eine Zunahme der effektiven Nachfrage eine inflatorische Lücke entsteht, ist größer als in einer unterbeschäftigten Wirtschaft. Es folgt auch hier der Schluß, daß ganz allgemein das, was gemeinhin die "konjunkturelle Situation" genannt wird, für die Entwicklung des Preisniveaus von entscheidender Bedeutung ist. Jene unterliegt aber der wirtschaftspolitischen Lenkung. So münden alle diese Probleme in die eine Frage ein, welche Wirtschaftspolitik in Zukunft zu erwarten ist.

Es ist in der Vergangenheit nicht gelungen, das inländische Preisniveau stabil zu

1) Ergänzend in diesem Zusammenhang Tab. 36 im 2. Teil des Anhangs, S. 187.

erhalten¹⁾. Es ist nicht gelungen, obwohl die Aufrechterhaltung der Stabilität des Preisniveaus zu den erklärten Zielen unserer Wirtschaftspolitik gehört. Inzwischen hat sich die konjunkturelle Situation gewandelt, und es muß künftig möglicherweise mit anders gearteten Wachstumsprozessen gerechnet werden. Die Gefahr, daß daraus "kosten-" und "nachfragebedingte" Preiserhöhungen resultieren, ist damit sicherlich nicht kleiner geworden. Die Schlußfolgerung liegt nahe, anzunehmen, daß folglich die tatsächlich realisierten Werte in Zukunft noch mehr als bisher von der Zielvorstellung abweichen werden.

Man muß sich jedoch darüber klar sein, welche fundamentale Unterstellung mit dieser Prognose verbunden wäre. Sie würde nämlich nichts weniger beinhalten als die Preisgabe der Zielsetzung selbst von vornherein. Ich glaube nicht, daß man sich dazu bereit erklären und die Zielsetzung zu einem nicht realisierbaren Wunschbild abwerten sollte. Es ist hier nicht der Platz, auf das Problem einzugehen, ob man in der gleichzeitigen Anerkennung der drei "fundamentalen" Zielvorstellungen (Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Zahlungsbilanzausgleich) bei voller Freiheit der Lohnbildung grundsätzlich einen Zielkonflikt heraufbeschwört. Meiner Meinung nach ist es bisher nicht gelungen, alle verfügbaren und der konjunkturell gelenkten Marktwirtschaft adäquaten Lenkungsmechanismen (dazu gehört auch die Fiskalpolitik!) in optimaler Weise im Hinblick auf diese Zielvorstellungen einzusetzen. Ob es künftig tatsächlich gelingen wird, der Preisstabilität näher zu kommen, hängt eben davon ab, in welchem Maße ein solch sinnvoller Einsatz praktiziert werden wird. Solange die Zielsetzung noch gilt, kann man jedenfalls erwarten, daß über eine Revision des Einsatzes der wirtschaftspolitischen Mittel, über ein "trial and error" ihre Realisation auch angestrebt und unter Umständen (näherungsweise) erreicht wird. Wird sie tatsächlich nicht erreicht, so folgt - sofern nicht im Ausland noch stärkere Preissteigerungen zustande kommen - eine Verschlechterung der Wettbewerbslage der deutschen Waren am Auslandsmarkt und im selben Umfang tendenziell eine Verminderung des Exportüberschusses.

Eine ganz andere Frage ist natürlich die, ob man in der gegenwärtigen Situation nicht bewußt auf die Zielsetzung "Aufrechterhaltung der Preisstabilität" hätte verzichten sollen. An Stelle mit Hilfe der Aufwertung hätte ja auch

-
- 1) Im Zeitraum 1954 - 1960 erhöhten sich in der BRD
 der Preisindex ausgewählter Grundstoffe um 8 %,
 der Index der Erzeugerpreise industr. Erzeugnisse um 5 %,
 der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Prod. um 9 %,
 der Preisindex für Bauleistungen am Gebäude um 30 %,
 der Preisindex der Lebenshaltung mittlerer Arbeitnehmerhaushalte um 11 %.

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Juni 1962, S. 112.

ein Ausgleich der Zahlungsbilanz über eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus angestrebt werden können. Jedoch soll diese Frage hier noch nicht, sondern erst später im IV. Kapitel (§ 2) näher untersucht werden.

Nicht die Veränderung des absoluten inländischen Preisniveaus, sondern letztlich die relativen Preise zwischen In- und Ausland und deren Bewegung zählen zu den Determinanten des Leistungsbilanzsaldos. Mittelfristige Vorhersagen über die Entwicklung der Weltmarktpreise und der terms of trade würden sehr umfangreiche und weitverzweigte Untersuchungen zur Voraussetzung haben. Sie können hier an dieser Stelle nicht durchgeführt werden. Die Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf Grund der künftigen komparativen Kostenvorteile und die daraus resultierende Produktionsstruktur im In- und Ausland müßten prognostiziert werden. Eng damit verknüpft müßten die Wandlungen der Nachfragestruktur auf dem Weltmarkt bekannt sein. Ebenso müßten natürlich gewisse Vorstellungen über das Netz der künftigen nationalen Protektionsmaßnahmen auf den internationalen Märkten gegeben sein, da sie über die Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung mitentscheiden. Es ist ganz offensichtlich, daß, selbst wenn eine Prognose gegeben werden würde, bei der Tiefe der Fragestellung auch hier wieder die Unsicherheitsfaktoren, mit denen sie belastet wäre, sehr gewichtig sein würden.

In der jüngsten Vergangenheit - so vornehmlich 1963 - war die Disproportionalität in der Entwicklung der Inlands- und Auslandspreise besonders ausgeprägt. In einer Reihe von Ländern zeigten sich zum Teil recht beachtliche Preisauftriebstendenzen, vor allem in Italien und Frankreich, aber auch in Schweden, in der Schweiz, in den Niederlanden und in einem gewissen Abstand auch in Großbritannien. Die Folge davon war, daß die deutschen Erzeugnisse für die Abnehmer in diesen Ländern preislich attraktiver wurden, zumal die deutschen Exportpreise eine leicht sinkende Tendenz aufwiesen. Auf der anderen Seite trug diese Änderung der Preisrelationen gegenüber wichtigen Handelspartnern zu einer recht beträchtlichen Verlangsamung des Importanstiegs bei. Inzwischen wurden in manchen Staaten Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen, aber es ist noch ungewiß, ob der inflatorische Trend überall erfolgreich gestoppt werden kann.

Als Ergebnis soll folgendes formuliert werden: Die künftige Entwicklung der Preisrelationen gegenüber dem Ausland ist ungewiß. Damit ist auch unsicher, in welcher Weise die Leistungsbilanzentwicklung von der Preisseite her beeinflußt werden wird. Es kann nur soviel gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung der Stabilität des inländischen Preisniveaus in Zukunft erhöhte Anforderungen an die Wirtschaftspolitik stellen wird. Will sie erfolgreich sein, so ist ein Wandel in der Therapie erforderlich. Ob die Verwirklichung dieser Zielsetzung tatsächlich gelingen wird, muß freilich offen bleiben. Aber abgesehen davon bleibt immer noch die Möglichkeit gegeben, daß über eine Änderung der Importpreise eine Änderung der terms of trade zustande kommt. Auch auf diese Weise könnte die

Wettbewerbslage Westdeutschlands auf dem Weltmarkt beeinflusst werden. Aber auch hier sind Richtung und vor allem Stärke der Preisveränderungen in Relation zu den inländischen) höchst ungewiß.

An dieser Stelle scheint mir noch die folgende Anmerkung der Erwähnung wert zu sein: Technischer Fortschritt hat möglicherweise strukturelle Umschichtungen auf der Import- und Exportseite zur Folge. Auf Grund des Kapazitätseffekts, der sich in einer wachsenden Wirtschaft zeigt, werden Angebotsänderungen resultieren. Diese können ihrerseits zu Umschichtungen und Verschiebungen der ausländischen Nachfragefunktionen nach inländischen Gütern führen. Das heißt also, ein Wachstumseffekt in der Leistungsbilanz zeigt sich nicht notwendigerweise allein in den Importwerten, sondern er kann seinen Niederschlag auch in den Exportwerten der wachsenden Wirtschaft finden. Je langfristiger der Untersuchungscharakter ist, desto sorgfältiger müßten auch diese strukturellen Umschichtungen in die Prognose eingeplant werden. Hierzu wären freilich wieder umfangreiche und gründliche Einzeluntersuchungen notwendig, wozu im Rahmen dieser Arbeit kein Platz ist. Zudem waren diese Vorhersagen bei aller Sorgfalt der Analyse notwendigerweise mit großen Unsicherheitsmomenten belastet, so daß die Zuverlässigkeit des Ergebnisses nicht hoch veranschlagt werden könnte. Es wären nämlich Aussagen nicht nur über das Ausmaß, sondern auch über die Art und die nähere Gestaltung des zu erwartenden technischen Fortschritts einerseits (z.B. branchenmäßig aufgegliedert) und über die künftigen Bedürfnisstrukturverlagerungen andererseits notwendig.

4) Die Stützel'sche Konzeption als theoretisches Rüstzeug

Die Überlegungen in diesem Paragraphen bewegten sich bisher eindeutig in den Bahnen der preis- und einkommensorientierten Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs. Es bleibt nun die Frage zu klären, ob bei Verwendung der Stützel'schen Konzeption als theoretisches Hilfsmittel (kreditorientierte Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs) brauchbare neue Erkenntnisse in diesem Zusammenhang gewonnen werden können.

Dem Leistungsbilanzsaldo einer Volkswirtschaft entspricht in jeder beliebigen Periode notwendigerweise eine zahlenmäßig gleich hohe Veränderung der Geldvermögen in dieser Volkswirtschaft (sofern von einer Monetarisierung bzw. Entmonetarisierung von Metallbeständen im Inland sowie von Änderungen in der Bewertung vorhandener Geldvermögensbestände abgesehen werden kann). In bezug auf die westdeutsche Volkswirtschaft interessiert nun die Frage, welche Geldvermögensumschichtung in ihr in der Vergangenheit stattgefunden hat. Um das zu ermitteln, wird die Globalgröße "Summe aller inländischen Wirtschafts-

subjekte" aufgespalten, und zwar in der üblichen Weise in die Sektoren "private Haushalte", "Unternehmungen", zusammengenommen der Sektor "Privatwirtschaft", und "öffentliche Haushalte". Tab. 18 zeigt die Einnahme-Ausgabesalden dieser Sektoren in den Jahren 1955 - 1960.

Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik ^{x)} in den Jahren 1955 - 1960
(in Mrd DM)

Sektoren	1955	1956	1957	1958	1959	1960	055/60
Priv. Haushalte	+ 7,4	+ 7,4	+11,4	+13,5	+15,2	+16,7	+11,9
Unter- nehmen	-13,9 (-10,8)	-12,9 (- 9,9)	-13,5 (- 8,9)	-11,8 (- 8,3)	-16,8 (-11,5)	-23,4 (-19,5)	-15,4 (-11,6)
Privatwirt- schaft	- 6,5 (- 3,4)	- 5,5 (- 2,5)	- 2,1 (+ 2,5)	+ 1,7 (+ 4,7)	- 1,6 (+ 3,7)	- 6,7 (- 2,8)	- 3,5 (+ 0,3)
Öffentl. Haush.	+ 8,8 (+ 5,7)	+ 9,9 (+ 6,9)	+ 8,0 (+ 3,4)	+ 4,2 (+ 1,2)	+ 6,3 (+ 1,0)	+10,6 (+ 6,7)	+ 8,0 (+ 4,2)
Ausland ^{xx)}	- 2,3	- 4,4	- 5,9	- 3,9	- 4,7	- 3,9	- 4,5

^{x)} ohne Berlin (West) und ohne das Saarland

^{xx)} Nettoänderung der Forderungen und Verpflichtungen gegenüber der übrigen Welt (- Nettozuwachs an Forderungen).

Tabelle 18

Quelle: Mon. ber. der DBBk für Juni 1961, S. 3 ff.

Den Werten in den Klammern liegt eine von der üblichen etwas abweichende Klassifizierung zugrunde: Es sind nämlich dem Sektor "öffentliche Haushalte" die Träger öffentlich finanzierter Investitionen hinzugerechnet worden. In diesem Fall vermindern sich die Einnahmeüberschüsse des Fiskus (und entsprechend die Ausgabeüberschüsse der Unternehmen) um die an Unternehmen gewährten öffentlichen Direktkredite ¹⁾.

Zwei entscheidende Fragen stehen nun zur Diskussion:

- a) Welche wirtschaftlichen Vorgänge bzw. Größen sind in der Lage, die Geldvermögensbildung der einzelnen Sektoren zu beeinflussen bzw. zu bestimmen?

- 1) Z.B. Ausleihung öffentlicher Mittel an Wohnungsbauunternehmen zur Finanzierung des Wohnungsbaus.

- b) Welche Aussagen können über das Rangverhältnis der Geldvermögensänderungen der einzelnen Sektoren gemacht werden?

Zunächst zur 1. Frage: Innerhalb der theoretischen Konzeption Stutzels wird die Kreditpolitik als entscheidendes und bedeutsamstes Instrument zur Beeinflussung von Einnahme-Ausgabe-Dispositionen der Wirtschaftsobjekte angesehen. Die Herstellung eines geeigneten Kreditkonditionengerates zwischen In- und Ausland wird im allgemeinen die einzelwirtschaftliche und damit sektorale Geldvermögensbildung dergestalt verändern, daß eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zustande kommt. Auch der Verfasser ist von der Richtigkeit dieser Aussage überzeugt und wird diese theoretische Konzeption zur Grundlage einer Analyse im IV. Kapitel (§ 3) wählen. Darüber hinaus wird man jedoch auch andere Einflußfaktoren berücksichtigen müssen. Das gilt insbesondere für die Einnahme-Ausgabe-Politik der öffentlichen Haushalte. Hier erscheint es grundsätzlich zweifelhaft, ob die Kreditpolitik die Priorität unter den Bestimmungsgründen einnimmt. Tab. 18 zeigt außerordentlich hohe Einnahmeüberschüsse der öffentlichen Haushalte während der ausgewiesenen Periode. Sie sind selbst noch beachtlich, wenn die Direktkredite an Unternehmungen als öffentliche Ausgaben gewertet werden (durchschnittlich jährlich 8,0 bzw. 4,2 Mrd DM Einnahmeüberschüsse!). Es ist zu vermuten, daß diese Einnahmeüberschüsse der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren nicht mehr die Größenordnung der vergangenen Jahre erreichen werden, unabhängig von der zu erwartenden künftigen Kreditpolitik der Bundesbank. Selbst steigende Zinssätze könnten aller Voraussicht nach nicht verhindern, daß auf Grund rapid wachsender Anforderungen an das öffentliche Budget die Einnahmeüberschüsse zurückgehen werden ¹⁾.

Kann in dieser Prognose, die mir sachlich nicht unrealistisch erscheint, ein Ansatzpunkt zur Lösung des Zahlungsbilanzproblems (über einen Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse) gesehen werden? Die Antwort hängt entscheidend davon ab, welche Kausalbeziehung unter den sektoralen Salden der Geldvermögensbildung einer Volkswirtschaft als zuverlässig anerkannt und damit der Analyse zugrunde gelegt wird (2. Frage).

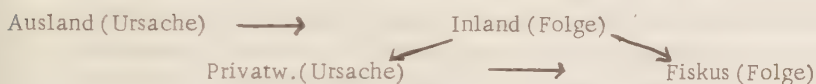
1) Zur begrifflichen Klärung:

Die beiden eindeutigen und synonymen Begriffe "Einnahmeüberschuß" ("Ausgabeüberschuß") und "Geldvermögenszunahme" ("abnahme") der öffentlichen Hand sind identisch mit dem Ausdruck "Budgetüberschuß" ("defizit"). Nach der herkömmlichen Definition sind sie jedoch nicht identisch mit dem Ausdruck "staatliche Ersparnisse". Beide Größen unterscheiden sich nämlich um die Investition des Staates; vgl. hierzu Schnei-der, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 4. Aufl., Tübingen 1957, S. 248.

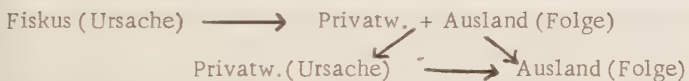
Da auf entsprechende methodische Untersuchungen von Stützel ¹⁾ verwiesen werden kann, soll nur eine sehr gedrängte Darstellung gegeben werden: Die hier bisher dargelegten Zusammenhänge liefern nur ein Gefüge gleichrangiger Bedingungen, in dem keinerlei Aussagen über einen Ursache-Wirkungszusammenhang enthalten sind. Ohne irgendwelche Anhaltspunkte dafür, welcher Bedingung die ursächliche Bedeutung zukommt, können aber keine wirtschaftspolitischen Folgerungen getroffen werden. So konnte auch in diesem konkreten Fall nicht abgeschätzt werden, ob von einer Änderung der Budgetpolitik eine Reduktion der Leistungsbilanzüberschüsse erhofft werden kann. Mit anderen Worten, alles hängt davon ab, ob eine Kausal-These gewählt wird, bei der der öffentliche Sektor an der Spitze der Kausalkette steht. Von allen denkbaren Kausal-Thesen wähle ich zwei Beispiele aus und stelle sie einander gegenüber.

Darstellung der beiden ausgewählten Kausal-Thesen

Kausal-These 1



Kausal-These 2



Die Aussagen beider Thesen widersprechen einander diametral. Nach Kausal-These 1 muß offenbar der Versuch, die öffentlichen Einnahmeüberschüsse autonom (*ceteris paribus*) zu reduzieren, mißlingen. Steuersenkungen und (oder) Ausgabenerhöhungen würden zunächst zwar diese Einnahmeüberschüsse vermindern, dann aber Multiplikatorprozesse in Gang setzen, die zu einem Anstieg des inländischen Volkseinkommens führen würden. Das hätte seinerseits wieder eine Erhöhung des Steueraufkommens zur Folge. Letzten Endes, mit einer bestimmten zeitlichen Verzögerung natürlich, würde die durch die Datenänderung hervorgerufene Abnahme des Einnahmeüberschusses auf diese Weise wieder vollkommen paralysiert werden. Einen Einfluß über die Budgetpolitik auf die Leistungsbilanz zu gewinnen, ist nach dieser These überhaupt unmöglich. Denn die Kausalbeziehung verläuft gerade in umgekehrter Richtung. Die Leistungsbilanzüberschüsse fallen im wesentlichen völlig unbeabsichtigt an. Sie gründen sich auf besonders günstige Weltmarktverhältnisse, z.B. auf eine besonders günstige Entwicklung der Preisrelationen zwischen In- und Ausland. Mit anderen Worten und

1) Stützel, a.a.O., S. 104 ff.

im Hinblick auf unser konkretes Problem: Die Bundesrepublik erzielte rein "passiv" Leistungsbilanzüberschüsse. Sie sind in sich selbst begründet (durch außenwirtschaftliche Faktoren), nicht jedoch durch ein bestimmtes Verhalten der inländischen Wirtschaftssubjekte (Sektoren).

Nach Kausal-These 2 sind die Beziehungen gerade umgekehrt. Den Dispositionen des Fiskus kommt nun ursächliche Bedeutung zu, d.h. in ihnen kann eine Ursache für die Entwicklung der Leistungsbilanz schlechthin gesehen werden. Die Geldvermögensbildung der öffentlichen Haushalte ist frei manipulierbar, es ist nicht damit zu rechnen, daß irgendein selbständig wirkender Automatismus autonome Eingriffe der Wirksamkeit beraubt. Der Abbau der Einnahmeüberschüsse der öffentlichen Haushalte hat uno actu zur Folge, daß die Ausgabenüberschüsse der übrigen Sektoren (einschließlich Ausland) insgesamt im selben Maße sinken. Im Hinblick auf die Veränderung der Leistungsbilanz ist es entscheidend, welche Reaktion dabei vom Sektor "Privatwirtschaft" ausgehen wird. Diese Reaktion wird je nach der Art des Abbaus der staatlichen Einnahmeüberschüsse verschieden sein (Steuersenkung und (oder) Ausgabenerhöhung), denn es gelten verschiedene Multiplikatoren. In allen Fällen ist jedoch mit einer Zunahme der Binnennachfrage zu rechnen und als Folge davon mit zusätzlichen Importen. Das bedeutet, daß der Leistungsbilanzüberschuß abnehmen wird, und daß "mindestens die Quelle zur übermäßigen Expansion der Binnennachfrage, nämlich die aus den Leistungsbilanzüberschüssen stammende inländische Geldvermögensvermehrung sich ziemlich bald selbst verstopfen (wird)" ¹⁾.

Stützel weist nach, daß tatsächlich schon beide Kausal-Thesen und noch andere in der wirtschaftspolitischen Diskussion vertreten wurden. Er selbst nimmt zur Wahl der Kausal-These ausdrücklich Stellung. Nach seiner Auffassung kann die Kausal-These 2 unter allen denkbaren Kausal-Thesen für sich in Anspruch nehmen, die tatsächlichen Kausalbeziehungen am realistischsten wiederzugeben. Zwar geht aus seinen Ausführungen nicht eindeutig hervor, ob es sich hierbei um eine generelle oder nur um eine auf die konkrete Situation zugeschnittene Aussage handelt. Doch wie dem auch sei, da die sektorale Geldvermögensbildung in der Zeit unmittelbar vor der Aufwertung derjenigen in den Jahren vor 1958 - auf sie beziehen sich die Ausführungen Stützels - ähnelt ²⁾, dürften die Bedin-

1) Stützel, a. a. O., S. 115.

2) Die Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik (in Mrd DM; + Zunahme, - Abnahme des Geldvermögens)

a) im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1957:

Privatwirtschaft -3,9, Fiskus +7,9, Ausland -4,0;

b) im Jahre 1960:

Privatwirtschaft -6,4, Fiskus +10,5, Ausland -4,1.

gingen, die Stützel zur Wahl der These 2 veranlaßt haben, auch zum Zeitpunkt der Abwertung noch gegolten haben. Darüber hinaus spricht für die generelle Gültigkeit der These 2 die Erfahrungstatsache, daß wirklich "über viele Länder und viele Fälle hinweg ... eine feststellbare Korrelation zwischen Budgetsaldo und Außenhandelsaldo besteht" ¹⁾. Die Annahme aber, daß dabei der Budgetsaldo durch den Außenhandelsaldo, also gewissermaßen vom Ausland her bestimmt werden würde, erscheint abwegig. Denn das würde ganz spezielle Verhaltensweisen der inländischen Wirtschaftssubjekte voraussetzen (in erster Linie eine Importelastizität nahe null), die - zumindest im Hinblick auf die hier betrachtete konkrete Situation - wirklichkeitsfremd sind. Gelten diese aber nicht, würden die durch die Senkung des Budgetsaldos im Inland ausgelösten Multiplikatoreffekte eben nicht nur neue Steuereinnahmen, sondern auch eine Erhöhung der Importe und damit eine Verminderung des Leistungsbilanzsaldos herbeiführen.

In diesem Lichte gesehen, muß folglich der erwartete Abbau der Einnahmeüberschüsse des Staates als ein bedeutsamer und wirkungsvoller Beitrag zur Reduktion der Leistungsbilanzüberschüsse gewertet werden. Selbst wenn es fraglich erscheint, ob die hier dargestellten Zusammenhänge bei der Budgetgestaltung tatsächlich Beachtung und Berücksichtigung finden werden, werden doch auf Grund anderer Bestimmungsgründe - wie oben schon angedeutet - die Budgets der Zukunft vermutlich keine Einnahmeüberschüsse mehr in der Größenordnung der Periode 1955 - 1960 aufweisen. Infolgedessen kann auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erwartet werden, daß von dieser Seite her eine Entspannung des Zahlungsbilanzproblems, konkret gesprochen ein Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse, induziert werden wird.

5) Zusammenfassende Überlegungen

Die Untersuchung in diesem III. Kapitel hat gezeigt, daß eine Prognose über die künftige Entwicklung der Leistungsbilanz zwangsläufig mit hohen Unsicherheitsfaktoren belastet sein muß. Der Grund dafür ist in den beiden Tatsachen zu sehen, daß es einerseits mehrere den Leistungsbilanzsaldo bestimmende Variablen gibt und daß andererseits Vorhersagen über die Entwicklung dieser Variablen oft recht unsicher sind. So reichen die Kausalketten in der Regel sehr weit zurück, beispielsweise in andere Wissenschaftsbereiche hinein (der technologische Fortschritt als Grundlage des technischen Fortschritts, wobei jener kategorial gesehen kein ökonomischer Begriff ist) oder zurück zu den "autonomen" Entscheidungen der Träger der Wirtschaftspolitik. Welche wirtschaftspolitischen Instrumente werden aber diese bei der Verfolgung ihrer (wandelbaren) Zielsetzungen in Zukunft wählen? Ist es

1) Stützel, a. a. O., S. 115.

schon schwierig, ausgehend von einer Basisperiode die künftige Entwicklungsrichtung einer bestimmenden Variable zu prognostizieren, muß eine quantitativ formulierte Vorhersage naturgemäß noch mit entsprechend höheren Unsicherheitsfaktoren belastet sein. Eine solche quantitative Vorhersage ist aber immer dann erforderlich, wenn sich die einzelnen bestimmenden Variablen in ihrer Wirkung zum Teil gegenseitig ausgleichen und ermittelt werden soll, in welche Richtung sich nun die beeinflusste Größe selbst, also hier der Leistungsbilanzsaldo, entwickeln wird. Natürlich könnte man zu genaueren Aussagen kommen, wollte man den Prognosen bestimmte Unterstellungen zugrunde legen. Gleichzeitig würde aber auch der reale, wirklichkeitsbezogene Aussagewert der Vorhersage schwinden, weil die Unterstellungen ihrerseits nur den Charakter unbestimmter, unbestätigter, also mehr oder weniger willkürlicher Hypothesen aufwiesen.

Die Analyse in diesem Kapitel hat tatsächlich einige Ansatzpunkte erkennen lassen, von denen aus ein Abbau des Leistungsbilanzüberschusses zustandekommen könnte. In erster Linie ist hier wohl an die möglichen Folgen zu denken, die von der künftigen Budgetgestaltung der öffentlichen Hand ausgehen könnten. Jedenfalls erscheint die Möglichkeit einer (teilweisen) Lösung des Zahlungsbilanzproblems, die sich gewissermaßen "von selbst" einstellen wird, durchaus im Bereich der Realität zu liegen. Bezieht man die jüngsten Ergebnisse in die Betrachtung mit ein und wirft einen Blick in die Zahlungsbilanzstatistiken der Jahre 1961 und 1962, bekommt man tatsächlich den Eindruck, daß solche Tendenzen in der jüngsten Vergangenheit wirksam waren. Selbstverständlich muß dabei beachtet werden, daß diese Ergebnisse aufwertungsbeeinflusst sind, so daß ein Vergleich mit den Werten aus der Zeit vor der Aufwertung nicht ohne weiteres gestattet ist. Wie jedoch die Untersuchung im V. Kapitel zeigen wird, dürften tatsächlich solche aufwertungsunabhängigen Ausgleichstendenzen wirksam geworden sein (Dienstleistungsbilanz!).

Die für unser Problem entscheidenden Fragen, die sich an diese Feststellungen anschließen, müssen nun lauten: Kann man und soll man die Notwendigkeit der Aufwertung der D-Mark bestreiten, weil nicht mit "ausreichender Sicherheit" die Möglichkeit einer "Selbstheilung" der Zahlungsbilanz ausgeschlossen werden konnte? Oder sollte man umgekehrt den Schluß ziehen, daß die unbedingte Verwirklichung der mit der Aufwertung verfolgten Ziele für so dringend erachtet werden muß, daß selbst diese hohen Unsicherheiten in Kauf genommen werden durften? Offenkundig hängt bei der Formulierung der Antwort alles davon ab, was unter dem Terminus "ausreichende Sicherheit" verstanden werden soll. Das Sicherheitsbedürfnis in der Abschätzung der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Maßnahme wird um so höher sein,

- a) je tiefer die geplante Maßnahme in den Wirtschaftsprozess eingreifen wird und
- b) je weniger die Möglichkeit einer nachträglichen Korrektur der Maßnahme selbst besteht.

Aus diesen beiden Blickwinkeln heraus muß m. E. die spezielle Maßnahme einer Änderung des fixierten Wechselkurses diskutiert werden, um auf dem Wege des Abwägens eine endgültige Entscheidung treffen zu können.

Zu a): Innerhalb der von Stützel bevorzugten kreditorientierten Betrachtungsweise können allein die internationalen Kredit- und Kapitalbeziehungen einen marktmäßigen Ausgleich der Zahlungsbilanz sicherstellen und garantieren. Unter einer gewissen Einschränkung (auf sie wird später noch Bezug genommen) gründet sich jede Unausgeglichenheit einer Zahlungsbilanz auf "falsche" Kreditkonditionen und nicht etwa auf "falsche" Wechselkurse. Eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß diesem Ausgleichsmechanismus seine Funktionsfähigkeit erhalten bleibt, ist die Aufrechterhaltung eines freien, von Störungen möglichst abgesicherten internationalen Kredit- und Kapitalverkehrs. Jede Wechselkursänderung bringt aber in einem System fixierter Wechselkurse zwangsläufig eine solche Störung der internationalen Kreditbeziehungen mit sich und gefährdet damit unmittelbar das Ausgleichssystem. Sie stellt "also einen Einbruch gerade in jenes Gefüge kaufmännischer Beziehungen (dar), die ... allein den marktmäßigen Ausgleich der Zahlungsbilanzen zwischen einzelnen Ländern garantieren können" ¹⁾. Nach Stützel muß die Wechselkurspolitik das letzte Hilfsmittel bleiben, das nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen darf. Wie noch näher dargelegt werden wird, kann keine Rede davon sein, daß die konkrete westdeutsche Zahlungsbilanzsituation eine solche Ausnahmehandlung gerechtfertigt hätte.

Mit einer Wechselkursänderung verbindet sich aber nicht nur dieser tiefgreifende Einbruch in die internationalen Kapitalbeziehungen, sondern auch ein tiefer Eingriff in die Einkommensverteilung. Besonders augenfällig findet diese Aussage eine Bestätigung, verweist man auf die sehr unterschiedliche Einwirkung einer Wechselkursänderung auf die Beschaffungs- und Absatzsituation der Unternehmen auf den einzelnen Märkten. Hier ergibt sich nämlich eine sehr unterschiedliche Beeinflussung des einzelwirtschaftlichen Unternehmergewinns als Bestandteil des Unternehmereinkommens. Diese Zusammenhänge wurden bereits weiter oben einmal (im I. Kapitel, § 3) angedeutet. Es können zwei, auf die einzelwirtschaftliche Gewinnhöhe aus entgegengesetzter Richtung einwirkende Einflußgrößen bei einer Aufwertung zur Wirksamkeit kommen, nämlich eine absatzpreis- und damit gewinnsenkende ²⁾ und eine beschaffungspreissenkende und damit gewinnerhöhende Tendenz. Welche Tendenz auf den einzelnen elementaren Märkten die dominierende sein wird, hängt von den gegebenen Angebots- und Nachfragekonstellationen des Absatzmarktes im In- und Ausland ab, aber natür-

1) Stützel, a. a. O., S. 206.

2) In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die Darstellung II im 2. Teil des Anhangs verwiesen (S. 168 ff).

ich auch von denen der Märkte der relevanten Kostengüter. Beispielsweise kann im Rahmen einer partiellen Analyse die folgende Aussage gemacht werden: Das Ausmaß einer durch eine Aufwertung am Absatzmarkt bewirkten Preissenkung (und damit Gewinnschmälerung) wird davon bestimmt, welchen Anteil *ceteris paribus* die inländische Nachfrage an der inlandswirksamen Gesamtnachfrage beansprucht, oder welchen Elastizitätsgrad *ceteris paribus* die inländische Nachfragekurve aufweist ¹⁾.

Diese Zusammenhänge werden natürlich auch von den Verfechtern der Aufwertung gesehen, die zugeben, daß eine Kursänderung ihrem Charakter nach eine globale Maßnahme darstellt. Es wird auch nicht bestritten, daß eine Aufwertung möglicherweise einzelne Produktionszweige innerhalb der Volkswirtschaft in Schwierigkeiten bringen kann. Gleichzeitig wird jedoch zu bedenken gegeben, "daß die durch die Aufwertung beschleunigte Umschichtung der Produktion zugunsten der Industrien mit den großen Kostenvorteilen gegenüber der ausländischen Konkurrenz nur im Interesse des Wachstums der Gesamtwirtschaft liegt" ²⁾. Die große Frage ist nur, so wird man weiter argumentieren müssen, ob es in einer Marktwirtschaft als Aufgabe des Staates angesehen werden kann, solche Umschichtungen autoritativ herbeizuführen. Oder sollte nicht vielmehr der Wettbewerbsmechanismus (auf internationaler Ebene) allein über die Produktionsaufteilung entscheiden? Zwar ist jede unternehmerische Tätigkeit von einem Marktrisiko begleitet, d. h. der Unternehmer hat keine Gewähr dafür, daß seine derzeitige Marktposition erhalten bleibt. Solange es sich jedoch dabei um Strukturveränderungen handelt, die unmittelbar aus dem marktwirtschaftlichen Prozeß heraus geboren wurden - man denke an Bedürfnisstrukturveränderungen der Konsumenten oder an Änderungen der Produktionsverfahren der Konkurrenten -, wird niemand auf den Gedanken kommen, hierin einen Mißstand zu sehen, sofern er diese marktwirtschaftliche Ordnung selbst anerkennt. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung dem Staat das Recht zugebilligt werden soll, den unternehmerischen Risikobereich autoritativ auszuweiten. Wie weit darf oder wie weit soll das *Laissez faire*-Prinzip in seiner Reinheit modifiziert werden, welche Lenkungsbefugnisse sollen dem "Staat" zugestanden werden?

Diese fundamentale ordnungspolitische Frage liegt im Bereich der normativen Ökonomik. Jede Antwort darauf muß ein subjektives Bekenntnis desjenigen beinhalten, der sie ausspricht. Es ist das Bekenntnis zu einer ganz bestimmten Gestaltung einer Wirtschaftsordnung, die jener für allein wünschenswert und anstrebenwert hält, weil sie seinen persönlichen ethischen Vorstellungen und Forderungen

1) Es wird hingewiesen auf Darstellung V im 2. Teil des Anhangs (S. 175 ff.).

2) So von Böventer, a. a. O., S. 79.

am meisten entspricht. Die Herbeiführung oder Aufrechterhaltung dieser Ordnung wird für ihn zum Programm, alle wirtschaftspolitischen Einzelentscheidungen müssen im Hinblick auf dieses Programm gewertet werden. Nur wenn sie dazu nicht in Widerspruch stehen, können sie befürwortet werden.

In diesem Sinne müssen die diesem Absatz folgenden Sätze notwendigerweise auch subjektive Werturteile des Verfassers wiedergeben. Eine "wertfreie" Lösung wirtschaftspolitischer Fragen kann es auch gar nicht geben, denn "die zentrale Aufgabe einer rationalen Wirtschaftspolitik besteht darin, die tatsächliche sozialökonomische Situation möglichst weitgehend einer bestimmten Programmsituation anzunähern" (im Original gesperrt gedruckt; der Verfasser: ¹⁾). In der Formulierung dessen, was sein soll, d.h. in der Formulierung der Programmsituation, spiegeln sich aber immer subjektive Bekenntnisse zu einer bestimmten Normvorstellung ²⁾.

Die heute bestehende Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik entspricht dem Typus der konjunkturrell gelenkten Marktwirtschaft. In voller Absicht wurden Institutionen geschaffen, denen Lenkungsbefugnisse übertragen wurden. Sie sollen nicht etwa eine bestimmte staatlich erwünschte Rangordnung des Bedarfs durchsetzen (bedarfspolitisch gelenkte Marktwirtschaft), sondern helfen, eine gleichmäßige, gleichgewichtige ökonomische Entwicklung ³⁾ sicherzustellen. Das bedeutet, daß die "Lenkung" nur den Charakter eines Korrektivs für den Fall aufweisen soll, daß die Selbststeuerung über die Preise nicht in der gewünschten Weise funktioniert. Wenn man an diesem Typus einer Wirtschaftsordnung festhalten will - und ich bin der Meinung, daß man es sollte -, muß die Forderung gelten, daß zentrale Eingriffe in das "freie" marktwirtschaftliche Geschehen, die wie eine Aufwertung eine große Tiefenwirkung zur Folge haben, nur mit allergrößter Umsicht vorgenommen werden dürfen. Sie finden nur dann eine Berechtigung, wenn alle Zweifel

1) Giersch, a.a.O., S. 26.

2) Giersch weist darauf hin, daß man "bei dem praktischen Versuch, gegebene Normensysteme wertfrei zu analysieren, sehr bald auf Grenzen (stößt)". Er hält deshalb an einem erweiterten Wissenschaftsbegriff fest, wonach auch Aussagen, die eine Norm oder ein Werturteil enthalten, noch als "wissenschaftlich" gelten können (Giersch, a.a.O., S. 42 ff.).

3) Natürlich kann sich hinter dieser Formulierung wiederum sehr viel verbergen. Der Staat kann ganz bestimmte, regional, sektoral und zeitlich genau abgestimmte Planvorstellungen über eine wünschenswerte, gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung haben und sie dann auch verfolgen. Oder seine Zielvorstellungen können mehr grundlegender Art sein, Maximen, die, losgelöst von einer bestimmten historischen Situation, allezeit Gültigkeit besitzten sollen (Ziel der Vollbeschäftigung, der Preisstabilität u.ä.).

über die Notwendigkeit des Eingriffs ausgeräumt werden konnten. Ich möchte nicht soweit gehen und grundsätzlich alle wirtschaftspolitischen Eingriffe des Staates, die auf eine Strukturänderung abzielen, zurückweisen. Diese können im Einzelfall sehr wohl berechtigt sein. Grundsätzlich und primär erkenne ich jedoch das Prinzip der "Konstanz der Wirtschaftspolitik" ¹⁾ an, mit dessen Hilfe eine Minderung des einzelwirtschaftlichen Risikos verwirklicht werden soll.

Es ist im Rahmen dieser Untersuchung nicht gelungen, alle Zweifel über die Notwendigkeit einer Aufwertung der D-Mark auszuräumen, weshalb ich auch deren Berechtigung bestreiten möchte. Das fällt mir um so leichter, als ich von der Wirksamkeit möglicher Alternativmaßnahmen, die unserer Wirtschaftsordnung besser angepaßt sind, überzeugt bin. Doch soll der Analyse im IV. Kapitel an dieser Stelle nicht weiter vorgegriffen werden.

Zu b): Die Aufwertung der D-Mark war praktisch gesehen eine "endgültige" Maßnahme. Es bestand wohl auch für diejenigen, die für die Aufwertung verantwortlich waren, kein Zweifel, daß eine nachträgliche Revision praktisch (wenn auch nicht theoretisch) in absehbarer Zeit undurchführbar sein würde oder doch zumindest unter allen Umständen vermieden werden mußte. Sie wäre einem Eingeständnis gleichgekommen, daß man sich in der Abschätzung der Notwendigkeit einer Kursänderung in dem gewählten Ausmaß geirrt habe. Zu solchen Eingeständnissen findet man sich aus rein politischen Erwägungen heraus nicht gerne bereit. Im Falle der Aufwertung hätte man es um so weniger gerne getan, als diese Maßnahme äußerst umstritten war und von vielen Seiten für nicht sinnvoll gehalten wurde. Daneben - und das ist das Entscheidende - ist es ganz klar, daß sich bei mehrmaligen Paritätsänderungen die nachteiligen ökonomischen Auswirkungen kumulieren müssen. Größte Konfusion auf den internationalen

-
- 1) Walter Eucken (in Grundsätze der Wirtschaftspolitik) zählt es zu den sieben "konstituierenden" Prinzipien, die immer beachtet werden müssen: "Konstanz ist ein zentrales Erfordernis der Wirtschaftspolitik der Wettbewerbsordnung. Die Wirtschaftspolitik stelle einen brauchbaren wirtschaftsverfassungsrechtlichen Rahmen für den Wirtschaftsprozess her; an diesem Rahmen halte sie fest und ändere nur mit Vorsicht" (a. a. O., S. 289). Diese Konstanz erfordert beispielsweise nach Eucken eine langfristige Festlegung von Steuern, von Handelsverträgen, auch von Währungseinheiten. Auf diese Weise kann das Element der Unsicherheit für das einzelne Wirtschaftssubjekt verringert werden. Eucken argumentiert an anderer Stelle: "Eine gewisse Konstanz der Wirtschaftspolitik ist nötig, damit eine ausreichende Investitionstätigkeit in Gang kommt. Ohne diese Konstanz wäre auch die Wettbewerbsordnung nicht funktionsfähig." (a. a. O., S. 288).

Kapitalmärkten müßte die Folge sein und damit die endgültige Funktionsunfähigkeit des Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanzen. Eine Aufwertung darf also auch aus diesem Grunde nicht zum wirtschaftspolitischen Experiment werden. Das Merkmal des Endgültigen, das eine Paritätsänderung begleitet, zwingt zu äußerster Vorsicht; über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Maßnahme darf es deshalb von vornherein keine Zweifel geben.

IV. K A P I T E L

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVMASSNAHMEN ZUR AUFWERTUNG DER D-MARK UND DEREN ERFOLGSAUSSICHTEN

§ 1 Die Handelspolitik als Instrument der Zahlungsbilanzpolitik

Die Handelspolitik verliert in der gegenwärtigen Zeit als Instrument nationaler Wirtschaftspolitik in zunehmendem Maße an Bedeutung. Die internationalen Integrationsbestrebungen führen nämlich zu Bindungen, die ein autonomes nationales Vorgehen immer weniger zulassen. Solche Bindungen zeigen sich für die Bundesrepublik in erster Linie in dem Vertragswerk, das den Zusammenschluß der sechs Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft regeln soll. Dabei gehen die Bemühungen dahin, den einzelnen Mitgliedstaaten gerade diese Möglichkeit isolierten Vorgehens auf handelspolitischem Gebiet zu nehmen.

Kernstück der EWG ist die Zollunion; "sie umfaßt das Verbot, zwischen den Mitgliedstaaten Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zu erheben, sowie die Einführung eines gemeinsamen Zollsatzes gegenüber dritten Ländern" (Art. 9 (1) EWG-Vertrag).

Gegenwärtig ist allerdings dieser Endzustand der Gemeinschaft noch nicht erreicht, da wir uns erst in der Übergangsperiode befinden. Nach dem Vertragstext besteht für ein Mitgliedsland während dieser Zeit die Möglichkeit, die Zollsätze gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten schneller als vertraglich vorgesehen zu reduzieren und die Zollsätze gegenüber dritten Staaten rascher als vertraglich vorgesehen dem gemeinsamen Außenzollsatz anzugleichen (Art. 16 und Art. 24 EWG-Vertrag). Infolgedessen hatte auch zum Zeitpunkt der Aufwertung die Möglichkeit bestanden, über einen verstärkten außervertraglichen Abbau der Binnenzölle einem Ausgleich der Leistungsbilanz näher zu kommen. Allerdings ist es fraglich, ob die Leistungsbilanzüberschüsse auf diese Weise tatsächlich ausreichend

1) Art. 113 (1) EWG-Vertrag: "Nach Ablauf der Übergangszeit wird die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluß von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Falle von Dumping und Subventionen."

2) Als Ergänzung auch das in Art. 30 EWG-Vertrag ausgesprochene Verbot, mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten zu erlassen.

und auf die Dauer vermindert worden wären. Die Bundesrepublik hatte nämlich bereits mit Wirkung vom 1.1.1958 einen großen Teil der Zollspritze ausgesetzt, was als Vorleistung auf die vertraglichen Verpflichtungen angesehen werden konnte. Die Regelung durch die erste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1958 und den Spielraum zu weiteren Binnenzollsenkungen einengte. Außerdem hatte ein Abbau der Binnenzölle nur eine Verbilligung der Importe aus den fünf Mitgliedstaaten zur Folge gehabt, von denen nur ein Teil (1960 etwa ein Drittel) aller Importe bezogen wird. Dieser Anteil hätte sich freilich später als Folge von Umschichtungen auch in den Handelsbeziehungen zu Drittländern erhöhen können. Endlich darf nicht übersehen werden, daß sich das relative Zollniveau nur temporär zuungunsten des Inlands verändert hatte. Denn jede nachfolgende vertragliche Zollsenkung der Mitgliedstaaten hatte den Vorsprung im Binnenzollabbau zusammenschrumpfen lassen.

Es hängt ganz von der Beurteilung des Zahlungsbilanzproblems in bezug auf sein Ausmaß und seine künftige Gestaltung ab, ob man zu diesen Vorleistungen hätte raten sollen. Wie bereits im vorigen Kapitel dargelegt, vertrete ich die Auffassung, daß auf Grund bestehender Unsicherheitsfaktoren und wahrnehmbarer Entspannungstendenzen von der Aufwertung als einem sehr tiefgreifenden und praktisch nicht revidierbaren wirtschaftspolitischen Eingriff hätte abgesehen werden sollen. Vermehrte Vorleistungen waren wahrscheinlich von den EWG-Ländern - von den übrigen Staaten gilt das nur in sehr begrenztem Maße - ähnlich wie die Aufwertung als Zeichen des Entgegenkommens gewertet worden. Das Risiko einer Fehlentscheidung wäre jedoch diesmal verhältnismäßig gering gewesen, da ja die Wirksamkeit der Maßnahme im Laufe der Zeit automatisch geschwunden wäre. Bis dahin hätte aber die Möglichkeit bestanden, den Fortgang der Entspannungstendenzen, die sich erst im Ansatz zeigten, weiter zu verfolgen. Allerdings wäre vermutlich der Einfluß der Vorleistungen auf die Gestaltung der Zahlungsbilanz relativ gering geblieben, so daß diese nur andere noch zu untersuchende Maßnahmen mit größerer Effizienz (Kreditpolitik) hätten ergänzen können.

Während der Aufwertungsdiskussion wurde gelegentlich der Vorschlag gemacht, es sollten die umfangreichen Schutz- und Förderungsmaßnahmen, die der westdeutschen Landwirtschaft zugutekommen, reduziert werden. Auf diese Weise könne eine Ausdehnung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte bewirkt werden¹⁾. Ich möchte mich in den Ausführungen zu diesem zweiten Vorschlag kurz fassen und das wirtschaftliche Problem, das angesprochen ist, selbst nicht

1) Auf Grund der Sonderstellung, die die Landwirtschaft innerhalb der EWG einnimmt, bezogen sich die oben gemachten Überlegungen auch in erster Linie auf den gewerblichen Sektor.

diskutieren. Es bleibt also dahingestellt, ob über eine umfassende Veränderung der gesamten westdeutschen Agrarstruktur, herbeigeführt durch eine grundlegende Änderung der gegenwertigen agrarpolitischen Konzeption, im Endergebnis überhaupt eine Belastung der Zahlungsbilanz induziert worden wäre¹⁾. Die zu diesem Zweck erforderlichen und zweifellos sehr tiefgreifenden strukturpolitischen Maßnahmen hatten nämlich m.E. zum Zeitpunkt der Aufwertung politisch gesehen keinerlei Aussicht auf baldige Verwirklichung. Noch viele Jahre nach Ratifizierung des EWG-Vertrages, genau genommen bis zur grundsätzlichen Einigung über einen einheitlichen Getreidepreis innerhalb der EWG im Dezember 1964, fand man in Fragen, die die gemeinsame europäische Agrarpolitik betreffen, größte Konfusion vor. Die Bundesregierung wehrte sich lange - entgegen Empfehlungen aus wissenschaftlichen Gutachten -, einen entscheidenden Schritt weg von der herkömmlichen agrarpolitischen Konzeption zu machen. Sie tat das, obwohl sie gleichzeitig die Existenz der Gemeinschaft gefährdete oder doch zumindest den Weg bis zu ihrer Vervollkommenung verlängerte. Um wieviel aussichtsloser wäre es dann gewesen, hätte man "nur" des Zahlungsbilanzausgleichs wegen einen Strukturwandel in der deutschen Agrarwirtschaft gefordert?

§ 2 Der Versuch, über eine (einmalige) Erhöhung des inländischen Preisniveaus einem Zahlungsbilanzausgleich näher zu kommen

Ziel dieses Vorschlags ist es gewesen, über eine absichtlich zugelassene bzw. absichtlich herbeigeführte (einmalige) Erhöhung des inländischen Preisniveaus eine Verschlechterung der westdeutschen Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt in einem Umfang zu bewirken, der über den Abbau des Leistungsbilanzüberschusses einen Ausgleich der Zahlungsbilanz garantiert²⁾. Nun zählen jedoch sowohl der Ausgleich der Zahlungsbilanz als auch die Aufrechterhaltung der Stabilität des Preisniveaus zu den "fundamentalen" Zielvorstellungen unserer Wirtschafts-

-
- 1) A priori erscheint es - wie von den Verfechtern dieses Vorschlags zuweilen angenommen wird - keineswegs gesichert, auf diesem Wege eine zusätzliche Belastung der Zahlungsbilanz erreichen zu können. Strukturwandlungen (z.B. zur Produktion von Veredelungsprodukten hin) wären die Folge, d.h. Kapazitäten, die in einem Produktionsbereich frei werden, würden zu potentiellen Wachstumsreserven anderer Bereiche werden.
 - 2) Ein Anstieg der Inlandspreise als solcher garantiert freilich noch nicht einen Abbau von Leistungsbilanzüberschüssen. Ist nämlich die Elastizität des mengenmäßigen Exports in bezug auf die Inlandspreise größer als -1, so kann der Saldo der Leistungsbilanz gleichbleiben oder sogar zunehmen.

politik. Wollte man deshalb diesem Vorschlag folgen, würde die Verwirklichung der einen Zielsetzung die Preisgabe der anderen zur Voraussetzung haben. Eine Lösung kann aber nur befriedigen, wenn gleichzeitig beide Ziele angestrebt werden.

Diese Forderung kann freilich nicht darüber hinwegtauschen, daß jede der zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen irgendwelche Nachteile mit sich gebracht, d. h. irgendeine Gruppe von Wirtschaftssubjekten mehr als eine andere benachteiligt hatte. Vereinfachend gilt, daß eine Aufwertung in erster Linie die Gruppe der Konsumenten begünstigt, während eine Zinssenkung (Verbesserung der Kreditkonditionen) die Durchführung von Investitionsvorhaben erleichtert und damit insbesondere den Interessen der Unternehmer entgegenkommt. Welche Gruppe von einer Erhöhung des Preisniveaus in erster Linie profitiert, wird man von vornherein überhaupt nicht entscheiden können. Wie die Erfahrung lehrt, lassen die Gewerkschaften keine Gelegenheit aus, Preiserhöhungen zum Anlaß neuer Lohnforderungen zu nehmen. Vom Ausmaß der bewilligten Lohnforderungen und der effektiven Preiserhöhungen wird es abhängen, ob die Gruppe der Unternehmer oder die der Arbeitnehmer die relativ begünstigte ist. Da jedoch die grundsätzliche Frage, wer begünstigt werden soll, normativer Natur ist und deshalb nicht entschieden werden soll, liefert uns die hier getroffene Feststellung auch kein zusätzliches Kriterium, das die Wahl erleichtern würde.

Gegen den Vorschlag, über die Preise eine Anpassung vornehmen zu wollen, spricht aber noch ein zweites Argument: Preiserhöhungen ziehen mit ziemlicher Sicherheit Lohnerhöhungen nach sich und diese wieder in der Regel - im gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft - Preiserhöhungen! Es ist die bekannte "Lohn-Preisspirale", die in Gang gesetzt wird. Mit anderen Worten, es ist zu erwarten, daß es in solchen Fällen nicht bei der erwünschten einmaligen Preiserhöhung und damit einmaligen Korrektur der Leistungsbilanz über die Veränderung der Inlandspreise bleibt, sondern daß weitere Preiserhöhungen induziert werden. Das Problem der richtigen Dosierung des Preisanstiegs würde in der Praxis auf größte Schwierigkeiten stoßen, da eben mit Reaktionen auf diese ursächlichen Maßnahmen gerechnet werden müßte. Es ist sehr zweifelhaft, ob es mit den verfügbaren wirtschaftspolitischen Mitteln tatsächlich gelungen wäre, diese Reaktionen (= sekundäre, tertiäre usw. Preiserhöhungen) zu unterbinden oder bei der gewünschten Preisniveauserhöhung im voraus richtig einzukalkulieren. Obwohl bisher nämlich die Aufrechterhaltung der Preisstabilität erklärtes Ziel der Wirtschaftspolitik war, konnte es nicht verwirklicht werden. Die Erfahrung lehrt, daß innerhalb der gegebenen Wirtschaftsordnung (bei Tarifautonomie der Sozialpartner) offenbar große Schwierigkeiten bestehen, beide Ziele, nämlich Vollbeschäftigung und Preisstabilität, gleichzeitig zu realisieren. Bei der gegebenen Unabhängigkeit der Sozialpartner in der Lohn- und Preispolitik hätte - wenn

überhaupt - nur dann Aussicht auf Erfolg bestanden, wenn innerhalb unserer konjunkturreligierten Marktwirtschaft alle verfügbaren Lenkungsmechanismen in sinnvoller und sich gegenseitig ergänzender Weise Einsatz fanden. Tatsächlich ist das aber nicht der Fall. Die staatliche Budgetpolitik ist immer noch nach klassisch-orthodoxen Grundsätzen ausgerichtet. Man sieht in ihr nicht das große konjunkturelle Lenkungs- und Interventionsinstrument, dessen Aufgabe es wäre, die kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank in umfassender Weise zu ergänzen¹⁾.

Ich lehne somit den Vorschlag einer einmaligen Preiserhöhung (nachträglich) ab, selbst wenn "normale" Preiselastizitäten eine Verminderung des Exportüberschusses versprochen hätten. Erstens zählt die Aufrechterhaltung der inländischen Preisstabilität selbst zu den grundlegenden Zielvorstellungen unserer Wirtschaftspolitik, die meiner Meinung nach nicht aufgegeben werden sollte. Zweitens besteht in solchen Fällen die Gefahr, daß der Preisanstieg das erwünschte Maß überschreitet und sich die Preise auf einem zu hohen Niveau stabilisieren.

§ 3 Die Kreditpolitik im Dienste der Zahlungsbilanzpolitik

1) Charakterisierung des wirtschaftspolitischen Eingriffs

Wie an früherer Stelle schon erwähnt wurde, wird hier davon ausgegangen, daß das Kreditkonditionengefälle eine entscheidende Determinante nicht nur für die Entwicklung des Kapitalbilanzsaldos, sondern auch für die des Leistungsbilanzsaldos darstellt. Angesichts dieser Feststellung erhebt sich die Frage, ob in der betrachteten konkreten Situation, also in der Bundesrepublik zu Beginn des Jahres 1961, die Möglichkeit bestanden hätte, ohne Aufwertung, aber mit Hilfe der Kreditpolitik eine Reduktion bzw. einen vollständigen Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse zuwege zu bringen. Die Beantwortung dieser Frage erfordert u. a. auch eine Diskussion über die notwendigen Zusatzbedingungen, die zu einem zufriedenstellenden Ergebnis verhelfen hätten. Schließlich muß noch entschieden werden, ob die kreditpolitische Aktivität den Vorzug gegenüber dem Versuch verdient hatte, mit Hilfe der Veränderung des Wechselkurses den erwünschten Erfolg in der Zahlungsbilanz herbeizuführen.

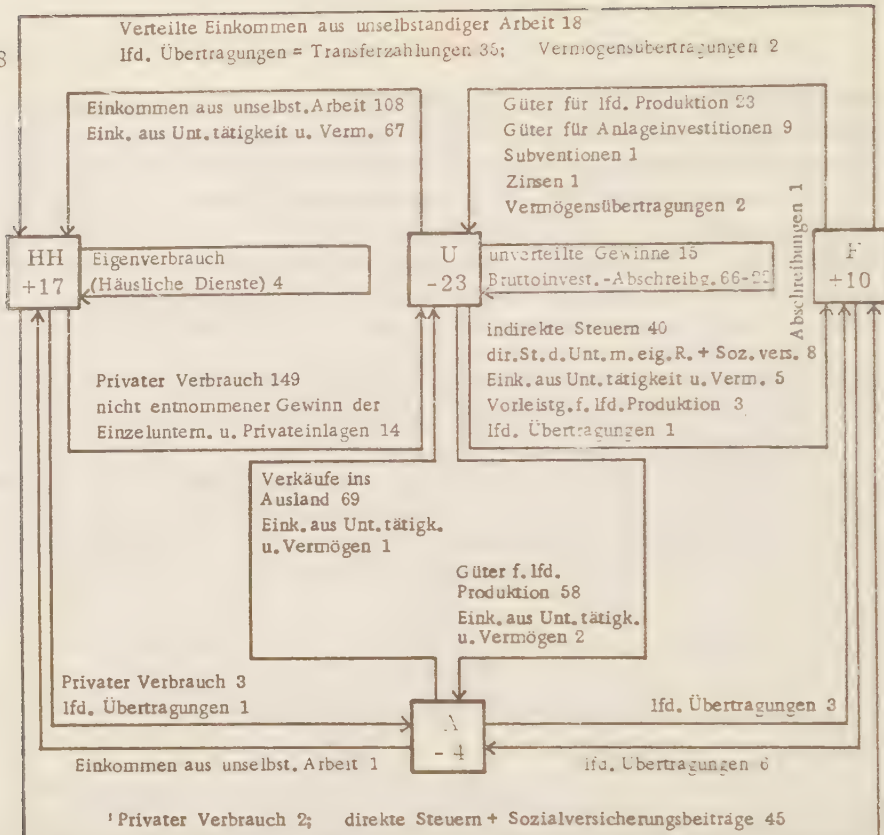
Die besondere Problematik der westdeutschen Situation liegt in der Tatsache begründet, daß die Zahlungsbilanzüberschüsse in einer Zeit ausgesprochener Hoch-

1) Ergänzend hierzu auch die Ausführungen auf S. 108 ff der Arbeit.

konjunktur anfielen. Hatte damals eine Depression geherrscht, so wäre eine Lösung des Problems nicht schwer gewesen. Nach heute allgemein anerkannten theoretischen Erkenntnissen hatte dann nämlich eine "Politik des billigen Geldes", vielleicht unterstützt durch eine "deficit spending policy" seitens der öffentlichen Haushalte, empfohlen und durchgeführt werden müssen. Damit wäre sowohl eine konjunkturelle Belebung als auch, verursacht durch die Vergrößerung des Gefälles der Kreditkonditionen vom Ausland zur Bundesrepublik, eine Verringerung der Zahlungsbilanzüberschüsse herbeigeführt worden. Unter den tatsächlich gegebenen Umständen scheint eine Lösung mit Hilfe der Kreditpolitik unmöglich, verlangen doch beide Problemkreise (Hochkonjunktur und Zahlungsbilanzüberschuß) Maßnahmen in entgegengesetzter Richtung. Die Bundesbank, die natürlich diese Konfliktsituation erkannt hatte, entschied sich zunächst (von September 1959 bis November 1960) zu einer "Politik des teuren Geldes". Unter dem Eindruck hoher Devisenzuflüsse gab sie dann aus Rücksicht auf die Zahlungsbilanz diesen Kurs auf und schlug eine Politik der Krediterleichterungen ein. Freilich erwuchs daraus nun wieder die Gefahr, daß neue Auftriebstendenzen für die Beschäftigung folgen würden. Die Lage der Bundesbank war zu dieser Zeit tatsächlich mißlich, und zwar hauptsächlich deswegen, weil sie zur Bewältigung der Konfliktsituation auf sich allein angewiesen war: Die oft von ihr geforderte fiskalpolitische Unterstützung blieb nämlich aus. Es wird sich bald zeigen, daß der Konflikt unter diesen Gegebenheiten von der Bundesbank allein tatsächlich nicht gelöst werden konnte.

Die Ausgangssituation ist durch das Kreislaufschema 1 skizziert. Alle privaten Haushalte (HH), alle öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherungsträger) (F) und alle Unternehmungen (U) werden je zu einem "Sektor" zusammengefaßt und finden sich als "Pole" im Kreislaufschema. Als vierter Pol kommt, da es sich um eine offene Wirtschaft handelt, das Ausland (A) hinzu. Die Pfeile und Zahlen zwischen diesen Polen geben die Geldvermögensströme von Pol zu Pol an, die Zahlen an den Polen die Geldvermögenszunahme (+) bzw. -abnahme (-) des jeweiligen Pols in der Periode. Die Zahlen (gerundet und in Milliarden D-Mark) entsprechen den tatsächlichen Geldvermögensverschiebungen im Jahre 1960 ¹⁾.

1) Die Zahlen wurden den Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommen (sie gelten für die BRD ohne Saarland und Berlin).
Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1962, S. 556 ff.



Kreislaufschema 1

Daraus errechnet sich: $Y_f = 217$ und $Y_m = 256$

(Y_f Nettosoz. prod. zu Faktorkosten, Y_m Nettosoz. prod. zu Marktpreisen)

Der besseren Übersicht wegen wird dieses Kreislaufschema 1 vereinfacht und als Darstellungsform eine Matrix-Tabelle gewählt. Eine Reihe von Vermögensübertragungen bleibt im weiteren unberücksichtigt. Auf diese Weise werden die Geldvermögensströme und -salden eine geringe Veränderung erfahren. Da es sich jedoch hier um prinzipielle Überlegungen handelt, werden diese kleinen Abweichungen von den empirischen Daten keinen Einfluß auf die Untersuchung ausüben. Die Werte für das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten und zu Marktpreisen erfahren keine Änderung. Nach dieser Bereinigung erhält die Matrix 1 Gültigkeit 1).

1) Der von U abgehende und in U endende "Investitionsstrom" wurde zum Zwecke der Sozialproduktsberechnung in die Darstellung mit aufgenommen.

Das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Leistungseinkommen) Y_f errechnet sich auf folgende Weise:

$$\begin{aligned} Y_f &= Y_{\text{uns}}^{\text{pr}} + Y_{\text{uns}}^{\text{st}} + Y_s + G_{\text{unv}} + T_{\text{Gew}} = \\ &= C_{\text{pr}} + I_n^{\text{pr}} + C_{\text{st}} + I_n^{\text{st}} + Z_{\text{st}} + (X - M) - T_{\text{ind}}; \end{aligned}$$

$$(\text{wo } C_{\text{st}} = C_{\text{st}}^G + Y_{\text{uns}}^{\text{st}}).$$

Mit den Werten der Matrix 1 (korrigierte empirische Werte von 1960) gilt:

$$\begin{aligned} Y_f &= 113 + 17 + 60 + 16 + 11 = \\ &= 158 + 44 + (20 + 17) + 9 + 1 + (69 - 61) - 40 = \\ &= 217. \end{aligned}$$

Das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen (Y_m) ist:

$$Y_m = Y_f + T_{\text{ind}} - Z_{\text{st}} = 217 + 40 - 1 = 256.$$

Außerdem gilt die ex post-Beziehung:

$$S_{\text{pr}} + S_{\text{st}} = I_n^{\text{pr}} + I_n^{\text{st}} + (X - M)^1; \text{ (vgl. Tab. 19).}$$

- 1) $(X - M)$ stellt hier nicht den sog. "Außenbeitrag", sondern die Geldvermögensänderung gegenüber dem Ausland dar (Außenbeitrag + unentgelt. Leistungen = Saldo der laufenden Posten = Geldvermögensänderung gegenüber dem Ausland).

Hinsichtlich der Zahlungsbilanz gelten für 1960 folgende empirische Werte (in Mrd DM), die auch der Matrix zugrunde gelegt sind (Zahlen gerundet):

Leistungsbilanzsaldo (Außenbeitrag)	+ 8
Saldo d. unentgeltl. Leistungen	<u>- 3</u>
Saldo der laufenden Posten	+ 5
Kapitalbilanzsaldo (einschl. Restposten)	<u>+ 3</u>
Saldo d. Zahlungsbilanz (Zuflüsse +)	+ 8

Ausgaben an	Einnahmen von				Summe der Einnahmen	Einnahmen- überschuß
	HH	U	F	A		
HH	.	Y_{uns}^{pr} 113 Y_s 60	Y_{uns}^{st} 17 Tr 35	-	225	23
		G_{unv} 16	C_{st}^G 20			
U	C_{pr} 158		I_n^{st} 9	X 69	317	
		I_n^{pr} 44	Z_{st} 1			
F	T_{dir} 44	T_{ind} 40 T_{Gew} 11	.	-	95	10
A	-	M 61	u.L. 3	.	64	
Summe der Ausgaben	202	345	85	69	701	
Ausgaben- überschuß		28				0

• = Keine Eintragung, weil Infra-Sektorenströme nicht aufgenommen

- = Null

Matrix 1

$${}_1Y_m = 256.$$

Erklärung der Symbole:

Y_{uns}^{pr} Eink. unselbständig Erwerbstätiger im priv. Bereich

Y_s Einkommen selbständig Erwerbstätiger

Y_{uns}^{st} Eink. unselbständig Erwerbstätiger im staatl. Ber.
= Ausgaben des Staates für Dienste

G_{unv} unverteilte Gewinne (nach Abzug der Gewinnsteuern)

C_{pr} privater Konsum

I_n^{pr} private Nettoinvestitionen

C_{st}^G	Ausgaben des Staates f. d. Bezug v. Gütern f. lfd. Zwecke
I_n^{st}	staatliche Nettoinvestitionen
Z_{st}	staatliche Subventionen an Unternehmer
X	Exporte
M	Importe
T_{ind}	indirekte Steuern
T_{dir}	direkte Steuern
T_{Gew}	Gewinnsteuern
Tr	Transferzahlungen
uL	unentgeltliche Leistungen(Saldo) an das Ausland

Geldvermögensänderung, Investition und Ersparnisse der einzelnen Sektoren
(Werte aus der Matrix 1)

	HH ^{x)}	U	F	A	Summe
ΔGV	+23	-28	+10	-5	0
i	-	+44	+ 9	-	+53
$s = \Delta GV + i$	+23	+16	+19	-5	+53

Tabelle 19

x) Der Einfachheit wegen sei unterstellt, daß im Sektor HH keinerlei Sachvermögensänderungen zustande kamen

Symbole: ΔGV Geldvermögensänderung,
 i Sachvermögensänderung
 (= Nettoinvestition)
 s Ersparnisse

Angesichts der oben geschilderten Konfliktsituation (Zahlungsbilanzüberschüsse in Zeiten der Hochkonjunktur) bestand keine Aussicht, mit Hilfe der Kreditpolitik allein das Zahlungsbilanzproblem zufriedenstellend zu lösen. Trotzdem hätte auch in dieser Lage die Kreditpolitik wertvolle Dienste leisten können, so-

fern sie durch eine zweckmäßige, d.h. den Erfordernissen wohl angepaßte Fiskalpolitik des Staates ergänzt worden wäre¹⁾. Dabei hatten beide Instrumente gleichzeitig eingesetzt werden müssen, damit unerwünschte wirtschaftliche Entwicklungen von vornherein unterblieben waren. Trotz dieser Erkenntnis wird nun im folgenden zum Zwecke einer anschaulichen Darstellung der Gesamtprozeß (gedanklich) in zwei Phasen aufgeteilt, d.h. es wird zunächst untersucht, welches Ergebnis ein isoliertes kreditpolitisches Vorgehen zustande gebracht hätte. Daran schließt sich dann die Frage an, welcher zusätzliche fiskalpolitische Eingriff zur Korrektur dieses in Wirklichkeit gar nicht existent gewordenen Zwischenergebnisses erforderlich gewesen wäre.

Ziel dieser Operationen ist der Ausgleich der Zahlungsbilanz, der über eine Erleichterung der inländischen Kreditkonditionen zustande kommen soll. Ein solches Vorgehen beeinflusst sowohl die Leistungsbilanz als auch die Kapitalbilanz. Um die Darstellung zu vereinfachen, werden im folgenden diese beiden Effekte sorgsam voneinander getrennt. Da vor allem der Einfluß der kredit- und fiskalpolitischen Maßnahmen auf die Leistungsbilanz besondere Probleme aufwirft, gilt diesen Zusammenhängen das vornehmliche Interesse. In der folgenden Modellrechnung wird unterstellt, daß die im Zuge des Anpassungsprozesses erforderliche Erleichterung der inländischen Kreditkonditionen einen Umfang annimmt, der eine Kapitalbilanzverschlechterung von 4 Mrd DM nach sich zieht. Um einen vollständigen Ausgleich der Zahlungsbilanz zustande zu bringen, muß infolgedessen der Leistungsbilanzüberschuß um ebenfalls 4 Mrd DM abgebaut werden.

Nach diesen Vorbemerkungen wird nun unter der Annahme sonst gleichbleibender Voraussetzungen die Auswirkung folgender Datenänderung auf die oben beschriebene Ausgangslage, wie sie in der Matrix 1 dargestellt wurde und der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik im Jahre 1960 entspricht, untersucht: Die Bundesbank entschließt sich, den Diskontsatz zu senken, und zwar in noch stärkerem Maße, als sie das in den Monaten vor der Aufwertung tatsächlich getan hat. Sie unterstützt außerdem diese zahlungsbilanzorientierte Verflüssigungspolitik mit den übrigen, ihr verfügbaren Instrumenten, insbesondere mit der Offenmarktpolitik und der Mindestreservepolitik. Dabei geht sie im Einsatz ihrer Mittel so weit, bis im Inland eine (ausreichende) Erleichterung aller Kreditkonditionen - also gesunkene Zinssätze, verlängerte Laufzeiten, geringere Bonitätsanforderungen - verwirklicht ist.

Matrix 2 gibt gegenüber 1 den vermuteten Einfluß dieser Datenänderung auf die Geldvermögensströme und -salden im Modell an. Dabei kommt selbstverständlich

1) Die Überlegungen in diesem Kapitel schließen sich im Grundsätzlichen ziemlich eng den Ausführungen Stützels an (vgl. "Konflikt zwischen Zahlungsbilanzpolitik und Konjunkturpolitik?", a.a.O., S. 163 ff.).

Ausgaben an	Einnahmen von				Summe der Einnahmen	Einnahmen- überschuß
	HH	U	F	A		
HH	.	$Y_{uns}^{pr} 116$ $Y_s 61$	$Y_{uns}^{st} 17$ $Tr 35$	-	229	22
U	C_{pr}^{162}	G_{unv}^{16} $I_n^{pr} 50$	$C_{st}^G 22$ $I_n^{st} 9$ $Z_{st} 1$	$X 69$	329	
F	T_{dir}^{45}	T_{ind}^{41} T_{Gew}^{11}	.	-	97	10
A	-	$M 65$	$u.L. 3$	.	68	
Summe der Ausgaben	207	360	87	69	723	
Ausgaben- überschuß		31		1		0

Matrix 2

$${}_2 Y_m = 264.$$

dem gewählten Ausmaß der Veränderungen nur beispielhafter Charakter zu, was aber die Aussagekraft der Modellbetrachtung nicht beeinträchtigen wird. Um den Gesamtprozeß beurteilen zu können, reicht es aus, gesicherte Vorstellungen über die Richtung der Veränderungen der einzelnen Stromgrößen zu besitzen. Diese Vorstellungen liefern makroökonomische Verhaltensfunktionen, mit denen die Wirtschaftstheorie üblicherweise arbeitet.

Der Erfolg dieser Politik hängt davon ab, in welcher Weise die Einnahme-Ausgabe-Dispositionen der inländischen Wirtschaftssubjekte durch die kreditpolitischen Maßnahmen tatsächlich beeinflußt werden. Nach den von Stürzel gemachten Annahmen über die Verhaltensweise der Wirtschaftssubjekte führt eine Erleichterung der Kreditkonditionen zu einer Abnahme der Einnahmeüberschüsse bzw. zu einer Zunahme der Ausgabenüberschüsse der inländischen Sektoren. Bezüglich der privaten Haushalte bedeutet diese Annahme übrigens nichts weiter als eine Renaissance der von den Klassikern vertretenen Lehre der Abhängigkeit der Höhe der privaten

Ersparnisse von der Höhe des Zinssatzes. Sofern man nämlich zu definieren bereit ist, daß private Haushalte nur die Möglichkeit haben, ihr Einkommen zu konsumieren oder zu sparen, nicht jedoch Investitionen vorzunehmen, und man weiter Sachvermögensänderungen unter den Begriff Konsum (anglebige Konsumgüter!) subsumiert, können Ersparnisse der privaten Haushalte nur die Form von Geldvermögensänderungen annehmen. Was den Einfluß der Zinspolitik auf die Budgetpolitik der öffentlichen Haushalte betrifft, soll angenommen werden, daß die Budgetüberschüsse nicht berührt werden. Dagegen sollen die Unternehmer mit einer größeren Bereitschaft zur Verschuldung reagieren. Für die Volkswirtschaft insgesamt soll die Erleichterung der Kreditkonditionen solange fortgeführt werden, bis die gesamtwirtschaftliche Geldvermögenszunahme (= Saldo der laufenden Posten) pro Jahr um die in den Vorbemerkungen geforderten 4 Mrd DM gesunken ist, d. h. statt 5 Mrd nur noch 1 Mrd DM aufweist. Zusammen mit der gleichzeitig stattfindenden Kapitalbilanzverschlechterung ist dann der Ausgleich der Zahlungsbilanz gewährleistet.

Die hier beschriebenen kreditpolitischen Maßnahmen werden allerdings nicht nur die Geldvermögenssaldo der Sektoren und damit den Leistungsbilanzsaldo umgestalten, sondern vermutlich auch Einfluß auf die Geldvermögensströme innerhalb der Volkswirtschaft gewinnen. Mit der Senkung des inländischen Zinsniveaus kann (bedauerlicherweise) eine allgemeine Belebung der unternehmerischen Aktivität verbunden sein, insbesondere muß damit gerechnet werden, daß unter bestimmten Umständen die Investitionen zunehmen. Nur in dem Grenzfall vollkommener Unelastizität der Nettoinvestitionen in bezug auf den Zinssatz oder wenn die Senkung des Zinsniveaus eine zeitliche Verschiebung der Investitionen bewirken würde, unterbliebe (zunächst) eine Erhöhung der Investitionen. Beginnt der Prozeß aber tatsächlich in diese expansive Richtung zu laufen, werden die Gewinne der Unternehmer ansteigen¹⁾, was zusätzlich investitionsanregend wirkt.

- 1) Es entstehen dynamische Marktlagengewinne während eines expansiven Multiplikatorprozesses, sofern ein solcher durch die Zinssenkung induziert wurde.

In einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität gilt für das Unternehmereinkommen (erweiterte Form der bekannten Keynes-Gleichung):

$$Y_u = C_u + (I_{pr} + I_{st}) + T_{Gew} + (X - M) - (S_{nu} + S_{st}).$$

Sinken als Folge der Verflüssigungspolitik die Leistungsbilanzüberschüsse weniger als der Unternehmerkonsum, die privaten und staatlichen Investitionen und (oder) die Gewinnsteuern zunehmen und (oder) die privaten Nichtunternehmer- und staatlichen Ersparnisse abnehmen, steigt das Unternehmereinkommen notwendigerweise, wie aus der trivialen Größenbeziehung ersichtlich ist. (Alle Symbole haben die gewohnte Bedeutung; die Subskripte bringen die Zugehörigkeit zum Ausdruck: u (nu) unternehmerisch (nicht-untern.), pr privat, st staatlich).

In der Matrix 2 wird eine Erhöhung der privaten Nettoinvestitionen auf 50 unterstellt. Damit verbunden ist eine Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften, die in der gegenwärtigen Zeit der Vollbeschäftigung zu den geltenden Lohnsätzen wahrscheinlich überhaupt nicht befriedigt werden konnte; doch zu dieser Problematik weiter unten. Jedenfalls steigen je nach der Elastizität des Arbeitsangebots in bezug auf den Lohnsatz mehr oder weniger die den privaten Haushalten zufließenden Faktoreinkommen. Je nach der Höhe der marginalen Konsumquote und durch die Zinssenkung veranlaßt, fließen zusätzliche Konsumausgaben wieder den Konsumgüter-Produzenten zu. Daneben werden selbstverständlich die Steuerströme tangiert. Da jedoch der Voraussetzung entsprechend die Budgetsalden der öffentlichen Haushalte durch diese Politik keine Änderung erfahren sollen, fließen die zusätzlichen Steuereinnahmen zum Zwecke von Güterkäufen den Unternehmungen zu.

Für die Matrix 2 errechnet sich ein Volkseinkommen zu Marktpreisen von ${}_2Y_m = 264$ und damit ist ${}_2Y_m > {}_1Y_m$. Wie die tatsächlichen Zahlen auch aussehen, die Ungleichung in dieser Form stellt sich immer dann ein, wenn die Erhöhung der Investitionen plus Erhöhung der Konsumausgaben plus Erhöhung der Ausgaben des Staates für Güter und Dienste größer ist als die absolut genommene Änderung der Leistungsbilanz. Die Annahme dieser Bedingung als Folge einer Politik der Erleichterung der Kreditkonditionen erscheint sehr berechtigt. Alle diese Überlegungen bestätigen ja auch nichts weiter als die alte Erkenntnis, nach der mit Hilfe der Kreditpolitik Konjunktur und Beschäftigung beeinflußt werden können. Ausgehend von einer Expansion in der Investitionsgüterindustrie, hervorgerufen durch eine Senkung der Zinssätze, breitet sich der Boom über die privaten Haushalte auf die Konsumgüterindustrie aus. Die Steuereinnahmen des Fiskus steigen gleichzeitig und damit möglicherweise dessen Ausgaben. Gebremst wird der Anstieg des Sozialprodukts lediglich durch die Zunahme der Importe ¹⁾. Nur in den oben erwähnten Grenzfallen würde eine Erhöhung der Investitionen und damit auch der darauf folgende Multiplikatorprozeß unterbleiben.

Angesichts der in der Bundesrepublik zu Beginn des Jahres 1961 herrschenden konjunkturellen Situation, in der (nahezu) alle materiellen Produktionsmittel und (nahezu) alle verfügbaren Arbeitskräfte im Produktionsprozeß eingesetzt waren, hätte ein solcher Expansionsprozeß aller Wahrscheinlichkeit nach eine inflatorische Lücke aufgerissen. Die Erhöhung der Geldeinkommen hatte sich in Preissteigerungen, nicht aber in einer Realeinkommenssteigerung niedergeschlagen. Da ein Zahlungsbilanzausgleich auf Kosten der Preisstabilität unerwünscht ist, hätte

1) In der üblichen Einkommensanalyse wird die Höhe der Importe bekanntlich als positive Funktion des Volkseinkommens gesehen. Hier wurde die Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses auf anderem Wege abgeleitet.

folglich die Kreditpolitik in dieser Situation nur dann in den Dienst der Zahlungsbilanzpolitik gestellt werden können, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, mit Hilfe ergänzender Maßnahmen gleichzeitig konjunkturdämpfend zu wirken. Ziel dieser ergänzenden Maßnahmen hätte es also mit anderen Worten sein müssen, ein Ansteigen des Geldeinkommens von vornherein zu verhindern, ohne jedoch die der Zahlungsbilanz wegen erforderliche Verflüssigungspolitik zu durchkreuzen.

Ansatzpunkte für eine so geartete Konjunkturdämpfung gibt es in der Tat mehrere. Sie liegen in den auf den Unternehmenssektor zukommenden Einnahmeströmen. Um die von der Kreditpolitik ausgehende Zunahme der effektiven Nachfrage zu paralysieren, müssen der "Konsumstrom", der "Investitionstrom" und (oder) der "Ausgabenstrom des Fiskus für Güter" verengt werden¹⁾. "Der Fiskus muß möglichst sowohl sein Budget einschränken als auch Budgetüberschüsse erzielen Ähnlich muß die Spartätigkeit der privaten Nichtunternehmer stark angeregt werden."²⁾ Dieser Prozeß muß soweit getrieben werden, bis der von der Kreditpolitik ausgehende Expansionseffekt durch den von der Fiskal- und Sparpolitik geschaffenen Kontraktionseffekt gerade ausgeglichen und damit ein Anstieg des Geldeinkommens vermieden wird. Um bei diesem Vorgang aber die zahlungsbilanzorientierte Verflüssigungspolitik nicht zu stören, ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß die Ersparnisse des Fiskus und der privaten Nichtunternehmer zu den Geschäftsbanken oder auf den Kapitalmarkt, nicht jedoch in das Zentralbanksystem fließen. Diese Überlegungen können freilich nur verstanden werden, wenn man konsequent zwischen Geldvermögenströmen und Zahlungsmittelströmen unterscheidet. Nur dann wird klar, "daß durch Einnahmeüberschüsse der Nichtunternehmer die Geldvermögen und Gewinne der Unternehmer auf alle Fälle geschmälert werden, unerheblich, was im Bereich der Zahlungsmittelströme geschieht"³⁾ (Hervorhebung im Original kursiv; der Verfasser). Selbstverständlich kann diese Sparpolitik noch durch eine Reihe anderer konjunkturdämpfender Maßnahmen ergänzt werden; dabei ist in erster Linie an den Abbau von Investitionsanreizen im Steuersystem zu denken.

-
- 1) Ich bin mir der außerordentlich globalen Betrachtungsweise, resultierend aus der mit so großen Aggregaten arbeitenden Analyse, sehr wohl bewußt. Selbstverständlich ist es nicht gleichgültig, welcher dieser "Ströme" verkleinert wird. Es gilt doch, gerade auf jene Wirtschaftsbereiche kontraktiv einzuwirken, bei denen die effektive Nachfrage infolge der expansiven Kreditpolitik zunächst zuzunehmen droht.
 - 2) Stützel, a. a. O., S. 165.
 - 3) Stützel, a. a. O., S. 166.

Ausgaben an	Einnahmen von					Summe der Einnahmen	Einnahmen- überschuß
		HH	U	F	A		
HH		.	$Y_{uns}^{pr} 113$ $Y_s 60$	$Y_{uns}^{st} 17$ $Tr 35$	-	225	23
U		C_{pr}^{158}	G_{unv}^{16} $I_n^{pr} 50$	$C_{st}^G 19$ $I_n^{st} 8$ $Z_{st} 1$	$X 69$	321	
F		T_{dir}^{44}	T_{ind}^{40} T_{Gew}^{11}	.	-	95	12
A		-	$M 65$	$u.L. 3$	.	68	
Summe der Ausgaben		202	355	83	69	712	
Ausgaben- überschuß			34		1		0

Matrix 3

$${}_3Y_m = 256.$$

In Matrix 3 entschließt sich der Fiskus zu einer Erhöhung seiner Ersparnisse, herbeigeführt durch eine Senkung seiner Ausgaben für Güter. Veranlaßt durch staatliche Sparförderungsmaßnahmen verzichten die privaten Haushalte darauf, ihre Geldvermögensüberschüsse zu vermindern (wie das in Matrix 2 der Fall war) und behalten auch die ursprünglichen Konsumausgaben bei. Auf diese Weise wird auch das Unternehmereinkommen schwächer als zunächst in Matrix 2 vermutet oder überhaupt nicht ansteigen, was nun möglicherweise wiederum die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer dämpft. Die aus konjunkturellen Gründen erforderlichen zusätzlichen Ersparnisse der privaten und (oder) öffentlichen Haushalte sind zwar im Hinblick auf die Zahlungsbilanz äußerst unerfreulich. Denn es ist gerade das Ziel dieses hier beschriebenen wirtschaftspolitischen Vorgehens, eine Abnahme der Geldvermögensüberschüsse bzw. eine Zunahme der Geldvermögensdefizite der inländischen Wirtschaftssubjekte zu erzielen. Dennoch kann dieser negativen Wirkung begegnet werden: Es muß nur sichergestellt werden, daß die Unternehmer in ihrer Gesamtheit bereit sind, sich in dem Maße zu verschulden

(d.h. ihr Geldvermögensdefizit zu erhöhen), daß ein Abbau des gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensüberschusses (= Leistungsbilanzüberschusses) auf die gewünschte Höhe gewährleistet ist. Diese Bereitschaft der Unternehmer zur Verschuldung kann - wie schon ausgeführt wurde - mit Hilfe ausreichend erleichterter Kreditkonditionen erlangt werden.

In unserer Modellrechnung ist ${}_1Y_m = {}_3Y_m = 25\%$. Wie die tatsächlichen Zahlenänderungen auch aussehen mögen, mit Hilfe der zusätzlichen Ersparnisse wird es möglich sein, die auf die Unternehmen zukommende effektive Nachfrage zu drosseln. Das kann geschehen, ohne den Liquiditätsstatus der Banken einzuzengen, wenn nur die Sparbeträge am Kapitalmarkt oder bei den Geschäftsbanken angelegt werden. Exportüberschüsse in Hochkonjunkturländern beschwören also nicht zwangsläufig eine Konfliktsituation herauf, wie die Lehrsätze der einkommensorientierten Zahlungsbilanztheorie vermuten lassen. Denn der Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse erfordert nicht notwendigerweise eine Zunahme des Gesamteinkommens. Entscheidend ist vielmehr, daß die Einnahmeüberschüsse der Gesamtheit der inländischen Wirtschaftssubjekte zurückgehen, was auch bei gleichbleibendem oder sogar sinkendem Gesamteinkommen möglich ist.

Die Kontraktionsmaßnahmen haben die Stabilerhaltung des allgemeinen Preisniveaus zum Ziele. Selbst wenn es gelingt, diese Zielsetzung zu verwirklichen, muß aber damit gerechnet werden, daß sich die Preisrelationen innerhalb der Volkswirtschaft ändern. Diese Änderungen in den relativen Preisen des Inlands können einen unmittelbaren Einfluß auf den internationalen Leistungsverkehr ausüben und den Abbau der inländischen Leistungsbilanzüberschüsse erleichtern oder erschweren. Art und Umfang der Einzeelpreisveränderungen und der Beeinflussung der Leistungsbilanz werden von den zum Zwecke der Kontraktion zum Einsatz gelangenden wirtschaftspolitischen Instrumenten und den dadurch bedingten Nachfrageänderungen sowie von den Angebots- und Nachfrageelastizitäten auf den einzelnen Märkten bestimmt.

2. Praktische Anwendbarkeit und kritische Würdigung der Maßnahme

Neben der Kreditpolitik der Zentralnotenbank wird man in der Fiskalpolitik das umfassendste und wirksamste konjunkturpolitische Instrument nationaler Wirtschaftspolitik sehen müssen ¹⁾. Wie die vorgezeigte Analyse sehr deutlich ge-

1) Es erscheint mir zweifelhaft, ob unter Verzicht auf die Fiskalpolitik über eine private Sparanreize fördernde und Investitionsanreize abbauende Wirtschaftspolitik allein eine ausreichende Konjunkturdämpfung hätte erreicht werden können.

macht hat, ergänzen sich beide in hervorragender Weise. Unerwünschte Nebeneffekte, die als Folge einer wirtschaftspolitischen Maßnahme der ersten Kategorie auftreten mögen, können durch Gegenmaßnahmen der zweiten ausgeglichen werden. So sehr im Kreise zeitgenössischer Theoretiker Einstimmigkeit darüber besteht, daß in der Budgetgestaltung ein Mittel zur aktiven Konjunkturbeeinflussung gesehen werden kann und muß¹⁾, und man sich von der auf einen jährlichen Budgetausgleich bedachten, 'neutralen' klassisch-orthodoxen Politik abgewandt und einer in diesem Sinne interventionistischen Fiskalpolitik zugewandt hat²⁾, so wenig scheint man gegenwärtig in der Bundesrepublik in der Praxis bereit zu sein, diesen theoretischen Erkenntnissen zu folgen. Trotz wiederholter Aufforderung von Seiten mancher Wirtschaftstheoretiker und der Bundesbank konnte man sich bisher gerade auf Bundesebene nicht zu einer groß angelegten antizyklischen Finanzpolitik entschließen. Man verzichtete vielmehr bewußt auf die Vorteile, die aus der Anwendung eines höchst wirksamen konjunkturpolitischen Instruments gezogen werden könnten. Die gegenwärtigen Grundsätze der Budgetpolitik in der Bundesrepublik widersprechen denen, die A. P. Lerner aufgestellt hat, diametral. Man glaubt - zugespitzt formuliert -, bereits ein Höchstmaß an Konjunkturdämpfung erreicht zu haben, wenn ein Budgetausgleich verwirklicht werden konnte und die Zunahme der öffentlichen Ausgaben auf den Sozialproduktanstieg beschränkt blieb.

Ob diese Sachlage im Hinblick auf das Zahlungsbilanzproblem zu bedauern ist, hängt in entscheidendem Maße davon ab, welche Rangordnung den einzelnen alternativen Maßnahmen (Wechselkursänderung oder kreditpolitische Aktivität) zuerkannt wird. Jede der Maßnahmen ist einzeln für sich geeignet, eine ganz bestimmte Gruppe von Wirtschaftssubjekten zu begünstigen. Da hier nicht die Interessen einzelner Gruppen vertreten werden sollen, kann jedoch eine Entscheidung nur nach Kriterien, welche sich auf die Gesamtwirtschaft beziehen, getroffen werden.

-
- 1) Uneinigkeit scheint dagegen noch über das Rangverhältnis der einzelnen finanzpolitischen Zielsetzungen zu bestehen. Nicht alle Theoretiker folgen Abba P. Lerner, der ja die Auffassung vertritt: "The purpose of taxation is never to raise money but to leave less in the hands of the taxpayer" (A. P. Lerner, *The Economics of Control*, 1947, S. 307 f.).
 - 2) Dabei soll nicht übersehen werden, daß es Stimmen gibt, die - meiner Meinung nach zu Unrecht - zu bestreiten versuchen, daß die moderne "fiscal policy" überhaupt grundsätzlich neue Gedanken entwickelt hat; so z.B. Günter Schmolders in seiner "Finanzpolitik", 1955, S. 269 ff. - Ergänzend zu diesen Problemen: Fritz Neumark, Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, *Handb. d. Finanzw.* I, S. 606 ff.

Ich habe im III. Kapitel die Notwendigkeit der Aufwertung der D-Mark bestritten. Sie wurde nicht ihrer Zielsetzung wegen abgelehnt, sondern aus zwei anderen Gründen: einerseits wegen ihrer mangelnden Kompatibilität mit der heutigen Wirtschaftsordnung und andererseits wegen ihrer geringen Flexibilität. Aus dieser doppelten Sicht scheint mir die kreditpolitische Aktivität der Wechselkurspolitik überlegen zu sein. Gerade die Kreditpolitik hat den großen Vorzug, außerordentlich flexibel gehandhabt werden zu können, womit das Argument der Unsicherheit gegenüber der künftigen Zahlungsbilanzentwicklung an Bedeutung verliert. Sie fügt sich außerdem meiner Meinung nach "systemgerechter" in die gegebene Wirtschaftsordnung ein. Folgt man der Stützel'schen Theorie vom Ausgleich der Zahlungsbilanz, so kann man sogar noch weiter gehen und in den Kreditkonditionen und deren Veränderungen den eigentlichen Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanz überhaupt sehen. Denn nach Stützel sind nur die internationalen Kreditbeziehungen in der Lage, einen marktmäßigen Ausgleich der Zahlungsbilanz sicherzustellen. Dagegen stellt eine Wechselkursänderung "einen ungeheueren Einbruch in alle internationalen Kredit- und Kapitalbeziehungen dar" ¹⁾. Dabei besteht die Gefahr, daß der Ausgleichsmechanismus selbst Schaden leidet und funktionsunfähig wird. Deshalb sollte eine Wechselkursänderung als "ultissimum refugium" nur in Ausnahmefällen, wenn alle anderen möglichen Eingriffe erfolglos geblieben sind, vorgenommen werden.

Die Kreditpolitik kann aber noch einen weiteren Pluspunkt für sich buchen: Zwar muß zugestanden werden, daß auch kredit- und fiskalpolitische Maßnahmen Eingriffe in den Wirtschaftsprozess darstellen, die Produktionsbedingungen verändern und die Nachfragestruktur beeinflussen. Letztlich ist das die Konsequenz aller zentralen, autonomen Eingriffe in das "freie" marktwirtschaftliche Geschehen. Damit hat man sich abzufinden, sofern man - vernunftigerweise - die Laissez faire-Konzeption in voller Reinheit ablehnt. Aber die "Tiefe" des Eingriffs differiert, und das sollte bei der Wahl des wirtschaftspolitischen Instruments berücksichtigt werden. Freilich gleiten die Überlegungen wieder sehr in den normativen Bereich ab, soll ein Maßstab für diese "Tiefenmessung" gefunden werden. Ich habe an früherer Stelle schon einen solchen Maßstab genannt, der mir brauchbar erscheint: die Minimierung des einzelwirtschaftlichen Risikos! Auch aus dieser Sicht gebührt der Kredit- und Fiskalpolitik gegenüber der Wechselkurspolitik der Vorzug. Eine Wechselkursänderung ist nämlich eine Maßnahme, die Nutzen und Lasten sehr ungleich auf die Wirtschaftsobjekte verteilt. Das wird besonders innerhalb des Unternehmenssektors deutlich, wo die Skala der möglichen Aufwertungswirkungen - wie früher schon dargelegt wurde ²⁾ - sehr breit ist. Im

1) Stützel, a. a. O., S. 206.

2) Vgl. S. 21 und Darstellung II im 2. Teil des Anhangs, S. 168 ff.

Gegensatz dazu vermögen wohlabgewogene kredit- und fiskalpolitische Maßnahmen eine für alle Wirtschaftssubjekte gleichartigere Wirksamkeit zu entfalten. Außerdem besteht die Möglichkeit, besondere Härten, die eine einzelne Gruppe oder Branche treffen, mit Hilfe von Ausnahmeregelungen oder selektiven fiskalpolitischen Ergänzungsmaßnahmen zu mildern.

Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung, daß anstelle der Aufwertung der D-Mark hätte versucht werden sollen, mit Hilfe der Kredit- und Fiskalpolitik einen Ausgleich der Zahlungsbilanz zu verwirklichen. Möglicherweise wäre es auch sinnvoll gewesen, dieses Vorgehen mit zollpolitischen Maßnahmen, wie sie weiter oben diskutiert worden sind, zu verbinden. Voraussetzung wäre freilich gewesen, daß die Fiskalpolitik weit mehr als bisher in den Dienst der Konjunkturpolitik gestellt worden wäre, wie das beispielsweise von der Deutschen Bundesbank schon wiederholt gefordert worden ist.

Als Ergänzung zu dieser Darstellung soll in diesem Zusammenhang noch auf das Problem des Einflusses einer Wechselkursänderung auf die Kapitalbilanz hingewiesen werden. Stützel nimmt auch dazu Stellung und argumentiert folgendermaßen¹⁾: Eine Wechselkursänderung berührt die Renditeverhältnisse zwischen In- und Ausland in keiner Weise. Denn in demselben (prozentualen) Umfang, in dem durch diese Maßnahme der in Inlandswährung gerechnete Kaufpreis eines ausländischen Wertpapiertitels steigt oder sinkt, steigt oder sinkt auch ceteris paribus der in Inlandswährung gerechnete und erwartete zukünftige Ertragswert dieses Titels. "Die Währung eines Landes mag noch so billig werden; dadurch wird die Neigung des Auslands, in diesem Land zu investieren, nicht vergrößert."²⁾ Es können lediglich spekulative Kapitalbewegungen als Folge erwarteter Paritätsänderungen zustandekommen.

Die Ausführungen Stützels lassen nun tatsächlich den Eindruck entstehen, als ob Wechselkursänderungen - von den möglichen spekulativen Kapitalbewegungen abgesehen - keinerlei Einfluß auf die Gestaltung der Kapitalbilanz auszuüben in der Lage wären. Die hier wiedergegebene Argumentation ist zwar zweifellos richtig, jedoch unvollständig. So hat beispielsweise eine Aufwertung eine tendenzielle Senkung des inländischen Preisniveaus zur Folge, die dann über den Pigou-Effekt zu einer Erhöhung des inländischen Zinsniveaus führen kann. Eine Preissenkung bewirkt nämlich eine Erhöhung des Realwerts der Kassenbestände und Sparguthaben, die wiederum eine Verminderung der Sparneigung und mithin vermehrte Ausgabenüberschüsse³⁾ induzieren kann. Im Normalfall (d.h. bei nicht voll-

1) Stützel, a. a. O., S. 198 ff.

2) Stützel, a. a. O., S. 201.

3) Dieser Zusammenhang gilt natürlich nur, sofern man einen funktionalen Zusammenhang zwischen der Höhe des Konsums und der Einnahme-Ausgabe-Dispositionen auf der einen Seite und des Realwertes der angesammelten Ersparnisse auf der anderen Seite anerkennt.

kommen zinselastischer Liquiditätspräferenz) wird daraus *ceteris paribus* eine Erhöhung des Zinssatzes resultieren. Es muß folglich mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß über diese Änderung des Zinssatzes ein Einfluß auf die Kapitalbilanz ausgehen wird, der die erwartete und erwünschte Aufwertungswirkung (Abbau des Zahlungsbilanzüberschusses) zumindest teilweise ausgleicht. Letzten Endes ist natürlich die Reaktion der Zentralbank entscheidend, ob sie diesen Prozeß hinzunehmen gewillt ist, oder ob sie mit Hilfe von Gegenmaßnahmen (z.B. über eine Vergrößerung der Geldmenge) den Zinssatz auf der ursprünglichen Höhe konstant zu halten versucht.

V. K A P I T E L

DER "ERFOLG" DER AUFWERTUNG DER D-MARK

§ 1 Grundsätzliche Bemerkungen und der Gang der Untersuchung

Der Nachweis des Erfolgs (oder auch Mißerfolgs) einer bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahme zählt zweifellos zu den schwierigsten Aufgaben, die sich dem Wirtschaftswissenschaftler stellen. Anders als der Naturwissenschaftler hat er ja nicht die Möglichkeit zu experimentieren, d.h. die Wirkung verschiedener Maßnahmen unter genau denselben Bedingungen zu testen und dann zu vergleichen, da diese Bedingungen in der Regel einem ständigen Wandel unterworfen sind. Infolgedessen kann die Frage, wie die ökonomische Entwicklung ohne wirtschaftspolitischen Eingriff verlaufen wäre, niemals mathematisch exakt beantwortet werden; man ist vielmehr auf Mutmaßungen und Schätzungen angewiesen, die jedoch notwendigerweise subjektiv beeinflusst sind.

Die hier angedeuteten Schwierigkeiten treten bei dem Versuch, die Wirkung der Aufwertung zu beurteilen, voll in Erscheinung. Da die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr nicht monokausal erklärt werden kann, ist es erforderlich, erstens die Bestimmungsgründe des internationalen Leistungsaustausches zu kennen und zweitens möglichst genaue quantitative Vorstellungen über die Höhe des Einflusses jedes einzelnen Bestimmungsfaktors zu haben. Zum ersten Problem erteilt die Wirtschaftstheorie Auskunft. Unabhängig davon, ob der Untersuchung die preis-, einkommens- oder kreditorientierte Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs zugrunde gelegt wird, bereitet indes bei der empirischen Arbeit vor allem das zweite Problem Schwierigkeiten, da hier die Verhaltensweise der Wirtschaftssubjekte - wie sie z.B. in den Preis- und Einkommenselastizitäten des Außenhandels zum Ausdruck kommt - eine Rolle spielt, die meist nur sehr schwer ermittelt und in einen zuverlässigen zahlenmäßigen Ausdruck übersetzt werden kann.

Angesichts dieser Schwierigkeiten wird es verständlich sein, wenn in dieser Arbeit - wie das übrigens auch in anderen Untersuchungen zu diesem Gegenstand geschieht - nur nach Indizien gesucht wird, die auf eine bestimmte Wirkung der Aufwertung hindeuten. Auf dieser Indiziensuche kann m.E. die schon weiter oben erwähnte Untersuchung von Böventers sehr gute Dienste leisten, die nun tatsächlich eine quantitativ exakt formulierte Prognose über die mutmaßliche Reaktion der westdeutschen Leistungsbilanz auf die 4,76 %-Aufwertung im März 1961 beinhaltet ¹⁾. Als Grundlage seiner Prognose hat von Böventer die Außenhandelsent-

1) Die Untersuchung von Böventers wurde in den wesentlichen Teilen noch vor der Aufwertung erstellt, jedoch erst nach ihr publiziert.

wicklung der Jahre 1950 - 1960 gewählt und aus diesen empirischen Werten die Preis- und Einkommenselastizitäten der westdeutschen Importe und Exporte errechnet. Mit Hilfe der so ermittelten Preiselastizitäten im Außenhandel sagte er für eine Aufwertung um 4,5 % eine Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses um 3 Mrd DM¹⁾ voraus, d. h., um einen Betrag, um den die Leistungsbilanzüberschüsse der Jahre unmittelbar vor der Aufwertung seiner Meinung nach zu hoch waren.

Die von Böventer'sche Prognose der Wirkung einer Aufwertung auf die Leistungsbilanz soll hier nun an Hand der heute verfügbaren empirischen Daten der Jahre 1961 bis 1963 getestet werden²⁾. Die prognostizierten Aufwertungswirkungen haben sich dann verwirklicht, wenn nachgewiesen werden könnte, daß die der Prognose zugrunde gelegten Werte der relevanten Preiselastizitäten für Importe und Exporte nicht nur in den Jahren vor 1961, sondern auch zum Zeitpunkt bzw. im Zeitraum unmittelbar nach der Aufwertung tatsächlich Gültigkeit besessen haben. Denn dann mußte mit Hilfe der effektiven Aufwertung von 4,76 % tatsächlich ein Abbau des Leistungsbilanzüberschusses in Höhe von 3 Mrd DM zustande gekommen sein. Allerdings impliziert diese Schlußfolgerung noch die Erfüllung einiger Nebenbedingungen, die noch geprüft werden müssen; doch davon später mehr. Es wird im folgenden die Hypothese aufgestellt, daß die Elastizitätswerte für den Außenhandel, wie sie von Böventer ermittelt hat, tatsächlich in der Zeit nach der Aufwertung Gültigkeit besessen haben. An Hand der tatsächlichen Preis- und Einkommensentwicklung nach 1960 im In- und Ausland sowie mit Hilfe dieser Elastizitätswerte werden dann hypothetische Einfuhr- und Ausfuhrwerte errechnet, welche anschließend mit den entsprechenden empirischen verglichen werden. Je weniger das hypothetische Ergebnis vom empirischen abweicht, desto geringer ist die Veranlassung, die Hypothese zu verwerfen. Allerdings ist zu bedenken, daß selbst im Falle vollkommener Übereinstimmung der beiden Werte selbstverständlich noch kein Beweis der Richtigkeit der Hypothese erbracht ist. Diese vollkommene Übereinstimmung könnte nämlich auch zustande gekommen sein, indem bei einer unerwarteten, anders gearteten Aufwertungswirkung alle übrigen den Außenhandel bestimmenden Variablen "zufällig" für einen Ausgleich gesorgt haben.

-
- 1) Diese Prognose galt nur unter dem Vorbehalt, daß andere Länder ihre Wechselkurse unverändert lassen. Berücksichtigt man die Goldenaufwertung, dürfte sich die Wirkung der DM-Aufwertung verringert haben; dieser Effekt wurde jedoch nach Meinung von Böventers durch den höheren 4,76 %-Aufwertungssatz wieder ausgeglichen.
 - 2) Gegenstand der Untersuchung ist nur die Wirkung der Aufwertung auf die Leistungsbilanz; alle übrigen Einflüsse bleiben unberücksichtigt.

Eine letzte Frage ist schließlich noch, ob die Hypothese selbst von der Sache her vernünftig und sinnvoll ist. Nicht jede Hypothese, wenn auch deren Falsifikation mißlingt, muß ja als solche sachlich berechtigt sein ¹⁾. Die hier formulierte Hypothese behauptet nichts weiter, als daß gewisse Elastizitätswerte, die für den Zeitraum vor der Aufwertung berechnet bzw. geschätzt worden sind, auch in den beiden Jahren danach gültig waren. Diese Elastizitäten drücken ein bestimmtes Verhalten der Wirtschaftssubjekte aus. Die Annahme, daß sich dieses Verhalten über einen bestimmten Zeitraum hinweg nicht ändert, birgt sicherlich keinen Widerspruch in sich. Dagegen wird die Frage, ob die von Böventer'schen Berechnungen der relevanten Elastizitätswerte zuverlässig und "richtig" durchgeführt worden sind, hier nicht untersucht; diese Werte finden ungeprüft Eingang in die Analyse. Grundsätzlich ist jedoch Vorsicht beim Gebrauch empirisch ermittelter Elastizitätswerte zu üben. Denn das Problem der Isolierung des Einflusses einer speziellen Variable bereitet immer dann besondere Schwierigkeiten, sobald eine Mehrzahl von bestimmenden Variablen in Betracht kommt. Man kann nämlich in solchen Fällen auf die Unterstellung vereinfachender Annahmen nicht verzichten ²⁾.

Sollen praktisch verwertbare Ergebnisse ermittelt werden, so muß zumindest die Entwicklung von drei, den mengenmäßigen Import und Export primär bestimmenden Faktoren berücksichtigt werden. Diese Variablen werden explizit in die Analyse aufgenommen: eine Einkommensvariable des Importlandes (die Entwicklung des realen Sozialprodukts) und zwei Preisvariablen (die Entwicklung der Verkaufspreise der Außenhandelsgüter und die Entwicklung der Verkaufspreise von zu den Außenhandelsgütern im Substitutionsverhältnis stehenden Gütern im jeweiligen Importland). Da von Böventer auch die Einkommenselastizitäten der westdeutschen Importe und Exporte für die Zeit vor der Aufwertung errechnet bzw. geschätzt hat, können diese Werte ebenfalls übernommen werden. Allerdings erstreckt sich dann der Test streng genommen auf die Gültigkeit sowohl der Preis- als auch der Einkommenselastizitätswerte, wobei an die Möglichkeit der schon oben erwähnten Kompensation von Abweichungen gedacht werden muß.

-
- 1) Man denke nur an die Möglichkeit der sog. "nonsense-correlation" bei Zeitreihen!
 - 2) Es wird beispielsweise ein "Rest" an Einflußgrößen, die im Modell nicht explizit zu den bestimmenden Variablen aufgenommen wurden, als Zufallskomponente aufgefaßt und auszuschalten versucht. Dabei kommen bestimmte statistische Verfahren zur Anwendung, die ihrerseits von bestimmten mehr oder weniger willkürlichen Grundannahmen ausgehen (z. B. die Methode der kleinsten Quadrate - so auch von Böventer -, wo es erforderlich ist, bereits a priori eine bestimmte mathematische Funktion zu supponieren).

1) Formulierung und Test einer Hypothese

Bei gegebener Preiselastizität der Nachfrage nach Importen hängt der Einfluß einer Änderung des Wechselkurses auf das Importvolumen davon ab, ob und in welchem Maße durch die Kurskorrektur Einfluß auf die Importpreise in ausländischer Währung genommen wird. Dafür entscheidend ist die Höhe der Preiselastizität des Angebots im Ausland. Je elastischer dieses ist, desto weniger wird eine primär durch die Paritätsänderung hervorgerufene Änderung der mengenmäßigen Nachfrage von Seiten des Inlands diese Auslandspreise tangieren, und desto weniger wird gleichzeitig dadurch die primäre Wirkung der Kursänderung paralysiert. Im vorliegenden Fall muß berücksichtigt werden, daß der Anteil der westdeutschen Einfuhr an der Gesamtheit der Weltumsätze sowohl global als auch im Hinblick auf die Mehrzahl der einzelnen Warengattungen verhältnismäßig sehr klein ist. Da außerdem der Aufwertungssatz bei der Paritätsänderung vom März 1961 relativ gering war, dürfte die Annahme berechtigt sein, daß ein durch die Aufwertung möglicherweise verursachter Anstieg des mengenmäßigen Imports nur einen sehr geringen Einfluß auf die Entwicklung der Auslandspreise ausgeübt hat, der vernachlässigt werden kann¹⁾. Diese Aussage ist identisch mit der Annahme, daß ohne Aufwer-

1) In diesem Sinne auch von Böventer, a. a. O., S. 74. Streng genommen setzt diese Aussage jedoch ein bestimmtes preispolitisches Verhalten bzw. die Existenz einer ganz bestimmten Marktform, nämlich die atomistische Konkurrenz auf dem vollkommenen Markt, voraus. Sobald Märkte existieren, auf denen monopolitisches Verhalten möglich ist, d. h. die Unternehmer eine aktive Preispolitik betreiben können, muß mit dem Auftreten oder Vorhandensein geographischer Preisdifferenzierung zwischen dem In- und Ausland gerechnet werden. Eine infolge der Aufwertung auftretende Verschiebung der Nachfragekurve auf dem Inlandsmarkt kann dann für das Auslandsunternehmen, das den Preis als Aktionsparameter benutzt und Gewinnmaximierung betreibt, Anlaß dafür sein, den für das Inland gültigen Preis in stärkerem Maße zu erhöhen, als bei Verzicht auf Preisdifferenzierung der allgemein (und damit auch im Inland) gültige Marktpreis gestiegen wäre (Zur Erläuterung dazu Darstellung VI im 2. Teil des Anhangs, S. 178 f). So konnte tatsächlich auf manchen Märkten, wo eine solche aktive Preispolitik vermutet werden kann, beobachtet werden, daß die in Inlandswährung gerechneten Exportpreise der Auslandsunternehmen erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung und auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß, nicht ausnahmslos dem Aufwertungssatz entsprechend, reduziert

tung die Einfuhrpreise (in inländischer Währung) heute um den Aufwertungssatz höher lägen als sie tatsächlich liegen.

Andererseits wäre es denkbar, daß auf die Inlandspreise und damit auch auf die zu den Importgütern im Substitutionsverhältnis stehenden Gütern von der Aufwertung ein preissenkender Einfluß ausgegangen ist. Das hatte zur Folge gehabt, daß die durch die Aufwertung primär bewirkte Änderung der Preisrelationen zwischen In- und Ausland in einem bestimmten Ausmaß wieder verloren gegangen wäre. Von Soventer berechnet für seinen Untersuchungszeitraum eine Elastizität der Einfuhr: in bezug auf die Relativpreise (Einfuhrpreise bezogen auf die Preise inländischer Substitutionsgüter) von -1,15. Er rundet diesen Wert auf -1 ab und glaubt, auf diese Weise die Wirkungen einer Veränderung in den inländischen Substitutionsgüterpreisen berücksichtigt zu haben.

Diesen Überlegungen entsprechend müßten sich infolge der Aufwertung Einfuhrpreis, -menge und -wert (in inländischer und ausländischer Währung ausgedrückt) in der in Tab. 20 dargestellten Weise verändert haben. Demnach hätte die Aufwertung die DM-Ausgaben für Importe (tatsächliche Werte der Einfuhr in inländi-

Wirkung einer D-Mark-Aufwertung von 4,8 % auf die westdeutschen Einfuhrwerte (Änderung in %), sofern die Importelastizität in bezug auf den Relativpreis

$$\eta_{M, P_r} = -1.$$

$\frac{dp_{\$}}{p_{\$}} \cdot 100$	$\frac{dp_{DM}}{p_{DM}} \cdot 100$	$\frac{dm}{m} \cdot 100$	$\frac{dW_{\$}}{W_{\$}} \cdot 100$	$\frac{dW_{DM}}{W_{DM}} \cdot 100$
=0	=-4,8	=+4,8	=+4,8	=0

(wo $p_{\$}$ (p_{DM}) den Importpreis in \$ (DM), m das Importvolumen und $W_{\$}$ (W_{DM}) den Importwert in \$ (DM) darstellt)

Tabelle 20

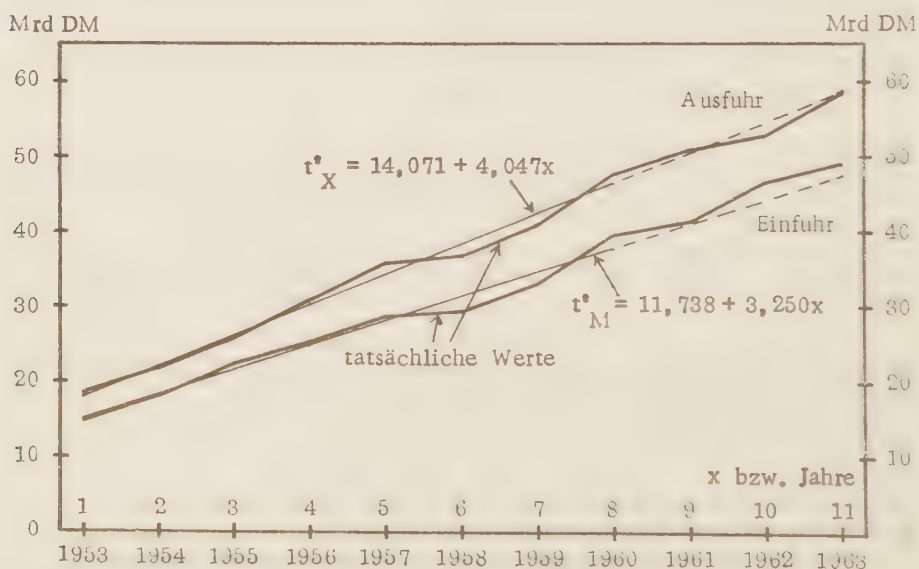
Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 116:

wurden (Beispiel: Automobilsektor). Allerdings ist es durchaus möglich, daß diese Preisänderungen nicht allein durch die Aufwertung hervorgerufen wurden, sondern daß noch andere preisbestimmende Faktoren eine Rolle spielten.

Da den folgenden Untersuchungen - wie sogleich näher erläutert werden wird - eine Preiselastizität der Importe von -1 zugrunde gelegt wird, braucht diese mögliche Verhaltensweise hier erfreulicherweise nicht weiter verfolgt zu werden. Denn wie stark der D-Mark-Importpreis auch gesunken sein mag, prozentual im gleichen Umfang ist das Importvolumen gestiegen, so daß der Importwert in D-Mark unverändert geblieben ist. Entscheidend hierfür ist nur, daß der Wert der Preiselastizität tatsächlich -1 war; doch das soll ja gerade durch den folgenden Test nachgewiesen werden.

scher Währung) unberührt gelassen, da die Reduktion des relativen Einfuhrpreises in Höhe des Aufwertungssatzes (vermindert eventuell um eine Preissenkung der Substitutionsgüter im Inland) von einer prozentual gleichwertigen Volumenzunahme begleitet worden wäre.

Um einen ersten Überblick zu geben, zeigt Fig. 5 die Entwicklung der tatsächlichen Einfuhrwerte ¹⁾ während der Jahre 1953-1963. Wie die Gestalt der Kurve erkennen läßt, kann die Unterstellung eines geradlinig verlaufenden Trends verantwortet werden. Durch Extrapolation werden zu der (nach der Methode der kleinsten Quadrate) für die Jahre 1953-1960 ermittelten Trendgeraden die entsprechenden Trendwerte für die Jahre 1961 bis 1963 gewonnen. Dabei zeigt sich, daß die empirischen Werte dieser drei Jahre oberhalb der zugehörigen Trendwerte liegen. Aber selbstverständlich kann aus dieser Tatsache noch kein Hinweis auf die wir-



Figur 5 Die jährlichen westdeutschen Einfuhr- und Ausfuhrwerte (fob) sowie die zugehörigen Trendgeraden für den Zeitraum 1953-1960

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 28/29.

1) Zum Zwecke des Vergleichs sind auch die Ausfuhrwerte (empirische Werte und Trendwerte) eingezeichnet.

kung der Aufwertung hergeleitet werden. Da die Wechselkursänderung nur eine von mehreren den internationalen Leistungsstrom beeinflussenden und bestimmenden Größen ist, kann aus diesem Grunde nicht etwa schon eine importerhöhende Wirkung der Aufwertung behauptet werden. Das wäre selbst dann nicht möglich, wenn künftig die tatsächlichen Werte immer oberhalb der durch Extrapolation gewonnenen Trendwerte liegen würden.

Es werden nun die Jahre 1961 bis 1963 zu einem Beobachtungszeitraum zusammengefaßt und die Änderungen der Einfuhrwerte dieser Periode in die Tab. 21 eingetragen. Als importvolumenbestimmende Faktoren werden weiterhin explizit berücksichtigt:

- a) eine Einkommensvariable,
- b) der Einfuhrpreis und
- c) der Inlandspreis konkurrierender Inlandsgüter.

Veränderung der Importwerte in v. H.

Jahr	Tatsächl. Wert	Volumen	Einf. preis
1961	+ 3,8	+ 7,5	-3,5
1962	+11,6	+13,9	-2,0
1963	+ 5,6	+ 6,6	-0,9
Ø 61/63	+ 7,0	+ 9,3	-2,1

Tabelle 21

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1962, S. 311 ff.,
1963, S. 311 ff. und
1964, S. 311 ff.

Zu a): Wie an früherer Stelle schon ausgeführt wurde, teilt von Böventer den Gesamtimport in die drei Warengruppen Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Halbwaren- sowie Fertigwarenimporte auf und weist den einzelnen Gruppen gesonderte Einkommensvariablen zu. So wählt er für Rohstoff- und Halbwarenimporte die industrielle Nettoproduktion zur bestimmenden Variable und gibt den Wert der Produktionselastizität $\frac{\frac{dM_2}{M_2}}{\frac{dY}{Y}}$ mit +1,4 an ¹⁾. Für Fertigwarenimporte dagegen bestimmt er die realen Industrieumsätze und errechnet als Umsatzelastizität $\frac{\frac{dM_F}{M_F}}{\frac{dU}{U}}$ einen Wert von +2,2. Der von mir bereits diskutierte Wert der Nahrungsmittelimportelastizität in bezug auf das reale Sozialprodukt $\frac{\frac{dM_N}{M_N}}{\frac{dY}{Y}}$ ist schließlich +1,0 ²⁾ (M_N Nah-

- 1) Die Symbole haben dieselbe Bedeutung wie im III. Kap.; Erklärung in Fußnote 1) auf S. 72.
- 2) Vgl. hierzu die Darlegungen auf S. 72 und auf S. 173 f. im 2. Teil des Anhangs (Darstellung IV).

rungsmittelimporte). Um eine einheitliche Einkommensvariable zu bekommen, werden diese Elastizitätswerte auch hier wieder - wie schon weiter oben - umgerechnet; dabei soll das reale Bruttosozialprodukt als einheitliche Bezugsgröße dienen.

Für die Periode 1961/63 gilt:

$$\frac{\frac{\frac{dP}{P}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = \frac{0,0473}{0,0425} = 1,11 \quad \text{und} \quad \frac{\frac{\frac{du}{u}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = \frac{0,0403}{0,0425} = 0,95.$$

Damit ist:

$$\frac{\frac{\frac{dM_R}{M_R}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = 1,4 \cdot 1,11 = +1,55 \quad \text{und} \quad \frac{\frac{\frac{dM_F}{M_F}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = 2,2 \cdot 0,95 = +2,09.$$

Zusammen mit $\frac{\frac{\frac{dM_N}{M_N}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = +1,0$ errechnet sich daraus eine (gewichtete) Gesamtimportelastizität in bezug auf das Bruttosozialprodukt von $\frac{\frac{\frac{dM}{M}}{\frac{dy}{y}}}{\frac{dy}{y}} = +1,64$.

Zu b und c): Damit sowohl Veränderungen der Einfuhrpreise selbst als auch solche der Preise konkurrierender Inlandsgüter erfaßt werden, dient ein Relativpreis als Preisvariable. Er ist als Quotient aus den (gewichteten) Einfuhrpreisen und den (gewichteten) Preisen inländischer Substitutionsgüter konstruiert (vgl. Tab. 22)¹⁾. Für die Periode 1961/63 errechnet sich auf diese Weise eine jahresdurchschnittliche Relativpreisänderung von -3,23 %.

Auf Grund der beiden für die Periode 1961-63 errechneten empirischen Werte $\frac{\frac{dy}{y}}{\frac{dy}{y}} = +0,0425$ und $\frac{\frac{dPr}{Pr}}{\frac{dy}{y}} = -0,0323$ und der (teilweise umgerechneten) von Böventer'schen Elastizitätswerte $\eta_{M,Y} = +1,64$ und $\eta_{M,Pr} = -1$ errechnet sich folgende auf ein Jahr bezogene einkommens- und preisbedingte Importvolumenänderung:

$$\begin{aligned} \frac{\frac{dM}{M}}{\frac{dy}{y}} &= (1 + 1,64 \cdot 0,0425) (1 - 1(-0,0323)) - 1; \\ \frac{\frac{dM}{M}}{\frac{dy}{y}} &= 1,0697 \cdot 1,0323 - 1; \\ \frac{\frac{dM}{M}}{\frac{dy}{y}} &= 0,104. \end{aligned}$$

Damit liegt der hypothetische Wert der Importvolumenänderung mit +10,4 % um 1,1 % höher als der entsprechende empirische Wert mit +9,3 %.

1) Als Mangel dieser Verfahrensweise muß freilich der Umstand gelten, daß die zur Verfügung stehenden und hier verwendeten Preisindices der Substitutionsgüter sehr heterogener Natur sind, da in ihnen keine Unterscheidung und Gewichtung nach der Stärke der Substituierbarkeit gegenüber Importgütern vorgenommen wird.

Preisindices für 1960-1963 (1958=100)

	1960	1961	1962	1963
A) Einfuhrpreise (gewichteter Durchschn. wert d. Gesamt- einfuhr)	95,8	92,5	90,7	89,9
B) Inlandspreise				
1) Preisindex ausgew. Grund- stoffe	100,5	100,2	100,1	101,1
2) Index d. Erzeugerpr. industr. Prod.	100,4	101,9	103,0	103,6
3) Index d. Erzeugerpr. landw. Prod.	98,1	102,7	104,6	106,3
4) durchschnittl. gewichte- ter ^{x)} Inlandspreisindex	99,87	101,53	102,43	103,43
A:B4) Relativpreis	0,9592	0,9110	0,8854	0,8691
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		-5,03	-2,81	-1,84

x) Als Gewicht wurde wieder der gegenwärtige Wert (1963) des relativen Anteils der entsprechenden Warengruppe innerhalb des Gesamtimports verwendet.

Tabelle 22

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1962, S. 311 ff.,
1963, S. 311 ff. und
1964, S. 311 ff. sowie
Mon. ber. d. DBBk für Sept. 1964, S. 90.

2) Interpretation des Ergebnisses

Angesichts dieses Ergebnisses kann man behaupten, daß der Test geglückt ist. Es sind nämlich mehrere Ursachen denkbar, die das Zustandekommen einer vollkommenen Übereinstimmung zwischen dem erwarteten und dem tatsächlichen Wert bei Gültigkeit der Hypothese möglicherweise verhindert haben. Eine so geringe Differenz, wie sie mit 1,1 % ermittelt wurde, kann vor allem deshalb zustande gekommen sein, weil die verfügbare Untersuchungsperiode im Gegensatz zu der, die von Böventer seiner Analyse zugrunde gelegt hat, sehr kurz ist: außerdem muß aber auch damit gerechnet werden, daß Verzerrungen eingetreten sind, weil - was schon weiter oben angedeutet wurde - die verwendeten statistischen Zahlen den interessierenden Sachzusammenhang nur unvollständig wiedergeben.

So wurde beispielsweise stillschweigend unterstellt, daß die hier relevanten Verhaltensgleichungen statischer Natur sind, d.h. Veränderungen der unabhängigen Variable noch in derselben Periode Einfluß auf die abhängige nehmen werden. In Wirklichkeit spielt jedoch der Zeitfaktor bei den wirtschaftlichen Dispositionen der Wirtschaftssubjekte eine wichtige Rolle, so daß zeitliche Lags zwischen Verursachung und Wirkung eintreten. Je länger die Periode ist, die der Analyse zur Verfügung steht, desto geringer wird gewöhnlich der relative Fehler, der bei Außerachtlassung dieses dynamischen Sachverhalts entstehen kann. Bei einer Untersuchung, die nur drei Jahre umfaßt, muß dagegen mit einem störenden Einfluß gerechnet werden. Außerdem ist es keineswegs gesagt, daß ausschließlich reale Größen der Gegenwart oder Vergangenheit als importvolumenbestimmende Faktoren in Frage kommen. Bei den Dispositionen der Wirtschaftssubjekte können ebenso zukünftige, erwartete Daten (z.B. Preiserwartungen) eine Rolle spielen¹⁾. Treten Divergenzen zwischen der tatsächlichen und der erwarteten Entwicklung auf, so erweisen sich die getroffenen Entscheidungen als Fehldispositionen. Sichtbarer Ausdruck hierfür sind beispielsweise bei Produzenten und Händlern ungeplante Investitionen in Form von unerwarteten Lagerbestandsänderungen. Diese führen natürlich ihrerseits wieder zu Planrevisionen in der kommenden Periode. Auch diese zyklischen Schwankungen der Lagerbestände um einen im Zeitablauf stationären Mittelwert gewinnen auf das Untersuchungsergebnis mit zunehmender Periodenzahl, d.h. bei Erweiterung des Untersuchungszeitraums, einen immer unbedeutenderen Einfluß. Sie können sogar u.U. bei einer langfristigen Betrachtung unberücksichtigt bleiben. Bei einem kurzen Beobachtungszeitraum muß jedoch mit der Möglichkeit einer entsprechenden Beeinflussung des Ergebnisses gerechnet werden.

Alle diese Störkomponenten beeinträchtigen die Aussagekraft dieser Analyse. Da die Wirkung dieser Einflußgrößen nicht quantifizierbar ist, kann auch nicht exakt nachgewiesen werden, ob sich die errechnete Abweichung auf diesem Wege tatsächlich vollständig erklären läßt. Es kann nur soviel gesagt werden, daß es im Bereich der Möglichkeit liegt, daß Störkomponenten eine Differenz der Werte im beobachteten Umfang von 1,1 % verursacht haben.

Entschließt man sich, auf Grund dieser Überlegungen die Hypothese nicht zu verwerfen, kann folgendes Untersuchungsergebnis formuliert werden: Im Rahmen der zugrunde gelegten theoretisch-modellmäßigen Vorstellung über die herrschenden Kausalbeziehungen reicht diejenige Kombination der Werte der Importelastizitäten in bezug auf das Einkommen und auf den Relativpreis, die von Böventer be-

1) Allerdings basieren diese Erwartungen ihrerseits auf Informationen, die der Gegenwart oder Vergangenheit entnommen sind. Jede Prognose hat historische Daten zur Grundlage.

rechnet hat, zur Erklärung der Veränderung des mengenmäßigen Imports in der betrachteten Periode aus. So läßt sich zum Beispiel der nach der Aufwertung gegenüber der Periode 1955/60 eingetretene Rückgang der Zuwachsraten des mengenmäßigen Imports um mehr als 1/3 vollständig erklären, sofern man die von Böventer'schen Elastizitätswerte heranzieht (vgl. Tab. 23). Der Rückgang der Zuwachsraten des Sozialprodukts war nämlich dann in seiner Wirkung so stark, daß der beschleunigte Rückgang des Relativpreises überkompensiert wurde.

Durchschnittl. jährliche Zuwachsraten in der Periode 1955/60
und 1961/63

Periode	$\frac{dM_v}{M_v}$	$\frac{dy}{Y}$	$\frac{dp_r}{p_r}$
1955/60 ^{x)}	+0,158	+0,071	-0,0235
1961/63	+0,093	+0,0425	-0,032

x) Mit Hilfe der von Böventer'schen Elastizitätswerte errechnet sich für diese Periode eine hypothetische Zunahme des mengenm. Imports von +0,156.

(M_v = Importvolumen, Y = Bruttosoz. prod. (real)

p_r = relat. Importpreis)

Tabelle 23

Quelle: Mon. ber. d. DBBk und
Statist. Jahrb. f. d. BRD.

Es besteht Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß es sich hier "nur" um den Test einer Hypothese an Hand empirischer Zahlen gehandelt hat. Dagegen wurde kein Beweis im strengen Sinne des Wortes geführt, daß der Wert der Importelastizität in bezug auf den Preis tatsächlich in der fraglichen Periode -1 war und damit die Aufwertung im Hinblick auf die D-Mark-Ausgaben für Importe neutral gewirkt hat. Es konnte nur festgestellt werden, daß die tatsächliche Veränderung der Importe etwa der entspricht, die sich errechnet, wenn man die Änderungsraten aller in das System aufgenommenen bestimmenden Variablen (unter Einschluß der Aufwertung) sowie die von Böventer'schen Elastizitätswerte heranzieht. Die Indizien sprechen also dafür, daß die Aufwertung auf die Entwicklung der Importwerte (in DM) keinen Einfluß ausübte.

§ 3 Die Entwicklung der Exportwerte

1) Formulierung und Test einer Hypothese

Die Wirkung einer Aufwertung bestimmten Umfangs auf die Exportwerte hängt in erster Linie

- a) von der Reaktion der Exportpreise im aufwertenden Land und
- b) von der Höhe der Preiselastizität der Exporte ab.

Von Böventer spricht auch hierzu im Hinblick auf die D-Mark-Aufwertung Prognosen aus, welche dem Inhalte nach folgendermaßen lauten:

Zu a): Die Aufwertung wird eine Reduktion der Exportpreise (gerechnet in DM) herbeiführen, deren Ausmaß von der Höhe des Aufwertungssatzes abhängt. Bei einer geringfügigen Aufwertung wird der D-Mark-Exportpreis soweit gesenkt werden, daß der aufwertungsbedingte Anstieg des entsprechenden Dollarpreises beinahe ausgeglichen wird. Dagegen werden bei einer kraftigeren Kursänderung die Dollarpreise der Exporte bis zu 75 % des Aufwertungssatzes ansteigen, d. h. die D-Mark-Exportpreise werden entsprechend nur um 25 % des Aufwertungssatzes sinken. Im speziellen Fall der D-Mark-Aufwertung in Höhe von 4,76 % muß mit einer Verminderung der Exportpreise in DM (und folglich mit einer Erhöhung der Exportpreise in Dollar) um 50 % (um 50 % des Aufwertungssatzes gerechnet werden.

Zu b): Der Wert der Preiselastizität der westdeutschen Fertigwarenexporte ist -2. Von Böventer bezieht auf der Exportseite alle Aussagen allein auf diese Warengattung und vernachlässigt alle anderen. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig 5/6 aller Exporte aus Fertigwaren bestehen, ist dieses vereinfachen-
de Vorgehen auch vertretbar.

In Tab. 24 sind die mutmaßlichen Wirkungen der D-Mark-Aufwertung vom März 1961, wie sie von Böventer für die verschiedenen Exportwerte erwartet hat, zusammengelaßt. Unter Berücksichtigung der gleich hohen Guldenaufwertung mindert sich der gesamte Aufwertungseffekt für die deutsche Leistungsbilanz, da ja das Wechselkursverhältnis zwischen der D-Mark und dem holländischen Gulden (praktisch) unverändert geblieben ist¹⁾. Zur Zeit der Aufwertung lag der Anteil der westdeutschen Exporte nach den Niederlanden, gemessen am Gesamtexport, bei knapp 10 % (4,2 Mrd DM 1960). Klammert man diesen Teil

1) Bis zum 5.3.1961 galt als offizielle Parität: 100 hfl = 110,53 DM; nach dem 6.3.1961 waren 100 hfl = 110,50 DM.

Wirkung einer D-Mark-Aufwertung von 4,8% auf die westdeutschen Ausfuhrwerte (Änderung in %), sofern die Exportpreise (gerechnet in DM) um 10% des Aufwertungssatzes sinken und die Preiselastizität der Fertigwaren-Exporte $\eta_{x,p} = -2$ ist.

$\frac{dp_{\$}}{p_{\$}} \cdot 100$	$\frac{dp_{DM}}{p_{DM}} \cdot 100$	$\frac{dx}{x} \cdot 100$	$\frac{dW_{\$}}{W_{\$}} \cdot 100$	$\frac{dW_{DM}}{W_{DM}} \cdot 100$
=+2,4	=-2,4	=-4,8	=-2,4	=-7,2

(wo $p_{\$}$ (p_{DM}) den Exportpreis in \$ (DM), x das Exportvolumen und $W_{\$}$ (W_{DM}) den Exportwert in \$ (DM) darstellt).

Tabelle 24

des Exports aus der Betrachtung aus, verbleibt 1960 eine wertmäßige Restexportsumme von 43,7 Mrd DM. Die erwartete Einnahmeminderung in D-Mark-Export Erlösen in Höhe von 7,2% wurde folglich 3,15 Mrd DM betragen und damit mit dem Wert praktisch identisch sein, den von Böventer im Hinblick auf den Abbau des Leistungsbilanzüberschusses für notwendig hielt (3 Mrd DM).

Auch diese, die Exportentwicklung betreffende Prognose von Böventers soll nun an Hand der verfügbaren empirischen Daten getestet werden. Allerdings nimmt dieser Test nur Bezug auf die Teilaussage, die oben unter Punkt b) rubriziert wurde. Damit bleibt also die Frage ungeprüft, in welchem Maße die in D-Mark gerechneten Exportpreise tatsächlich als Folge der Aufwertung gesunken sind. Dieser Gegenstand entzieht sich nämlich weitgehend der Möglichkeit der statistischen Verifizierung. Die empirischen Daten, die die Statistik zur Verfügung stellt, geben zwar Auskunft über die tatsächlichen Exportpreisveränderungen im Zeitraum nach der Aufwertung, sie geben aber natürlich keine Auskunft über die verantwortlichen ursächlichen Bedingungen. Selbst Erklärungen der Exportunternehmen über ihre preispolitische Reaktion auf die Wechselkursänderung darf kein sehr hoher Erkenntniswert beigelegt werden, da preispolitische Entscheidungen komplexer Natur sein können¹⁾. Neben der unmittelbaren Ursache, nämlich der relativ bescheidenen

1) Die unternehmerische Preispolitik ist im allgemeinen darauf bedacht, ein gewisses Maß an Preisstabilität über einen längeren Zeitraum hinweg aufrechtzuerhalten. Einflüsse, die bei den herrschenden Preisen ein geringfügiges Abrücken von der gewinnmaximalen (allgemein: der Zielsetzung entsprechenden optimalen) Preis-Mengenkombination verursachen, müssen nicht notwendigerweise und actu eine preispolitische Anpassung induzieren. Diese folgt erst, wenn die Divergenz zwischen dem gesetzten und dem gewinnmaximalen Preis ein gewisses, von der Unternehmensleitung für zuläs-

Aufwertung, können noch andere bestimmende Faktoren bei der Neufestsetzung der Preise wirksam geworden sein, die jedoch der Öffentlichkeit, zum Beispiel aus propagandistischen Gründen, nicht mitgeteilt wurden.

Der Analyse wird ferner unterstellt, daß die Preise der zu westdeutschen Exportgütern im Substitutionsverhältnis stehenden Produkte in Konkurrenzländern durch die Aufwertung unberührt geblieben sind. Ein Test dieser Behauptung wäre sicherlich noch weit schwieriger durchzuführen und problematischer als der, welcher sich auf den soeben genannten Gegenstand bezogen hätte. Indes läßt sich diese Annahme mit Hilfe einer allgemeinen Überlegung relativ gut fundieren: Der Marktanteil der westdeutschen Exportgüterindustrien an den gesamten Weltumsätzen der entsprechenden Branche dürfte nämlich in der Mehrzahl der Fälle - einzelne Märkte mögen eine Ausnahme bilden - derart klein sein, daß die durch die verringerten Exporte westdeutscher Betriebe bedingte Festigung der Marktposition der ausländischen Konkurrenz keine oder doch nur eine unbedeutende preispolitische Reaktionen dieser Auslandsunternehmen zur Folge gehabt hat.

Auf ähnliche Weise wie im vorhergehenden Paragraphen soll hier die Aussage von Böventers, daß die Preiselastizität der westdeutschen (Fertigwaren-)Exporte zum Zeitpunkt der Aufwertung bzw. kurz nachher -2 betragen hat, mit Hilfe der tatsächlichen Preis-, Einkommens- und Ausfuhrentwicklung der Jahre 1961 und 1962 geprüft werden ¹⁾. Erwies sich diese Annahme als falsch, wäre einer bestimmten aufwertungsbedingten Dollarpreiserhöhung der westdeutschen Exporte in Wirklichkeit keine prozentual doppelt so hohe Exportmengenabnahme gefolgt; dann müßte aber auch damit gerechnet werden, daß der erwartete aufwertungsbedingte Abbau des Leistungsbilanzüberschusses in Höhe von 8 Mrd. DM ausgeblieben ist. Selbstverständlich gelten auch hier wieder alle jene Einschränkungen, die schon in den beiden vorhergehenden Paragraphen hinsichtlich der Aussagekraft dieser "Tests" erwähnt wurden.

Die für die Testperiode 1961/62 relevanten Änderungen der Ausfuhrwerte sind in Tab. 26 zu finden. Es gilt nun festzustellen, welche Exportwerte auf Grund der

Fortsetzung der Fußnote 1) von Seite 125:

sich erachtetes Maß überschreitet. Nachholend determinieren nun verschiedene Einzeleinflüsse der Vergangenheit, aber möglicherweise auch schon erwartete der Zukunft, das Ausmaß der Preisanpassung.

- 1) Da zum Zeitpunkt der letzten Überarbeitung dieser Dissertation noch keine zuverlässigen und vergleichbaren statistischen Angaben über die Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts im Ausland für 1963 zur Verfügung standen, bleibt dieses Jahr vollkommen unberücksichtigt.

Veränderung der (Fertigwaren-)Exportwerte in v. H.

Jahr	Tatsächl. Wert (in DM)	Volumen	Ausf. preis (in DM)
1961	+6,9	+5,2	+1,6
1962	+4,8	+4,3	+0,6
Ø 61/62	+5,85	+4,75	+1,1

Tabelle 25

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1962, S. 311 ff. und
1963, S. 311 ff.

tatsächlichen Preis- und Einkommensentwicklung und der dazugehörenden Elastizitäten, wie sie von Böventer angegeben hat, eigentlich zu erwarten gewesen wären.

Um brauchbare Ergebnisse zu erhalten, müssen mindestens drei exportvolumenbestimmende Faktoren in Ansatz gebracht werden, nämlich

- a) eine Einkommensvariable des Auslands,
- b) der Exportpreis und
- c) der Preis konkurrierender Güter im Ausland.

Die dazugehörenden Elastizitätswerte, von denen das quantitative Ausmaß der Reaktion abhängt, gibt von Böventer wie folgt an: Die Einkommenselastizität der Exporte war während der fraglichen Periode etwa +2,2, die (Relativ-)Preiselastizität der Exporte, wie schon gesagt, -2.

Eine besondere Schwierigkeit stellt die Ermittlung eines Preisindex dar, der das Verhalten der Preise ausländischer Substitute wiedergeben soll. Ich wähle hierfür den westdeutschen Importpreisindex für Fertigwaren. Dieses Vorgehen ist zweifellos insofern problematisch, als der Warenkorb, auf den dieser Index aufbaut, mit dem, der den westdeutschen (Fertigwaren-)Exporten zugrunde liegt, in den einzelnen Waren (und in deren Gewichtung) keineswegs identisch ist. Eine Identität ist lediglich in der Warengattung gegeben, da beide Indices die Veränderung von Fertigwarenpreisen wiedergeben. Das korrekte und ~~unant~~unantfechtbare Vorgehen würde jedoch sehr weitreichende Einzeluntersuchungen erforderlich machen. So müßten die warenmäßige Zusammensetzung der westdeutschen Exporte, die Existenz von Substitutionsgütern und deren Preisgestaltung ermittelt werden. Außerdem dürften die in Frage kommenden Unvollkommenheitsfaktoren, wie z.B. das geographische Moment, nicht unbeachtet bleiben, ohne die die Stärke der Konkurrenzbeziehungen nicht beurteilt werden kann. Diese Einzeluntersuchungen würden hier zu weit führen und sind außerdem schon deshalb nicht möglich, weil die notwendigen statistischen Unterlagen fehlen. Andererseits wird man jedoch

damit rechnen können, daß die allgemeine Interdependenz der Preise innerhalb einer Warengruppe stark genug ausgebildet ist, so daß auf der Grundlage des hier gewählten Vorgehens noch bessere Ergebnisse zustande kommen, als es bei vollkommener Außerachtlassung der Auslandspreise der Fall wäre.

Tab. 26 gibt Auskunft über die relevanten Preisänderungen. Im Durchschnitt der Periode erhöhte sich demnach der Relativpreis (Fertigwarenausfuhrpreis im Verhältnis zum Fertigwareneinfuhrpreis) pro Jahr um 2,8 %.

Preisindices für 1960-1962 (1954 = 100)

	1960	1961	1962
A) Index d. Fertigwarenausfuhrpreise (gemessen in §)	105,2	112,3	112,8
B) Index d. Fertigwareneinfuhrpreise (gemessen in §)	89,6	92,3	91,0
A:B) Relativpreis	1,174	1,217	1,240
Veränderung d. Relativpreises gegenüber d. Vorjahr in %		+3,7	+1,9

Tabelle 26

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1962, S. 311 ff. und
1963, S. 311 ff.

Faßt man die EWG-Länder, die EFTA-Länder, die USA und Kanada sowie zwei weitere europäische Staaten zu einer Ländergruppe zusammen, so errechnet sich für diese im Durchschnitt der Jahre 1961/62 eine auf ein Jahr bezogene und im Hinblick auf den Anteil am westdeutschen Gesamtexport länderweise gewichtete Durchschnittszuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts in Höhe von +4,8 %¹⁾. Da es sich bei der getroffenen Auswahl um die Haupthandelsländer der Bundesrepublik handelt - 70 % aller westdeutschen Exporte sind in der fraglichen Zeit von dieser Ländergruppe abgenommen worden -, kann dieser Wachstumswert als guter und brauchbarer Näherungswert für die tatsächliche Einkommensentwicklung bei allen westdeutschen Handelspartnern angesehen werden. Zusammen mit der Relativpreisveränderung in Höhe von +2,8 % und den beiden Elastizitäten $\eta_{x,y} = +2,2$ und $\eta_{x,pr} = -2$ errechnet sich für die Periode 1961/62 eine jahresdurchschnittliche, hypothetische Exportvolumenänderung in Höhe von +4,35 %; denn es ist:

¹⁾ Zur Berechnung vgl. Darstellung VII auf S. 180 f. im 2. Teil des Anhangs.

$$\frac{dx}{x} = (1 + 2 \cdot 0,048) (1 - 2 \cdot 0,028) - 1 ;$$

$$\frac{dx}{x} = 1,1056 \cdot 0,944 - 1 ;$$

$$\frac{dx}{x} = 0,04369 \approx 0,0435.$$

Somit liegt der hypothetische Wert der Exportvolumenänderung mit +4,35 % um 0,4 % niedriger als der entsprechende empirische Wert mit 4,75 %.

2) Interpretation des Ergebnisses

Wie im vorhergehenden Paragraphen muß auch an dieser Stelle auf Störkomponenten hingewiesen werden, die möglicherweise eine vollkommene Übereinstimmung zwischen dem errechneten und dem tatsächlichen Wert verhindert haben. Dabei ist wiederum in erster Linie auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß der hier zugrunde gelegte Untersuchungszeitraum außerordentlich kurz ist, was das Rechenergebnis verfälscht haben konnte ¹⁾. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß auch diesmal die verwendeten statistischen Zahlen die interessierenden Zusammenhänge zum Teil nur unvollkommen wiedergeben: 30 % aller westdeutschen Exporte gehen in Länder, deren Einkommenentwicklung vollständig unberücksichtigt blieb; bei der Ermittlung der Substitutionsgüterpreise im Ausland wurde grob vereinfachend vorgegangen. Alle diese Störkomponenten zusammen könnten zweifellos eine Differenz der beiden Werte in Höhe von 0,4 % verursacht haben.

Auf Grund dieser Überlegungen und der nur sehr geringfügigen Abweichung der beiden Werte voneinander ist es nicht möglich, die beiden Elastizitätswerte, die von Böventer errechnet hat, abzulehnen. Sie sind im Gegenteil sogar gut geeignet, im Verein mit der Exportpreis- und Einkommensentwicklung im Ausland, den tatsächlichen Zuwachs des mengenmäßigen Exports in den Jahren 1961/62 zu erklären. Allerdings muß auch hier nochmals darauf hingewiesen werden, daß es sich nur um den Test einer Hypothese an Hand empirischer Zahlen gehandelt hat, nicht aber um einen Beweis im eigentlichen Sinn, daß die Preiselastizität wirklich -2 war (Möglichkeit der Kompensation der Wirkungen! Vgl. die Darlegungen in § 1 dieses Kapitels).

Abschließend soll noch einmal betont werden, daß sich die vorstehenden Überlegungen nicht auf den Teil der Prognose von Böventers bezogen, der den Umfang der durch die Aufwertung bedingten Exportpreisänderung in DM zum Gegenstand hatte. Dieser Diskussionspunkt wurde absichtlich - der oben genannten Gründe wegen - beiseite gelassen. Das könnte jedoch zur Folge haben, daß selbst bei einwandfreier Vorhersage der Preiselastizität die erwartete aufwertungsbedingte Reak-

1) Vgl. die Ausführungen im vorigen Paragraphen, S. 121 ff.

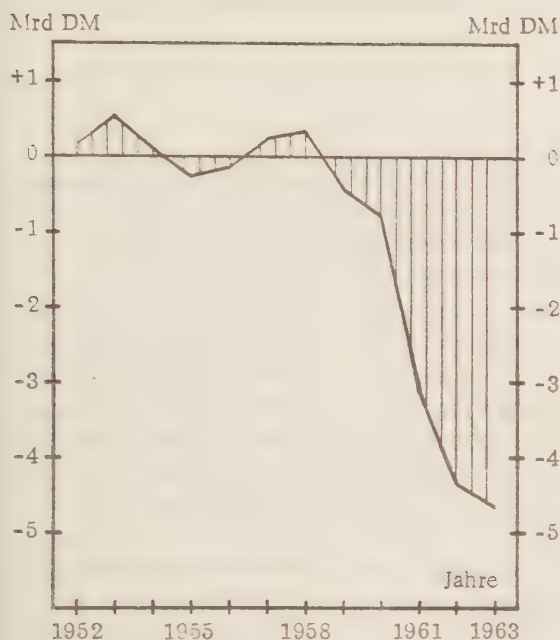
tion im Ausfuhrwert unterblieben ist. Es wäre nämlich dann das preispolitische Verhalten der inländischen Unternehmer beim Anpassungsprozeß anders als vermutet gewesen. Wie schon gesagt, hielt von Böventer eine Reduktion des in D-Mark gerechneten Exportpreises um 50 % des Aufwertungssatzes für sehr wahrscheinlich. Bei einer Exportpreiselastizität von -2 hatte das eine Verminderung des wertmäßigen Exports (in D-Mark) um 7,2 % (= 3,15 Mrd DM) zur Folge gehabt. Nimmt man als Grenzwerte der Reaktionsmöglichkeiten ein Absinken des D-Mark-Exportpreises um 100 % bzw. um 0 % des Aufwertungssatzes an, entspräche diesen Werten eine Abnahme der D-Mark-Exporterlöse um 4,8 % (= 2,1 Mrd DM) bzw. um 9,6 % (= 4,2 Mrd DM).

§ 4 Die Veränderungen in der Dienstleistungsbilanz

In der Dienstleistungsbilanz ist es sehr schwer, die benötigten Parameterwerte festzustellen. Einerseits ist es nicht oder nur im beschränkten Umfang möglich, die einzelnen Transaktionen zusammenzufassen und Aggregate zu bilden, da in der Dienstleistungsbilanz sehr verschiedenartige wirtschaftliche Vorgänge erfüllt werden; sichtbares Zeichen für diese Heterogenität sind die zahlreichen Unterbilanzen der eigentlichen Dienstleistungsbilanz. Zum anderen bereitet die statistische Ermittlung der benötigten empirischen Werte zusätzliche Probleme. Die benötigten statistischen Zahlen sind nämlich oft entweder überhaupt nicht verfügbar oder unzuverlässig (z. B. bereitet die statistische Erfassung der Einnahmen und Ausgaben in der Reiseverkehrsbilanz besondere Schwierigkeiten¹⁾, ebenso die Trennung in volumen- und preisbedingte Wertänderungen der einzelnen Dienstleistungsarten). Aus diesem Grunde hat auch von Böventer die Dienstleistungsbilanz vollständig aus seiner Analyse ausgeklammert. Er nahm als wahrscheinlichste Wirkung einer Aufwertung an, daß die Dienstleistungsbilanz unverändert bleibt; eine Begründung hierfür gab er allerdings nicht.

Da ein Test vorgegebener, hypothetischer Parameterwerte nicht möglich ist, werden hier einige allgemeiner gehaltene Überlegungen angestellt. Die Entwicklung des jährlichen Saldos der Dienstleistungsbilanz verlief während des vergangenen Dezenniums recht uneinheitlich (vgl. Fig. 6). Während nämlich die Bilanz bis 1958 insgesamt nahezu ausgeglichen war - von 1952 bis 1958 wurde im Durchschnitt ein jährlicher Überschuß von 0,15 Mrd DM erzielt - und die jährlichen Werte nur relativ gering um ihren Mittelwert schwankten, änderte sich 1959 die

1) In diesem Zusammenhang sei auf die methodischen Erläuterungen im Monatsbericht der DBK für August 1959, S. 9 f., verwiesen.



Figur 6 Jährlicher Saldo der Dienstleistungsbilanz

(einschl. der Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten sowie der von ausländischen Arbeitskräften vorgenommenen Überweisungen ins Ausland)

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 40 ff.

Situation grundlegend.

Von da an setzte eine Tendenz ein, die die Dienstleistungsbilanz rasch jährlich tiefer ins Defizit führte. Angesichts dieser Tatsache interessieren folgende Fragen: Wo, d. h. bei welchen Teilbilanzen, nahm diese Entwicklung ihren Ausgang? Welche Ursachen kommen hierfür in Betracht? Kann insbesondere behauptet werden, daß die Aufwertung für die hohen Defizite der Jahre nach 1960 verantwortlich ist?

Hält man sich an die übliche Unterteilung der Dienstleistungsbilanz, so zeigt ein Vergleich der Ergebnisse von 1962¹⁾ mit denen der Periode 1952-1958, daß rund 80 % aller Abweichungen der Vergleichswerte zu Lasten der folgenden vier Posten gehen:

1. Reiseverkehr,
2. Kapitalerträge,
3. Regierungsleistungen²⁾

1) Als Vergleichsjahr wird 1962 herangezogen, um die Ergebnisse zusammen mit denen aus der Handelsbilanz diskutieren zu können; bei den Exporten konnte das Jahr 1963 noch nicht in die Analyse miteinbezogen werden.

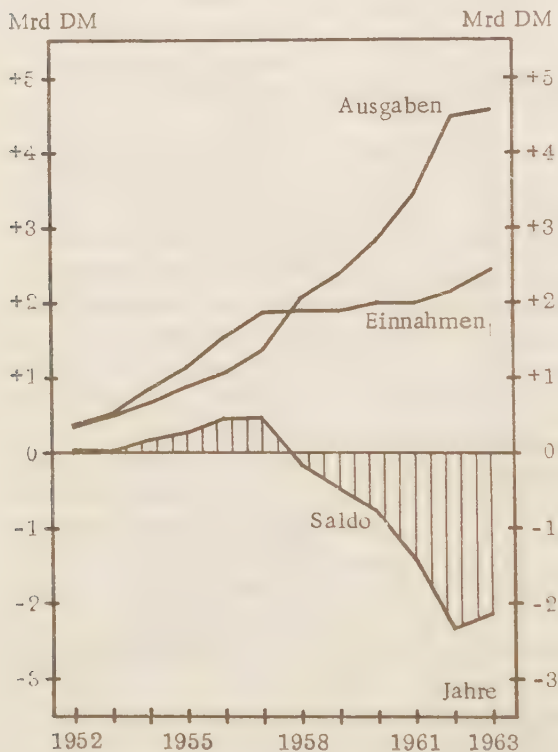
2) Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, sofern sie nicht in anderen Zahlungsbilanzpositionen erfaßt sind; beinahe ausschließlich wird dieser Posten von den Einnahmen an sog. "Truppendollar" bestimmt.

und 4. Arbeitsentgelte (einschließlich Renten und Pensionen).

Diese Unterbilanzen auf dem Dienstleistungssektor sollen deshalb im folgenden näher betrachtet werden.

1) Reiseverkehrsbilanz

Fig. 7 vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der jährlichen Einnahmen, Ausgaben und des Saldos dieser Teilbilanz im Zeitraum 1952-1963. Während bis 1957 sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben ziemlich gleichmäßig und in



Figur 7 Reiseverkehrsbilanz (jährl. Ausgaben, Einnahmen u. Saldo)

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 40.

tendenzen grundlegend.

Die Einnahmen, die bisher gegenüber den Ausgaben ein leichtes Übergewicht besaßen, zeigten nur noch ganz minimale Zuwachsraten (1962 gegenüber 1957 +16 %); dagegen stiegen nun die Ausgaben von Jahr zu Jahr außerordentlich kräftig an (1962 gegenüber 1957 +226 %), so daß der Saldo der Bilanz immer stärker passiv wurde: 1962 lag er bereits um 2,5 Mrd DM unterhalb dem Durchschnittswert der Jahre 1952-1958.

Dieser steil nach oben gerichtete Trend der jährlichen Ausgaben, der erstmals 1963 merklich abflachte, dürfte in erster Linie "wohlstandsbedingt" sein. Erstens führte die beachtliche Zunahme der individuellen Real-einkommen ganz allgemein zu höheren realen

Konsumausgaben und zweitens haben Konsumverlagerungen zu den Dienstleistungen hin stattgefunden. Während die erste Wirkung hier nicht weiter verfolgt wird, weil sie schon weiter oben in Ansatz gebracht wurde (Importe als positive Funktion der Entwicklung des realen Sozialprodukts), verdient die zweite um so größere Beachtung.

Es läßt sich empirisch nachweisen, daß der Anteil der Ausgaben für Auslandsreisen, gemessen an den gesamten privaten Konsumausgaben, von 1952 (0,4 %) bis 1962 (2,2 %) ständig zugenommen hat. In den ersten Jahren nach der Währungsreform waren die Ausgaben für Auslandsreisen, gemessen an den übrigen Konsumausgaben und auch im Verhältnis zu den heutigen Werten, größtenteils noch vollkommen unbedeutend. Die 1 Mrd DM-Ausgabengrenze wurde erst 1956 überschritten. Allerdings war von vornherein zu erwarten, daß der sukzessive Anstieg der Realeinkommen nach 1948 kein proportionales Anwachsen aller potentiellen Verbraucherausgabearten nach sich ziehen würde. Tatsächlich konnten auch sog. "Verbrauchswellen" beobachtet werden, d.h. Perioden, in denen jeweils eine bestimmte Verwendungsart eine deutliche Bevorzugung genoß; man sprach bekanntlich scherzhaft von einer "Freßwelle", einer "Textilwelle" usw. Dabei wurden zuerst "elementare" Bedürfnisse befriedigt, während die Güter und Leistungen des sog. "gehobenen" Bedarfs erst später größeres Interesse der Konsumenten fanden.

Da heute bereits ein relativ hohes "Wohlstandsniveau" erreicht ist, kann gegenwärtig tatsächlich eine überproportionale Ausweitung der Verbrauchsausgaben der zuletzt genannten Kategorie beobachtet werden. Zu dieser Kategorie zählen die Dienstleistungen in ihrer Gesamtheit und unter ihnen wieder vornehmlich die Aufwendungen für Reisen und Erholung. Diese Tendenz der überproportionalen Ausdehnung der Konsumausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, speziell für Auslandsreisen, dürfte auch künftig bei weiter steigendem Pro-Kopf-Einkommen anhalten, wenn nicht sogar noch größeres Gewicht erlangen. Die zusätzlich verfügbaren Einkommensteine werden nämlich immer weniger zum Kauf von Gütern des elementaren Bedarfs Verwendung finden, d.h. die Einkommenselastizität dieser Warenkategorie wird sich mit steigendem Einkommen immer mehr dem Wert Null nähern, da hier in vielen Fällen bereits die "natürliche Sättigungsmenge" erreicht sein dürfte ¹⁾. Von diesem Prozeß der Bedürfnisverlage-

1) Eine Frage ist natürlich, inwieweit nicht auch in diesen Bereichen über den technischen Fortschritt und der daraus resultierenden Produktion "technisch neuer" Güter neue Bedürfnisse entfacht werden, so daß der Prozeß der Verlagerung zu den Dienstleistungen hin eventuell gehemmt und verzögert wird. Ich glaube jedoch, daß trotz dieser Möglichkeit grundsätzlich die oben gemachte Aussage aufrechterhalten werden kann und der gegenwärtig schon zu beobachtende Prozeß der Verlagerung auch in Zukunft wirksam bleiben wird.

nung werden die Dienstleistungen profitieren, wo eine solche "natürliche Sättigungsgrenze" keineswegs schon abzusehen ist ¹⁾.

Diese Überlegungen haben natürlich nicht nur für die Bundesrepublik allein, sondern auch für alle übrigen entwickelten Volkswirtschaften der westlichen Welt Gültigkeit. Auf Grund steigender realer Pro-Kopf-Einkommen wurde auch dort von Jahr zu Jahr ein höheres "Wohlstandsniveau" erreicht, was die oben erwähnten Bedürfnisverlagerungen zur Folge hatte. Allerdings profitierte die Bundesrepublik von dieser Entwicklung in den letzten Jahren nur sehr wenig, denn die westdeutschen Einnahmen aus dem Reiseverkehr stagnieren seit 1957 beinahe gänzlich. Dieses unerwartete Ergebnis legt die Vermutung nahe, die sich auch durch vergleichende internationale Statistiken erhärten läßt (vgl. Tab. 27) ²⁾, daß die Bundesrepublik bei ausländischen Touristen als Reiseland zugunsten anderer Staaten an Beliebtheit verloren hat.

Veränderung der 1961 gegenüber 1959 registrierten Übernachtungen ausländischer, aber nicht-deutscher Touristen (in v. H.)

BRD	+ 6,5
Belgien-Luxemburg	+38,5
Frankreich	- 5,3
Italien	+19,6
Niederlande	+18,7
Österreich	+ 5,2
Schweiz	+16,5
Jugoslawien	+37,0

Tabelle 27

Quelle: Statist. Jahrb.f. d. BRD, 1961, S. 289 u. 1962, S. 303,
Mon.ber. d. DBBk für Dez. 1960, S. 5 und für Dez. 1962, S. 6,
dazu OECD: "Tourism in O. E. C. D. Member Countries", Juli 1962.

- 1) Dieser Prozeß der Verlagerung zu den Dienstleistungen hin wird sicherlich auch dadurch stimuliert, daß der Anteil der verfügbaren Freizeit bei den Arbeitnehmern immer größer wird.
- 2) Erkennt man die Zahl der Fremdenübernachtungen, die statistisch ermittelt werden kann, als repräsentatives Indiz an, bestätigt Tab. 27 diese Behauptung. Die relevanten Zuwachsraten übertreffen bei der Mehrzahl der aufgeführten, mit dem deutschen Markt auf Grund der natürlichen Lage in besonders engem Konkurrenzverhältnis stehenden Länder, die entsprechende westdeutsche Rate beachtlich. Ähnliches gilt vermutlich für die gesamte Periode 1957-1962, da sich während dieser Zeit die Reiseeinnahmen der Bundesrepublik kaum erhöht haben.

Neben der Einkommensentwicklung spielt im allgemeinen die Preisentwicklung für die Höhe der Nachfrage nach einer Ware oder Dienstleistung eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang muß auch an die Wirkung der Aufwertung gedacht werden, die ja Auslandsgüter (und -dienste) für Inländer verbilligt und Inlandsgüter (und -dienste) für Ausländer verteuert hat, sofern die Unternehmer keine kompensierenden Preisveränderungen vorgenommen haben. Aus zwei Gründen ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Aufwertung zu den den Reiseverkehr essentiell bestimmenden Faktoren gezählt hat, wenn freilich auch nicht geleugnet werden kann, daß von ihr möglicherweise ein schwacher, nicht näher quantifizierbarer Einfluß ausgegangen sein mag: Erstens war das Ausmaß der Aufwertung recht bescheiden, so daß auch die Preiswirkung verhältnismäßig geringfügig geblieben sein dürfte. Es erscheint deshalb als unwahrscheinlich, daß diese aufwertungsbedingte Preisänderung den in den letzten Jahren außerordentlich kräftigen Anstieg der Ausgaben für Auslandsreisen maßgeblich beeinflußt hat. Zweitens dauert sowohl die Stagnation der Einnahmen als auch der beschleunigte Anstieg der Ausgaben nicht erst seit der Aufwertung, sondern bereits einige Jahre länger an. Es spricht deshalb die Vermutung dafür, daß es sich in beiden Fällen um einen aufwertungsunabhängigen Entwicklungsprozeß handelt.

Als Ergebnis kann somit festgehalten werden, daß die Entwicklung der westdeutschen Reiseverkehrsbilanz mit dem Ausland in erster Linie einerseits von der allgemeinen Einkommensentwicklung (= größerer Wohlstand) und andererseits von Veränderungen der Konsumpräferenzen (= höherer Anteil des Einkommens für Reisezwecke; schwindende Beliebtheit der Bundesrepublik als Reiseland) geprägt worden ist. Möglicherweise hat die Aufwertung auf der Ausgabenseite zusätzlich stimulierend und auf der Einnahmeseite zusätzlich retardierend gewirkt, jedoch darf dieser Einfluß wegen der verhältnismäßig bescheidenen Wechselkursänderung nicht sehr hoch veranschlagt werden.

2) Kapitalertragsbilanz

Eine Aufwertung kann mehrere Wirkungen auf die Kapitalertragsbilanz ausüben. Es muß zwischen einem "Zins-", "Mengen-" und "Umrechnungseffekt" unterschieden werden.

Wie schon an früherer Stelle einmal festgestellt worden ist ¹⁾, kann eine Aufwertung über den Pigou-Effekt eine Erhöhung des inländischen Zinsniveaus herbeiführen. Diese würde einerseits den inländischen Kapitalimport fördern und andererseits den inländischen Kapitalexport erschweren und damit dem Zahlungs-

1) Vgl. die Ausführungen auf S. 111 f.

bilanzausgleich entgegenwirken. Da zusätzliche Kapitalimporte zusätzliche Aufwendungen für den Kapitaldienst erfordern, würde dieser Vorgang auch die Kapitalertragsbilanz beeinflussen (zusätzliche Ausgaben = passivierender Einfluß). Ähnlich würde aber auch ein Rückgang oder Minderanstieg der Kapitalexporte wirken, der geringere Kapitalerträge zur Folge hätte (geringere Einnahmen = passivierender Einfluß). Neben diesem "Mengeneffekt" würde nun noch der "Zinseffekt" bei denjenigen Kreditengagements wirksam werden, bei denen die Höhe der Kapitalertragsleistungen vom deutschen Zinssatz abhängt. Da dieser gestiegen ist, ergäbe sich bei den Schuldposten ein weiterer passivierender, bei den Forderungen dagegen ein aktivierender Effekt.

Alle diese Wirkungen setzen den Anstieg des inländischen Zinssatzes voraus. Ob dieser als Folge der Aufwertung tatsächlich zustande gekommen ist, erscheint fraglich, da der Zinssatz in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung unseres Landes nicht zu den abhängigen Variablen gezählt werden darf, die sich während des gesamtwirtschaftlichen Leistungsprozesses frei bilden. Die Bundesbank beeinflusst nämlich mit Hilfe ihres kreditpolitischen Instrumentariums, insbesondere mit ihrer Diskontpolitik, das gesamte Zinsniveau, die langfristigen Zinssätze miteingeschlossen. Sie setzt mit ihren autonomen, die Zinshöhe beeinflussenden Entscheidungen bestimmte Bedingungen für den Wirtschaftsablauf. So entscheidet auch hier im konkreten Fall die Reaktion der Bundesbank, ob die vermutete tendenzielle Zinserhöhung überhaupt wirksam werden konnte. Die Bundesbank verfolgte nach der Aufwertung - oder genauer seit Herbst 1960 - eine Politik des billigen Geldes. Zinserhöhende Tendenzen mußten folglich als Störung empfunden werden, so daß die Vermutung nahe liegt, daß diesen Tendenzen mit entsprechenden kreditpolitischen Mitteln entgegengewirkt wurde. Tatsächlich nahm die Bundesbank selbst nach der Aufwertung im Mai 1961 eine nochmalige Diskontsenkung um $1/2\%$ auf 3% vor. Außerdem dürfte die ihrem Umfang nach relativ bescheidene Paritätsänderung nur zu einer ziemlich geringfügigen Senkung (bzw. zu einem ebensolchen Minderanstieg) des inländischen Preisniveaus geführt haben ¹⁾, so daß die über den Pigou-Effekt resultierende Zinswirkung ebenfalls unbedeutend klein geblieben ist. Auf Grund dieser Überlegungen erscheint es als recht unwahrscheinlich, daß die D-Mark-Aufwertung die westdeutsche Kapitalbilanz und auf diese Weise auch die Kapitalertragsbilanz nennenswert beeinflusst hat ²⁾.

-
- 1) Von Böventer rechnete mit einer aufwertungsbedingten Senkung des inländischen Preisniveaus bzw. mit einem Minderanstieg desselben von 1% .
 - 2) Es sei nochmals daran erinnert, daß sich durch eine Wechselkursänderung die Renditeverhältnisse nicht verschieben, da sowohl der Kaufpreis der Kapittitel wie auch die erwarteten zukünftigen Erträge im selben prozentualen Umfang (gerechnet in inländischer Währung) zu- bzw. ab-

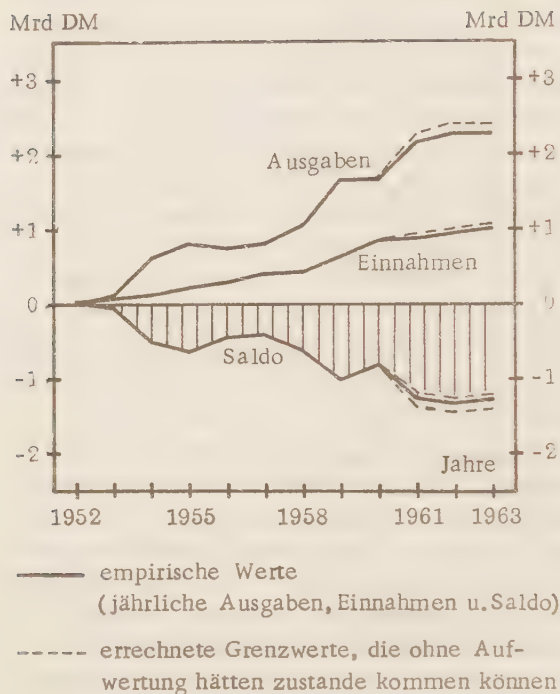
Selbst wenn die Aufwertung ohne Einfluß auf die bestehenden und künftigen Kapitalbeziehungen war, kann die Kapitalertragsbilanz doch noch auf eine andere Weise beeinflusst worden sein; Auf Grund der mit der Aufwertung bewirkten Veränderung des Umrechnungsverhältnisses zwischen Inlands- und Auslandswährung können nämlich die in Inlandswährung gerechneten Kapitalaufwendungen und -erträge gesunken sein ("Umrechnungseffekt"). Ausschlaggebend hierfür ist der Umstand, auf welcher Währung die Kreditbeziehungen basieren. Sind die Kapitalerträge (und Rückzahlungen) in der Währung des Schuldnerlandes (= Kapitalimportlandes) zu berechnen und zu begleichen, so bleiben die in inländischer Währung gerechneten Ausgabebeträge für den Kapitaldienst unverändert. Dagegen werden die entsprechenden Einnahmen aus dem Ausland um den prozentualen Aufwertungsbetrag zurückgehen ¹⁾. Werden umgekehrt die Erträge in der Währung des Gläubigerlandes (= Kapitalexportlandes) berechnet, bleiben die Einnahmen unberührt. Dagegen sinken nun die Ausgaben um den prozentualen Aufwertungsbetrag ^{1) 2)}.

Fig. 8 zeigt die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und des Saldos der westdeutschen Kapitalertragsbilanz während der Jahre 1952-1963. Von 1953 ab überstiegen die Ausgaben ständig die Einnahmen, wobei die Passivsaldo - von geringfügigen jährlichen Schwankungen abgesehen - immer größer wurden; so lag das Defizit 1962 um rd. 1 Mrd DM höher als das im Durchschnitt der Jahre 1952-1958. Versucht man die Aufwertungswirkung zu isolieren, so erhält man die in Fig. 8 für die Jahre 1961-1963 eingezeichneten Zusatzkurven. Bei Einnahmen und Ausgaben wurde dabei jeweils der Maximalwert in Ansatz gebracht, der, ausgehend

Fortsetzung der Fußnote 2) von Seite 136:

nehmen. Allerdings können erwartete Paritätsänderungen spekulative Kapitalbewegungen auslösen, die später dann, z.B. nach erfolgter Kursänderung, Kapitalrückflüsse zur Folge haben. Spekulative Kapitalbewegungen, die hier unbeachtet bleiben, da es sich nur um kurzfristige Veränderungen handelt, wurden auch tatsächlich vor der Aufwertung beobachtet (vgl. S. 1 ff.); sie kamen zustande, obwohl "hot-money" im Inland zeitweise nicht einmal verzinst werden durfte.

- 1) Genauer: Die Einnahmen (bzw. die Ausgaben) sinken um den prozentualen Abwertungsbetrag der ausländischen Währung gegenüber der inländischen. Dieser war bei der D-Mark-Aufwertung vom März 1961 4,76 % (vgl. Fußnote 1) auf S. 163 im 2. Teil des Anhangs). Der dort gegebenen Definition entsprechend war bei der Kursänderung vom März 1961 der Aufwertungssatz der D-Mark 5 % und nicht wie üblicherweise angenommen wurde 4,76 %. Es wurde bisher auf diese Unterscheidung verzichtet, da ihr praktisch keine Bedeutung zukommt.
- 2) Ergänzend hierzu Darstellung VIII auf S. 182 f. im 2. Teil des Anhangs.



Figur 8 Kapitalertragsbilanz

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 43.

2,29 Mrd sondern ebenfalls möglicherweise mehr, höchstens aber 2,40 Mrd DM betragen hätten. Der Saldo der Kapitalertragsbilanz, der 1962 in Höhe von 1,33 Mrd DM passiv war, hätte dann zwischen minimal -1,28 Mrd und maximal -1,44 Mrd DM gelegen. Da dieser Schwankungsbereich sehr gering ist, braucht die genaue Aufwertungswirkung nicht ermittelt zu werden. Es kann deshalb auf eine Analyse der Kapitalbeziehungen, die 1961/63 gültig waren, ohne weiteres verzichtet werden.

vom tatsächlichen Wert, ohne Aufwertung und damit ohne "Umrechnungseffekt" hätte zustande kommen können ¹⁾. Die Differenz zwischen beiden Kurven gibt die höchstmögliche, durch die Aufwertung verursachte Abweichung wieder. Dabei zeigt sich, daß selbst in diesen Extremfällen die in absoluten Zahlen gerechneten Abweichungen, gemessen an den aufwertungsunbeeinflussten Veränderungen, außerordentlich klein sind, nämlich 1962 bei den Einnahmen nur 0,05 Mrd und bei den Ausgaben nur 0,11 Mrd DM. Das bedeutet, daß 1962 ohne Aufwertung die Einnahmen nicht 0,96 Mrd sondern möglicherweise mehr, höchstens aber 1,01 Mrd DM und die Ausgaben nicht

1) Das wäre dann der Fall gewesen, wenn 1. die dem Kapitaldienst der Jahre 1961/63 zugrundeliegenden Kapitalbeziehungen ohne Ausnahme bereits vor der Aufwertung bestanden hätten und 2. der Kapitaldienst für die Auslandsverpflichtungen (Auslandsforderungen) ausnahmslos auf der Währung des Gläubigers = des Auslands (des Schuldners = des Auslands) basiert hätte.

3) Regierungsbilanz ¹⁾

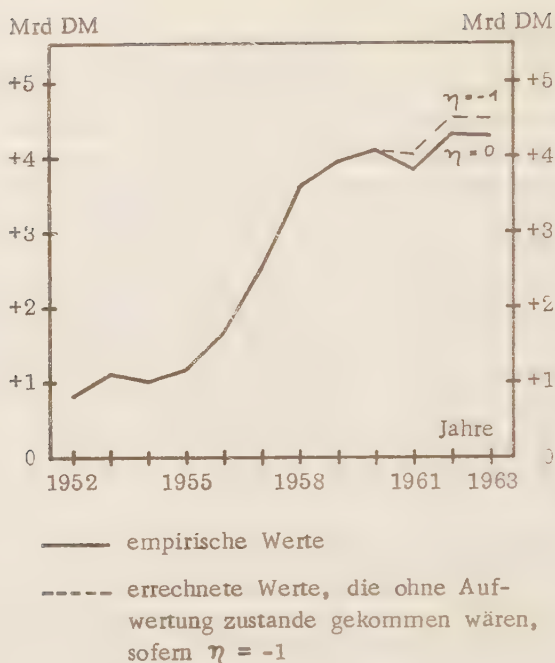
In den Jahren 1961/63 entfielen rund 90 % aller Umsätze (Einnahmen + Ausgaben) in dieser Bilanz der Regierungsleistungen auf Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische militärische Dienststellen (sog. "Truppendollar"). Wegen dieses hohen Anteils beschränken sich die folgenden Ausführungen allein auf diesen Einnahmeposten, der bereits im III. Kapitel (§ 2) aus einer anderen Fragestellung heraus diskutiert wurde ²⁾. Es wurde dort festgestellt, daß in neuerer Zeit die jährlichen Einnahmebeträge nur noch in relativ geringem Umfang anwachsen, während in früheren Jahren - insbesondere von 1956 bis 1958 - zeitweise sehr hohe Zuwachsraten beobachtet werden konnten (1962 oder 1963 gegenüber 1960: +0,2 Mrd DM; dagegen z. B. 1958 gegenüber 1956: +1,9 Mrd DM; 1962 lagen die Einnahmen um 2,3 Mrd DM höher als im Durchschnitt der Jahre 1952-1958). Wie diese Überlegungen weiter gezeigt haben, muß damit gerechnet werden, daß die Einnahmen an Truppendollar auch künftig nur noch sehr verlangsamt ansteigen.

Fig. 9 zeigt die Entwicklung dieses Einnahmepostens von 1952 bis 1963. Es gilt nun die Höhe des Aufwertungseinflusses auf die Einnahmewerte der Jahre 1961 bis 1963 zu untersuchen. Dabei bleibt zunächst die Möglichkeit vollkommen außer Betracht, daß durch die Aufwertung das inländische Preisniveau eine Veränderung erfahren haben könnte. Dann hatte die Aufwertung für die Bezieher von Einkommen in Auslandswährung, d. h. also für die in Westdeutschland stationierten ausländischen Streitkräfte, im Hinblick auf deutsche Waren und Dienstleistungen eine Senkung des Realeinkommens in Höhe des Aufwertungssatzes zur Folge. Voraussetzung dafür ist, daß der nominelle Betrag der Auslandseinkommen durch die Aufwertung unberührt geblieben ist. Um die Darstellung zu vereinfachen, wird zunächst der Substitutionseffekt dieser "Preisänderung" völlig aus der Betrachtung ausgeklammert. Es wird also angenommen, daß der Ausgabebetrag für den Bezug von Auslandsgütern fixiert und unveränderlich ist. Schließlich wird noch, wie üblich, unterstellt, daß der Realkonsum eine wachsende Funktion des Realeinkommens ist, wobei die marginale Konsumquote $\frac{dc}{dy}$ im Bereich $0 \leq \frac{dc}{dy} \leq +1$ liegt.

In diesem System sind folgende zwei extreme Reaktionen, in deren Zwischenbereich die tatsächliche Verhaltensweise liegen wird, auf die Datenänderung (= Aufwertung der inländischen Währung = Preiserhöhung der Inlandsgüter, gerechnet in ausländischer Währung = Realeinkommensminderung der Auslandseinkom-

1) Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, soweit sie nicht schon in anderen Zahlungsbilanzposten erfaßt sind.

2) S. 42 ff.



Figur 9 Einnahmen an "Truppendollar"

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 43.

men im Hinblick auf inländische Güter) denkbar:

a) Im Falle $\frac{dc}{dy} = 0$ ist die Reduktion des Realeinkommens ohne Einfluß auf den Realkonsum; die in Auslandswährung gerechneten Ausgaben werden im prozentualen Ausmaß der Aufwertung (zu Lasten der Ersparnisse) erhöht, die in Inlandswährung gerechneten bleiben folglich unverändert.

b) Im Falle $\frac{dc}{dy} = +1$ geht die Realeinkommensminderung im vollen Umfang (dem absoluten Betrag nach) zu Lasten des Realkonsums; ist außerdem die durchschnittliche Konsumquote $\frac{c}{y} = +1$, sinkt der Realkonsum (= Ausgaben in inländischer Währung) auch im selben prozentualen Verhältnis wie das Realeinkommen. Diese Kombination der numerischen Werte für die marginale und die durchschnittliche Konsumquote kann jedoch als Grenzfall angesehen werden. Die Gestalt der aus der Keynes'schen Konsumfunktion entwickelten Konsumkurve zeigt vielmehr, daß bei jedem Einkommen $\frac{dc}{dy} < \frac{c}{y}$ ist. Dann ist aber auch $\frac{\frac{dc}{dy}}{\frac{c}{y}} = \frac{dc}{dy} < +1$. Das bedeutet, daß die prozentuale Abnahme des Realkonsums in aller Regel kleiner als die des Realeinkommens ist.

Da die Realeinkommensänderung hier durch eine Preisänderung (Anstieg der Preise der Inlandsgüter, gerechnet in ausländischer Währung) verursacht wurde, lassen sich diese Zusammenhänge ebenso mit Hilfe der Preiselastizität der Nachfrage ausdrücken:

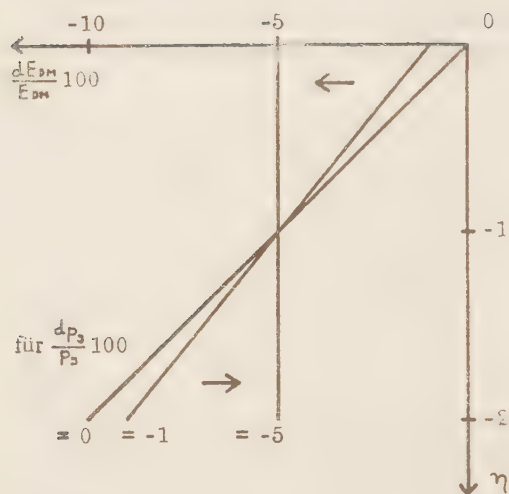
Im Falle a) ist $\frac{\frac{dm}{m}}{\frac{dp}{p}} = 0$, d. h. die mengenmäßige Nachfrage nach Inlandsgütern erfährt durch die aufwertungsbedingte Preiserhöhung, welche sich für Nachfrager mit ausländischer Währung ergibt, keine Änderung.

Im Falle b) ist dann $\frac{\frac{dm}{m}}{\frac{dp}{p}} > -1$, d. h. die mengenmäßige Nachfrage nach Inlandsgütern wird prozentual nicht stärker zurückgehen als der prozentualen Preiserhöhung entspricht.

Sobald nun der Substitutionseffekt berücksichtigt wird, muß mit der Möglichkeit eines zusätzlichen Nachfragerückgangs nach Inlandsgütern gerechnet werden. Die Preiselastizität von -1 kann dann auch nicht mehr als Grenzwert angesehen werden. Im konkreten Fall der Aufwertung sollte man jedoch diesen Effekt nicht sehr hoch bewerten. Vermutlich haben nämlich für eine Reihe von Ausgaben der Truppenangehörigen keine oder nur beschränkte Substitutionsmöglichkeiten bestanden. Das gilt vornehmlich für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Inland, wo auf Grund natürlicher Bedingungen eine Substitution in der Regel nicht möglich gewesen sein dürfte.

Berücksichtigt man schließlich noch den bisher vernachlässigten Inlandspreiseffekt der Aufwertung, erfährt das Ergebnis folgende letzte Modifizierung: Je mehr infolge der Aufwertung das inländische Preisniveau gesunken ist, desto mehr hat sich bei alternativen Werten der Preiselastizität der Nachfrage die prozentuale Einnahmемinderung dieses Bilanzpostens dem Abwertungssatz der ausländischen gegenüber der inländischen Währung angeglichen (vgl. Fig. 10). Durch die Senkung des inländischen Preisniveaus wird nämlich (teilweise) eine Kompensation der Preiserhöhung erreicht, die sich unmittelbar aus der Kursänderung für die Bezieher von Einkommen in ausländischer Währung ergeben hat. Da jedoch dieser Inlandspreiseffekt - wie schon früher festgestellt wurde - vermutlich nur sehr schwach zur Geltung gekommen ist, darf auch diese Kompensationswirkung nicht besonders hoch bewertet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das inländische Preisniveau infolge der Aufwertung nur geringfügig, d. h. weit weniger als um 5 %, gesunken.

Fig. 9 zeigt neben den tatsächlichen auch hypothetische Werte für die Jahre 1961 bis 1963, die ohne Aufwertung bei alternativen Preiselastizitäten der Nachfrage η der Truppenangehörigen zustande gekommen wären (ohne Berücksichtigung einer Änderung des inländischen Preisniveaus). Bei $\eta = 0$ ergibt sich überhaupt keine Mengenwirkung, weshalb auch die DM-Einnahmen unbeeinflusst geblieben



Figur 10

Proz. Einnahmeminderung an "Truppendinger" als Folge einer 5 %-Abwertung des β gegenüber der DM in Abhängigkeit zur Preiselast. der Nachfrage η und zur proz. Preissenkung im Inland

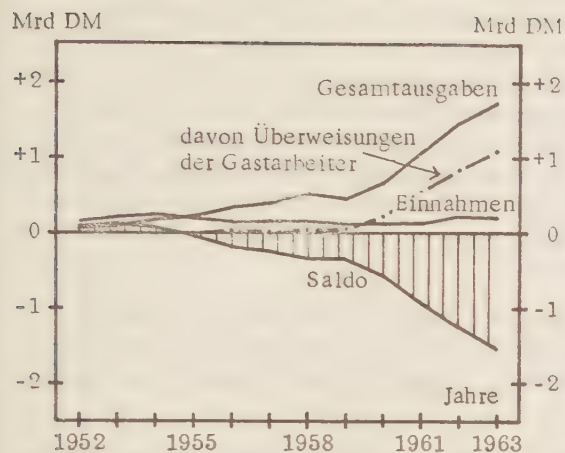
E_{DM} = Einnahmen an "Truppendinger",
gerechnet in DM
 P_I = Preise der Inlandsgüter

4) Bilanz der Arbeitsentgelte

Da in letzter Zeit der von den Gastarbeitern der Bundesrepublik vorgenommene Kapitaltransfer in hohem Maße die Entwicklung dieses Bilanzpostens bestimmt, beschränken sich die folgenden Ausführungen allein auf diese Transaktionen¹⁾. Es handelt sich dabei um die Überweisung der in Westdeutschland angesammelten Ersparnisse in die Heimatländer der Gastarbeiter. Dieser Transfer, der bisher in der Dienstleistungsbilanz unter den Ausgabeposten erschien, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und 1961 erstmals die 500 Millionen DM-Grenze

wären. Dagegen wären die Einnahmen 1962 bei $\eta = -1$ um 0,23 Mrd DM größer als in Wirklichkeit gewesen, d. h. sie hätten nicht 4,30 Mrd sondern 4,53 Mrd DM betragen. Infolge des vermutlich nur schwach ausgeprägten Substitutionseffekts kann angenommen werden, daß η nicht oder doch nur geringfügig kleiner als -1 und damit die Aufwertungswirkung nicht größer als etwa 250 Mio DM gewesen ist.

1) Die Deutsche Bundesbank weist diesen Kapitaltransfer ab Mai 1964 nicht mehr wie bisher in der Dienstleistungsbilanz, sondern in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen aus.



Figur 11 Bilanz der Arbeitsentgelte
(einschl. der Überweisungen
der Gastarbeiter)

(jährl. Ausgaben, Einnahmen
u. Saldo)

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 45 f.

tigen konjunkturellen Situation der Bundesrepublik und damit von der Situation am westdeutschen Arbeitsmarkt, also kurz von den Verdienstmöglichkeiten im Inland, abhängen. Noch wichtiger ist aber, wie sich das Reallohngefälle zwischen In- und Ausland entwickeln wird, und dafür ist nicht nur das wirtschaftliche Wachstum im Inland, sondern auch das im Ausland von Bedeutung. Neben diesen wirtschaftlichen Faktoren werden aber auch die natürliche Bevölkerungsentwicklung im In- und Ausland und die künftige Rechtsgestaltung - der internationale Arbeitsmarkt ist heute noch keineswegs voll liberalisiert - eine bedeutsame Rolle spielen.

Es spricht vieles dafür, daß die Zahl der Fremdarbeiter auch in den kommenden Jahren in der Bundesrepublik steigen und damit der hier interessierende Kapitaltransfer zunehmen wird: Trotz 800 000 Fremdarbeiter (Ende September 1963) - das sind nahezu 4 % aller in der Bundesrepublik beschäftigten Personen - reichen die verfügbaren Arbeitskräfte bei weitem noch nicht aus, sämtliche offenen

überschritten (vgl. Fig. 11). Bevor die Aufwertungswirkung untersucht wird, sollen zunächst einige grundsätzliche Überlegungen über die Haupteinflussfaktoren und die künftigen Entwicklungsaussichten dieses Ausgabepostens angestellt werden. Da die Höhe dieses Kapitaltransfers maßgeblich von der Anzahl der Gastarbeiter, die in der Bundesrepublik arbeiten, abhängt, ist es dabei vor allem erforderlich, sich Gedanken über die künftige Entwicklung des internationalen Austauschs von Arbeitsleistungen zu machen.

Der Zustrom von Gastarbeitern wird von der künft-

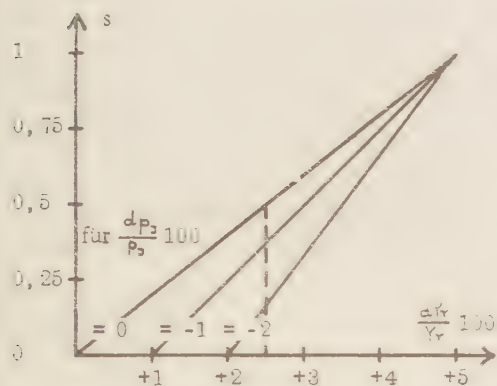
Stellen zu besetzen¹⁾; das Verhältnis Arbeitslose zu offene Stellen war im Durchschnitt des Jahres 1963 1:3. Dazu kommt, daß die Reallohndifferenzen zwischen dem Inland und einigen anderen europäischen Ländern bzw. Regionen immer noch sehr stark ausgeprägt sind. Es ist nicht damit zu rechnen, daß diese in den nächsten Jahren auf ein Maß zusammenschrumpfen werden, das die entsprechenden Faktorbewegungen von Land zu Land nicht mehr attraktiv genug erscheinen läßt²⁾. Schließlich ist zu erwarten, daß als Ergebnis der Integrationsbestrebungen auch der internationale Arbeitsmarkt in zunehmendem Maße liberalisiert werden wird, also juristische Hemmnisse, die den Faktoraustausch heute noch erschweren, abgebaut werden.

Der Saldo der Bilanz der Arbeitsentgelte verschlechterte sich 1962 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1952-1958 um 1,2 Mrd DM, gegenüber 1960 um 0,5 Mrd DM. Es gilt nun festzustellen, welche Rolle die Aufwertung bei diesen Veränderungen gespielt hat.

Für die Bezieher von D-Mark-Einkommen bedeutete die Aufwertung im Hinblick auf Auslandsgüter und -dienstleistungen eine Realeinkommenssteigerung im Ausmaß des Aufwertungssatzes, sofern die Auslandspreise trotz einer eventuellen Nachfragezunahme aus dem Inland unverändert blieben; doch das kann, wie früher schon gesagt wurde, tatsächlich angenommen werden. Daraus folgt, daß sich der reale Wert derjenigen Einkommensteile der Fremdarbeiter in der Bundesrepublik im Ausmaß der Aufwertung erhöhte, die nicht im Inland für Konsumzwecke ausgegeben, sondern gespart wurden, um unmittelbar oder später in das Ausland (= Heimatland) transferiert zu werden³⁾. Der reale Wert des Gesamteinkommens wäre folglich durch die 5 %-Aufwertung bei einer durchschnittlichen Sparquote von beispielsweise 20 % um 1 %, bei einer von 40 % um 2 % gestiegen.

-
- 1) Die vorliegenden Vorausberechnungen lassen zudem erwarten, daß in den kommenden Jahren die Zugänge an Erwerbspersonen aus dem Inland geringer sein werden als die Abgänge.
 - 2) Allerdings hat neuerdings in einigen Ländern (vornehmlich in Italien) der heimische Arbeitskräftebedarf zugenommen, so daß diese Quellen der Zuwanderung weniger ergiebig zu werden scheinen. Andererseits dürfte jedoch das brachliegende Arbeitskräftepotential vor allem außerhalb des EWG-Raums in Europa noch sehr groß sein.
 - 3) Unter den Begriff "Ersparnisse", wie er hier gebraucht wird, fallen also die Teile des Einkommens, die entweder noch in derselben Einkommensperiode oder zu einem späteren Zeitpunkt (nach einer "Anlage" im Inland) in das Ausland transferiert werden und dort zum Bezug von Zukunfts- oder Gegenwartsgütern durch Familienangehörige bestimmt sind.

Wären außerdem noch infolge der Aufwertung die Inlandspreise gesunken, so hätte sich im entsprechenden Maße auch der reale Wert der für Konsumzwecke im Inland bestimmten Einkommensteile erhöht. Bei einer Senkung der inländischen Preise um beispielsweise 1 % wäre die entsprechende Realeinkommenszunahme nicht nur 1 %, sondern 1,8 %, bzw. nicht nur 2 %, sondern 2,8 % gewesen (vgl. Fig. 12). Vermutlich lag die tatsächliche Realeinkommenssteigerung nicht höher als 50 % des Aufwertungssatzes, d. h. sie betrug nicht mehr als 2,5 %¹⁾.



Figur 12

Proz. Erhöhung d. Realeinkommens der Fremdarbeiter als Folge d. DM-Aufwertung in Abhängigkeit zu deren durchschn. Sparquote u. der proz. Preissenkung im Inland

Y_r = Realeinkommen der Fremdarbeiter
 s = durchschn. Sparquote der Fremdarbeiter
 p_I = Preise der Inlandsgüter

lassen dennoch den Schluß zu, daß die hier beschriebenen Wirkungen im Falle der Aufwertung recht unbedeutend klein geblieben sind.

Da dieser Anstieg des Realeinkommens der Fremdarbeiter das ohnehin schon bestehende Einkommensgefälle zum Ausland noch erweitert hat, besteht die Möglichkeit, daß zusätzliche Arbeitskräfte zugewandert sind. Außerdem könnte sich das Aufteilungsverhältnis des Einkommens in die Bestandteile, die einerseits zum Erwerb von Gegenwartsgütern und andererseits zum Erwerb von Zukunftsgütern bestimmt sind, zu Gunsten der Zukunftsgüter geändert haben. Denn diese sind nicht nur absolut, sondern auch relativ gegenüber den inländischen Gegenwartsgütern billiger geworden. Da die numerischen Werte der hier relevanten Verhaltensgleichungen nicht bekannt sind, ist es jedoch sehr schwer, diese Aussagen zu präzisieren. Die folgenden Überlegungen

1) Sofern der aufwertungsbedingte Rückgang des inländischen Preisniveaus 1 % betragen hat, bedeutet das, daß die durchschnittliche Sparquote der Gastarbeiter nicht größer als rund 40 % ist. Diese Annahme erscheint vertretbar, wenn auch die Sparquote wesentlich höher als bei der Gesamtheit der inländischen Wirtschaftssubjekte liegen dürfte (hier war sie 1962 8,5 %).

Der internationale Arbeitsmarkt ist heute noch weitgehend unvollkommen und der Wettbewerb auf ihm ist noch großen Beschränkungen unterworfen ¹⁾. Dabei handelt es sich um Unvollkommenheitsfaktoren, die beispielsweise ihre Wurzel im einzel menschlichen Verhalten haben – es bestehen bestimmte Präferenzen: Bindung an die Heimat, grundsätzliche Bevorzugung inländischer Arbeitskräfte –, daneben aber auch um rechtliche Hemmnisse, die den internationalen Wettbewerb beschränken. Alle diese Beschränkungen sind unabhängig von der Höhe des Einkommensgefälles und mindern die Wirksamkeit des Preismechanismus auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Die Arbeitskräftebewegungen über die nationalen Grenzen hinweg gründen sich zwar auf die bestehenden Reallohndifferenzen. Diese Unvollkommenheitsfaktoren und Beschränkungen des Wettbewerbs sind jedoch derart ausgeprägt, daß eine relativ geringfügige Erweiterung des Einkommensgefälles auf den Faktorenaustausch keinen oder nur einen unbedeutenden Einfluß auszuüben imstande ist. Da außerdem auf Grund der schwachen Aufwertungswirkung das ursprüngliche Aufteilungsverhältnis des Einkommens in Konsum und Ersparnis weitgehend beibehalten worden sein dürfte, bedeutet das, daß die Aufwertung den Umfang der Geldüberweisungen ausländischer Arbeitskräfte praktisch unbeeinflußt gelassen hat.

§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse

1. Es war nicht möglich, die Aufwertungswirkung trotz Kenntnis des Aufwertungssatzes exakt zu berechnen. Einerseits hat sich nämlich die Tatsache störend bemerkbar gemacht, daß der Untersuchungszeitraum außerordentlich kurz ist. Zum anderen darf nicht vergessen werden, daß sich in den empirisch gegebenen Import- und Exportzahlen bzw. in deren Zuwachsraten die Änderungen von mehreren bestimmenden Variablen spiegeln. Die Isolierung der einzelnen Komponenten hätte die genaue Kenntnis der relevanten makroökonomischen Verhaltensgleichungen zur Voraussetzung gehabt, die jedoch in Wirklichkeit unbekannt sind. Infolgedessen konnte die Untersuchung nur Indizien für die Beurteilung der Aufwertungswirkung liefern ²⁾.

1) Monopolistic competition (durch Unvollkommenheitsmerkmale verursacht) im Sinne Chamberlins und imperfect competition (durch Merkmale der Wettbewerbsbeschränkung hervorgerufen) im Sinne J. Robinsons.

2) "Über die Auswirkungen der Aufwertung der D-Mark auf die Zahlungsbilanz und auf die Preise wird man jetzt und wahrscheinlich auch später kein sicheres Urteil abgeben können. Das bedeutet natürlich nicht, daß Überlegungen über den Erfolg oder Mißerfolg gänzlich unmöglich wären." So Carstens, a. a. O., S. 112.

2. Im Bereich der Warenhandelsbilanz wurde die Prognose von Böventers getestet, die sich mit der Reaktion der westdeutschen Importe und Exporte auf eine Wechselkursänderung befaßte. Dabei stellte sich heraus, daß die tatsächlichen, in den Jahren 1961-62 (bzw. 1961-63) eingetretenen Veränderungen im Außenhandel mit denen, die auf Grund der Preis- und Einkommensentwicklung erwartet werden konnten, weitgehend übereinstimmten. Das legt die Vermutung nahe, daß die Preis- und Einkommenselastizitäten, die von Böventer für die Zeit vor 1960 berechnet hat, auch noch zum Zeitpunkt der Aufwertung und unmittelbar danach Gültigkeit besaßen. Wenn das aber der Fall, d. h. die Importpreiselastizität -1 und die Exportpreiselastizität -2 war und außerdem die in D-Mark gerechneten Exportpreise infolge der Aufwertung - wie vermutet - um 50 % des Aufwertungssatzes sanken, dann blieb die D-Mark-Aufwertung auf die Importwerte ohne Einfluß, während sie die Exportwerte um 7,2 % verminderte (vgl. Tab. 28).

Leistungsbilanz für 1962 (in Mrd DM)

	tatsächl. Werte	aufwertungsbereinigte Werte
<u>1. Handelsbilanz</u>		
Import (cif)	-49,50	-49,50
Export (fob)	+52,98	+56,71 ^{x)}
Saldo d. Handelsbilanz	+ 3,48	+ 7,21
<u>2. Dienstleistungsbilanz</u>		
Reiseverkehrsbilanz	- 2,32	- 2,32
Kapitalertragsbilanz	- 1,33	-1,28/-1,44
Einn. an Truppendollar	+ 4,30	+4,30/+4,53
Bil. d. Arbeitsentgelte (einschl. Überweisg. d. Gastarbeiter)	- 1,25	- 1,25
Saldo d. sonst. Dienstleistg.	- 0,80	- 0,80
Saldo d. Dienstleistg. bilanz	- 1,40	-1,12/-1,51
<u>Saldo der Leistungsbilanz</u>	+ 2,08	+6,09/+5,70

^{x)} Es wird unterstellt, daß die Exporte (mit Ausnahme der nach den Niederlanden) infolge der Aufwertung um 7,2 % zurückgegangen sind.

Tabelle 28

Quelle: Mon. ber. d. DBBk für Mai 1964, S. 28 ff. und S. 122 ff.

3. Die Untersuchung der Dienstleistungsbilanz beschränkte sich auf die vier Dienstleistungsposten, die in den letzten Jahren die größten Veränderungen aufwiesen. Dabei ergab sich, daß die Aufwertung vermutlich in keinem Fall große

Veränderungen in den einzelnen Dienstleistungsströmen zur Folge hatte. Da sich außerdem einzelne Wirkungen möglicherweise gegenseitig ausgeglichen haben, besteht guter Grund für die Annahme, daß die Gesamtbilanz der Dienstleistungen durch die Aufwertung (nahezu) unbeeinflußt geblieben ist (wahrscheinlichste Wirkung nach von Böventer)¹⁾. In Tab. 28 wurden die wahrscheinlichsten Veränderungen der einzelnen Posten zugrunde gelegt. Als Gesamtergebnis ergibt sich somit, daß die Aufwertung innerhalb der gesamten Leistungsbilanz vermutlich nur die Exportwerte entscheidend verändert hat. Die Verschlechterung des Leistungsbilanzsaldos in Höhe von 3,6 Mrd bzw. 4,0 Mrd DM (1962) geht nämlich ausschließlich bzw. beinahe ausschließlich zu Lasten des Exports (-3,7 Mrd DM).

-
- 1) Auch Gatz, der - wie es auch in dieser Arbeit geschehen ist - die starke Verschlechterung der Handelsbilanz im Jahre 1962 zum Teil der Aufwertung zuschreibt, kommt hinsichtlich der Dienstleistungsbilanz zu einem ähnlichen Ergebnis; vgl. Gatz, a.a.O., S. 417. Im Gegensatz dazu wird in dem erst Mitte Januar 1965 veröffentlichten Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrats die Auffassung vertreten, daß "im Gefolge der Aufwertung (die in der Dienstleistungsbilanz schon vorhandene) Passivierungstendenz offensichtlich verstärkt (wurde)" (Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in Drucksache IV/2890 des Deutschen Bundestags vom 5. Januar 1965, S. 17). Dagegen glaubt man dort ebenfalls, "daß der drastische Rückgang des deutschen Exportüberschusses 1962 nicht durch die konjunkturelle Nachfrageentwicklung bedingt war, sondern als Folge der Aufwertung und (einer vorher näher beschriebenen) Kostensteigerung anzusehen ist"; Gutachten, a.a.O., S. 17.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Wenn in dieser Arbeit die Notwendigkeit der Aufwertung besprochen wurde, so darf daraus nicht die Forderung abgeleitet werden, nur mit Hilfe einer Abwertung die alte Parität wiederherzustellen. Diese Forderung erscheint nämlich schon deshalb unsinnig, weil eine solche Maßnahme mit der Zahlungsbilanzentwicklung der letzten Jahre und mit den hohen Gold- und Devisenreserven der Bundesbank völlig unvereinbar wäre. So viel mir bekannt ist, hat auch niemand ernsthaft eine Abwertung der D-Mark gefordert, dagegen konnte gelegentlich - insbesondere im Frühjahr 1964, als in der Leistungsbilanz hohe Überschüsse zustande kamen - der Ruf nach einer zweiten Aufwertung vernommen werden.

Eine Wiederherstellung der alten Kursrelationen dürfte allerdings auch dann nicht ohne weiteres empfohlen werden, wenn Zahlungsbilanzdefizite die Folge der Aufwertung gewesen wären¹⁾. Auf Grund der hohen Devisenreserven hätten nämlich auch sie, selbst wenn sie einige Milliarden D-Mark betragen und sich einige Jahre wiederholt hätten, vom außenwirtschaftlichen Liquiditätsstandpunkt aus gesehen, keineswegs eine Katastrophe bedeutet. Dagegen wurde die mit einer Abwertung verbundene abermalige Änderung des Wechselkurses nochmals die internationalen Kapitalbeziehungen, und zwar diesmal weit stärker als bei der Aufwertung, stören. Sobald jedoch die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes in Mitleidenschaft gezogen wird, besteht die Gefahr, daß der auf der Grundlage der Kreditkonditionen basierende internationale Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanzen unwirksam wird und zuletzt ganz ausfällt. Es wäre deshalb in jedem Fall besser, die im Anschluß an die Aufwertung auf dem Kapitalmarktsektor (und auch auf anderen Sektoren) von den Wirtschaftssubjekten vorgenommenen Anpassungsvorgänge an die neuen Kurse zu respektieren und nicht abermals durch einen neuen Eingriff eine neue Anpassung zu erzwingen. Da solche Störungen und Neuanpassungen notwendigerweise bei jeder Art von Wechselkursänderung ausgelöst werden, gelten diese Überlegungen mutatis mutandis auch für die gegenwärtig zweifellos weitaus aktuellere und tatsächlich auch immer wieder in der währungspolitischen Diskussion auftauchende Forderung, die D-Mark ein zweites Mal aufzuwerten.

Sowohl die Diskussion um die Aufwertung der D-Mark als auch die wirtschaftspolitischen Streitgespräche von heute zeigen, daß in den hier angeschnittenen fundamentalen währungspolitischen Problemen immer noch Meinung gegen Meinung steht. Selbst die Frage, welche währungspolitische Grundordnung gegenwärtig am sinnvollsten und brauchbarsten ist, ist bekanntlich heftig umstritten. Die einen

1) In den drei Jahren unmittelbar nach der Aufwertung war die Zahlungsbilanz per Saldo ausgeglichen; der Gesamtbestand an Gold und Nettoforderungen an das Ausland entsprach Ende März 1964 genau dem Stand vom 6. März 1961.

bezeichnen "das System der festen Wechselkurse als Krebsübel" ¹⁾, da in unserer Wirtschaftsordnung keine freie Beweglichkeit der Löhne und Preise nach unten mehr gegeben sei, gestehen allerdings zuweilen zu, daß "eine gewisse Stabilität und Kontinuität der Währung national und international erforderlich ist" ²⁾; mehrmalige Kursänderungen in rascher zeitlicher Folge sollten deshalb vermieden werden. Andere dagegen fordern die absolute Stabilität der Paritäten. Sie seien die *conditio sine qua non* für die Funktionsfähigkeit des Mechanismus der Zinsarbitrage, die "der einzige marktmäßige Garant des Zahlungsausgleichs zwischen Einzel- und Volkswirtschaften (sei)" ³⁾. Deshalb dürfte eine Paritätsänderung nur in ausgesprochenen Notfällen, gewissermaßen als "ultissimum refugium", erlaubt werden. Eine dritte Gruppe schließlich fordert rigorosen Übergang zum System flexibler Wechselkurse ⁴⁾, denn nur auf diese Weise könne der Geldwert im eigenen Lande stabil gehalten, d. h. eine "importierte Inflation" vermieden werden. Die Bundesregierung hat bisher allen Vorschlägen, die einen Übergang zu flexiblen Kursen anregen, scharfe Absagen erteilt und immer ihre Bereitschaft erklärt, an der derzeit gültigen Parität festzuhalten und sie auch notfalls zu verteidigen. Allerdings kann es keine Zweifel geben, daß solche Beteuerungen heute nicht mehr die Glaubwürdigkeit besitzen wie noch vor dem 5. März 1961.

Es ist nicht Aufgabe des Autors, zu den hier skizzenhaft angedeuteten ordnungspolitischen Grundfragen Stellung zu nehmen. Nur ein Gesichtspunkt, der bei der bisherigen Erörterung des Aufwertungsproblems vielleicht etwas zu wenig in den Vordergrund gestellt worden ist, soll an dieser Stelle noch erwähnt werden, nämlich das wirtschaftliche Integrationsproblem Europas. Vor Wechselkursänderungen oder gar vor der Verwirklichung des Plans, zu flexiblen Kursen überzugehen, ist es heute wichtiger denn je, zuerst die mutmaßlichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die internationalen Kooperations- und Integrationsbestrebungen ernsthaft zu prüfen. Freilich gibt es auch bei der Beurteilung der Frage, ob eine Integration - so wie sie durch die EWG verwirklicht werden soll - nur bei festen Wechselkursen möglich ist, keine einheitliche Meinung; das hat erst die jüngste Diskussion um das umstrittene Sachverständigengutachten besonders deutlich gezeigt.

1) Salin, a. a. O., S. 442.

2) Salin, a. a. O., S. 447.

3) Stützel, a. a. O., S. 206.

4) So z. B. erst in jüngster Zeit die wissenschaftlichen Berater der Bundesregierung in ihrem schon weiter oben erwähnten "Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung".

Die Vielfalt der existierenden ordnungspolitischen Wunschbilder sowie die daraus resultierende und sich immerwieder offenbarende Uneinigkeit bei der Beurteilung währungspolitischer Maßnahmen waren es hauptsächlich, die die Aufwertungsdiskussion so außerordentlich geschiert haben, ohne daß je Übereinstimmung in der Aufwertungsfrage erreicht worden wäre. Sinn und Zweck dieser Arbeit war es in erster Linie, die Frage der Notwendigkeit der Aufwertung vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus möglichst allumfassend, d.h. unter Berücksichtigung sämtlicher hierbei maßgebenden Gesichtspunkte, zu behandeln. Dabei war es unumgänglich, bei der Formulierung des Endergebnisses selbst ein Bekenntnis zu einer ganz bestimmten Gestaltung der Wirtschaftsordnung abzugeben, da eine "normfreie" Lösung wirtschaftspolitischer Fragen bekanntlich nicht möglich ist. Es bleibt zu hoffen, daß diese Arbeit nicht nur als weiterer Beitrag zu der ohnehin schon sehr umfangreichen Aufwertungsdiskussion aufgefaßt wird, sondern daß die in ihr enthaltene Zusammenfassung objektiver Tatbestände und subjektiver Werturteile Anlaß dazu gibt, so aktuelle Probleme, wie die Umgestaltung der Währungsordnung und insbesondere den Übergang zu einem anderen Wechselkurssystem, neu zu durchdenken.

A N H A N G

=====

ANHANG - 1. TEIL

EIN WACHSTUMSMODELL - ANALYSE DES EINFLUSSES VON WACHSTUMSPROZESSEN AUF DIE LEISTUNGSBILANZ

Es soll die Wirkung einzelner Wachstumsprozesse auf die Leistungsbilanz dargestellt werden. Die Untersuchung wird an Hand eines abstrakten Modells, das mit sehr globalen makroökonomischen Größen arbeitet, vorgenommen. Die Abstraktheit zeigt sich vor allem in einigen die Analyse rigoros vereinfachenden, dafür aber auch entsprechend wirklichkeitsfremden Annahmen und Bedingungen. Wie immer in solchen Fällen ist eine unmittelbare Übertragung der Ergebnisse auf die tatsächlich existierende Wirtschaft nicht möglich. Trotzdem gestattet diese modellmäßige Betrachtung, einige generelle, im empirischen Teil interessierende Sachzusammenhänge zu erklären. Zum Schluß dieser Ausführungen werden einige Bemerkungen zur Frage der Reaktion der Kapitalbilanz auf Wachstumsprozesse angefügt.

I) Vorbemerkungen und Ausgangsbedingungen

Das Modell basiert auf den folgenden Grundannahmen: Es existieren nur zwei Produktionsfaktoren, nämlich der Faktor Arbeit (A) und der Faktor Kapital (K). Die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion hat linearen, homogenen Charakter (Produktionsfunktion vom Douglas-Cobb-Typ), d. h. alle Produktionsfaktoren sind unbegrenzt substituierbar. Ihre Form sei in der Ausgangsperiode 0:

$$\lambda \sqrt{A} \cdot \sqrt{K} = P;$$

(wo P das physische Produkt, den Ertrag oder output und λ eine Konstante darstellt).

Dabei sollen folgende numerischen Beziehungen gelten:

$$\sqrt{25} \cdot \sqrt{4} = 10;$$

d. h. $A_0 = 25$; $K_0 = 4$; $\lambda_0 = 1$; somit ist $P_0 = 10$.

Unter den Annahmen vollständiger Konkurrenz und allgemeinen Strebens nach Gewinnmaximierung errechnen sich dabei die Faktorpreise nach den Regeln der Grenzproduktivitätstheorie, d. h. die relative Seltenheit der Faktoren bestimmt ihren Preis. Werden die Faktoren mit ihrem Grenzprodukt entlohnt (und liegt eine lineare, homogene Produktionsfunktion vor), dann schöpft die Summe der Zahlungen an die Faktoren das Gesamtprodukt aus (Euler'sches Theorem)¹⁾.

1) Es muß also sein $\frac{dP}{dA} A + \frac{dP}{dK} K = P$.

Beweis: Es gilt $\frac{dP}{dA} = \alpha \lambda A^{\alpha-1} K^{1-\alpha} = \lambda A^{\alpha} K^{1-\alpha} A^{-1} = P \alpha A^{-1} = \alpha \frac{P}{A}$.

Damit ist $\frac{dP}{dA} A + \frac{dP}{dK} K = \alpha \frac{P}{A} A + (1-\alpha) \frac{P}{K} K = \alpha P + (1-\alpha) P = P$.

Es ist also der Lohnsatz I

$$l_0 = \alpha \frac{P}{A} = 0,5 \frac{10}{25} = 0,2;$$

und der Zinssatz q

$$q_0 = (1 - \alpha) \frac{P}{K} = 0,5 \frac{10}{4} = 1,25;$$

(wo α der Exponent von A in der Gleichung der Produktionsfunktion ist).

Die Gesamtkosten V_0 sind 10, die totale Mengenproduktivität Q_0 ist

$$Q_0 = \frac{P}{A + Kq} = \frac{10}{5 + 5} = 1.$$

Es sollen nun verschiedene Formen des wirtschaftlichen Wachstums untersucht werden. Dazu zunächst eine Definition dieses Begriffs, wie er hier verstanden werden soll:

Wirtschaftliches Wachstum, so wird definiert, sei immer dann gegeben, wenn auf Grund von Kapitalakkumulation, Bevölkerungswachstum und/oder technischem Fortschritt eine Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Outputs (Bruttosozialprodukts) zustande kommt. Technischer Fortschritt ermöglicht auf der Grundlage neuer technologischer Erkenntnisse den Übergang zu einer neuen Produktionsfunktion, der zugleich mit einer Senkung der Durchschnittskosten $\frac{A+Kq}{P}$ bzw. mit einer Zunahme der totalen Mengenproduktivität $\frac{P}{A+Kq}$ verbunden ist. Mit dieser Formulierung werden gleichzeitig alle Bewegungen entlang einer gegebenen Produktionsfunktion aus der Definition ausgeschlossen. Das setzt allerdings eine (zumindest gedankliche) Trennung der reinen Substitutionsvorgänge vom technischen Fortschritt im eigentlichen Sinne voraus ¹⁾.

Eine Zunahme des Bruttosozialprodukts und damit wirtschaftliches Wachstum entsprechend der Definition ist offenbar auf zwei verschiedenen Wegen zu erreichen: entweder über einen technischen Fortschritt, der sich in einer Änderung der Produktionsfunktion äußert (Fall 1), oder auf der Grundlage der gegebenen Produk-

1) Es ist keineswegs beabsichtigt, hier auf den in der Literatur aufgetretenen Streit, ob eine solche Trennung sinnvoll und überhaupt möglich ist, näher einzugehen. In diesem Zusammenhang sind für Fragen, die diesen Problemkreis berühren, Kaldor N., A Model of Economic Growth, Economic Journal Vol. XLVII 1957, S. 591 ff; Solow R.M., Technical Change and the Aggregate Production Function, The Rev. of Econ. and Stat., Vol. XXXIX, 1957, S. 312 ff; dazu auch Ott Alfred, Produktionsfunktion, technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF. Band 17, S. 155 ff. Bei Ott finden sich weitere Literaturangaben.

tionsfunktion über das Wachstum der Produktionsfaktoren (Fall 1). Im ersten Fall ist es im Gegensatz zum zweiten möglich, mit gleichbleibenden Gesamtkosten einen höheren Ertrag zu erzielen, da die Produktivität zunimmt. Das Faktoreinsatzverhältnis kann sich in beiden Fällen ändern, aber auch unverändert bleiben.

Vorbemerkung zu Fall 1: Es gibt verschiedene Arten des technischen Fortschritts. In erster Linie muß unterschieden werden, ob es sich um die arbeitssparende (Zunahme der Kapitalintensität $\frac{K}{A}$), die kapitalsparende (Abnahme von $\frac{K}{A}$) oder die neutrale (gleichbleibendes $\frac{K}{A}$) Erscheinungsform handelt. Die nachfolgende Tab. 29 gibt sieben Kombinationsmöglichkeiten wieder ¹⁾.

		Arten des technischen Fortschritts						
Kombinationsmöglichkeiten		K/A	K/P	A/P	Nebenbedingung	K für A P=const.	K für A P=zunehmend ^{x)}	
I	1	+	+	-	$+dK \cdot q < -dA \cdot l$	+	-	+
	2	arb. - spar.	+	c	-	c	-	+
	3	+	-	-	$\left \frac{-d(\frac{K}{P})}{\frac{K}{P}} \right < \left \frac{-d(\frac{A}{P})}{\frac{A}{P}} \right $	-	-	+
	4	-	-	+	$-dK \cdot q > +dA \cdot l$	-	+	c
II	5	kap. - spar.	-	-	c	-	c	+
	6	-	-	-	$\left \frac{-d(\frac{K}{P})}{\frac{K}{P}} \right > \left \frac{-d(\frac{A}{P})}{\frac{A}{P}} \right $	-	-	c
III	7	neutr.	c	-	-	$\left \frac{-d(\frac{K}{P})}{\frac{K}{P}} \right = \left \frac{-d(\frac{A}{P})}{\frac{A}{P}} \right $	-	-

^{x)} Der Faktor, zu dessen Gunsten sich der technische Fortschritt auswirkt, wird konstant gehalten; dafür steigt das Produkt.

+ Zunahme, - Abnahme, c Konstanz.

In allen Fällen muß die totale Mengenproduktivität $Q = \frac{P}{1L + Kq}$ zunehmen (bzw. müssen die Durchschnittskosten sinken).

Tabelle 29

- 1) Diese Tabelle wurde dem Aufsatz von Ott entnommen, jedoch vom Verfasser erweitert; siehe dazu Ott A., a. a. O., S. 171. Es muß auch an dieser Stelle betont werden, daß absichtlich auf eine kritische Prüfung der von Ott verwendeten Einteilungskriterien verzichtet wird, da dieses Vorgehen zu weit von der eigentlichen Problemstellung abführen würde.

Diese Unterteilung des technischen Fortschritts in sieben Kategorien geschieht ausschließlich unter der Annahme der Konstanz der Faktorpreisrelationen. Es wird also zunächst immer unterstellt, daß die ursprüngliche Faktorpreisrelation weitergilt, d. h. daß die Neigung der Isotimen im Koordinatensystem, auf dessen Achsen die Faktormengen abgetragen sind, unverändert bleibt. Die Einteilung in die verschiedenen Unterarten des technischen Fortschritts erfolgt sodann entsprechend der Lage des neuen Tangentialpunkts der neuen Isoquante mit der neuen, die ursprüngliche Neigung aufweisenden Isotime, verglichen mit der Lage des ursprünglichen Tangentialpunktes. Dabei ist nun aber offensichtlich zu beachten, daß dieser neue Tangentialpunkt keineswegs mit dem neuen Gleichgewichtspunkt identisch sein muß. Denn nach Einführung des technischen Fortschritts können sich je nach Art der neuen Produktionsfunktion und der zur Verfügung stehenden Faktoreinsatzmengen (bzw. der jeweils gültigen Angebotsfunktionen für Faktoren) neue Faktorpreisrelationen entsprechend der Veränderung der relativen Seltenheit der Faktoren herausbilden. Diese neuen Faktorpreisrelationen verursachen auf der neuen Isoquante Substitutionsprozesse, die dann erst endgültig zum neuen Gleichgewichtspunkt führen.

II) Darstellung verschiedener Wachstumsprozesse

Im folgenden beschränke ich mich auf die Untersuchung des neutralen technischen Fortschritts. Daraus ist dann bereits eine Verallgemeinerung auf alle möglichen Arten des technischen Fortschritts durchführbar.

Fall 1: Neutraler technischer Fortschritt äußert sich in der Produktionsfunktion

$$\lambda \sqrt{A} \cdot \sqrt{K} = P$$

in einer Erhöhung des Wertes der Konstanten λ ($\lambda_0 = 1$), bei gleichbleibenden Exponenten von A und K. Es sei $\lambda_1 = 2$, so daß sich als neue Produktionsfunktion die folgende Gleichung ergibt:

$$2 \sqrt{A} \cdot \sqrt{K} = P.$$

a) Der Einsatz der Produktionsfaktoren bleibe konstant $A_{1a} = A_0 = 25$ und $K_{1a} = K_0 = 4$. In diesem Fall ist

$$P_{1a} = 2 \sqrt{25} \cdot \sqrt{4} = 20$$

und die totale Mengenproduktivität $Q_{1a} = \frac{20}{25 \cdot 0,2 + 4 \cdot 1,25} = \frac{20}{5 + 5} = 2$;
somit ist $Q_{1a} > Q_0$.

a) Diese Erhöhung der totalen Produktivität schlägt sich in einer Erhöhung der Faktorpreise bei gleichbleibendem Produktpreisniveau p ($p_{1a\alpha} = p_0 = 1$) nieder. Für die Faktorpreise errechnen sich dann folgende Werte

$$l_{1a\alpha} = 0,5 \frac{20}{25} = 0,4 \quad \text{und} \quad q_{1a\alpha} = 0,5 \frac{20}{4} = 2,5.$$

β) Die Erhöhung der totalen Produktivität führt in vollem Umfang zu einer Senkung des Produktpreisniveaus bei gleichbleibenden Faktorpreisen und Nominal-einkommen:

$$p_{1a\beta} = 0,5, \quad l_{1a\beta} = 0,2, \quad q_{1a\beta} = 1,25.$$

b) Der Umfang der Produktion bleibe (ebenso wie die Kapitalintensität) konstant: $P_{1b} = P_0 = 10$. Als erforderlicher Einsatz der Faktoren errechnet sich $A_{1b} = 12,5$ und $K_{1b} = 2$. Die totale Produktivität ist wiederum $Q_{1b} = \frac{10}{12,5 \cdot 0,2 + 2 \cdot 1,25} = 2$ und somit $Q_{1b} > Q_0$.

α) Schlägt sich die Zunahme der totalen Produktivität in einer Erhöhung der Faktorpreise bei gleichbleibendem Produktpreisniveau p ($p_{1b\alpha} = p_0 = 1$) nieder, so ist $l_{1b\alpha} = 0,4$ und $q_{1b\alpha} = 2,5$.

β) Hat dagegen die Produktivitätszunahme ausschließlich eine Senkung des Produktpreisniveaus ($p_{1b\beta} = 0,5$) zur Folge, so bleiben die Faktorpreise l und q unverändert:

$$l_{1b\beta} = l_0 = 0,2 \quad \text{und} \quad q_{1b\beta} = q_0 = 1,25.$$

Somit erhält man vier mögliche Grenzfälle, auf welche Weise sich Produktivitätszunahmen, die aus einem neutralen technischen Fortschritt hervorgehen, auswirken können. Die Einreihung der Fälle b) unter den oben gegebenen Wachstumsbegriff erscheint auf den ersten Blick problematisch, weil hier das physische Produkt nicht zunimmt. Da uns jedoch nichts daran hindert, diesen formalen Wachstumsbegriff weiter zu fassen, sollen im folgenden auch Fälle, in denen Produktivitätszunahmen ausschließlich zu einer "Mehrproduktion" des Gutes Freizeit bei gleichbleibender Güterversorgung führen, zu den Wachstumsvorgängen gezählt werden.

Bei allen anderen Arten des technischen Fortschritts ändert sich im Gegensatz zum neutralen technischen Fortschritt die Kapitalintensität. Aber auch in diesen Fällen erhöht sich definitionsgemäß die totale Mengenproduktivität. Diese kann auf der

inen Seite eine Erhöhung des physischen Produkts oder der verfügbaren Freizeit pro Zeiteinheit, auf der anderen Seite eine Erhöhung der Faktorpreise oder eine Senkung der Produktpreise zur Folge haben ¹⁾. Am prinzipiellen Ergebnis ändert sich somit nichts, so daß sich eine gesonderte Darstellung hier erübrigt.

Fall 2: Im Rahmen der gegebenen Produktionsfunktion $1 \sqrt{A} \cdot \sqrt{K} = P$ ist ein Wachstum (Zunahme von P) immer dann verwirklicht, wenn das Produkt $A \cdot K$ zugenommen hat.

a) Im einfachsten Fall bleibt die Kapitalintensität unverändert, d.h. beide Faktoren - und damit auch das Produkt - wachsen mit derselben Rate. Es sei

$$A_{2a} = 50, \quad K_{2a} = 8; \quad \text{somit ist} \quad P_{2a} = 20.$$

Die totale Mengenproduktivität bleibt konstant:

$$Q_{2a} = \frac{20}{50 \cdot 0,2 + 8 \cdot 1,25} = \frac{20}{10 + 10} = 1, \text{ damit ist } Q_{2a} = Q_0.$$

Es liegt folglich kein technischer Fortschritt vor, denn die Erhöhung des outputs kommt allein durch eine Zunahme des Kapitalstocks (=Erweiterungsinvestitionen) und eine mit gleicher Rate wachsenden Bevölkerung zustande. Das Sozialprodukt pro Kopf ist ebenfalls unverändert geblieben. Es ist deshalb auch kein Raum für Faktorpreiserhöhungen oder Produktpreissenkungen.

b) Ändert sich das Faktoreinsatzverhältnis, so ändern sich auch die einzelnen partiellen Produktivitäten.

Es sei

$$A_{2b} = 25, \quad K_{2b} = 16 \quad \text{und somit} \quad P_{2b} = 20.$$

Die Verdoppelung des outputs kommt durch eine Vervierfachung des Umfangs des Kapitalstocks bei gleichbleibender Zahl an Arbeitskräften zustande. Die Arbeitsproduktivität verdoppelt sich also, die Kapitalproduktivität sinkt auf die Hälfte, die totale Mengenproduktivität sinkt auf

$$Q_{2b} = \frac{20}{25 \cdot 0,2 + 16 \cdot 1,25} = \frac{20}{5 + 20} = 0,8.$$

1) In Ergänzung zu diesen Überlegungen wird auf Darstellung IX im 2. Teil des Anhangs (S. 184 ff) verwiesen. Es wird dort auch der Fall des arbeitsparenden technischen Fortschritts näher untersucht.

Bleiben die Produktpreise unverändert, so steigt l auf

$$l_{2b} = 0,5 \frac{20}{25} = 0,4 \quad \text{und fällt } q \text{ auf}$$

$$q_{2b} = 0,5 \frac{20}{16} = 0,625.$$

Die veränderte relative Seltenheit der Faktoren kommt im veränderten Faktorpreisverhältnis zum Ausdruck. Nehmen die Unternehmer die Abnahme der totalen Produktivität zum Anlaß für Produktpreiserhöhungen, so kommen entsprechend höhere Nominaleinkommen zustande.

III) Einfluß der Wachstumsprozesse auf die Leistungsbilanz

Die Ergebnisse des Abschnitts II sind in Tabelle 30 zusammengefaßt. Gleichzeitig wird darin versucht, die Wirkung der einzelnen Wachstumsvorgänge auf die Leistungsbilanz festzustellen. Der Saldo der Leistungsbilanz sei durch die Größe des

Die Wirkung der einzelnen Wachstumsprozesse auf die Leistungsbilanz

Fälle	Y	P	Q	p	ΔL	$\Delta L_n^{x)}$
0	10	10	1	1		
1a α)	20	20	2	1	-	-
β)	10	20	2	0,5	+c-	+c-
1b α)	10	10	2	1	c	c
β)	5	10	2	0,5	+c-	+
2a	20	20	1	1	-	-
2b α)	20	20	0,8	1	-	-
β)	25	20	0,8	1,25	+c-	-

- x) Y = Nominaleinkommen,
P = reales Sozialprodukt,
Y = totale Mengenproduktivität,
p = Produktpreisniveau,

ΔL = Veränderung des Leistungsbilanzsaldos bei normaler oder anomaler Reaktion d. Leistungsbilanz,

ΔL_n = Veränderung des Leistungsbilanzsaldos bei normaler Reaktion der Leistungsbilanz,

+ Zunahme, c Konstanz, - Abnahme.

Tabelle 30

realen Sozialprodukts im In- und Ausland (wobei die Größe des ausländischen Sozialprodukts als Datum gilt, d. h. eine stationäre Auslandswirtschaft zugrunde gelegt wird) sowie durch die terms of trade determiniert (wobei das ausländische Preisniveau konstant bleiben soll). Für jede Art der Abhängigkeit sollen die bekannten Beziehungen gelten¹⁾. Außerdem sei noch Immobilität der Faktorleistungen über die nationale Grenze hinweg angenommen und unterstellt, daß eine Verschlechterung der Leistungsbilanz nicht am Finanzierungsproblem scheitern wird.

Hinsichtlich der Wirkung auf die Leistungsbilanz erhält man demnach folgendes Ergebnis: Eine eindeutige Aussage ist nur in den Fällen möglich, in denen bei Wachstumsvorgängen keine Veränderung der terms of trade eintritt, da die Preiseffekte je nach den numerischen Werten der Elastizitäten positiv, neutral oder negativ sein können. Eine defizitäre Wirkung von Wachstumsvorgängen auf die Leistungsbilanz ist nur in zwei Fällen sichergestellt, nämlich

1. bei technischen Fortschritten, bei denen das Bruttosozialprodukt wächst (zunehmender Produktionsumfang), die Produktivitätszunahmen aber zu Erhöhungen der Faktorpreise und nicht zu Produktpreissenkungen führen, so daß Real- und Nominaleinkommen gleich stark wachsen (Fall 1a ∞);
2. bei Wachstumsprozessen innerhalb konstanter Technik (Erweiterungsinvestitionen), wobei eventuelle Abnahmen der totalen Mengenproduktivität aber ebenfalls nicht zu Produktpreiserhöhungen führen dürfen, sofern mit einer anomalen Reaktion der Leistungsbilanz gerechnet werden muß (Fall 2).

Der Prämisse dieser Analyse entsprechend gelten diese Aussagen nur unter der Voraussetzung, daß die Wirtschaft im Ausland stationär ist. Ebenso dürfen Veränderungen in der Leistungsbilanz, die als Folge des inländischen Wachstumsprozesses auftreten, von Seiten des Auslands keine Rückwirkungen auf den internationalen Leistungsaustausch auslösen. Allerdings werden die oben abgeleiteten Schlußfolgerungen auch in den Fällen, in denen die inländische Wachstumsrate erheblich über der ausländischen liegt, annähernd ihre Gültigkeit behalten. Voraussetzung dafür ist freilich wiederum, daß die relevanten Elastizitätswerte großemäßig nicht zu stark voneinander abweichen.

1) Eine Zunahme des realen Sozialprodukts wirkt (je nach der Größe der Importelastizität in bezug auf das Einkommen verschieden stark) defizitär auf die Leistungsbilanz.

Eine Abnahme des inländischen Produktpreisniveaus kann aktivierend, neutral oder sogar defizitär wirken (neutral und defizitär nämlich u. U., wenn die Elastizität des mengenmäßigen Exports in bezug auf die Inlandspreise absolut kleiner als 1 ist).

Zum Abschluß dieser Überlegungen muß allerdings noch davor gewarnt werden, den Aussagewert dieser Ergebnisse zu überschätzen. Der Analyse liegt die Annahme eines fixierten Wechselkurses zugrunde. Diese Annahme wurde ganz bewußt gemacht, denn es war ja gerade unser Anliegen, unter dieser Bedingung und bei stationärem Verhalten der Wirtschaft im Ausland den Einfluß von inländischen Wachstumsvorgängen auf die Leistungsbilanz darzustellen. Eine andere Frage ist nun natürlich die, in wie weit unter diesen Voraussetzungen die Annahme konstanter Wechselkurse überhaupt realistisch ist. In den Fällen, in denen die Produktivitätszunahmen beispielsweise zu einem sinkenden Produktpreisniveau führen, entsteht ja eine zunehmende Disparität der Kaufkraft der in- und ausländischen Währungen, d. h. die Wechselkurse entsprechen dann immer weniger den güterwirtschaftlichen Bedingungen. Da es sich um eine langfristige Betrachtung handelt, liegt immerhin die Vermutung nahe, daß dieser zunehmenden Disparität eines Tages mit einer Wechselkursänderung begegnet werden wird, um auf diesem Wege die Leistungsbilanzsalden zum Verschwinden zu bringen. Allerdings, ein selbständig funktionierender Automatismus zur Herstellung der Kaufkraftparitäten liegt nicht vor, da eben die Wechselkurse staatlich fixiert sind.

Sobald die Annahme aufgegeben wird, daß die Wirtschaft im übrigen Ausland stationären Charakter zeigt, kommt es zu einer Kombination der Wirkungen der in- und ausländischen Wachstumsprozesse auf die Leistungsbilanz. Dann wird - normale Reaktion der Leistungsbilanz vorausgesetzt - die negative (überschußvermindernde bzw. defiziterhöhende) Wirkung auf die Leistungsbilanz um so höher ausfallen, je größer die Wachstumsrate im Inland und je geringer sie im Ausland ist, je größer die Importelastizität in bezug auf das Einkommen im Inland und je kleiner sie im Ausland ist und je geringer endlich die Produktpreissenkungen im Inland und je stärker sie im Ausland sind (d. h. je stärker die terms of trade zunehmen). Aber selbstverständlich kommt es dabei auch auf die numerischen Werte der entsprechenden Preiselastizitäten an. Eine Erhöhung der terms of trade allein muß natürlich noch keine defiziterhöhende Wirkung auf die Leistungsbilanz ausüben ¹⁾.

1) Zu diesen Problemen Johnson, *International Trade and Economic Growth*, 1958, Chapter IV, *Increasing Productivity, Income-Price Trends and the Trade Balance*, S. 94 ff.

:VV Strukturverändernde Wirkungen des technischen Fortschritts

Nach der bisher getroffenen Feststellung kann die über den technischen Fortschritt bewirkte Produktivitätserhöhung zu sehr verschiedenen Reaktionen der Großen "reales Sozialprodukt", "Nominaleinkommen" und "terms of trade" führen. Je nach der Art dieser Reaktionen zeigen sich unterschiedliche Wirkungen in der Leistungsbilanz. Zu diesen "produktivitätsbedingten" Wirkungen des technischen Fortschritts auf die Leistungsbilanz treten noch andere hinzu, die bisher keine Beachtung fanden und die hier "strukturverändernde" Wirkungen des technischen Fortschritts genannt werden sollen. Sie treten auf der input- und output-Seite einer Unternehmung auf, weshalb auch die folgende Darstellung der besseren Übersicht wegen entsprechend gegliedert werden soll ¹⁾.

1) Bisher waren alle Produktionsfaktoren zu den beiden Aggregaten Arbeit und Kapital zusammengefaßt. Technischer Fortschritt führte nur Substitutionsvorgänge zwischen diesen beiden Aggregaten herbei, sofern sich überhaupt die Kapitalintensität veränderte. Sobald man jedoch einen Schritt weitergeht und die Analyse mehr den wirklichen Verhältnissen anpaßt, zeigt sich ein neues Problem: Es ist dann denkbar, daß der technische Fortschritt auch innerhalb der beiden Aggregate Substitutionsvorgänge hervorruft. Zur Verdeutlichung sei ein einfaches Beispiel konstruiert: Bei der Inlandsproduktion eines bestimmten Konsumguts werden als Kapitaleinsatz u. a. zwei Rohstoffe verwendet, das im Inland produzierte R_I und das im Ausland hergestellte R_A . Je nach der Art des technischen Fortschritts und der Reaktion des outputs auf die Produktivitätserhöhung kann der Gesamtkapitaleinsatz (und damit die Summe aus R_I und R_A) zunehmen, gleichbleiben oder abnehmen. Darüber hinaus ist es aber denkbar, daß der technische Fortschritt eine Veränderung der Produktionsfunktion dergestalt zur Folge hat, daß es bei den herrschenden Faktorpreiselationen für R_I und R_A vorteilhaft ist, das Faktoreinsatzverhältnis $\frac{R_I}{R_A}$ zu ändern. Der technische Fortschritt kann also mit anderen Worten R_I -sparend, R_A -sparend oder in bezug auf R_I und R_A neutral sein. Es treten hier dieselben Kombinationsmöglichkeiten auf, wie sie bei Betrachtung des technischen Fortschritts und seiner Wirkung auf die Aggregate Arbeit und Kapital vorgefunden wurden. Da jedoch R_I im Inland, R_A im Ausland produziert wird, tritt hier unmittelbar eine Wirkung auf das inländische Import-

1) Colin Clark führte die Unterscheidung zwischen autonomen und induzierten Importänderungen ein. Induzierte sind solche, welche durch eine Änderung des Volkseinkommens zu erklären sind, während alle sonstigen (z. B. durch technischen Fortschritt und Geschmackswandel hervorgerufenen) autonom genannt werden (C. Clark und J. G. Crawford, *The National Income of Australia*, 1938, S. 95).

volumen e_{I} . Wenn diese Wirkung im Ausland Importnachfrageänderungen gegenüber dem Inland auslöst, werden außerdem die inländischen Exportbeziehungen berührt. Der technische Fortschritt führt also in diesem Falle zu einer Änderung der Importelastizität in bezug auf das Einkommen: Zur Produktion desselben Güterpakets werden nunmehr andere Importgütermengen nachgefragt wie bisher.

2) Diese Veränderung des Einsatzverhältnisses der Input-Güter kann bereits zur Folge haben, daß das produzierte Gut nach Änderung des Produktionsverfahrens mit dem, das vorher hergestellt wurde, physisch nicht mehr identisch ist. Das schließt jedoch nicht unbedingt aus, daß es trotzdem vom ökonomischen Standpunkt aus als ein und dasselbe Gut angesehen werden kann. Das ist nämlich dann der Fall, wenn auf Grund der sachlichen Eigenschaft der Güter die Substitutionsmöglichkeit des einen Guts durch das andere vollkommen ist bzw. von den Nachfragern als vollkommen angesehen wird, also keine Substitutionslücke zwischen beiden besteht. Darüber hinaus ist es jedoch auch denkbar, daß als Folge des technischen Fortschritts auf der output-Seite neue Produkte im ökonomischen Sinne entwickelt werden. Diese können zu den bisher im Inland und Ausland produzierten in ein Substitutionalitäts- oder Komplementaritätsverhältnis treten und somit auch deren Nachfrage und damit deren Importe und Exporte tangieren¹⁾. Auf der anderen Seite kommen die neu entwickelten Produkte möglicherweise als Exportgüter in Betracht. Aus diesem Prozeß resultieren Produktionsverlagerungen, die ihrerseits Umschichtungen auf der input-Seite auslösen können, was wiederum einen Einfluß auf die Leistungsbilanz ausüben kann. Dieser "strukturverändernde" Einfluß des technischen Fortschritts auf Importe und Exporte kann also leistungsbilanzverschlechternd, -verbessernd oder neutral sein und somit die produktivitätsbedingten Wirkungen verstärken, abschwächen oder unbeeinflusst lassen.

1) In diesem Zusammenhang auch Hicks, An Inaugural Lecture, Oxford Econ. Papers, N.S., Vol. V, 1953, S. 117 ff. Hicks nimmt zum Problem der sog. "Dollarlücke" Anfang und Mitte der 50iger Jahre Stellung. Johnson, a. a. O., S. 94, schreibt dazu: "... there is the argument, elegantly formulated on a recent occasion by Prof. Hicks, that technical progress in the United States is strongly biased in favour of import substitutes ...".

Es wurde bisher ausschließlich vom Einfluß von Wachstumsvorgängen auf die Leistungsbilanz gesprochen. Welche Wirkungen sind aber auf die Kapitalbilanz zu erwarten? Ich möchte mich hier kurz fassen und nur einige Gedanken wiedergeben. Zunächst erscheint es vorteilhaft, internationale Kapitalbewegungen näher zu klassifizieren, sie nämlich in leistungsmäßig und nicht-leistungsmäßig bedingte Kapitaltransaktionen zu unterteilen. Leistungsbedingte Kapitaltransaktionen haben ihren Ursprung in güterwirtschaftlichen Dispositionen: beispielsweise können steigende Profitraten zu zusätzlichen Investitionen verleiten. Nicht-leistungsmäßig bedingte Kapitalbewegungen dagegen haben ihren Ursprung nicht im güterwirtschaftlichen Bereich, sie folgen vielmehr z. B. aus den Arbitragegesetzen der Banken oder aus Änderungen der Anlagegewohnheiten der Wirtschaftssubjekte. Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf Kapitaltransaktionen der ersten Kategorie.

Internationale Kapitalbewegungen werden in erster Linie dann zustande kommen, wenn die Profitchancen unter den verschiedenen Volkswirtschaften unterschiedlich sind bzw. so eingeschätzt werden - ein freier internationaler Kapitalmarkt vorausgesetzt. Führen beispielsweise steuerliche Investitionsförderungsmaßnahmen, die aus irgendeinem Grunde ausschließlich inländischen Investoren zugute kommen sollen, auf der Grundlage des gegebenen technischen Wissens zu steigenden Investitionen seitens Inländer, wird dadurch gleichzeitig der Kapitalimport gehemmt. Zunehmende Investitionen führen nämlich eine Abnahme der Grenzprofite herbei, was alle ausländischen Kapitalbesitzer und potentiellen Investoren veranlassen wird, ihren Kapitalexport in das Inland zu verringern bzw. einzustellen. Andererseits sind jedoch ebenso Vorgänge denkbar, die auch eine "Hebung" der für Ausländer gültigen Kurve der Grenzprofite in bezug auf inländische Investitionen mit sich bringen: So führt beispielsweise technischer Fortschritt zu Produktivitätszunahmen, die u. U. eine Erhöhung der Faktoreinkommen der Kapitalbesitzer (Unternehmer) herbeiführen. Man wird deshalb die Profitchancen der Kapitalbesitzer in einer Wirtschaft mit relativ starkem Produktivitätswachstum verhältnismäßig hoch ansetzen können, so daß die Vermutung naheliegt, daß sich auch ausländische Kapitalbesitzer an der Kapitalakkumulation im Inland beteiligen werden.

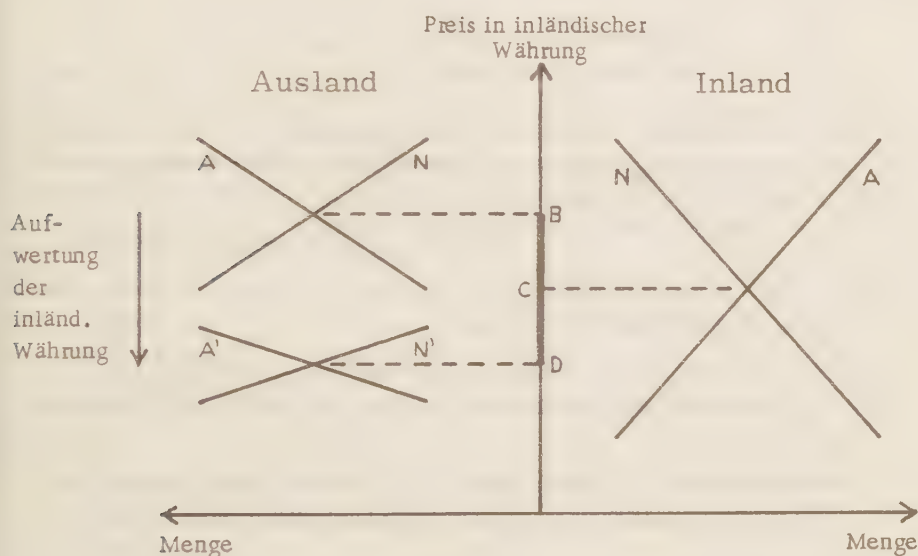
Als Ergebnis kann somit festgestellt werden, daß es a priori nicht möglich ist, eine eindeutige Aussage zu machen. Welche Wirkung auf die internationalen Kapitaltransaktionen ausgeht, hängt entscheidend von der Besonderheit des betreffenden Wachstumsprozesses ab.

ANHANG - 2. TEIL

ERGÄNZENDE DARSTELLUNGEN ZU DEN AUSFÜHRUNGEN IM HAUPTTEIL

Darstellung I (Ergänzung zu Seite 19)

Reaktion des Gleichgewichtspreises auf einem Elementarmarkt als Folge einer Aufwertung der inländischen Währung



Figur 13

BC: Transferkosten Inland → Ausland
CD: Transferkosten Ausland → Inland

Unter der Voraussetzung vollständiger polypolistischer Konkurrenz im In- und Ausland führt eine Aufwertung der Inlandswährung nur dann nicht zu einem Preisrückgang auf einem inländischen Elementarmarkt, wenn

- das Gut auf Grund der Transferkosten bisher neutral war (ausl. Gleichgewichtspreis zwischen B und D auf der Ordinate) und zudem
- der Aufwertungssatz so gering ist, daß der neue ausländische Gleichgewichtspreis (in inländ. Währung gemessen) nicht unter D zu liegen kommt.

Unter diesen Voraussetzungen bleibt das neutrale Gut trotz der Aufwertung weiterhin neutral.

Wirkung einer Aufwertung der inländischen Währung auf die output-Seite (und damit Gewinnsituation) einer inländischen Unternehmung

Bei dieser nur partiellen Analyse bleiben sämtliche Transferkosten unberücksichtigt. Ferner wird angenommen, daß die Lage der Kostenkurven während des Prozesses keine Änderung erfährt.

Fall 1: Märkte der vollkommenen polypolistischen Konkurrenz im In- und Ausland.

Aufwertung der inländischen Währung um 100 % =
= Abwertung der ausländischen um 50 %¹⁾.

- 1) Unter dem Terminus "Wechselkurs" wird in dieser Arbeit die (nur nicht in Großbritannien) heute übliche Preisnotierung verstanden: Der Preis einer Währungseinheit A (WE_A) in Währungseinheiten B (WE_B) gilt als Wechselkurs der Währungseinheit B im zugehörigen Land B.

$$\text{Z.B.} \quad 1 WE_A = 2 WE_B$$

drückt den Wechselkurs der Währung B im Lande B aus.

Sinkt dieser Preis von A in Einheiten von B (Devisenpreis in B) z.B. um 50 %, so entspricht das einer Aufwertung von B um 100 % und einer Abwertung von A um 50 %.

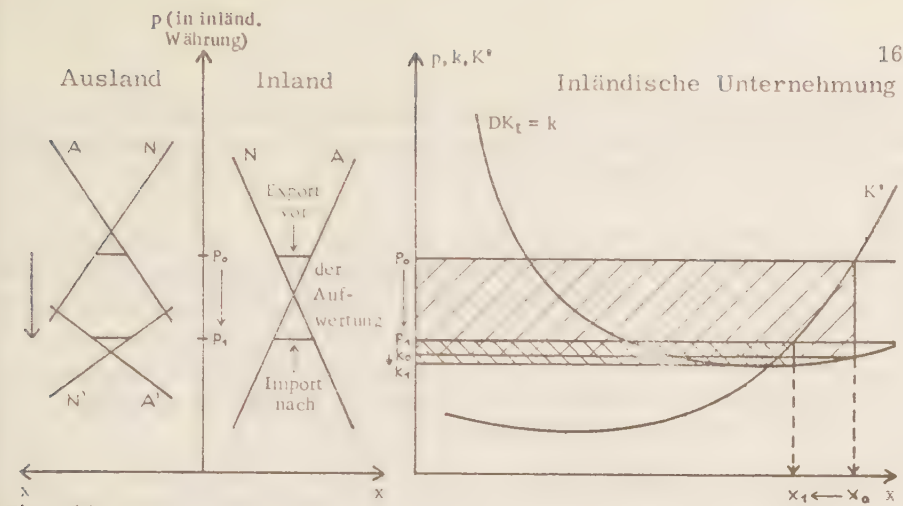
1 Währungseinheit B (1 Währungseinheit A) entspricht jetzt doppelt soviel (der Hälfte) Währungseinheiten A (an Währungseinheiten B) wie vordem.

Somit ist

	Wechselk. v. A	Wechselk. v. B
Vor der Kursänderung	$1 WE_B = 0,5 WE_A$	$1 WE_A = 2 WE_B$
Nach der Kursänderung	$1 WE_B = 1 WE_A$	$1 WE_A = 1 WE_B$
	Aufwertung von B um 100 %	Abwertung von A um 50 %

Nach dieser Definition entspricht der Paritätsänderung vom März 1961 ein Aufwertungssatz der D-Mark von 5 % und analog ein Abwertungssatz der ausländischen Währung (Dollar) gegenüber der D-Mark von 4,76 %!

	Wechselk. d. \$	Wechselk. d. DM
Vor der Kursänderung	$1 DM = 0,2381 \$$	$1 \$ = 4,20 DM$
Nach der Kursänderung	$1 DM = 0,2500 \$$	$1 \$ = 4,00 DM$
	Aufwertung der DM um 5 %	Abwertung des \$ um 4,76 %



Figur 14

Diese Aufwertung bringt dem inländischen Polypolisten eine Erlösminderung in Höhe von $x_o p_o - x_1 p_1$ und eine

Kostenminderung in Höhe von $x_o k_o - x_1 k_1$.

Eine Gewinnschmälerung tritt dann ein, sobald die Erlösminderung die Kostenminderung übertrifft:

$$(x_o p_o - x_o k_o) > (x_1 p_1 - x_1 k_1); \quad \text{oder}$$

$$x_o (p_o - k_o) > x_1 (p_1 - k_1); \quad \text{oder}$$

$$\frac{x_o}{x_1} > \frac{p_1 - k_1}{p_o - k_o}$$

Es ist aber allgemein;

$$a) \frac{x_o}{x_1} > +1;$$

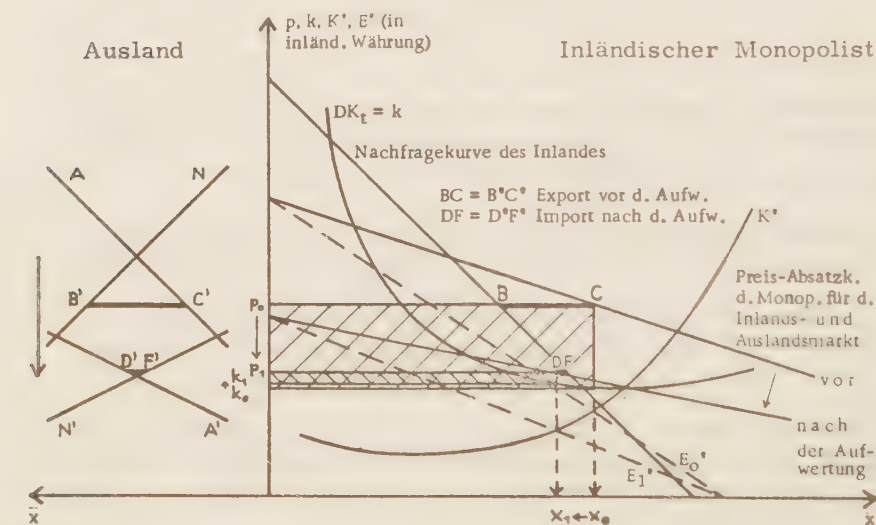
denn im Bereich steigender Grenzkosten (nur in ihm wird gewirtschaftet) bringt eine Preissenkung eine Absatzminderung mit sich.

$$b) \frac{p_1 - k_1}{p_o - k_o} < +1;$$

denn im Bereich steigender Grenzkosten verläuft die Durchschnittskostenkurve (DK_t) flacher als die Grenzkostenkurve (K'); damit sinkt bei einer Preissenkung der Stückgewinn. Links vom totalen Durchschnittskostenminimum wird er sogar negativ.

Da beide Bedingungen erfüllt sind, hat die Ungleichung in der Form $\frac{x_0}{x_1} > \frac{p_1 - k_1}{p_0 - k_0}$ ihre Berechtigung; das bedeutet, daß eine Aufwertung unter den gemachten Voraussetzungen immer eine Gewinnminderung zur Folge hat.

Fall 2: Im Ausland ein Markt der vollkommenen polypolistischen Konkurrenz, im Inland ein Anbieter. Dieser wird als Teilmonopolist im Sinne Euckens charakterisiert werden müssen, hat er doch die Existenz der vielen Kleinen (im Ausland) bei seinen Dispositionen zu berücksichtigen, muß aber nicht mit einer Marktstrategie (wie im Falle eines Oligopols) seiner Konkurrenten rechnen. Aufwertung der inländischen Währung um 100 % = Abwertung der ausländischen um 50 %.



Figur 15

Auch in diesem Fall gilt die obige Beziehung. Eine Gewinnminderung tritt ein, sobald

$$\frac{x_0}{x_1} > \frac{p_1 - k_1}{p_0 - k_0}$$

Es gilt allgemein:

a) Im Bereich konstanter und steigender Grenzkosten führt ein Absinken der Preis-Absatzkurve zu einer Linksverschiebung des Cournot'schen Punktes im Koordinatensystem, d. h. zu einer Absatzminderung; somit ist

$$\frac{x_0}{x_1} > +1.$$

b) Im Bereich sinkender totaler Durchschnittskosten (wie im Beispiel) ist eine Abnahme des Stückgewinns immer sichergestellt; somit ist

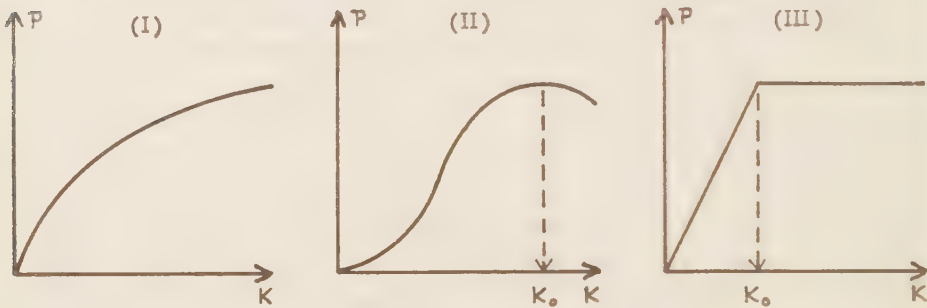
$$\frac{p_1 - k_1}{p_0 - k_0} < +1.$$

Im Bereich steigender totaler Durchschnittskosten muß die Preissenkung den Durchschnittskostenrückgang übersteigen, soll diese Relation gelten.

Grenzen des Wachstums (Erhöhung von P) auf Grund naturalökonomischer Gesetzmäßigkeiten

Als Daten sind gegeben:

Konstante Technik und konstante Einsatzmenge des Faktors A (Arbeit); dagegen sei die Einsatzmenge des zweiten Faktors K (Kapital) variabel.



Figur 16

Die Antwort auf die Frage, ab welcher Grenze ein weiteres Wachstum des gesamtwirtschaftlichen outputs auf Grund naturalökonomischer Gesetzmäßigkeiten nicht mehr möglich ist, hängt entscheidend von der den Überlegungen zugrunde gelegten makroökonomischen Produktionsfunktion ab:

- (I) Unbegrenzte Substitutionalität der Faktoren (Douglas-Cobb-Funktion). Der Mehreinsatz von K erhöht P . Es gibt keine Grenze, ab der das dem Grenzwert Null zustrebende Grenzprodukt nicht positiv wäre. Allerdings sinken die Produktzuwächse ständig mit zunehmendem Kapitaleinsatz.
- (II) Begrenzte Substitutionalität der Faktoren (Ertragsgesetz). Eine Erhöhung von P ist nur bis K_0 hin möglich. Ab dem Wendepunkt der Produktkurve sinkt bereits das Grenzprodukt und wird ab K_0 sogar negativ.
- (III) Komplementarität der Faktoren mit konstantem Einsatzverhältnis (Leontief-Funktion). Ab K_0 ist eine Erhöhung von P nicht mehr möglich, das Grenzprodukt ist null.

Darstellung IV (Ergänzung zu Seite 72)

Berechnung der Nahrungsmittelimportelastizität in bezug auf das Einkommen (Bruttosozialprodukt)

Es liegen die in Tab. 31 enthaltenen empirischen Werte, die den Import von Nahrungsmitteln (Güter der Ernährungswirtschaft) der Bundesrepublik im Zeitraum 1954-1961 betreffen, zugrunde.

Jahr	I	II	III	IV	V
1954		100,0	100,0	1,000	
1955	+ 8,5	98,3	105,6	0,931	- 6,9
1956	+19,2	99,5	109,7	0,907	- 2,6
1957	+ 3,3	102,1	111,1	0,919	+ 1,3
1958	- 0,5	96,8	112,0	0,864	- 6,0
1959	+18,3	92,7	114,8	0,807	- 5,4
1960	+ 6,4	91,2	109,2	0,835	+ 3,5
1961	+ 3,7	88,6	114,3	0,775	- 7,2
Ø 55/61	+ 9,3				- 3,3

Tabelle 31

- I) Änderung des Importvolumens M an Nahrungsmitteln gegenüber dem Vorjahr in %.
- II) Index der (D-Mark-)Einfuhrpreise für Nahrungsmittel (1954=100).
- III) Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Inland (1954=100).
- IV) Relativpreis p_r (II:III).
- V) Veränderung des Relativpreises p_r gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Mon. ber. d. DBBk und Statist. Jahrb. f. d. BRD.

Somit ist $\left(\frac{\Delta M}{M}\right)_{55/61} = +0,093$ und $\left(\frac{\Delta p_r}{p_r}\right)_{55/61} = -0,033$;

außerdem ist noch die durchschnittliche jährliche Veränderung des realen Bruttosoz. produkts $\left(\frac{\Delta y}{y}\right)_{55/61} = +0,068$.

Unter der Annahme der ausschließlichen Einkommens- und Relativpreisbedingtheit des Importvolumens gilt der folgende Zusammenhang ¹⁾:

1) Siehe Fußnote 1) auf Seite 174.

$$\frac{dM}{M} = (1 + \eta_Y \frac{dy}{Y}) (1 + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr}) - 1.$$

Für $\eta_{pr} = -0,33$ (numerischer Wert der Relativpreiselastizität der Nahrungsmittelimporte, wie ihn von Böventer errechnet hat) ergibt sich:

$$0,093 = (1 + \eta_Y 0,068) (1 - 0,33(-0,033)) - 1;$$

damit ist:

$$\eta_Y \approx +1,2.$$

-
- 1) Die simultane Änderung der beiden bestimmenden Variablen Y und p_r in einer Periode wird gedanklich aufgespalten in zwei zeitlich aufeinander folgende Vorgänge (wobei die Reihenfolge keine Rolle spielt):

Es ist

$$M_0 + \eta_Y \frac{dy}{Y} M_0 = M_1 \quad \text{und} \quad M_1 + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr} M_1 = M_2$$

$$\left(\text{wo } \frac{M_2}{M_0} = 1 + \frac{dM}{M_0} \right).$$

$$\begin{aligned} \text{Damit ist: } M_2 &= M_0 + \eta_Y \frac{dy}{Y} M_0 + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr} (M_0 + \eta_Y \frac{dy}{Y} M_0) \\ &= M_0 (1 + \eta_Y \frac{dy}{Y} + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr} + \eta_Y \frac{dy}{Y} \eta_{pr} \frac{dpr}{pr}); \end{aligned}$$

$$\frac{M_2}{M_0} = (1 + \eta_Y \frac{dy}{Y}) (1 + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr}); \quad \text{oder} \quad \frac{dM}{M_0} = (1 + \eta_Y \frac{dy}{Y}) (1 + \eta_{pr} \frac{dpr}{pr}) - 1.$$

Darstellung V

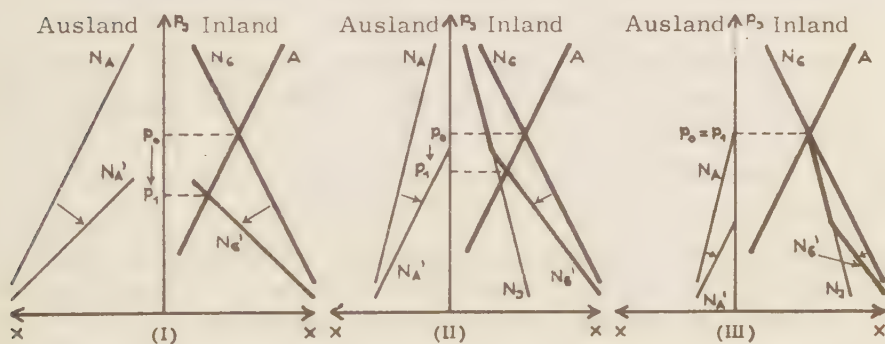
(Ergänzung zu Seite 88)

Aufwertungswirkungen auf einem inländischen ElementarmarktFall 1:

Das Ausmaß des Rückgangs des Gleichgewichtspreises als Folge einer Aufwertung im Inland in Abhängigkeit zum Anteil der inländischen Nachfrage an der inlands-wirksamen Gesamtnachfrage.

Es sind Märkte der vollkommenen polypolistischen Konkurrenz im In- und Ausland gegeben, Transferkosten bleiben unberücksichtigt. Der Einfachheit wegen wird unterstellt, daß im relevanten Preisbereich das Gut im Ausland nicht angeboten wird. Es wird weiter angenommen, daß durch die Kursänderung die Lage der individuellen Grenzkostenkurven der Anbieter und damit auch die ihrer individuellen Angebotskurven keine Verschiebung erfährt (partielle Analyse).

Die inländische Währung wird um 100 % aufgewertet (= Abwertung der ausländischen um 50 %).

Figur 17

Symbole: A Angebotskurve, N_G inlandswirksame Gesamtnachfrage vor der Aufwertung (beide Kurven haben in den drei Darstellungen die gleiche Gestalt),

N_G' inlandswirksame Gesamtnachfrage nach der Aufwertung,

N_A (N_A') Auslandsnachfrage vor (nach) der Aufwertung,

N_I Inlandsnachfrage und p_0 (p_1) Gleichgewichtspreis vor (nach) der Aufwertung.

Die Schaubilder (I) mit (III) verdeutlichen den unterschiedlichen Rückgang des Gleichgewichtspreises:

- (I) Die gesamte inlandswirksame Nachfrage ist Auslandsnachfrage (über p_1 keine Inlandsnachfrage), der Gleichgewichtspreis sinkt am stärksten.
- (II) Bei alternativen Preisen setzt sich die gesamte inlandswirksame Nachfrage zur Hälfte aus Inlands- und zur Hälfte aus Auslandsnachfrage zusammen, p sinkt nach der Aufwertung geringer als unter (I), da N_I stabilisiert.
- (III) Bei p_0 und darüber existiert keine Auslandsnachfrage; eine Aufwertung führt deshalb zu keiner Beeinflussung des Gleichgewichtspreises.

Fall 2:

Das Ausmaß des Rückgangs des Gleichgewichtspreises als Folge einer Aufwertung im Inland in Abhängigkeit zum Grad der Elastizität der Kurve der Inlandsnachfrage.

Es gelten dieselben Zusatzbedingungen wie im Fall 1 (partielle Analyse). Die inländische Währung wird um 100 % aufgewertet (= Abwertung der ausländischen um 50 %).

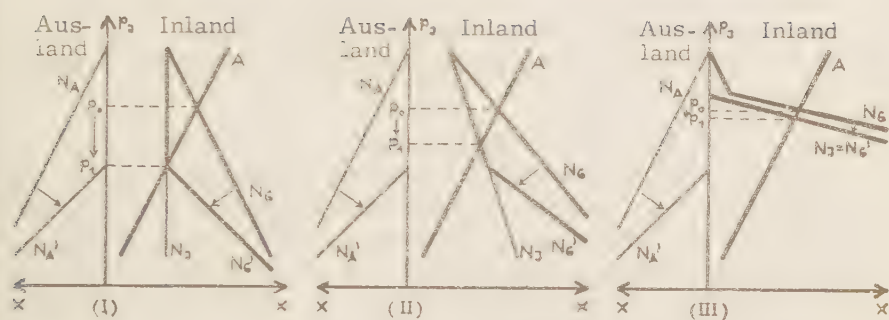
A , N_A und N_A' zeigen in den drei Darstellungen der Figur 18 dieselbe Gestalt. Außerdem ist die Inlands- und Auslandsnachfrage beim Preis p_0 in allen drei Darstellungen gleich groß.

Auch in diesem Fall veranschaulichen die Schaubilder (I) mit (III) den verschiedenartig ausgeprägten Rückgang des Gleichgewichtspreises:

- (I) Die Kurve der Inlandsnachfrage ist in bezug auf den Preis vollkommen unelastisch. Der Gleichgewichtspreis sinkt am stärksten, weil mit der Preissenkung keine Ausdehnung der Inlandsnachfrage verbunden ist.
- (II) und (III)

Je elastischer die Kurve der Inlandsnachfrage verläuft, desto geringer sinkt ceteris paribus der Gleichgewichtspreis. Im Falle vollkommen elastischen Verlaufs bleibt der Gleichgewichtspreis sogar konstant.

Figur 18



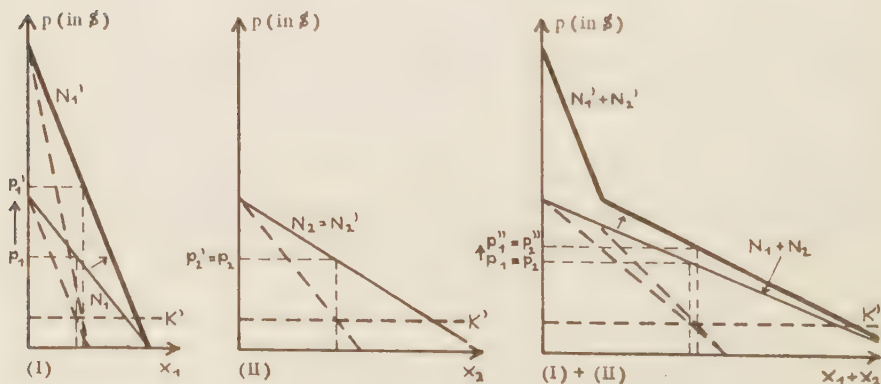
Preispolitische Verhaltensweisen eines Auslands-Unternehmens gegenüber einer Wechselkursänderung im Inland

Es soll das mögliche preispolitische Verhalten eines nach Gewinnmaximierung strebenden ausländischen Monopolisten bei einer Aufwertung der inländischen Währung um 100 % dargestellt werden. Dessen Reaktionsweise hängt entscheidend davon ab, ob er die Möglichkeit der Preisdifferenzierung zwischen Inlands- und Auslandsmarkt wahrnimmt oder prinzipiell auf beiden Märkten einen einheitlichen Preis fordert.

Der Absatzmarkt des betrachteten ausländischen Unternehmens spalte sich in folgende zwei Teilmärkte auf:

- (I) in den Exportmarkt (gleichbedeutend mit Inlandsmarkt, da nur zum aufwertenden Land Geschäftsbeziehungen bestehen sollen) und
- (II) in den heimischen Markt des Unternehmens (Auslandsmarkt aus der Sicht des aufwertenden Landes).

Eine Aufwertung der inländischen Währung um 100 % verschiebt die (in ausländischer Währung ausgedrückte) inländische Nachfragekurve so stark nach oben, daß sich die jeweiligen Ordinatenwerte verdoppeln. Vor der Kursänderung sei das Nachfragemengenverhältnis der beiden Märkte zueinander bei alternativen Preisen gleichbleibend 1 : 2. Der Einfachheit wegen wird linearer Gesamtkostenverlauf angenommen, der durch die Kursänderung unbeeinflusst bleiben soll (partielle Analyse).



Figur 19

Je nachdem, ob nach erfolgter Aufwertung eine Preisdifferenzierung vorgenommen wird oder nicht, steigt der am Inlandsmarkt gültige Preis (in ausländischer Währung gerechnet) in sehr unterschiedlichem Maße an. Denn es ist

$$(p_1' - p_1) > (p_1'' - p_1).$$

Erfolgt keine Preisdifferenzierung ($p_1'' = p_2''$), steigt der Preis auf beiden Märkten (I) + (II), allerdings nur um einen verhältnismäßig geringen Betrag.

Bei Preisdifferenzierung ($p_1' \neq p_2'$) bleibt infolge unveränderter Nachfrageverhältnisse auf dem heimischen Markt (II) der Preis unverändert ($p_2' = p_2$), auf dem Exportmarkt (I) dagegen steigt er relativ stark an ($p_1' > p_1$).

Berechnung einer den westdeutschen Export bestimmenden Einkommensvariable

Für die Höhe der westdeutschen Exporte ist nicht allein die Entwicklung des Welt-einkommens schlechthin relevant, sondern es sind auch Änderungen in der regionalen Einkommensverteilung von entscheidender Bedeutung, weil die marginalen

Länder	Zuwachsrate des realen Bruttosoz.- prod. gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil am Gesamtex- port d. BRD in % ^{x)}	gewichteter Wert
	1961	1962	Ø61/62		
Belgien	3,2	3,8	3,5	6,58	23,030
Frankreich	4,3	6,3	5,3	9,82	52,046
Italien	8,3	6,0	7,15	7,20	51,480
Niederlande	3,1	2,7	2,9	9,28	26,912
Dänemark	4,6	5,1	4,85	3,38	16,393
Großbrit.	3,3	0,2	1,75	3,93	6,878
Norwegen	6,4	2,8	4,6	2,31	10,626
Österreich	5,2	2,3	3,75	5,24	19,650
Portugal	7,6	.	7,6	0,86	6,536
Schweden	6,1	3,7	4,9	5,09	24,941
Schweiz	8,9	6,7	7,8	7,33	57,174
Griechenland	12,4	4,5	8,45	1,00	8,450
Irland	4,8	3,3	4,05	0,34	1,377
Kanada	2,5	6,2	4,35	1,04	4,524
USA	1,9	6,1	4,0	7,07	28,280
<u>Summe</u>	-	-	-	70,47	338,297

x) Durchschnittswert für die Jahre 1961/62.

Tabelle 32

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1964, S. 326/327 und 140^x sowie Die Weltwirt-schaft, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1963/Heft 2, S. 66 und 4^x ff.

Importquoten in bezug auf westdeutsche Waren in den einzelnen Abnehmerländern verschieden groß sind. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, die Unterschiede im Wachstum des Bruttosozialprodukts der einzelnen Abnehmerländer zu berücksichtigen und zwar entsprechend der Bedeutung dieser Länder für die deutsche Export-

wirtschaft. Bei der Berechnung der Durchschnittszuwachsrates des ausländischen realen Bruttosozialprodukts erhalten deshalb die Einkommen der einzelnen Länder den Anteil als Gewicht, den diese Staaten mit ihren Bezügen am westdeutschen Gesamtexport besitzen ¹⁾. Mit den Werten aus Tabelle 32 errechnet sich eine mit dem Anteil am westdeutschen Gesamtexport gewichtete Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts im Ausland in Höhe von 4,8. Es ist nämlich

$$\frac{\sum \text{der gewichteten Werte}}{\sum \text{der Anteile am Gesamtexport}} = \frac{338,297}{70,47} = 4,8005.$$

Den verfügbaren und vergleichbaren statistischen Unterlagen entsprechend wurden 15 Länder berücksichtigt, die zusammen gut 70 % der westdeutschen Exporte abnehmen.

1) So auch von Böventer, a. a. O., S. 68.

Reaktion der Kapitalertragsbilanz auf Wechselkursänderungen

Es soll die Wirkung einer Wechselkursänderung, die die Kapitalbilanz selbst unbeeinflusst läßt, auf die Kapitalertragsbilanz dargestellt werden (isolierte Betrachtung des sog. "Umrechnungseffekts").

	Land A	Land B
I) <u>Kapitalbilanz</u>		
Kapitalimport	120	300
Kapitalexport	<u>60</u>	<u>600</u>
Kapitalbilanzsaldo	-60	+600
II) <u>Kapitalertragsbilanz</u>		
<u>Periode 0</u> (vor der Kursänderung)		
Ausgaben	12	30
Einnahmen	<u>6</u>	<u>60</u>
Saldo	-6	+30
<u>Periode 1a</u> (nach der Kursänderung) (Kreditbeziehungen basieren auf d. Währung des Schuldners)		
Ausgaben	12	30
Einnahmen	<u>10 (!)</u>	<u>36 (!)</u>
Saldo	-2	+6
<u>Periode 1b</u> (nach der Kursänderung) (Kreditbeziehungen basieren auf d. Währung des Gläubigers)		
Ausgaben	20 (!)	18 (!)
Einnahmen	<u>6</u>	<u>60</u>
Saldo	-14	+42

Tabelle 33

Die Kapitalbilanz gibt Auskunft über die während der Periode 0 und zum Zeitpunkt der Kursänderung bestehenden Kapitalbeziehungen, von denen angenommen wird, daß sie in der Periode 1 (also nach Änderung der Parität) noch nicht der Liquidation anheimfallen.

Es handelt sich um ein Zwei-Länder-Modell (Land A und Land B).

Vor der Kursänderung gelte die Parität:

$$1 \text{ WE}_A = 5 \text{ WE}_B \quad (\text{WE} = \text{Währungseinheit});$$

nach der Kursänderung sei sie:

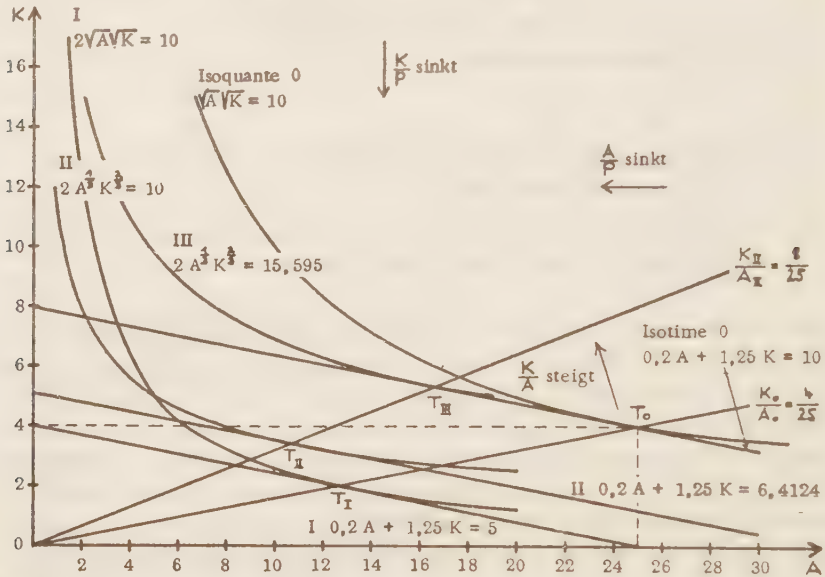
$$1 \text{ WE}_A = 3 \text{ WE}_B.$$

Das entspricht einer Aufwertung der B-Währung um 66,7 % bzw. einer Abwertung der A-Währung um 40 %.

Es wird weiter angenommen, daß der Kapitalertrag pro Periode unterschiedslos 10 % der Kapitalsumme ausmacht.

Wie Tabelle 33 zeigt, hängt die Wirkung der Aufwertung der B-Währung auf die Kapitalertragsbilanz entscheidend davon ab, ob die Kapitalbeziehungen auf der Währung des Schuldners oder auf der des Gläubigers "basieren". Sind nämlich alle Kapitalleistungen - insbesondere die Zinszahlungen - kraft vertraglicher Regelung in der Währung des Schuldners (Gläubigers) vorzunehmen, so sinken im Aufwertungsland B bei unveränderten Ausgaben (Einnahmen) ausschließlich die in inländischer B-Währung gerechneten Einnahmen (Ausgaben), und zwar im Umfang des Abwertungssatzes der A-Währung, d. h. im vorliegenden Fall um 40 %.

Technischer Fortschritt in graphischer Darstellung



Figur 20

Auf der ursprünglichen Isoquante 0 ist die Ausgangssituation im Punkte T_0 verwirklicht; dort tangiert die dazugehörige Isotime 0 die Isoquante 0.

Technischer Fortschritt ist gegeben, sobald Produktionsfunktionen entwickelt werden, deren Isoquanten für denselben Ertrag $P = P_0 = 10$ im Raume zwischen Ursprung des Koordinatensystems und Isoquante 0 zu liegen kommen. Befindet sich der neue Tangentialpunkt der neuen Isoquante mit der neuen, die ursprüngliche Neigung aufweisenden (d.h. das ursprüngliche Faktorpreisverhältnis repräsentierenden) Isotime auf dem alten Fahrstrahl $\frac{K_0}{A_0}$, so handelt es sich um einen neutralen technischen Fortschritt (so T_I auf der Isoquante I und auf der Isotime I). Liegt er dagegen der K-Achse (A-Achse) zugewandt, ist es arbeitssparender (kapitalsparender) technischer Fortschritt. Der Wechsel des ursprünglichen Produktionsverfahrens, wie es durch Isoquante 0 zum Ausdruck kommt, zu dem neuen der Isoquante II stellt demnach einen arbeitssparenden technischen Fortschritt dar. Dieser entspricht, da sowohl $\frac{K}{P}$ als auch $\frac{A}{P}$ sinken, dem Kombinationsfall 3 in Tabelle 29 (Seite 157)

Der Fall des neutralen technischen Fortschritts (Übergang von T_0 auf T_I) wurde bereits weiter oben - im 1. Teil des Anhangs - behandelt. Hier sollen noch einige

zusätzliche Erläuterungen zum Fall des arbeitssparenden technischen Fortschritts (Übergang von T_0 auf T_{II}) angefügt werden.

Die neue Isoquante II hat die Form

$$2 A^{\frac{1}{3}} K^{\frac{2}{3}} = 10;$$

für die dazugehörige Tangente mit der ursprünglichen Neigung errechnet sich die Isotime II mit der Form

$$0,2 A + 1,25 K = 6,4124.$$

Der neue Tangentialpunkt T_{II} hat die Koordinatenpunkte

$$K_{II} = 3,420 \quad \text{und} \quad A_{II} = 10,687.$$

Somit ist $\frac{K_{II}}{A_{II}} = \frac{8}{25}$ (gestiegene Kapitalintensität).

Die totale Mengenproduktivität ist

$$Q_{II} = \frac{10}{10,687 \cdot 0,2 + 3,420 \cdot 1,25} = \frac{10}{6,4124} = 1,56 > Q_0.$$

Auch in diesem Fall kann die gestiegene totale Mengenproduktivität

- a) zu einer Erhöhung der Faktorpreise oder
- b) zu einer Senkung des Produktpreisniveaus führen.

Zu a): $l_{II} = \alpha \frac{p}{A} = 0,3119 > l_0 \quad \text{und}$
 $q_{II} = (1 - \alpha) \frac{p}{K} = 1,9494 > q_0.$

Zu b): Entspricht die relative Zunahme der totalen Produktivität der relativen Abnahme des Produktpreises, so sinkt p auf $p_{II} = 0,64 < p_0$.

Selbstverständlich kann auch in den Fällen des nicht-neutralen technischen Fortschritts die Zunahme der Produktivität eine Mehrproduktion von Gütern herbeiführen. Werden beispielsweise die ursprünglichen Gesamtkosten $V = V_0 = 10$ weiterhin aufgewendet, so erlaubt die neue Produktionstechnik den Übergang auf Isoquante III mit einem Ertrag

$$P_{III} = 15,595 \quad (2 A^{\frac{1}{3}} K^{\frac{2}{3}} = 15,595).$$

Für den neuen Tangentialpunkt T_{III} dieser Isoquante III mit der ursprünglichen Isotime 0 errechnen sich dann die Koordinatenpunkte

$$K_{III} = \frac{16}{3} \quad \text{und} \quad A_{III} = \frac{50}{3}.$$

Auch hierbei ist $\frac{K_{III}}{A_{III}} = \frac{8}{25}$ (Fall des arbeitssparenden technischen Fortschritts der Kategorie 3, da auch $\frac{K}{p}$ und $\frac{A}{p}$ gesunken sind).

Für Q errechnet sich

$$Q_{III} = \frac{\frac{50}{3} \cdot \frac{1}{10} + \frac{16}{3} \cdot \frac{5}{4}}{\frac{15,595}{10}} = 1,56 > Q_0.$$

Auch unter diesen Voraussetzungen kann die Produktivitätszunahme eine Faktorpreiserhöhung

$$l_{III} = \alpha \frac{p}{A} = 0,3119 > l_0 \quad \text{und}$$

$$q_{III} = (1 - \alpha) \frac{p}{K} = 1,9494 > q_0$$

oder eine Produktpreissenkung

$$p_{III} = 0,64 < p_0$$

zur Folge haben.

Tabellen

Arbeitslose in v. H. aller Erwerbspersonen in den FWG- und EFTA-Staaten (soweit vergleichbare Unterlagen vorhanden) sowie in Kanada und den USA im Jahre 1962 x).

BRD	0,6	Schweiz	0,2	Ver. Staaten	5,4
Frankreich	0,6	Schweden	0,6	Kanada	5,9
Niederlande	0,7	Norwegen	1,1		
Belgien	2,3	Dänemark	1,2		
Italien	3,0	Österreich	1,9		
		Großbrit.	2,0		

x) Die Vergleichbarkeit der Angaben wird stark beeinträchtigt durch die Verschiedenheit in der Anwendung der Grundbegriffe und Methoden bei der länderweisen statistischen Erfassung und Zusammenstellung (z. B. unterschiedliche Altersbegrenzung bei der Erfassung der Erwerbspersonen, unterschiedliche Erfassungsmethoden bei der Ermittlung der Arbeitslosen).

Tabelle 34

Quelle: Statist. Jahrb. f. d. BRD 1964, S. 16^xf.

Quotient aus der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der offenen Stellen in der BRD (ohne Berlin)	
1950	13,6
1952	12,0
1954	8,9
1956	3,5
1958	3,1
1960	0,5
1961	0,3
1962	0,3
1963	0,3

Tabelle 35

Quelle: Mon. ber. d. DBBk f.
April 1959, S. 108 und f.
Februar 1964, S. 82.

Arbeitslose in v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen in der BRD (ohne Berlin)

1950	10,3
1952	8,4
1954	7,0
1956	4,0
1958	3,5
1960	1,2
1961	0,8
1962	0,7
1963	0,8

Tabelle 36

Quelle: Mon. ber. d. DBBk f.
April 1959, S. 108 und f.
Februar 1964, S. 82.



LITERATURVERZEICHNIS

- Abs, H. J., Der Wechselkurs, kein Feld für Experimente, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 6. 1960;
- derselbe, Keine Aufwertung der DM!, Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 1960, Nr. 40.
- Albert, Wolfgang, Die anomale Reaktion der Zahlungsbilanz, in Ordo, Bd. XI, 1959, S. 295 ff.
- Bauer, W. und Filusch, B., Überlegungen zur Aufwertung der DM, in Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, 12. Jahrg., Heft 3, März 1961, S. 37 ff.
- Böventer, Edwin von, Der Einfluß der Aufwertung auf die deutsche Zahlungsbilanz; Eine quantitative Untersuchung, in Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 87, 1961/II, S. 54 ff.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Leistung in Zahlen, 8. Auflage, Bonn 1961;
- dasselbe, Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1963 (Deutscher Beitrag zum Jahresbericht 1962/63 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD), 1962;
- dasselbe, Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 (bzw. 1963) und die Aussichten für 1963 (bzw. für 1964), 1963.
- Carstens, Reimer, Die Aufwertungsdebatte, in Kieler Studien, Tübingen, 1963.
- Clark, C. und Crawford, J. G., The National Income of Australia, 1938.
- Clauß, Franz Joachim, Zahlungsbilanz-Irrtümer, in Konjunkturpolitik, 7. Jahrg., 1961, S. 146 ff;
- derselbe, Warum flexible Wechselkurse?, ebenda, S. 207 ff.
- Deutsche Bundesbank, Die neuere Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr mit dem Ausland, in Mon.ber. für August 1959, S. 8 ff;
- dieselbe, Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen, in Mon.ber. für Juni 1960, S. 17 ff;
- dieselbe, Änderung des Wechselkurses der DM, in Mon.ber. für März 1961, S. 3 ff;
- dieselbe, Vorzeitige Zahlungen auf die deutschen Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe, in Mon.ber. für April 1961, S. 51 f;
- dieselbe, Methodische Erläuterungen zu den Berechnungen über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung, in Mon.ber. für Dezember 1961, S. 13 ff;
- dieselbe, Der Reiseverkehr mit dem Ausland, in Mon.ber. für Dezember 1962, S. 3 ff;

- Deutsche Bundesbank, Die deutsche Auslandsverschuldung, in Mon.ber. für März 1964, S. 7 ff.
- Dougall, Donald Mac., The World Dollar Problem, London, 1957.
- Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Tübingen, 1955.
- europäische wirtschaft - entwicklungslander (Zeitschrift), Baden-Baden/Bonn, 6. Jahrg., Heft 5, 15.5.1963, S. 258 f.
- Flemig, Günter und Frank, Karl Heinz, Bundesrepublik Deutschland, in Die Weltwirtschaft, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1963, Heft 2, S. 44 ff.
- Gatz, Werner, Gründe und volkswirtschaftliche Wirkungen der D-Mark-Aufwertung, in Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 90, 1963/II, S. 379 ff.
- Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, in Die Wirtschaftswissenschaften, Wiesbaden, 1960.
- Gröner, Helmut, Zur Theorie und Praxis des Zahlungsbilanzausgleichs, in Ordo, Bd. XIII, 1962, S. 173 ff.
- Haberler, G., The Market for Foreign Exchange, in Kyklos, Vol. III, 1949, S. 209 ff.
- Hahn, Albert, Goldaufwertung und Dollarabwertung?, in Kyklos, Vol. XIII, 1960, S. 456 ff.
- Hankel, Wilhelm, Grundregeln eines expansiven Zahlungsbilanzausgleichs - Einige Anmerkungen zur währungspolitischen Situation und dem Stand der Währungsdiskussion nach der D-Mark-Aufwertung, in Konjunkturpolitik, 7. Jahrg., 1961, S. 94 ff.
- Häuser, Karl, Das Inflationselement in den Exportüberschüssen der Bundesrepublik Deutschland, in Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 88, 1959/II, S. 166 ff.
- Hellwig, Hans, Die Aufwertung der Deutschen Mark, Köln/Stuttgart, 1961.
- Henkner, Klaus, Zur Frage des Einflusses einer Aufwertung der D-Mark auf die Handelsbilanz der Bundesrepublik (abgeschlossen am 25.2.1961), in Konjunkturpolitik, 7. Jahrg., 1961, S. 58 ff.
- Hicks, J.R., An Inaugural Lecture, in Oxford Economic Papers, NS Vol. V, 1953, S. 117 ff.
- Johnson, G.H., International Trade and Economic Growth, London, 1958.
- Kaldor, N., A Model of Economic Growth, in Economic Journal, Vol. XLVII, 1957, S. 591 ff.

- Keynes, John Maynard, *A Treatise on Money*, London, 1953.
- Keynes, John Neville, *The Scope and Method of Political Economy*, 4. Aufl., New York, 1955.
- Köhler-Rieckenberg, Ingeborg, Quantitative Aspekte der deutschen Zahlungsbilanzpolitik, in *Konjunkturpolitik*, 6. Jahrg., 1960, S. 289 ff.
- Konrad, Anton, Leistungsbilanzsalden und Einkommenskreislauf, in *Ifo-Studien*, Zeitschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 6. Jahrg., 1960, Heft 1/2, S. 117 ff;
- derselbe, Neue Aspekte in der Zahlungsbilanztheorie, in *Der Volkswirt*, Wirtschafts- und Finanzzeitung, 18. Jahrg., Nr. 23, 5.6.1964, S. 1096 f.
- Küng, Emil, *Zahlungsbilanzpolitik*, Zürich/Tübingen, 1959.
- Lerner, Abba P., *The Economics of Control*, New York, 1947.
- Lutz, Friedrich A., Das Problem der internationalen Währungsordnung, in *Ordo*, Bd. X, 1958, S. 133 ff.
- Machlup, Fritz, Elasticity Pessimism in International Trade, in *Economia Internazionale*, Februar 1950, S. 121 ff.
- Mahr, Alexander, Die Tendenz zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, in *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. XVII, 1957, S. 169 ff.
- Martell, Herbert, Aufwertung, Kapitalexport und "Die zweite Kapitalverteilung" von Wilhelm Hankel, in *Konjunkturpolitik*, 8. Jahrg., 1962, S. 116 ff.
- Meade, J.E., *The Theory of International Economic Policy*, Vol. I: *The Balance of Payments*, 5. Aufl., London, 1960.
- Meimberg, Rudolf, Zum Streit über den Wechselkurs der D-Mark, Frankfurt/Main, 1960.
- Meyer, Fritz W., Das Problem der deutschen Zahlungsbilanz, in *Ordo*, Bd. X, 1958, S. 149 ff.
- Möller, Hans, Außenwirtschaftspolitik, in *Die Wirtschaftswissenschaften*, Wiesbaden, 1961.
- Neumark, Fritz, Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in *Handbuch der Finanzwissenschaft*, Bd. I, 2. Aufl., Tübingen, 1952, S. 606 ff.
- Orcutt, G., Measurement of Price Elasticities, in *The Review of Economics and Statistics*, 1950.

- Ott, Alfred, Produktionsfunktion, technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum, in Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 17, 1959, S. 155 ff.
- Pauli, Alexander, Zur Frage der Devisen-Exportkontingente für das Institut für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, 1960.
- Reitter, Peter, Außenhandel und wirtschaftliches Wachstum (eine theoretische Analyse), Inaugural-Dissertation, München, 1959.
- Rothschild, Kurt, Zur Frage der Auswirkungen einer Abwertung auf die internationalen Austauschbedingungen, in Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 72, 1954/I, S. 225 ff.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964, in Drucksache IV 2890 des Deutschen Bundestags vom 5. 1. 1965.
- Salin, Edgar, Für ein Aligment der Währungen, in Kyklos Vol. XIII, 1960, S. 437 ff.
- Scammell, W.M., International Monetary Policy, London/New York, 1957.
- Schmölders, Günter, Finanzpolitik, Berlin usw., 1955.
- Schmücker, Kurt, Bundeswirtschaftsminister, Interview gegenüber Pressevertretern, in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 22, S. 187, 4.2.1964;
- derselbe, Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland im April 1964, in Tages-Nachrichten des BWM, Bonn, Nr. 4740, 12.6.1964, S. 2.
- Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, 4. Aufl., Tübingen, 1957;
- derselbe, Wie wirkt eine Aufwertung auf die Zahlungsbilanz?, in Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 17. Heft, 1957, S. 8 ff.
- Scitovsky, Tibor, The Theory of the Balance of Payments and the Problem of a Common European Currency, in Kyklos Vol. X, 1957, S. 18 ff.
- Solow, R.M., Technical Change and the Aggregate Production-Function, in The Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIX, 1957, S. 312 ff.
- Stackelberg, Heinrich von, Die Theorie des Wechselkurses bei vollständiger Konkurrenz, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 161, 1949, S. 1 ff.
- Stützel, Wolfgang, Volkswirtschaftliche Saldenmechanik, Tübingen, 1958;

- Stützel, Wolfgang, Geldstrom-Analyse, Enzyklopadisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen, Bd. I, Frankfurt/Main, 1957, S. 685 ff;
- derselbe, Konjunkturtheorie, ebenda, Bd. II, S. 1027 ff;
- derselbe, Konjunkturpolitik, ebenda, Bd. II, S. 1017 ff;
- derselbe, Der internationale Kreditverkehr und die Koordinierung der Konjunkturpolitik, in Konjunkturpolitik, 4. Jahrg., 1958, S. 95 ff;
- derselbe, Moderne Kreditpolitik, in Konjunkturpolitik, 5. Jahrg., 1959, S. 65 ff;
- derselbe, Ist die schleichende Inflation durch monetäre Maßnahmen zu beeinflussen?, in den Beiheften der Konjunkturpolitik, Heft 7, 1960, S. 10 ff.
- Teschner, Manfred, Feste oder flexible Wechselkurse?, in Konjunkturpolitik, 8. Jahrg., 1962, S. 182 ff.
- Triffin, Robert, Europe and the Money Muddle, New Haven, 1957;
- derselbe, Gold and the Dollar Crisis, New Haven, 1960.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, Wirtschaftspolitische Problematik der deutschen Exportüberschüsse (Gutachten), 30.4.1957.

Ich wurde am 17. Juli 1935 als einziges Kind des Betriebskaufmanns Max Lang und seiner Ehefrau Katharina, geb. Nacker, in München geboren. Nach fünf Klassen Volksschule besuchte ich vom 1. September 1940 an das Wittelsbacher Gymnasium in München und bestand dort nach achtjähriger Schulzeit im Juni 1954 die Reifeprüfung nach dem Lehrplan der Oberrealschule. Im November 1954 ließ ich mich an der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München immatrikulieren. Ich studierte in ununterbrochener Folge in München, schrieb nach acht Semestern bei Herrn Professor Dr. Preiser meine Diplomarbeit und legte schließlich nach zehn Semestern im Herbst 1959 meine Diplomprüfung für Volkswirte erstmalig und mit Erfolg ab.

Im Mai 1960 nahm mich Herr Professor Dr. Möller als Doktorand auf. Nach dreieinhalbjähriger Bearbeitungszeit schloß ich Ende November 1963 meine Dissertation ab und unterzog mich im Februar 1964 der mündlichen Doktorprüfung. In den folgenden Monaten wurde die Dissertation nochmals überarbeitet und aktualisiert.

Während meiner Studienzeit arbeitete ich einige Male als Praktikant in verschiedenen Abteilungen der Firma Webasto-Werk GmbH in Stockdorf bei München. In diesem mittelgroßen Industriebetrieb der Kraftfahrzeugteilefertigung übernahm ich später während meiner Doktorandenzeit für insgesamt etwa fünf Monate auch die Urlaubsvertretungen des Personalleiters. Kurz vor meiner Promotion, am 2. Januar 1964, nahm ich meine eigentliche berufliche Tätigkeit in der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Direktoriums der Bayerischen Staatsbank in München auf, wo ich seitdem als Diplom-Volkswirt beschäftigt bin.

München, im Januar 1965

Der Verfasser
Peter Lang

IC
UI
K
G
1
1
U
i
J
1

